

**BERUFSPRAKTISCHE BILDUNG
ALS
ZUKUNFTSPERSPEKTIVE DER
HAUPTSCHULE**

DISSERTATION

zur

Erlangung der Doktorwürde

der Fakultät Pädagogik, Philosophie, Psychologie

der

UNIVERSITÄT BAMBERG

vorgelegt von

HEINRICH GEILING

Bayreuth 1988



**BERUFSPRAKTISCHE BILDUNG
ALS
ZUKUNFTSPERSPEKTIVE DER
HAUPTSCHULE**

DISSERTATION

zur

Erlangung der Doktorwürde

der Fakultät Pädagogik, Philosophie, Psychologie

der

UNIVERSITÄT BAMBERG

vorgelegt von

HEINRICH GEILING

Bayreuth 1988

Erstberichterstatter: Professor Dr. Siegfried Oppolzer

Zweitberichterstatter: Professor Dr. Heinz Rosenbusch

Tag der mündlichen Prüfung: 24.01.1989

"Immer geht es nur darum, die Gegenwart zu ordnen.
Die Zukunft bauen, heißt die Gegenwart bauen.
Es heißt ein Verlangen erzeugen, das dem Heute gilt,
das dem Heute angehört und auf die Zukunft
gerichtet ist und nicht eine Wirklichkeit von Hand-
lungen, denen nur für das Morgen ein Sinn innewohnt."

Antoine de Saint Exupéry

I N H A L T

I. EINLEITUNG: Probleme, Aufgaben und Ziele der Darstellung	17
II. DAS BILDUNGSSYSTEM IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IN SEINER BEDEUTUNG FÜR DIE GESELLSCHAFT UND DIE STRUKTUR SEINER ALLGEMEINEN UND BERUFSBILDENDEN SCHULARTEN UNTER EINBEZIEHUNG VON FRAGEN DES UNTERRICHTES	21
1. Die Schule als Instrument der Gesellschaft und des Staates	21
2. Die Schule als Mittlerin von Allgemeinbildung und Berufsbildung	26
3. Die pädagogischen Entwicklungen vom Ende der Neuzeit bis herauf in unsere Tage (1740 - 1983): Aussagen namhafter Pädagogen zur Problematik der Allgemeinbildung und der Berufsbildung	29
3.1 Johann Heinrich Pestalozzi (1746 - 1827)	29
3.2 Wilhelm von Humboldt (1767 - 1835)	32
3.3 Georg Kerschensteiner, Aloys Fischer, Theodor Litt und Eduard Spranger, Reformers, Begründer und Verfechter vorberuflicher Bildung	34
3.4 Rückblick	42
4. Stellungnahme der Bildungskommission als endgültige Aussage zur Problematik der Allgemeinbildung und der Berufsbildung	43
5. Das Problem der Gleichwertigkeit der weiterführenden Schulen	44

6. Das Bildungssystem - seine allgemein- bildenden und berufsbildenden Schulen	46
7. Das Schulsystem und der Bildungsauf- trag seiner Schulen	48
7.1 Unterricht und Erziehung als Mit- tel zur Verwirklichung des Bil- dungsauftrages	48
7.2 Die Bedeutung der Unterrichts- fächer: Pflichtfächer - Wahl- pflichtfächer - Wahlfächer	49
7.3 Unterschiedliche Bildungsdauer	56
8. Die Volksschule (Grund- und Hauptschule) in ihrer geschichtlichen Entwicklung und in ihrer Rechtsetzung unter besonderer Berücksichtigung der Pro- bleme der Hauptschule	57
8.1 Zur Geschichte der Volksschule	58
8.2 Rechtsetzung - Die Entwicklung der Volksschuloberstufe zur Hauptschule	60
8.3 Die gegenwärtige Situation der Hauptschule	65
8.4 Das Problem des Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt, der Stellen- suche und der Einstellung	68
8.5 Das Risiko der Arbeitslosigkeit	72
8.6 Die Flucht aus der Hauptschule (Übergang von der Grund- und Hauptschule in weiterführende Schulen)	74
8.7 Die Diskussion zur Problematik der Hauptschule im Lande Bayern, den Stadtstaaten und den Ländern der Bundesrepublik Deutschland	78

III. SCHULVERSUCHE UND MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER HAUPTSCHULVER- HÄLTNISSE	85
1. Besondere 10. Realschulklassen für Hauptschüler mit qualifizierendem Abschluß	86
2. Übertritt von Hauptschülern mit qualifizierendem Hauptschulab- schluß in höhere Jahrgangsstufen der Wirtschaftsschulen	90
3. Die Forderung nach einem zehnten Vollzeitschuljahr in den Stadt- staaten und Ländern der Bundes- republik Deutschland (Stellungnahmen - Vorschläge - Maß- nahmen staatlicher Einrichtungen - Lehrerverbände - Arbeitgeberverbände)	92
3.1 Der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen und seine Aussagen zum 10. Voll- zeitschuljahr	93
3.2 Die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates zur Erweiterung der Bildungs- pflicht	94
3.3 Die Ausschüsse der Bund-Länder- Kommission zur Verlängerung der Hauptschulpflichtzeit	94
3.4 Die Lehrerverbände und ihre Stellungnahmen zum 10. Vollzeit- schuljahr an der Hauptschule	95
3.4.1 Der Deutsche Gewerk- schaftsbund (DGB) als Wortführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissen- schaft (GEW)	96
3.4.1.1 Soziale Gründe	97
3.4.1.2 Pädagogische Gründe	97

3.4.1.3	Bildungspolitische Gründe	98
3.4.1.4	Arbeitsmarktpolitische Gründe	98
3.4.1.5	Arbeitsschutzrecht- liche Gründe	99
3.4.2	Kritische Stellungnahme zu den Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Gewerkschaft Erzie- hung und Wissenschaft (GEW)	99
3.5	Das zehnte Vollzeitschuljahr an der Hauptschule aus der Sicht des Ver- bandes Bildung und Erziehung (VBE) und des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV)	100
3.5.1	Das Konzept des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenver- bandes (BLLV) und seine Forderungen	102
3.5.2	Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) in Hessen zum zehnten Schuljahr	104
3.5.3	Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberver- bände und ihre Stellung- nahme zum zehnten Vollzeit- schuljahr	106
3.5.4	Der Bayerische Handwerkstag, die Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Industrie- und Handelskammern und der Bayerische Einzelhandel	108
3.5.5	Stellungnahmen der Stadt- staaten und Länder	111
3.5.5.1	Der Stadtstaat Hamburg	111
3.5.5.2	Die Stadt Berlin	113

3.5.5.3	Das Land Niedersachsen	114
3.5.5.4	Das Land Hessen	115
3.5.5.5	Das Land Bayern	118
3.5.6	Würdigung der Problematik über die Errichtung eines zehnten Vollzeitschuljahres	120
4.	Die integrierte Haupt-/Realschule in Hamburg	122
4.1	Vorgeschichte und Gründe für die Errichtung einer integrierten Haupt-/Realschule in Hamburg	122
4.2	Ziele der integrierten Haupt-/Realschule	124
4.3	Richtlinien, Lehrpläne und Lerninhalte der integrierten Haupt-/Realschule	126
4.4	Übergänge und Abschlüsse	128
4.5	Die Organisation der integrierten Haupt-/Realschule	129
4.5.1	Die äußeren Voraussetzungen	129
4.5.2	Die inneren Voraussetzungen und ihre Schwächen	130
4.6	Meinungen zur integrierten Haupt-/Realschule aus der Sicht der Öffentlichkeit, der Eltern, Schüler und Lehrer	131
4.7	Zusammenfassung und Würdigung des Modells der integrierten Haupt-/Realschule	135

5.	Die Gesamtschule	137
5.1	Zur Geschichte der Gesamtschule (1792 - 1959)	137
5.2	Die Gesamtschule in der Bundes- republik Deutschland	139
5.3	Das Versuchsprogramm des Landes Bayern mit Gesamtschulen	142
5.4	Zum Begriff der Gesamtschule	142
5.5	Formen der Gesamtschule	143
5.5.1	Die additive, kooperative Gesamtschule	143
5.5.2	Die integrierte Gesamt- schule	144
5.5.3	Die teilintegrierte Gesamt- schule	145
5.5.4	Die Stufenschule als End- phase der Gesamtschule	145
5.6	Kernbestand von Zielen der Gesamt- schule	145
5.7	Vertikales und horizontales Schulsystem	148
5.8	Die innere Gestalt der Gesamt- schule	151
5.8.1	Zur Unterrichtsorgani- sation	151
5.8.2	Unterricht und Erziehung	152
5.9	Unterschiedliche Entwicklung der Gesamtschulen in den Stadtstaaten und Ländern der Bundesrepublik Deutschland und der Versuch des Ausgleichs durch die Rahmenver- einbarung vom 25. Juni 1982 über die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen an integrierten Gesamtschulen	154

5.10	Folgerungen aus der Diskussion um die Gesamtschule	159
5.11	Rückblick	162
IV.	PERSPEKTIVEN EINER BERUFSPRAKTISCHEN BILDUNG UND DIE ZUKUNFTSORIENTIERUNG EINER NEUEN HAUPTSCHULE	164
1.	Vorbemerkungen	164
2.	Über die Organisation einer "Neuen Hauptschule" unter besonderer Berück- sichtigung ihres berufspraktischen Aspekts	166
2.1	Die Hauptschule und das Fach Arbeitslehre mit ihren berufs- orientierenden Maßnahmen	170
2.1.1	Aufgaben der Arbeitslehre	171
2.1.2	Bereiche der Arbeitslehre	172
2.1.3	Inhalte der Arbeitslehre	173
2.2	Die Arbeitslehre in den Stadt- staaten und Ländern der Bundes- republik Deutschland und ihre Konzeptionen im Vergleich	174
2.2.1	Die Arbeitslehre im Lande Bayern	179
2.2.1.1	Die Lernbereiche der Arbeitslehre	183
2.2.1.2	Betriebserkundung und Betriebsprak- tikum	185
2.2.1.3	Die Betriebser- kundung	186
2.2.1.4	Das Betriebs- praktikum	187



2.2.1.5	Kritische Würdigung des Betriebspraktikums	189
2.2.1.6	Meinungen von Bildungspolitikern zum Betriebspraktikum	190
2.3	Die Zusammenarbeit zwischen Hauptschule und Berufsschule	192
2.4	Der qualifizierende Hauptschulabschluß und seine besondere Leistungsfeststellung	195
2.5	Weiterführende Überlegungen und Feststellungen zum Fach Arbeitslehre	201
2.6	Das Berufsgrundbildungsjahr in seiner Begründung, Entwicklung, Zielsetzung und Durchführung	214
2.6.1	Das Berufsgrundbildungsjahr vom 6. September 1973 und seine Erprobung in der Zeit von 1971 - 1976	218
2.6.2	Das Berufsgrundbildungsjahr nach dem Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 19. Mai 1978	221
2.6.2.1	Das Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form (BGJ/s)	222
2.6.2.2	Das Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form (BGJ/k)	225
2.6.3	Das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)	227
2.6.3.1	Das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) - ein Weg in die Arbeitslosigkeit	230

2.6.4	Der Unterricht im Berufs- grundbildungsjahr vollzeit- schulisch (BGJ/s), im Berufs- grundbildungsjahr kooperativ (BGJ/k) und im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)	234
2.7	Berufsfelder und Ausbildungs- berufe	235
2.7.1	Die XIII Berufsfelder und ihre Schwerpunkte - geregelt durch Rechtsver- ordnung	236
2.7.2	Die Struktur eines Berufs- feldes veranschaulicht am Beispiel Metalltechnik - nach der Berufsgrund- bildungsjahr - Anrech- nungs - Verordnung vom 17. Juli 1978, (BGBl. I S. 1061)	241
2.7.3	Das Berufsfeld Chemie, Physik und Biologie, seine Schwerpunkte und zugeordneten Ausbildungs- berufe, seine Lernziele und Stundenverteilung	251
2.7.3.1	Das Berufsfeld und seine Schwer- punkte	251
2.7.3.2	Das Berufsfeld und seine Lernziele	252
2.7.3.3	Stundenverteilung	254
2.7.3.4	Die Stundentafeln für die XIII Berufs- felder des Berufs- grundbildungsjahres	255
2.7.4	Das Problem der Unter- richtsfächer zwischen den Berufsfeldern des Berufs- grundbildungsjahres, des Berufsvorbereitungs- jahres und der Hauptschule	267

2.8	Einordnung des Berufsgrundbildungsjahres und des Berufsvorbereitungsjahres in das System der allgemeinen und beruflichen Bildung	269
2.9	Zuordnung der vorberuflichen Bildung der Hauptschule zur Ordnungsstruktur des beruflichen Schulwesens durch Einführung des neuen Begriffs des Fachbereichs in der Hauptschule	271
2.10	Zuordnung der Berufsfelder zum Fachbereich der Hauptschule und die Zuordnung der didaktischen Hilfen	272
2.11	Die Berufsfelder aus der Sicht der Berufsschule und die Zuordnung der Berufsfelder und Berufsfeldschwerpunkte zu den Fachrichtungen der Berufsschule	274
2.12	Zusammenwirken von Fachbereich und Fachrichtung (ein Beispiel aus dem Berufsfeld Elektrotechnik) veranschaulicht am Beruf des Elektroinstallateurs	277
2.12.1	Der Ausbildungsberuf des Elektroinstallateurs aus der Sicht der Hauptschule	278
2.12.2	Der Ausbildungsberuf des Elektroinstallateurs aus der Sicht der Berufsschule	280
2.13	Über die Berufswahl zur Berufsentscheidung des Hauptschülers	284
2.14	Zusammenschau	286
2.15	Abstimmung der Ordnungsstrukturen zwischen Hauptschule und Berufsschule, zwischen Fachbereich und Fachrichtung durch zweckdienliche Bündelung der Unterrichts-fächer	287

2.16 Überlegungen zur Neuordnung des kaufmännisch/verwaltenden Fachbereiches der Hauptschule	288
 V. DIE NEUORDNUNG DER HAUPTSCHULE	 291
1. Planung einer neuen Struktur der Hauptschule; ein 10. Vollzeitschuljahr an der Hauptschule	291
2. Fachbereiche der Hauptschule und Fachrichtungen der Berufsschule in ihrer gegenseitigen Verflechtung	293
3. Berufliche Grundbildung der Hauptschule und berufliche Fachbildung der Berufsschule	294
4. Die Neue Hauptschule wird zur Berufsfachschule	297
4.1 Eingliederung der Hauptschüler in die einzelnen Fachbereiche	300
4.2 Der Unterricht	300
4.3 Das Praktikum	301
4.4 Besonderheiten zur Organisation des Unterrichts	301
4.5 Die Lehrer	301
4.6 Zur Ausstattung der Hauptschule	302
4.7 Die Finanzierung	302
4.8 Über die Einführung einer berufspraktisch gerichteten Hauptschule	303
4.8.1 Ein 10. Vollzeitschuljahr an der neuen Hauptschule	303
4.8.2 Ausgleich der unterschiedlichen Bildungsdauer zwischen den Schularten durch Einführung eines 10. Pflichtschuljahres	304

4.8.3	Übertritt der Hauptschüler in die Berufsschule nach neun und nach zehn Bil- dungsjahren	305
4.8.4	Hauptschüler und Bildungs- abschlüsse und die Ergeb- nisse der besonderen Leistungsfeststellung zum Erwerb des qualifizieren- den Hauptschulabschlusses 1986	306
4.9	Rechtsetzung	309
4.10	Beseitigung des Bedeutungsverlustes der Hauptschule	310
4.11	Die neue zukunftsorientierte Haupt- schule in Übersicht und Erläuterung	311
4.12	Übertritt in das berufliche Schul- wesen nach Abschluß der 10. Jahr- gangsstufe	315
4.13	Vorteile der neuen Hauptschule	322
4.14	Schlußbemerkungen	324

LITERATURVERZEICHNIS

BERUFSPRAKTISCHE BILDUNG
ALS ZUKUNFTSPERSPEKTIVE
DER HAUPTSCHULE

I. EINLEITUNG: Probleme, Aufgaben und Ziele der
Darstellung

Die vorliegende Arbeit knüpft an das Forschungsprojekt "Berufsorientierung in der Hauptschule", durchgeführt von der Regierung von Oberfranken in der Zeit von 1976 bis 1979, an.

Mit dem "Schlußbericht zum Forschungsprojekt" im Mai 1979 wurden die Untersuchungen vorerst abgeschlossen. Der zunehmende Bedeutungsverlust der Hauptschule veranlaßte nunmehr den Autor, als früheren Leiter dieses Forschungsprojektes, erneut Überlegungen zur Behebung der gegenwärtigen Hauptschulproblematik anzustellen - unter Einbeziehung der Ergebnisse und Erfahrungen zur "Berufsorientierung im Unterricht der Hauptschule".

Diese Überlegungen kommen zu der Auffassung, daß nur eine berufspraktische Ausrichtung der Hauptschule, unter gleichzeitiger Veränderung ihrer Struktur in Richtung einer differenzierten, vierklassigen Berufsfachschule, aus dem gegenwärtigen Dilemma der Hauptschule herausführen könne.

Dieses Unterfangen setzt neue Akzente für die Hauptschule, die sich nur auf sorgfältige und eingehende Untersuchungen gründen können - wie sie Kapitel II mit IV ausweisen, um anschließend in Kapitel V als Ergebnis angestellter Überlegungen die "Neue Hauptschule" auszuweisen.

Die Arbeit wird also neben der Einleitung (I) in vier weitere Kapitel gegliedert:

- I. Einleitung: Probleme, Aufgaben und Ziele der Darstellung
- II. Das Bildungssystem in der Bundesrepublik Deutschland in seiner Bedeutung für die Gesellschaft und die Struktur seiner allgemeinen und berufsbildenden Schularten unter Einbeziehung von Fragen des Unterrichts
- III. Schulversuche und Maßnahmen zur Verbesserung der Hauptschulverhältnisse
- IV. Perspektiven einer berufspraktischen Bildung und die Zukunftsorientierung einer neuen Hauptschule
- V. Die "Neue Hauptschule".

Kapitel II zeigt die gegenwärtige Gesellschaftsstruktur und den sich daraus ergebenden notwendigen Weg der Hauptschule. Es wird dabei ersichtlich, daß die Hauptschule ihren Bildungsauftrag für das nächste Jahrtausend in ihrer gegenwärtigen Struktur nicht erfüllen kann.

Eine Darlegung der Begriffe der Allgemeinbildung und der Berufsbildung ist deshalb wesentlich, weil sich durch die Jahrhunderte namhafte Pädagogen bis in unsere Tage herauf die Frage der Wertigkeit beider Bildungsbegriffe immer wieder gestellt haben.

Auf dem Wege zur berufspraktischen Bildung ist diese Auseinandersetzung mit den Begriffen der Allgemeinbildung und der Berufsbildung und letztlich des Unterrichts als Träger jeglicher Übermittlung von Wissen, Können und Fertigkeiten unumgänglich. Deshalb befaßt sich diese Arbeit auch mit dem Aufbau der Volksschule (Grund- und Hauptschule) und deren Rechtsetzung unter besonderer Berücksichtigung der Hauptschule.

In Kapitel III werden Maßnahmen und Schulversuche zur Verbesserung der Hauptschulverhältnisse untersucht.

Die Ausführungen in Kapitel IV beziehen sich auf berufsvorbereitende Maßnahmen, wie sie sich in der Arbeitslehre und im Berufsgrundbildungsjahr (Berufsvorbereitungsjahr) im Zusammenhang mit der beruflichen Grundbildung darstellen.

Dabei soll das Anliegen des Berufsgrundbildungsjahres (Berufsvorbereitungsjahres) besondere Berücksichtigung finden, weil deren Aufgabe - die berufliche Grundbildung - von der berufspraktisch gerichteten 10-klassigen Hauptschule übernommen werden soll.

Die didaktischen Maßnahmen Betriebserkundung, Betriebspraktika, Übergang von der Hauptschule zur Berufsschule und der qualifizierende Hauptschulabschluß mit seiner Leistungsfeststellung erhalten im Zusammenhang mit Fachbereich und Fachrichtung eine neue Qualität.

Die ausführlichen Untersuchungen und Feststellungen der Kapitel II bis IV zur berufspraktischen Bildung der Hauptschule hält der Verfasser zum

Zwecke der Grundlegung der "Neuen Hauptschule" für unbedingt erforderlich, denn auf ihre Ergebnisse und Aussagen gründen sich in Kapitel V Organisation und Struktur der neuen, berufspraktischen und zukunftsorientierten Hauptschule.

II. DAS BILDUNGSSYSTEM IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IN SEINER BEDEUTUNG FÜR DIE GESELLSCHAFT UND DIE STRUKTUR SEINER ALLGE- MEINEN UND BERUFSBILDENDEN SCHULARTEN UNTER EINBEZIEHUNG VON FRAGEN DES UNTERRICHTS

1. Die Schule als Instrument der Gesellschaft und des Staates

In der ganzen Welt werden heute Probleme der
Bildung diskutiert.

In vielen Ländern fanden und finden Schul-
reformen statt. Internationale Organisationen
beschäftigen sich zunehmend mit der Frage:

*W i e s o l l e n E r z i e h u n g
u n d U n t e r r i c h t i n d e r
Z u k u n f t a u s s e h e n ?*

Das Recht auf Bildung ist wesentlicher Be-
standteil der allgemeinen Menschenrechte
geworden.

In den Bereichen des gesellschaftlichen, des
staatlichen, des beruflichen wie auch des
privaten Lebens werden heute Anforderungen
gestellt, deren Erfüllung und Bewältigung
ein hohes Maß an Menschenbildung voraussetzen.

Aus dieser Einsicht in die bildungspolitischen
und pädagogischen Herausforderungen unserer
Zeit verpflichtet die Gesellschaft den Staat
zur Schaffung einer zeitgemäßen, leistungs-
fähigen Schule zum Zwecke einer zukunfts-
trächtigen Bildung und Ausbildung ihrer
Menschen.

Wir leben heute in einer pluralistischen Gesellschaft, bestehend aus einer Vielzahl von Gruppen, die prinzipiell gleichrangig nebeneinander leben. Diese Gruppen verfolgen im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Ordnung unterschiedliche, zum Teil gegensätzliche Ziele ideeller und materieller Art. Dabei kommt dem Staat die Rolle einer hervorgehobenen Führungsinstitution insofern zu, als er die gesellschaftlichen Vorgänge auf bestimmten Gebieten in letzter Instanz ordnet.

Aus diesem Beziehungsgefüge zwischen Staat und Gesellschaft entwickelt sich u.a. auch die Schule. Dabei hat diese keinen Selbstzweck neben Staat und Gesellschaft, sondern einen bestimmten Zweck innerhalb von Staat und Gesellschaft zu erfüllen.

Notwendigkeit und Grenzen der Schule sind aus dieser doppelten Funktion zu begreifen mit Aufgaben, die ihr im Grundgesetz und in den Landesverfassungen vorgeschrieben sind. Diese Aufgaben finden sich im Art. 7 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 und im Artikel 131 der Bayerischen Verfassung vom 2. Dezember 1946.

Das Land Bayern hat nach diesen Richtlinien in seinem Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) vom 10. September 1982 diese Aufgaben als verbindlich dargelegt.

Unter diesen Prämissen und der Einsicht in die Notwendigkeit, allen Altersstufen, Begabungen

und Neigungen, dem unterschiedlichen menschlichen Leistungsvermögen und dem Bedarf an qualifizierten Fachkräften nachzukommen, hat der Staat ein Schulsystem entwickelt, das sich im Elementarbereich von der Frühförderung des Kindes, über die Grundschule (Primarstufe), die Hauptschule (Sekundarbereich I), die Sonderschule, das berufliche Schulwesen, die Realschulen und Gymnasien (im Sekundarbereich II) bis hin zu den Hochschulen erstreckt, ein weites Spektrum an Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, das je nach individueller Leistungskraft vom einzelnen genutzt werden muß oder kann, im Sinne der allgemeinen und der beruflichen Bildung.

Die Bayerische Verfassung legt im Art. 131 den Zweck der Schule in vier, z.T. ins einzelne gehenden Absätzen, fest.

Auf einen kurzen Nenner gebracht, werden als Hauptaufgaben genannt:

Die E r z i e h u n g zu personaler und gleichzeitig zu politischer Mündigkeit als demokratischer Staatsbürger und der U n t e r r i c h t, der Kenntnisse vermittelt und Erkenntnisse gewinnen läßt.

Daneben bemüht sich die Schule in diesem pädagogischen Prozeß um die Entwicklung der Fähigkeit, Probleme zu erkennen, Lösungsstrategien zu finden und die eigene Leistung kritisch zu werten, im Bezug auf die eigene Person.

Die allgemeinbildende Schule hat unter den gegenwärtigen industriellen und gesellschaftlichen Bedingungen die Schüler für die Bewältigung von Anforderungen zu qualifizieren, die den jungen Menschen bestimmten schulischen Laufbahnen empfehlen und zu unterschiedlichen Schulabschlüssen führen.

Damit beeinflußt die Schule und damit der Lehrer die spätere berufliche und soziale Stellung der einzelnen Schüler. Diese Steuerungsfunktion der Schule belastet den Lehrer, die Schüler, die Eltern und den Staat mit einer erheblichen Verantwortung.

Die bildungspolitischen Herausforderungen der letzten Jahre veranlaßten die Bundesrepublik Deutschland und den Bayerischen Staat zu einer Bildungsreform ohnegleichen. Auf dem Sektor der Volksschulen wurden seit 1966 durch Zusammenlegung kleinerer Schulen mehrzügige Verbandsschulen gebildet, mit dem Ziel, die Leistungen der Schüler anzuheben. Die Zahl der Realschulen, Gymnasien und Fachschulen nahm zu. Das Berufsschulwesen wurde neu geordnet und verstaatlicht.

Allerdings bewegt sich der Bildungsstrom in einer anderen Richtung.

Allgemeinbildende höhere Schulen erfreuen sich ständigen Zulaufs, weil ihre Abschlüsse besseres Fortkommen versprechen.

Die Volksschule und mit ihr die Hauptschule geraten immer mehr ins Hintertreffen.

Die Grundschule und die Orientierungsstufe (5./6. Jhrg.) werden zur Ausleseschule für den Übertritt der Schüler an andere weiterführende Schulen.

Unter den herkömmlichen Schularten ist die Hauptschule zur Schwachstelle, zur Restschule, zum Auffangbecken für Heimkehrer aus anderen weiterführenden Schulen geworden. Reformbemühungen und Schulversuche konnten sie seither vom Odium einer Schule mit geringer Leistung für qualifizierte Berufe nicht entlasten.

Selbst gut gemeinte Reformversuche durch Zuweisung neuer Fächer und berufsbezogener Maßnahmen vermochten mit ihren Bildungsinhalten in dieser Weise nicht zu überzeugen. Diese Korrekturversuche blieben entweder im Theoretischen stecken oder stehen additiv nebeneinander.

Man könnte versucht sein, das dreigliedrige Schulsystem in Frage zu stellen, gelänge es nicht, das Profil der einzelnen Schularten in ihren Besonderheiten herauszuarbeiten:

Die Hauptschule als eine berufspraktisch gerichtete Schule,

das Gymnasium als eine auf Studierfähigkeit vorbereitende Schule und schließlich

die Realschule als Schule mit berufsbezogenen Aspekten und ihrer Stellung zwischen Hauptschule und Gymnasium.

Unter diesen Schularten ist es der Hauptschule seither nicht gelungen, das Profil einer berufspraktisch gerichteten Schule überzeugend zu entwickeln.

Das Zeitalter der fortschreitenden Technik fordert seinen Tribut. Gegenwart und Zukunft

verlangen immer mehr technisches Wissen und Können.

Dabei geht es um das rechte Maß zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung.

Dieser Problematik unterliegen sämtliche Schularten. Sie alle sind angewiesen, eine grundlegende Allgemeinbildung zu vermitteln, Hilfe zur Berufsentscheidung zu leisten, um so die Voraussetzungen für eine qualifizierte berufliche Bildung zu schaffen.

Vom Ergebnis dieser Bildungsarbeit wird es abhängen, wie weit es gelingen wird, über die Zufriedenheit des Menschen die Gesellschaft zu beruhigen.

In den vorstehenden Ausführungen kehren die Begriffe Allgemeinbildung und Berufsbildung immer wieder. Deshalb ist auf sie besonders näher einzugehen.

2. Die Schule als Mittlerin von Allgemeinbildung und Berufsbildung

Das Thema "berufspraktische Bildung als Zukunftsperspektive der Hauptschule" könnte sich dem Verdacht aussetzen, die berufspraktische Bildung im Verhältnis zur Allgemeinbildung überzubewerten. Es ist deshalb erforderlich für die Begriffe der Bildung, der Allgemeinbildung und der Berufsbildung klare Konturen zu zeichnen, in deren Rahmen die Ausführungen zu vorliegendem Thema gesetzt sind.

Wenn auch der Begriff der Bildung verhältnismäßig deutlich ausgelegt ist, so stellen die Begriffe der Allgemeinbildung und der Berufs-

bildung in ihrem Verhältnis zueinander stets neue Fragen, welche Diskussionen seit jeher in Fluß halten. Ihre unterschiedlichen Begründungen reichen zurück bis in die Zeit Heinrich Pestalozzis (1746 - 1827) und führen im Laufe der Geschichte, bis herauf in unsere Tage, zu Erkenntnissen, welche die Begriffe der Allgemeinbildung und der Berufsbildung nicht nur immer mehr verdeutlichen, sondern als gleichberechtigt anerkennen. Dabei wird nicht verkannt, daß die gesellschaftlichen Entwicklungen wesentlich zu deren Klärung beitrugen, Entwicklungen, die im Zeitalter der Technik und Automation zu neuer Besinnung herausfordern, da sich in ihnen Probleme des Arbeitsmangels und der Arbeitslosigkeit abzeichnen.

Die heutige Arbeitswelt stellt hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Menschen, hochentwickelte und technisch anspruchsvolle Maschinen zu bedienen und zu steuern.

Daneben geht es um die Einsicht, Grenzen technischer Entwicklungen abzuschätzen, um das Gleichgewicht zwischen Natur, Kultur und Technik zu erhalten. So werden Pädagogen zu Rufern und Erziehern, den Menschen auf die Probleme seiner Zeit aufmerksam zu machen, um ihn vorzubereiten auf den Dienst für die Allgemeinheit.

Der Mensch muß allgemein u n d beruflich gebildet sein.

Diese pädagogischen Erkenntnisse verdeutlichen die großen Pädagogen vom Ende der Neuzeit an bis herauf in die neueste Zeit, allerdings mit

unterschiedlichem Gewicht zögernd, fordernd bis hin zu bestimmten Aussagen über das Verhältnis von Allgemeinbildung und Berufsbildung.

Die berufspraktische Bildung findet bei ihnen Grundlegung und Ermunterung, sie gleichberechtigt neben die Allgemeinbildung zu stellen. Damit sei gleichzeitig darauf verwiesen, daß die Spannung zwischen Ästhetizismus und Ökonomismus nur eine recht verstandene Bildung auszugleichen vermag, im rechten Maß zwischen Menschentum und Unvermeidlichkeit seines Arbeitslebens, eine Aufgabe, welche die Hauptschule unter dem Druck der fortschreitenden Technik und der Automation immer mehr zu bewältigen hat.

Damit sei ausgedrückt, daß sich die vorliegende Arbeit zwar vorwiegend der berufspraktischen Bildung in der Hauptschule widmet, aber die allgemeinbildende Komponente von Erziehung und Unterricht keinesfalls übersehen wissen will, denn, um mit Theodor Litt zu sprechen: "Gelingt es uns nicht, in der Sphäre der Berufsarbeit selbst die menschlichen Motive zu entdecken und zur Wirksamkeit zu bringen, so heißt es jeglicher Hoffnung auf Bildung zu entsagen".¹

Unter diesem Aspekt sollen die Erfahrungen namhafter Pädagogen dargestellt werden, um in ihnen Begründung und Berechtigung für die Ausführungen der gewählten Thematik zu finden.

¹ Litt, Theodor: Das Bildungsideal der deutschen Klassik und die moderne Arbeitswelt. In: Kamp. Päd. Taschenbücher, Bd. 3. Bonn 1955, S. 79.

3. Die pädagogischen Entwicklungen vom Ende der Neuzeit bis herauf in unsere Tage (1740 - 1988).

Aussagen namhafter Pädagogen zur Problematik der Allgemeinbildung und der Berufsbildung

Die pädagogischen Entwicklungen am Ende der Neuzeit (1740 - 1789) und der neuesten Zeit (1789 bis heute) waren geprägt von den Geistesrichtungen der Aufklärung, des Neuhumanismus und des Sozialismus. Diese geistigen Kräfte vermittelten der Schule die ihnen eigenen Impulse durch namhafte Pädagogen wie Johann Heinrich Pestalozzi (1746 - 1827), Wilhelm von Humboldt (1767 - 1835), Georg Kerschensteiner (1854 - 1932), Aloys Fischer (1880 - 1937), Theodor Litt (1880 - 1962), Eduard Spranger (1882 - 1963).

Ihre Aussagen zu den Begriffen der Bildung, der Allgemeinbildung und der Berufsbildung sind heute noch richtungsweisend.

3.1 J o h a n n H e i n r i c h P e s t a l o z z i (1746 - 1827)

J o h a n n H e i n r i c h P e s t a l o z z i wurde hineingeboren in das Gesellschafts- und Geistesleben des Übergangs vom 18. zum 19. Jahrhundert, in die Zeit des Neuhumanismus und des Neuklassizismus, in jene Geistes- und Kunst-richtung, welche sich um die Bildung e d l e r Menschen (Humanität) besonders bemühte.

Der Mensch sollte nicht nur das Nützliche

pflegen, sondern auch das Schöne, wie man es in der klassischen Zeit der Griechen und Römer zu finden glaubte. Diese Auffassung vertraten u.a. Winckelmann, Lessing, Herder, Goethe, Schiller, Friedrich August Wolf und Wilhelm von Humboldt. Die Meinung wurde damals freier, die Gleichheit der Menschen wurde erklärt. Die Französische Revolution befreite den Menschen, und Napoleon veränderte die Welt.

Der Neuhumanismus forderte die Erziehung des Menschen zur vollendeten Menschlichkeit. Der Begriff der Bildung wird erstmals entdeckt. Allen kommt es darauf an, daß der Mensch in seiner ganzen Daseinsfülle und nicht der einseitige Berufsmensch oder der in enge gesellschaftliche Schranken gebannte Ständemensch das höchste Ziel der Erziehung ist, "höchstes Glück der Erdenkinder sei nur die Persönlichkeit" (Goethe).

Es ist das große Verdienst Pestalozzis, daß er die Zeichen der Zeit genutzt, die Volksschule gefestigt (Gründer der neuen Volksschule) und überzeugende Erziehungsziele gesetzt hat.

Pestalozzis Bildungsziel ist ein z w e i f a c h e s.

Das e r s t e Z i e l ist ideal und erstrebt die h ö c h s t e V o l l e n d u n g des Menschen zur vollkommenen H u m a n i t ä t, das z w e i t e ist real und begnügt sich

damit, den Menschen für die g e g e b e n e
s o z i a l e U m w e l t, für die tatsäch-
lichen gesellschaftlichen Verhältnisse zu
erziehen.

Während das erste Ziel die eigene Persönlich-
keit des Menschen umfaßt, zeigt das zweite
Ziel seine Individualität in der Wechselwir-
kung zu den gestaltenden Kräften des Berufes,
des Staates, der Gesellschaft und der Kirche.
Allerdings sieht Pestalozzi im Beruf die von
Gott gesetzte soziale Gliederung der Mensch-
heit.

Seine Schule ist deshalb eine S t a n d e s -
s c h u l e , die sich einordnet in den
Obrigkeitsstaat seiner Zeit.

Besonders die Arbeit, der Beruf, ist nach
Pestalozzis Ansicht die von Gott gesetzte Um-
gebung des Menschen. Deshalb bestimmt auch
der Beruf die soziale Gliederung der Mensch-
heit. Der Sohn des Bauern soll wieder Bauer,
der Sohn des Gewerbetreibenden soll wieder
Kaufmann werden. Er fordert für die Söhne der
höheren Stände "eine wohlbegründete wissen-
schaftliche Bindung". Das Heraustreten aber
aus dem väterlichen Stand ohne innere Beru-
fung lehnt er ab. Das Streben nach einer wis-
senschaftlichen Bildung um jeden Preis geißelt
er in seiner Lenzburger Rede als den "Studien-
taumel der Zeit".^{2/3}

² Vgl. Mann, Friedrich: Johann Heinrich Pestalozzi's
ausgewählte Werke. Langensalza 1884.

³ Vgl. Dr. Lehmann, Rudolf (Hrsg.): Wie Gertrud ihre Kinder
lehrt. In: Briefe von Heinrich Pestalozzi.
Bielefeld und Leipzig 1938.

Pestalozzi ordnet der Menschenbildung die Berufsbildung in dem Maße zu, wie das zu seiner Zeit möglich war. Die Berufsbildung wird der allgemeinen Menschenbildung nachgeordnet.

Die beiden Begriffe M e n s c h e n - b i l d u n g und B e r u f s b i l d u n g begleiten die Volksschule bis herauf in unsere Tage.

3.2 W i l h e l m v o n H u m b o l d t (1767 - 1835)

Unter W i l h e l m v o n H u m - b o l d t, einem Zeitgenossen Johann Heinrich Pestalozzis, erfährt das Ideal des Neuhumanismus seine stärkste Ausprägung. "Jeder Mensch existiert eigentlich doch nur für sich; Ausbildung des Individuums für das Individuum und nach den dem Individuum eigenen Kräften, muß demnach der einzige Zweck der Menschenbildung sein".⁴

Wilhelm von Humboldt hat zwar den Eingang Pestalozzischer Ideen gefördert, aber nachhaltiger als Pestalozzi die Forderung nach reiner Menschenbildung erhoben. "Die allgemeinen Schulen sollen nicht für konventionelle und äußere Zwecke des Lebens abrichten, sondern die Grundlage der a l l - g e m e i n e n B i l d u n g hervorbringen".⁵

⁴Menze, Clemens: Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts. Hannover 1975, S. 9.

⁵Menze, Clemens: a.a.O., S. 133.

Als im Sinne der Humanität gebildet gilt für Wilhelm von Humboldt "nur derjenige Mensch, der sein Selbst im Geiste der Individualität, der Universalität und der Totalität zur Reife gebracht hat".⁶

Seine Auffassung führte zu der Forderung, daß allgemeine (reine) Menschenbildung und Berufsbildung streng voneinander zu trennen sind, und zwar so, daß die *B e - r u f s b i l d u n g* der *a l l g e - m e i n e n M e n s c h e n b i l d u n g* folgt, nicht ihr vorangeht oder mit ihr vermischt wird.

Deshalb sind auch Schulen, die nicht primär den Zweck der allgemeinen Bildung verfolgen, den allgemeinbildenden nachzuordnen".⁷

".....Denn beide Bildungen - die allgemeine und die spezielle - werden von verschiedenen Grundsätzen geleitet. Durch die allgemeine sollen die Kräfte, d.h. der Mensch selbst gestärkt werden; durch die spezielle soll er nur Fertigkeiten zur Anwendung erhalten".⁸

Im Verwaltungsbericht "der Sektion für Cultus und öffentlichen Unterricht", deren Leiter er seit 1808 ist, stellt Humboldt fest: "Es gibt schlechterdings gewisse Kenntnisse, die allgemein sein müssen und noch mehr eine gewisse Bildung der Gesin-

⁶ Menze, Clemens: Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts. Hannover 1975, S. 133.

⁷ Menze, Clemens: a.a.O., S. 123.

⁸ Menze, Clemens: a.a.O., S. 125.

nungen und des Charakters, die keinem fehlen darf. Jeder ist offenbar nur dann ein guter Handwerker, Kaufmann und Soldat, wenn er an sich und ohne Hinsicht auf seinen besonderen Beruf, ein guter, anständiger, seinem Stande nach aufgeklärter Mensch und Bürger ist".⁹

Wilhelm von Humboldt vertritt die Auffassung, daß das Bildungswesen dem Menschen jene allgemeine Bildung zu vermitteln habe, mit der er der ihn bedrohenden Entfremdung durch die Zeiten Herr werden könne.

3.3 Georg Kerschensteiner, Aloys Fischer, Theodor Litt und Eduard Spranger, Reform-
er, Begründer und Verfechter vorberuf-
licher Bildung

G e o r g K e r s c h e n s t e i n e r
(1854 - 1932) entwickelte am 12. Januar
1908 zur Pestalozzifeier in der Peters-
kirche zu Zürich seine Gedanken zum Ziel
der Erziehung unter dem Thema: "Die Schule
der Zukunft eine Arbeitsschule".

In dieser Festrede entwickelte er den
"völlig neuen Geist der Arbeitsschule"¹⁰
an einer Reihe von Versuchen und Unter-
nehmungen, die er über mehr als vierzehn
Jahre unablässig durchgeführt hatte.

⁹ Menze, Clemens: a.a.O., S. 124.

¹⁰ Kerschensteiner, Georg: Grundlagen der Schul-
organisation, 7. erw. Aufl.
In: Dolch, Josef (Hrsg.).
München und Düsseldorf 1954,
S. 98 ff.

Die Arbeitsschule Kerschensteiners ist durch den starken lebenspraktischen Bezug und dem berufsvorbereitenden Unterricht gekennzeichnet. Sein Ziel ist der "brauchbare Mensch, der auf dem Boden seines Volkes und seines Berufes steht".¹¹

"Ob die Verwandlungen der Volksschule in eine Arbeitsschule, die auch den manuellen Arbeitsunterricht als wohlgepflegtes Unterrichtsfach in ihren Bildungsplan aufnimmt, eine Umwandlung, welche kommen wird und kommen muß trotz aller Widerstände, sich zum Segen oder Unsegen unseres Volkes entwickeln wird, das wird davon abhängen, ob der technische Lehrer und mit ihm die von langjähriger Erfahrung und eingehendem Verständnis gebildete gewissenhafte manuelle Betätigung auch in unseren deutschen Knabenschulen Einzug halten wird oder nicht".¹²

Kerschensteiner vertritt die Auffassung, daß bei "...den meisten vorzugsweise praktisch eingestellten und durch ihr ganzes Leben hindurch praktisch tätigen Menschen,

¹¹ Kerschensteiner, Georg: Begriff der Arbeitsschule, 9. Auflage. München 1950, S. 100.

¹² Kerschensteiner, Georg: a.a.O., S. 101.

der Weg zur allgemeinen Bildung, zur Menschenbildung, nur über die Berufsbildung geht, ...".¹³

An anderer Stelle schreibt er: "Wir erkennen immer mehr, daß es keinen Königsweg zur echten Bildung gibt, daß tausend Wege zur Persönlichkeit als einem geschlossenen Träger organisierter zeitloser Werte führen können, daß aber jeder dieser Wege durch das eigenartige Wesen der einzelnen Individualität hindurchführen muß".¹⁴

Theodor Litt sieht die Bedeutung Kerschensteiners darin, daß es ihm als erstem gelungen ist, die Grundposition des Neuhumanismus zu erschüttern.

Indem er das Humboldt'sche Verhältnis von Allgemeinbildung und Berufsbildung umkehrte und die manuelle Arbeit in das öffentliche Bildungswesen einbezog, habe er "mit anerkanntem Erfolg in die Mauern der humanistischen Feste Breschen gelegt und ohne Zweifel neue pädagogische Perspektiven erschlossen".¹⁵

¹³ Kerschensteiner, Georg: Berufserziehung im Jugendalter. In: Röhrs, Hermann (Hrsg.): Die Bildungsfrage in der modernen Arbeitswelt. Frankfurt a.M. 1967, S. 73.

¹⁴ Kerschensteiner, Georg: a.a.O., S. 78.

¹⁵ Litt, Theodor: Das Bildungsideal der deutschen Klassik und die moderne Arbeitswelt. Bochum 1958. In: Kamp Pädag. Taschenbücher Bd. 3, S. 76 ff.

A l o y s F i s c h e r (1880 - 1937)
verwendet sich für eine vorberufliche
Bildung.

Er vertritt den Standpunkt, daß Arbeit und
Beruf nicht aus dem menschlichen Leben
wegzudenken sind.

Daher ist nach seiner Meinung "eine ästhe-
tizistische Verachtung der wirtschaftlich-
praktischen Notwendigkeiten und Unterbau-
ten des Lebens falsch".¹⁶

Die Spannung zwischen Ästhetizismus und
Ökonomismus vermag nur eine recht ver-
standene Bildung auszugleichen, indem sie
das rechte Maß setzt zwischen Menschentum
und Unvermeidlichkeit seines Arbeitslebens,
eine Aufgabe, welche die Volksschule unter
dem Druck der fortschreitenden Technik und
Automation mehr denn je beschäftigt.

T h e o d o r L i t t (1880 - 1962)
hat die Gedanken Aloys Fischers wieder
aufgegriffen.

Nach Theodor Litt ist Bildung wesentlich
darauf angewiesen, daß der Mensch "in der
Zwiesprache mit der Welt, im Ringen mit
der Forderung der Sache, in der Hingabe an
das zu gestaltende Werk heranwächst. Wird
diese Voraussetzung anerkannt, so ist es

¹⁶ Kreitmair, Karl (Hrsg.): Aloys Fischer Leben
und Werk, Bd. 3. Bad Heil-
brunn 1957, S. 306.

zu allererst der Beruf, in dem sich die Bildung entwickeln und ihre Bewährungsprobe bestehen muß".¹⁷

Theodor Litt sagt ferner: "Gelingt es uns nicht, in der Sphäre der Berufsarbeit selbst die menschenbildenden Motive zu entdecken und zur Wirksamkeit zu bringen, so heißt es jeglicher Hoffnung auf Bildung zu entsagen".¹⁸

Mit seiner Kritik am klassischen Bildungsideal hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, "d a ß A l l g e m e i n b i l -
d u n g u n d B e r u f s b i l d u n g
k e i n e k l a r z u t r e n n e n -
d e n B e r e i c h e s i n d .

Während nach der neuhumanistischen Bildungskonzeption die Jugend nur dann zu wahrer Humanität geführt werden kann, wenn sich die Bildung jenseits der Berufswelt, in der Sphäre reinen Menschentums vollzieht, werden nunmehr die Bindungen an das öffentliche Leben und nicht zuletzt an die Arbeits- und Wirtschaftswelt erkannt und anerkannt. Die Erziehung kann nur dann eine wirkliche Lebenshilfe sein, wenn sie sich auf das Arbeitsleben ausrichtet".¹⁹

¹⁷ Litt, Theodor: Berufsbildung, Fachbildung, Menschenbildung. In: Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst Heft 35 (1958) Bonn 1958, S. 79.

¹⁸ Litt, Theodor: a.a.O., S. 79.

¹⁹ Litt, Theodor: a.a.O., S. 80.

E d u a r d S p r a n g e r (1882-1963)
wird in seinen Aussagen zur Bildungspro-
blematik noch deutlicher. In seiner Schrift:
"Grundlegende Bildung, Berufsbildung, All-
gemeinbildung" aus dem Jahre 1923 behaup-
tet er, daß A l l g e m e i n b i l -
d u n g u n d B e r u f s b i l d u n g
s i c h k e i n e s f a l l s a u s -
s c h l i e ß e n .

Er gewichtet die Allgemeinbildung anders
als Wilhelm von Humboldt und spricht von
einer allgemeinen Bildung (Vorbereitung)
nicht als allgemeine Menschenbildung, son-
dern von einer grundlegenden Bildung.
Um die Bildungsmaßnahmen der individuellen
Selbstentfaltung anzupassen, spricht er
von drei wesentlichen Stadien der pädago-
gischen Beeinflussung:

"Seit Pestalozzi, Fichte, Humboldt und
Süvern gilt in Deutschland der Grundsatz,
daß die eigentlichen Schulen streng allge-
meinbildend sein müssen und sich die Be-
rufsbildung erst auf dieser Grundlage auf-
zubauen habe. Hier handelt es sich um die
erste methodische Belebung aller geistigen
Grundkräfte und material um ein einfaches
Weltbild in Umrissen, die eine erste
Orientierung in Natur und Kultur ermög-
licht.

Der Umfang des inhaltlichen Weltbildes,
das die allgemein vorbereitenden Schulen
geben können, h ä n g t n a t ü r l i c h v o n
d e r Z e i t a b , d i e i h r e m
K u r s u s z u r V e r f ü g u n g
s t e h t . Es wird in der höheren Schule
eingehender und gründlicher gestaltet wer-

den können als in der Volksschule. Beide aber haben doch zunächst die Aufgabe einer allgemeinen Vorbereitung.

Diese Form der Bildung sollte man nicht als a l l g e m e i n e M e n s c h e n - b i l d u n g, sondern besser als g r u n d l e g e n d e B i l d u n g bezeichnen".²⁰

Die zweite Stufe der Bildungsmöglichkeiten setzt sich für den Jugendlichen auf seinem Weg durch die Berufsbildung ein, um schließlich über diesen Weg zu einer Art der Allgemeinbildung zu gelangen, die mehr ist als die Schulung der Grundkräfte und die intellektuellen Umrisse eines Weltbildes.

Spranger möchte daher das Ende der Volksschulzeit als Zwischenglied, als Übergangsstufe von dem ersten zum zweiten Bildungsstadium verstanden wissen. Die Aufgabe dieser Stufe sieht er vornehmlich darin, den jungen Menschen "durch eine klug geleitete Erweckungsphase vorzubereiten auf den Lebensstand und auf den Lebensbereich, dem niemand entinnen kann: auf seine Tätigkeit im Beruf".²¹

²⁰ Spranger, Eduard: Grundlegende Bildung, Berufsbildung, Allgemeinbildung. Heidelberg 1965, S. 32.

²¹ Spranger, Eduard: Berufsbildung und Allgemeinbildung. In: Röhrs, Hermann (Hrsg.): Bildungsfrage der modernen Arbeitswelt. Frankfurt a. M. 1967, S. 24 ff.

"Der Entwicklungsrhythmus der Bildung führt demnach von der grundlegenden Bildung über die Spezialbildung (Berufsbildung) zur Allgemeinbildung und zwar so, daß jedesmal die neue Phase schon einsetzt, während die andere noch fort dauert".²²

Eduard Spranger ist der Auffassung, daß die "Bildungstypen" seiner Zeit (das Gymnasium, das Realgymnasium und die Ober-realschule) fast ausschließlich literarisch - ästhetische und wissenschaftliche Bildungsgüter betonen. Sie wenden sich an Verstand und Phantasie, wenig an die gestaltenden, praktischen Kräfte. In diesen Schulformen werden "vor allem die theoretisch gerichteten Köpfe Nahrung finden".²³ Über die Spezialisierung der theoretischen Veranlagung gehen diese Bildungstypen nicht hinaus.

Trotz dieser Ansicht fordert Spranger, "daß das Wesentliche bei den Bildungsstoffen, die in der Pflichtberufsschule vorkommen, man bis zum Ethischen vordringe, nicht bloß Kenntnisse und Fertigkeiten mitteile, sondern jede dieser Einzelheiten sogleich beleuchte von dem großen Licht der ethischen Werte".²⁴

²² Spranger, Eduard: Berufsbildung und Allgemeinbildung. In: Röhrs, Hermann (Hrsg.): a.a.O., S. 25 ff.

²³ Spranger, Eduard; a.a. O., S. 29.

²⁴ Spranger, Eduard: a.a. O., S. 33/34.

Spranger sieht als eine Hauptaufgabe in der Gegenwart, "charakteristische Bildungstypen herauszuarbeiten einen für jeden Beruf gemäßen Weg".²⁵

Eduard Spranger verlangt das rechte Maß zwischen grundlegender Bildung und Berufsbildung als Grundlegung einer recht verstandenen Allgemeinbildung.

3.4 Rückblick

Die Aussagen dieser namhaften Pädagogen sind an der Entwicklung der Volksschule von 1779 bis herauf in unsere Tage mehr oder weniger nachzuvollziehen.

So wird Pestalozzi zum Begründer der Elementarschule. Für ihn hatte die Menschenbildung Vorrang vor der Berufsbildung. Er und Wilhelm von Humboldt ordneten die Berufsbildung der Allgemeinbildung nach.

Erst Georg Kerschensteiner gelang es die Grundposition des Neuhumanismus zu erschüttern unter der Devise: "Die Schule ist eine Arbeitsschule" (1908). Ihm gelang es, das Verhältnis von Allgemeinbildung und Berufsbildung umzukehren, ohne die Dreigliedrigkeit des Bildungssystems in Frage zu stellen. Dieser Tatsache ist zwar nicht entgegenzutreten, vor allem dann nicht, wenn es gelingt, die Gleichberechtigung unter den allgemeinbildenden Schulen herzustellen.

²⁵ Spranger, Eduard: a.a.O., S. 34.

Aloys Fischer, Theodor Litt und Eduard Spranger erkennen das Maß zwischen Menschentum und der Unvermeidlichkeit des Arbeitslebens und stellen fest, daß Allgemeinbildung und Berufsbildung heute keine klar zu trennenden Bereiche mehr sind. Damit wurde der Berufsbildung Gleichberechtigung zugesprochen.

4. Stellungnahme der Bildungskommission als endgültige Aussage zur Problematik der Allgemeinbildung und der Berufsbildung

Diese Erkenntnisse werden durch die Empfehlungen der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates Zur Neuordnung der Sekundarstufe II - Konzept für eine Verbindung von allgemeinem und beruflichem Lernen (1974) bestätigt.

Dort lesen wir auf Seite 54: "Die traditionelle Unterscheidung von 'Allgemeinbildung' und 'Berufsbildung' und 'Berufsausbildung' nimmt insgesamt, besonders aber für die Sekundarstufe II, neue Bedeutung an. Lehren kann nicht länger von der Annahme ausgehen, die Vermittlung humaner Kompetenz und fachlicher Kompetenzen erfolge in getrennten Lernprozessen. Es gibt keinen abgrenzbaren Bereich von Disziplinen, Fächern oder Sachverhalten, deren Inhalte des Lernens die allgemeine menschliche Bildung fördert, während andere Inhalte und insbesondere jeder

unmittelbare Berufsbezug den Lernprozeß zur bloßen Ausbildung werden lasse. Tatsächlich hat jeder Unterricht in der Sekundarstufe II eine fachliche und eine berufsvorbereitende Funktion."

5. Das Problem der Gleichwertigkeit der weiterführenden Schulen

Wenn auch mit diesen Feststellungen das Problem der Allgemeinbildung und der Berufsbildung gelöst zu sein scheint, so begegnet uns daneben noch ein weiteres Problem, die Frage nach der Gleichwertigkeit der weiterführenden, allgemeinbildenden Schulen im dreigliedrigen Schulsystem. Die Rangunterschiede zwischen den Schulen wurden erhalten und bis herauf in unsere Tage mitgeschleppt.

Wir sind deshalb bis heute auf der Suche nach echter Gleichberechtigung zwischen den weiterführenden Schularten.

Die Schwierigkeiten der unterschiedlichen Bewertung der Schularten wurden zwar schon in der Zeit der Französischen Revolution erkannt (Condorcet 1792), aber bis heute noch kaum greifende schulpolitische Maßnahmen getroffen. Ausnahmen bilden die beiden Schulversuche: integrierte Hauptschule/Realschule und die integrierte Gesamtschule, wenngleich letztere bestrebt ist, höhere Qualifikationen durch Förderung der Allgemeinbildung zu erreichen. Hervorzuheben ist ihr Versuch, erkennbare

Rangunterschiede im dreigliedrigen Schulwesen zu überwinden, denn die Hauptschule ist nicht berechtigt, einen mittleren Schulabschluß zu vergeben, um Wege in den sozialen Aufstieg zu öffnen.

Die Hauptschule ist eine Schule der A n - s p r u c h s l o s i g k e i t . Sie hat n i c h t s zu vergeben. Sozialer Aufstieg eines Hauptschülers ist nur durch A u s - t r i t t aus der Hauptschule und Übertritt in andere weiterführende Schulen zu erreichen.

So haben wir im Verlauf der weiteren Ausführungen auf zwei Probleme zu achten, daß Allgemeinbildung und Berufsbildung sich keinesfalls ausschließen und Gleichwertigkeit zwischen den allgemeinbildenden Schularten herrschen sollen.

Unter dieser Prämisse sind nunmehr das Bildungssystem und seine Schulen zu würdigen.

Der Staat schafft ein Bildungssystem, das von den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen bis hin zu den Fachhochschulen und Universitäten reicht.

Ihre Aufgaben sind für den Bereich der Schulen im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz Art. 2 beschrieben und tragen sowohl zur Allgemeinbildung als auch zur Berufsbildung bei: "Die Schulen erschließen den Schülern das überlieferte und bewährte Bildungsgut und machen sie mit Neuem vertraut. Sie bereiten auf Arbeitswelt und Beruf vor".

6. Das Bildungssystem - seine allgemeinbildenden
und berufsbildenden Schulen

"Allgemeinbildende Schulen:

1. Die Grundschule
2. Die Hauptschule
3. Die Realschule
4. Die Gymnasien
5. Die Sonderschulen

Berufliche Schulen:

1. Die Berufsschule
2. Die Berufsaufbauschule
3. Die Berufsfachschule
4. Die Wirtschaftsschule
5. Die Fachschule
6. Die Fachoberschule
7. Die Berufsoberschule
8. Die Fachakademie
9. Die Schulen des Zweiten Bildungsweges
 - a) die Abendrealschule
 - b) das Abendgymnasium
 - c) das Kolleg (Institut zur Erlangung der Hochschulreife)"²⁶

Schulpolitisch bedeutsam ist das Fehlen der Gesamtschule als Regelschule. Sie wird im Schulversuch geführt.

Anzumerken ist, daß sich der Bayer. Landtag mit dieser Gliederung in die klassischen allgemeinbildenden Schularten Volksschule, Realschule und Gymnasium für die überkommene Dreigliedrigkeit entschieden hat.

²⁶ Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG) vom 10.09.1982, München 1982, Art. 5.

Die Gliederung des Schulwesens stimmt mit den entsprechenden Schularten in den anderen Bundesländern überein. Vor allem wurde durch eine Reihe von Vereinbarungen (z.B. Hamburger Abkommen u.a.) Vereinheitlichung erzielt.

"Die Gliederung in allgemeinbildende und berufliche Schulen bedeutet keine Rangunterscheidung."²⁷

Die Begriffe der Allgemeinbildung und der Berufsbildung deuten auf den Schwerpunkt ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages neben ihren besonderen Aufgaben hin. "Dennoch sollte daraus nicht der Schluß auf Praxisferne der allgemeinbildenden Schularten gezogen werden".²⁸

Mit diesem Schulsystem verfolgt der Staat die Absicht, die verschiedenen sozialen Bevölkerungsgruppen unter eine gemeinsame Bildungsidee zu bringen und gleiche Bildungschancen für alle Kinder herzustellen. Diese Planung und Organisation des Schulwesens "soll allen jungen Bürgern gemäß ihren Fähigkeiten die dem heutigen gesellschaftlichen Leben entsprechenden Bildungsmöglichkeiten eröffnen".²⁹

Diesen staatlichen Gestaltungsbereich regelt das Schulpflichtgesetz. Die Schulpflicht erfaßt alle Kinder und dauert in der Regel zwölf Schuljahre (Art. 1 Abs. 2 des Schulpflichtgesetzes).

²⁷ Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG) Art. 5, Vorbem. Ziff. 2.

²⁸ Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG) Art. 5, Vorbem. Ziff. 1.

²⁹ Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG) Art. 6, Vorbem. Ziff. 5.

7. Das Schulsystem und der Bildungsauftrag seiner Schulen

Das Schulsystem liegt wie ein weites Netz über den Inhalten der Allgemeinbildung und der Berufsbildung. Die Schulen verfolgen Bildungsaufträge, die von der Allgemeinbildung ausgehen und zu unterschiedlicher Berufsbildung hinführen, geordnet nach Neigung und Befähigung, unter Berücksichtigung des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Verfassung des Freistaates Bayern, der Bundesrepublik Deutschland und unter Beachtung des verfassungsmäßigen Rechts der Eltern auf Erziehung ihres Kindes.

7.1 Unterricht und Erziehung als Mittel zur Verwirklichung des Bildungsauftrages

Der Staat als Ausdruck der Gesellschaft verpflichtet durch Gesetz zum Besuch seiner Schulen. Er ist verantwortlich für die Lerninhalte, festgelegt in Lehrplänen, die in ihrer Zusammenschau diesen Staat durchschaubar machen und ihn in seinen Grundfesten erhalten.

Art. 24 des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes vom 10. September 1982 besagt:

"Grundlage für Unterricht und Erziehung bilden die Lehrpläne und die Stundentafeln, in der Art und Umfang des Unterrichtsangebotes einer Schulart festgelegt sind und sonstige Richtlinien". Gleichzeitig legt dieser Art. 24 ausdrücklich fest, "in die Lehrpläne und Stundentafeln die erzieherischen Elemente der Art. 1 und 2 einzubeziehen", weil sie

den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule bestimmen. Sie entsprechen der Bayerischen Verfassung und gelten für alle Schulen.

Während Art. 1 den Erziehungs- und Bildungsauftrag allgemein beschreibt, konkretisiert Art. 2 die Zweckvorstellungen des Art. 1 durch spezielle Angaben über die Aufgaben der Schulen. Der Art. 2 beinhaltet Aufgaben der Allgemeinbildung und der Berufsbildung.

7.2 Die Bedeutung der Unterrichtsfächer: Pflichtfächer - Wahlpflichtfächer - Wahlfächer

Zur Erschließung und Vermittlung der Lehr- und Lerninhalte dient die Gesamtheit der Unterrichtsfächer, wie sie die Stundentafeln der einzelnen Schulen ausweisen. Jedem dieser Fächer sind besondere Inhalte und Ziele vorgezeichnet, die im Lehrplan niedergelegt sind und durch fachspezifische Arbeitsweisen erreicht werden. Für die Erstellung eines solchen Lehrplanes sind grundsätzliche Überlegungen über jedes einzelne Unterrichtsfach mit seiner besonderen Zielsetzung notwendig, und zwar in seiner ganzen Breite, vom Einfachen zum Schweren, in ständiger Verdichtung der gewonnenen Erkenntnisse und Einsichten, mit dem Ziel, größtmögliche Klarheit zu schaffen, und das letztlich im Sinne der Allgemeinbildung und der Berufsbildung.

Die Verdichtung und der Zuwachs ständig neuer Unterrichtsergebnisse läßt sich u.a. am Fache Mathematik ablesen. Deren Ziele reichen vom Erlernen der Grundrechnungsarten bis hin zur Infinitesimalrechnung und der Analytischen Geometrie. Dabei ist die reine Mathematik (die Zahlen, ihre Werte und die Operationen mit ihnen) die Voraussetzung für die angewandte Mathematik zur Klärung der Sachverhältnisse des menschlichen Lebens, der Technik, der Natur und der Verhältnisse in anderen Unterrichtsgebieten als Mittel zur Verdeutlichung und Gewinnung ständig neuer Erkenntnisse und Einsichten.

Die Mathematik schafft Ordnung des Ganzen, hilft das Mannigfache durch Vereinheitlichung zu bewältigen. Sie ist in allen Unterrichtsfächern unentbehrlich, in den einen mehr, in den anderen weniger. Sie dient der Allgemeinbildung ebenso wie der Berufsbildung. Sie sorgt für Auffassung der Wirklichkeit durch Zahl und Maß und beherrscht die verwirrende Mannigfaltigkeit der Dinge durch begrenzende Klarheit. Sie ermöglicht das Vordringen zum Schönen durch Zahl und Form. Sie ist notwendig zur harmonischen Auffassung von Welt und Leben, die ohne Mathematik nur undeutlich wäre. Mathematik ist unentbehrlich zum Verständnis der Physik, der Technik, der Astronomie, der Wirtschaft und des bürgerlichen Lebens. In diesen weiten Bereichen sind Allgemeinbildung und Berufsbildung angelegt.

Wie in der Mathematik sind die Verhältnisse in den übrigen Fächern einer Stundentafel ge-

lagert. Jedes Fach für sich bemüht sich um die Aufhellung eines Teilbereiches unseres Lebens. Es zerschneidet die organisch verbundene Wirklichkeit zunächst in ein eigenes Erkenntnisgebiet, um anschließend die gewonnenen Einsichten und Erkenntnisse, korrespondierend mit den Ergebnissen der übrigen Fächer, die organische Wirklichkeit wieder aufzubauen.

An und für sich wären sämtliche Fächer als gleichbedeutend zu behandeln, trotzdem hat der Gesetzgeber den Fächern unterschiedliche Stundenzahlen zugewiesen. Für ihn sind die deutsche Sprache, insbesondere als Kommunikationsmittel, und die Mathematik zur Aufhellung der Lebens- und Sachverhältnisse vorrangige Fächer.

Je nach dem Bildungsziel einer Schulart gewinnen die Fächer besondere Qualität.

Zum Zwecke einer allseitigen Durchdringung der Welt- und Lebensverhältnisse sind der Schule P f l i c h t f ä c h e r, W a h l p f l i c h t f ä c h e r und W a h l f ä c h e r vorgeschrieben. Diese Regelung gilt für die Hauptschule, die auf G r u n d l a g e n der G r u n d s c h u l e aufbaut.

P f l i c h t f ä c h e r sind, wie schon ihr Name sagt, verpflichtende Fächer des Unterrichts in der Hauptschule. Sie haben sich in ihrer Differenzierung aus der grundlegenden Bildung der Grundschule herausentwickelt, setzen die Allgemeinbildung fort und schaffen zweckdienliche Voraussetzungen für die Berufsbildung.

Unter den P f l i c h t f ä c h e r n aller Schulen finden wir die Fächer Religionslehre, Deutsch, Mathematik, Physik/Chemie, Biologie, Geschichte, Erdkunde, Kunsterziehung, Sport, Musik, Englisch und Sozialkunde. Daneben gewinnen weitere Fächer wie Erziehungskunde, Arbeitslehre, Haushalts- und Wirtschaftskunde an Bedeutung.

Der Gesetzgeber hat diesen Fächern bestimmte Lehr- und Lerninhalte (Lehrplan) und bestimmte Stundenzahlen zugewiesen, um auszudrücken, in welcher Zeit die einzelnen Lernziele zu erreichen sind, und welche Bedeutung diese Pflichtfächer für die Allgemeinbildung und Berufsbildung nach seiner Meinung haben sollen.

Der W a h l p f l i c h t b e r e i c h kommt den individuellen Begabungen und Neigungen der Schüler entgegen. Pflicht- und Wahlpflichtfächer bestimmen die Akzente der Bildungsrichtung, sei sie mehr studien- oder berufsbezogen. Die Bündelung von Pflicht- und Wahlpflichtfächern verlangt frühzeitige Entscheidung, wohin der Bildungsweg führen soll. Getroffene Entscheidungen sollen durchgehalten werden und so angelegt sein, daß sie jederzeit fortgeführt werden können, sei es im Beruf oder in der Weiterbildung.

Unter ihnen finden sich im Hauptschulbereich: Englisch, Kunsterziehung, Werken, Werken/ Techn. Zeichnen, Textilarbeit, Hauswirtschaft und Maschineschreiben.

Im Gegensatz zum Hauptschulbereich sind die Fächer der Realschule mit der 8. Jahrgangsstufe berufsbezogen ausgelegt.

So finden wir in der Ausbildungsrichtung I mit Schwerpunkt im mathematisch - naturwissenschaftlich - technischen Bereich die Wahlpflichtfächergruppe I: Mathematik, Physik/Chemie, Technisches Zeichnen und Maschinenschreiben (auch Kurzschrift); in der Ausbildungsrichtung II mit Schwerpunkt im wirtschaftlichen Bereich die Wahlpflichtfächergruppe II: Mathematik, Physik, Rechnungswesen, Wirtschafts- und Rechtslehre, Kurzschrift, Maschinenschreiben und in der Ausbildungsrichtung III mit Schwerpunkten insbesondere im musisch - gestaltenden, im hauswirtschaftlich oder sozialen Bereich die Wahlpflichtfächergruppe III: Mathematik, Physik, Maschinenschreiben, Kunsterziehung oder Werken oder Hauswirtschaft oder Sozialwesen und ein weiteres Wahlpflichtfach.

Der Vergleich zwischen den Wahlpflichtfächerbereichen zeigt, wie bescheiden der Wahlpflichtfächerbereich für die Hauptschule angelegt ist. Die Ursache liegt darin, daß die Stundentafel der Realschule neben den allgemeinbildenden Pflichtfächern von der 8. Jahrgangsstufe auch berufsspezifische Fächer aufnimmt.

W a h l f ä c h e r schließlich können die Bündelung von Pflicht- und Wahlpflichtfächern vertiefen oder der Entfaltung freier Interessen dienen, sei es in der Musik, der Fremdsprache oder der Informatik u.a.

In der Hauptschule können alle Fächer des Wahlpflichtbereichs und das Fach Kurzschrift Wahlfächer sein.

Aus der Gliederung der Wahlpflichtfächerbereiche und der Zuordnung berufsbezogener Fächer im Bereich der Realschule läßt sich un-
schwer die Verflechtung zwischen allgemeiner
und berufsbezogener Bildung erkennen.

Die allgemeinbildenden Fächer erbringen die
Grundlagen für den Gebrauch und die Anwendung
gewonnener Kenntnisse aus dem Pflichtbereich
für bestimmte Berufsrichtungen, erkenntlich
z.B. an den Fächern Mathematik (allgemein)
und Rechnungswesen (anwendungsbezogen).

Mit dieser Bündelung der Fächer wird eine
Technik entwickelt, die uns später bei der
Ausrichtung der Hauptschule auf bestimmte
Fachbereiche wieder begegnet.

In dieser Technik des Bündelns liegen das
Wissen um das notwendige Zusammenspiel von
Fächern zum Aufbau bestimmter Berufsziele,
aber auch Entscheidungsfreudigkeit, Kritik-
fähigkeit und Verantwortung begründet.

Diese Aufgabe kann der Schüler in den selten-
sten Fällen allein bewältigen. Er bedarf der
Hilfe der Schule und der Berufsberatung.

Zusammenfassend wird festgestellt:

Der Unterricht in den Pflichtfächern muß von
allen Schülern besucht werden. Bei Wahl-
pflichtfächern und Wahlfächern besteht die
Möglichkeit, zwischen mehreren Fächern zu wäh-
len. Pflichtfächer und Wahlpflichtfächer sind
Vorrückungsfächer mit Ausnahme von Sport und
Handarbeit, festgelegt in § 10 der Allgemei-
nen Schulordnung für Volksschulen, Realschu-
len und Gymnasien.

In diesen Fächern, Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlfächern sind die Anteile von Allgemeinbildung und beruflicher (vorberuflicher) Bildung unterschiedlich gewichtet.

Es ist allerdings nicht einzusehen, warum gerade Hauptschüler, die am frühesten in das Berufsleben eintreten, auf stärker berufsbezogene Wahlpflichtfächer verzichten müssen. Gerade hier sieht die vorliegende Arbeit Ansätze zur Verbesserung der Hauptschulstruktur.

Die Notwendigkeit einer stärkeren Ausrichtung der Hauptschule auf Berufsbezogenheit zeigen die Tafeln der Stundenverteilung Fachtheorie und Fachpraxis der Berufsschule, deren Forderung beim Eintritt in die Berufsschule Hauptschüler und Realschüler in gleicher Weise zu erfüllen haben.

Mit Hilfe dieser Fächereinteilung lassen sich die Welt und die Bezüge in ihr ermessen. Höhe und Umfang der zu gewinnenden Einsichten und Erkenntnisse werden allerdings begrenzt durch die individuelle Fähigkeit, Vorgänge zu begreifen und durch die unterschiedliche Bildungsdauer der einzelnen Schularten.

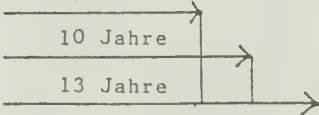
Zur Bewältigung dieser Vorgänge sind Unterricht, Erklärung und Training notwendig und das über eine längere oder kürzere Zeit, von einfacher Handhabe bis hin zur Perfektion. Aus dieser Sicht ergeben sich verschiedene Niveau-Ebenen, die sich fließend nach oben bewegen.

7.3 Unterschiedliche Bildungsdauer

So treten beispielsweise Hauptschüler und Realschüler mit unterschiedlicher Allgemeinbildung und unterschiedlicher beruflicher Vorbereitung den Weg in berufliche Fachklassen an.

Unter ihnen ist der Realschüler mit einer Bildungsdauer von 10 Schulbesuchsjahren, einer berufsbezogenen Vorbildung und der Möglichkeit des Übertritts in Fachoberschulklassen gleicher Berufsbezogenheit unzweifelhaft im Vorteil gegenüber dem Hauptschüler, dem nach einer nur 9-jährigen Bildungsdauer mit einem bescheidenen Wahlpflichtfächerkanon und ohne die Möglichkeit des Übertritts in das qualifizierte berufliche Schulwesen nur der Übertritt in die Berufsschule verbleibt und dort mit Schülern der Realschule und des Gymnasiums, die den Weg in den Beruf gewählt haben, in Wettbewerb treten muß.

Schulart	Bildungsstoff und Bildungsdauer
Hauptschule	9 Jahre
Realschule	10 Jahre
Gymnasium	13 Jahre



Zusammenfassung:

Die Vorerhebungen verdeutlichen die Begriffe der Allgemeinbildung und der Berufsbildung. Sie zeigen die Verantwortung und Maßnahmen des Staates zur Ordnung des Schulwesens in allgemeinbildende und berufliche Schulen und sein Bemühen durch besondere Lehrpläne in Ver-

bindung mit entsprechenden Stundentafeln und deren Gliederung in Pflichtfächer, Wahlpflichtfächer und Wahlfächer bestimmte Bildungsziele zu erreichen, um schließlich darauf hinzuweisen, daß die Hauptschule gegenüber der Realschule im Hinblick auf die Struktur dieser Schulen und deren unterschiedlichen Bildungsdauer benachteiligt ist.

Nach diesen Vorerhebungen wenden wir uns nunmehr der Hauptschule als zentralem Problem dieser Arbeit zu.

8. Die Volksschule (Grund- und Hauptschule) in ihrer geschichtlichen Entwicklung und in ihrer Rechtsetzung unter besonderer Berücksichtigung der Probleme der Hauptschule

"Die Volksschule ist für einen großen Teil der Schüler die wichtigste Bildungsstätte und leistet damit einen wesentlichen Beitrag für eine gemeinsame geistige und sittliche Grundlage des Volkes".³⁰

Sie ist für viele Schüler die einzige allgemeinbildende Schule. Nach Art. 129 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung (BV) sind alle Kinder zum Besuch der Volksschule verpflichtet. Die Volksschule ist demnach eine Pflichtschule (Art. 1 Abs. 3 Schulpflichtgesetz - SchPG).³¹

³⁰ Bayerisches Volksschulgesetz (VoSchG) in der Fassung der Bek. vom 2. Mai 1977 (GVBL. S. 239), geändert durch Gesetz vom 25. Juli 1978 (GVBL. S. 498).

³¹ Schulpflichtgesetz vom 15. April 1969 (GVBL. S. 97).

Die Volksschule umfaßt die für alle Schüler gemeinsame Grundschule (Jahrgangsstufen 1 mit 4) und die auf der Grundschule aufbauende Hauptschule (Jahrgangsstufen 5 mit 9).³²

8.1 Zur Geschichte der Volksschule

Der Begriff der Volksschule wurde erstmals 1779 von F.E. v. Rochow (1734 - 1805) verwendet, der unter Volk das einfache, niedere Volk im Unterschied zur gebildeten Oberschicht verstanden hat.

Die Volksschule war von 1750 bis 1815 in die für Deutschland bedeutsamen politisch - administrativen Entwicklungen eingebettet. In der Folgezeit, im Laufe des 19. Jahrhunderts, drängten die immer mündiger werdenden einfachen Volksschichten nach einer Schulbildung, wie sie den höheren Ständen bereits zukam. Bauern, Handwerker und Arbeiter strebten nach einer Schule, die ihnen das Rüstzeug zur besseren Lebensbewältigung vermitteln sollte.

Im Zuge des Bildungsaufbruchs entstand eine Vielzahl von Schulen, insbesondere einklassige, welche die Schüler unterschiedlicher Altersstufen zu gleicher Zeit in einem Raum zum Unterricht versammelten. Der Lehrer war für sämtliche Unterrichtsfächer, ihre Lehr- und Lerninhalte verantwortlich. Seine Unterrichtsvorbereitung war eine tägliche Meisterleistung.

³² Bayerisches Volksschulgesetz (VoSchG) in der Fassung der Bek. vom 02. Mai 1977 (GVBl. S. 239), geändert durch Gesetz vom 25. Juli 1978 (GVBl. S.498).

Die Unterrichtsorganisation dieser einklassigen Schulen war schwierig und hemmte deren Erfolg je nach Größe der Klasse.

Das Erlernen der Kulturtechniken (Lesen, Rechnen und Schreiben) herrschte vor, Maßnahmen, die auch heute noch von vielen Vertretern der Öffentlichkeit als vorwiegende Aufgabe der Volksschule angesehen werden.

Es gelang der Volksschule nicht, sich gegenüber anderen Schulen ein gleichwertiges Profil zu verschaffen.

Das einfache Volk wählte immer mehr den Übergang seiner Kinder in andere weiterführende Schulen, weil letztere sozialen Aufstieg versprachen. Die Volksschule erfuhr eine gewisse Abwertung.

Als öffentliche Schule hatte sie der bestehenden Gesellschaftsordnung zu dienen. Stand sie früher unter der geistlichen Schulaufsicht, geriet sie später in den Widerstreit der Parteien. Sie behielt den Charakter, Schule des letzten Standes zu sein. Sie orientierte sich am Leitbild der volkstümlichen Bildung, (nach R. Seyfert, 1934) die Bildung des "schlichten, einfachen, praktischen Menschen, des Mannes mit dem gesunden Menschenverstand, dessen Welt durch Arbeit, Heimat und Volkstum" bestimmt sei, bis man erkannte, daß die Trennung von volkstümlicher und wissenschaftlicher Bildung überholt sei, weil die moderne Industriegesellschaft für alle, auch für den sogenannten einfachen Mann so kompliziert und undurchschaubar geworden ist, daß auch die grundlegende Allgemeinbildung ohne ein Mindestmaß an Abstraktionsfähigkeit

und rationeller Denkfähigkeit nicht auskommen konnte.

8.2 Rechtsetzung

Die Entwicklung der Volksschuloberstufe zur Hauptschule

Der Weg der Volksschule vom Jahre 1945 bis herauf in die 80er Jahre war belastet von einer Vielzahl von Schulgesetzen zur Lösung konfessioneller und schulorganisatorischer Probleme als Voraussetzung für eine zeitgemäße innere Reform der Volksschule.

Der Art. 135 der Bayerischen Verfassung (BV) enthielt in ursprünglicher Fassung Vorschriften, die mehr als zwei Jahrzehnte lang für das Recht der öffentlichen Volksschulen grundlegend waren. Im Abs. 1 war bestimmt, daß die Volksschulen Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschulen sind, die Wahl der Schulart den Erziehungsberechtigten freisteht und Gemeinschaftsschulen nur an Orten mit bekenntnismäßig gemischter Bevölkerung auf Antrag der Erziehungsberechtigten zu errichten sind. An Bekenntnisschulen durften nach Abs. 2 nur solche Lehrer eingesetzt werden, die geeignet (gleiche Konfession) und bereit waren, die Schüler nach den Grundsätzen des betreffenden Bekenntnisses zu unterrichten und zu erziehen.

Diese Reglementierung brachte oft unverständliche Lösungen: In einer gemischt konfessionellen Gemeinde wurde ein gemeinsames Schulhaus errichtet. Die katholischen Schüler gingen zur einen Haustüre in die Schule, die evange-

lischen Schüler durch die andere und das noch im Jahre 1969 (Ortschaft Plankenfels / Landkreis Bayreuth).

Nach § 2 Abs. 1 des Schulorganisationsgesetzes von 1950 war in jeder Gemeinde wenigstens eine Volksschule zu errichten. Die Schaffung einer gemeinsamen Volksschule für mehrere Gemeinden oder Gemeindeteile, also einer Verbandsschule, war nach § 2 SchOG, der noch auf die Verordnung von 1883 zurückgeht, nur bei Vorliegen erheblicher Gründe zulässig. Die Voraussetzung für die Errichtung von Verbandsschulen wurde erst durch das Schulverbandsgesetz von 1961 ermöglicht, d.h. durch freiwilliges Zusammenwirken aller Beteiligten (Staat, Kirche, Eltern) konnten wenig gegliederte Volksschulen, namentlich in ländlichen Gebieten zu größeren Verbandsschulen unter Berücksichtigung des konfessionellen Status der Schulen vereint werden.

Am 1. Januar 1967 trat das Volksschulgesetz in Kraft - mit Ausnahme der Vorschrift in Art. 2, nach der die Hauptschule allgemein auch einen 9. Schülerjahrgang umfaßt. Allerdings war weiterhin an dem in Art. 135 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung (BV) verankerten Prinzip der Bekenntnisschule als Regelschule festgehalten worden.

Am 7. Juli 1968 entschied sich Bayern durch einen Volksentscheid für die vom Bayerischen Landtag vorgelegte Neufassung des Art. 135

der Bayerischen Verfassung (BV), die der Parteienvereinbarung entsprach.

Mit Gesetz vom 1. Februar 1969 wurden daher die schulorganisatorischen Vorschriften des Volksschulgesetzes von 1967 dem neuen Art. 135 der Bayerischen Verfassung (BV) und den geänderten Bestimmungen der Kirchenverträge entsprechend neu gefaßt und damit die freie Verwendbarkeit der Lehrer, unter Berücksichtigung der Bekenntniszugehörigkeit der Schüler, festgelegt. Nunmehr war es erst möglich, die bekenntnisverschiedenen Schulen mit Gemeinschaftsschulen zusammenzulegen. Das Ziel, "Volksschulen so zu errichten, daß Schüler grundsätzlich auf Jahrgangsklassen verteilt sind" (Art. 11 des VoSchG), war damit allerdings noch nicht erreicht.

Dazu kam noch die Forderung des neuen Schulpflichtgesetzes vom 15. April 1969, die Volksschulpflicht auf neun Schuljahre zu verlängern.

Es war daher notwendig geworden, schon im Schuljahr 1969/70 zentral gelegene Hauptschulen mit entsprechend großen Sprengeln, insbesondere für die Schülerjahrgänge 7 mit 9 zu errichten. Um dieser Forderung nachzukommen, beschloß der Bayerische Landtag mit Wirkung vom 1. Mai 1969 ein zweites Gesetz zur Änderung des Volksschulgesetzes.

Nach ihm war es möglich geworden, die Schule auf Jahrgangsklassen zu verteilen und Hauptschulen (5. bis 9. Schülerjahrgang) in den Jahrgangsklassen mehrzünftig in Parallelklassen zu führen. Diese äußere Schulreform soll-

te nunmehr bis zum Beginn des Schuljahres 1981/82 beendet werden.

Die schulorganisatorische Entwicklung schrittweise vollzogen, brachte Unruhe und doch Fortschritt in das Gefüge der Volksschule.

Festzustellen ist, daß nur sie allein von diesen organisatorischen Maßnahmen betroffen wurde. Realschule und Gymnasium wurden nicht berührt. Organisatorische Probleme wie sie die Volksschule zu bewältigen hatte bestanden für sie nicht.

Zur Bewältigung der inneren Problematik der Volksschule folgten nunmehr Maßnahmen der inneren Reform.

Schon vom Schuljahr 1969/70 trat an die Stelle der Volksschuloberstufe (5. - 9. Jgst.) der Begriff der Hauptschule.

Diese Bezeichnung geht zurück auf das "Hamburger Abkommen" vom 28. Oktober 1964, der Neufassung des Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens. Dort finden sich im Abschnitt II § 4 die einheitlichen Bezeichnungen für die Stufen der Volksschule:

- "1. Die für alle Schüler gemeinsame Unterstufe trägt die Bezeichnung 'Grundschule'.
2. Die auf die Grundschule aufbauenden Schulen tragen die Bezeichnung 'Hauptschule', 'Realschule' oder 'Gymnasium'.

3. Grundschule und Hauptschule können auch die Bezeichnung 'Volksschule' tragen.
4. Ein für alle Schüler gemeinsames 5. und 6. Schuljahr kann die Bezeichnung Förder- und Beobachtungsstufe tragen".

Aufgrund dieser Vereinbarung regelte das Bayerische Volksschulgesetz von 1977/78 in Artikel 2 die Stufen der Volksschule wie folgt:

"Die Volksschule umfaßt die für alle Schüler gemeinsame G r u n d s c h u l e (Jahrgangsstufe 1 mit 4) und die auf die Grundschule aufbauende H a u p t s c h u l e (Jahrgangsstufe 5 mit 9), jede für sich mit einem eigenständigen Bildungsauftrag innerhalb des allgemeinbildenden Schulwesens".

Die beiden Stufen der Volksschule: Grundschule und Hauptschule wurden somit in der Entwicklung der Volksschule festgeschrieben.

Die Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz von 1977 verzichtet bei der Darstellung der "Allgemeinbildenden Schulen" auf den Begriff der Volksschule als Einheit von Grund- und Hauptschule.

Letztere werden als selbständige Schulen mit Eigencharakter aufgeführt.

Auch das Bayerische Erziehungs- und Unterrichts-gesetz (BayEUG) vom 10.09.1982 stellt

in Art. 6 Abs. 1 klar, daß nunmehr die Volksschule in zwei unterschiedliche Schultypen gliedert ist, die voneinander unabhängig als selbständige Schulen betrieben werden und stellt weiter fest, daß ein "gemeinsames organisatorisches Dach für Grund- und Hauptschule auch dann nicht vorgesehen ist, wenn beide Schultypen zufällig in einem Gebäude oder in einem Gebäudekomplex eingerichtet sind". Der bisherige Wortlaut von Art. 2 des Volksschulgesetzes von 1977/78 wird deshalb aufgehoben. Damit entfällt auch die Forderung des Art. 2, Satz 3, daß beide, Grund- und Hauptschule eine Einheit bilden.

Die Hauptschule wird zur selbstständigen Schulform erklärt und erhält wie das Gymnasium und die Realschule den Status einer weiterführenden Schule, d.h. Hauptschule, Realschule und Gymnasium gründen sich gleichberechtigt auf die Grundschule mit eigenen Bildungszielen von unterschiedlicher Bildungsdauer.

8.3 Die gegenwärtige Situation der Hauptschule

Mit Anstrengungen ohnegleichen hat die Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der sechziger Jahre bis heute das Bildungswesen auf- und ausgebaut. Enorme Beträge fließen in den Schulhausbau. Der äußeren Schulorganisation folgte die innere Schulreform, immer in dem Bewußtsein, daß das tragende Fundament eines

modernen Staates sein Bildungswesen sei. Das Netz des weiterführenden Schulwesens, der Verbandsschulen, Realschulen, Wirtschaftsschulen, Berufsschulen, der Gymnasien und Universitäten wurde laufend verdichtet.

In breitem Strom bewegt sich die Zahl der Bildungswilligen seither durch die weiterführenden höheren Schulen.

Die Volksschule, Grund- und Hauptschule, wurden dabei zu Zubringerschulen, sie verloren die Masse ihrer leistungsstarken Schüler. Die Hauptschule wurde zur Restschule, zum Sammelbecken für Zurückgebliebene, zu irregeleiteten Heimkehrern, denen die anderen weiterführenden Schulen die Aufnahme wegen fehlender Eignung versagten..

Zu diesen Zurückgebliebenen stießen Ausländerkinder, die trotz Begabung, aber infolge von Sprachschwierigkeiten, den Zugang zum großen Fluß der Höherstrebenden nicht schafften.

Die gegenwärtige Situation der Hauptschule gibt zu berechtigter Sorge Anlaß. Sie wird zur Problemschule für das berufliche Vorwärtkommen der einzelnen. Nach einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (Nr. 21 von 1982, S. 4 ff) entscheiden Bildung und Ausbildung sowohl über die berufliche Laufbahn als auch über das Einkommen. Das sogenannte verfügbare Lebenseinkommen liegt bei Erwerbstätigen mit Volksschulbildung bei etwa 430 000 DM, bei Mittlerem Schulabschluß bei 540 000 DM, bei Erwerbstätigen mit Abitur bei 750 000 DM und bei Hochschulabschluß bei

880 000 DM und mehr.³³

Es ist daher natürlich, daß viele im Zeitalter demokratischer Freiheiten nach Verbesserung ihrer Lebenschancen streben. Dies hat zur Folge, daß der Besuch höherer allgemeinbildender Schulen, der Realschule und des Gymnasiums zunimmt und die Schülerzahl der Hauptschule zusehends abnimmt. Mittlerer Schulabschluß und Abitur vermitteln höhere Lebenschancen, während die Hauptschule die Schule ohne vergleichbaren Abschluß bleibt, wenn auch ihr qualifizierender Abschluß einige Hoffnungen weckt. Ideelle und materielle Motive sind dabei nicht zu trennen. Während man von Bildung und Wissenschaft eine Bereicherung des persönlichen Lebens erwartet, spielen Aussichten auf eine verbesserte Berufs- und Einkommensposition eine erhebliche Rolle. Bildung und Wissenschaft als Orientierungshilfen in den komplizierten Zusammenhängen des modernen Lebens sind wichtiger geworden. Sie gelten als widerstandsfähige Mitgift bei Berufs- und Positionswechsel in sozialen und politischen Veränderungen. Daneben wirken auch bewußt geplante oder von ökonomischen Bedürfnissen gesteuerte Antriebe in die Bildungsexpansion mit. Sie liegen in den Anforderungen des technischen Zeitalters begründet. Hochtechnisierte Gesellschaften bedürfen eines breiten Angebots an Kräften, die zur Spezialisierung und Leistung fähig sind.

³³ Vgl. Pfaff-Fuchs-Hurler-Kohler: Bildung, Ungleichheit und Lebenseinkommen. 1978.

Unter diesen Gegebenheiten tritt die Hauptschule mit anderen weiterführenden Schulen zum Wettbewerb im Beschäftigungssystem an. Dabei wird die Schwäche der Hauptschule mit dem Hauptschulabschluß nach neun Vollzeit-schuljahren und der Hochschulreife (Abitur) als Abschluß des Gymnasiums nach 13 Schuljahren allein schon von der Bildungsdauer dieser Schularten her offensichtlich. Ihre Abschlüsse qualifizieren sowohl für weiterführende Bildungsgänge im Schul- und Hochschulwesen als auch für bestimmte Ausbildungsgänge im Beschäftigungssystem. Das Bildungssystem wird gegenwärtig durch diese Stufenfolge aufsteigender Abschlüsse bestimmt. Sie entscheiden über die Lebenschancen ihrer Schüler.

8.4 Das Problem des Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt - der Stellensuche und der Einstellung

Für den Hauptschüler wird es zunehmend schwerer, nach abgeschlossener Schulbildung einen Arbeitsplatz zu finden.

Der Wettbewerb bei der Stellensuche auf dem Arbeitsmarkt zwischen den Schülern der allgemeinbildenden Schulen, der Hauptschule, der Realschule, des Gymnasiums und teilweise auch der beruflichen Schulen wirkt sich für den Hauptschüler besonders nachteilig aus. Die Anforderungen in Technik und Wirtschaft drängen Arbeitgeber zur Einstellung von Abschlußschülern mit mittlerer Reife, mit Real- und Wirtschaftsschulabschluß, weil jene Schüler mit einer 10-jährigen Bildungsdauer (Schul-

zeit) und gezielter Berufsvorbereitung gründlicher für den Eintritt in das Berufsleben vorbereitet sind als Hauptschüler.

Das Problem der Stellungssuche und der Einstellung pflanzt sich verstärkt von oben nach unten fort: Hochschule, Gymnasium, Realschule und schließlich Hauptschule. Der Druck wird im Zuge zunehmender Arbeitslosigkeit immer stärker. Die Hauptschule steht auf tönernen Füßen. Alle Maßnahmen zu ihrer Aufwertung können nur als Stützen zu ihrem Überleben bezeichnet werden. So haben die Gewerkschaften die Befürchtung geäußert, daß Hauptschüler in Berufen mit hohen theoretischen Anforderungen kaum noch zum Zuge kommen; sie würden von Abiturienten und Realschülern im Wettbewerb um entsprechende Ausbildungsplätze verdrängt; der neue Ideal-Lehrling sei der Realschüler. Tatsächlich hat sich die schulische Vorbereitung der Auszubildenden in den letzten zehn Jahren bemerkenswert verändert.

Die Position der Hauptschüler ist deutlich geschwächt. Der Anteil der Hauptschulabsolventen lag - nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung - an der Gesamtzahl der Auszubildenden in den gewerblichen Berufen im Jahre 1980 bei 62 Prozent (1970 bei 88 Prozent). Von dieser Verschiebung haben die Realschulabsolventen profitiert. Ihr Anteil kletterte im gewerblichen Bereich von 11 auf 35 Prozent. Nach den Aussagen des Informationsdienstes des Instituts der deutschen

Wirtschaft, Köln (vom 2.12.1982), erlernen 56,7 Prozent der Hauptschüler ein Handwerk; in Industrie und Handel werden gegenwärtig lediglich 38,7 Prozent aller Hauptschüler ausgebildet.

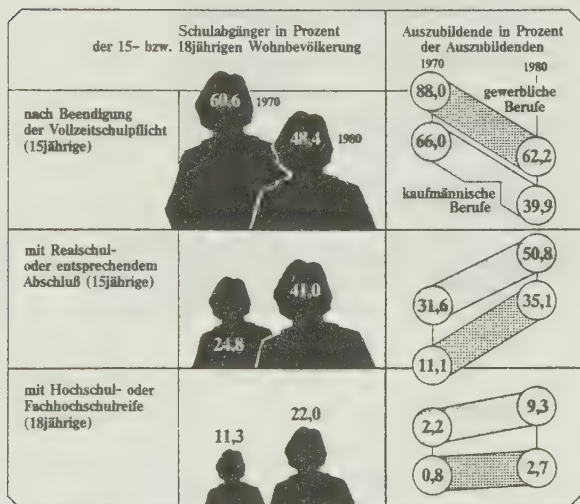
Den Berechnungen zufolge sank der Anteil der Hauptschulabsolventen an der Gesamtzahl der Auszubildenden von 79,7 Prozent im Jahre 1970 auf 38,7 Prozent 1983. Das Institut begründet diese Entwicklung damit, daß sich die Qualifikation der Auszubildenden in der Wirtschaft der Bundesrepublik seit den 70er Jahren stark erhöht hat. Der Trend zur Höherqualifikation der Auszubildenden wird in den 80er Jahren weiter zunehmen.

Nach den neuesten Vorausberechnungen der Kultusministerkonferenz (1984) wird dabei die Stellung der Hauptschule im allgemeinbildenden Schulsystem weiter geschwächt. Der Anteil der Hauptschulabsolventen von allen Schulabgängern eines Jahrgangs geht von 32,7 Prozent im Jahre 1980 auf 25,7 Prozent im Jahre 1990 voraussichtlich zurück.

Der Anteil der Abiturienten steigt im gleichen Zeitraum von 14,6 Prozent auf 23,1 Prozent. Der Gipfel der Abiturientenzahlen wird mit fast 23 000 Hochschulberechtigten im Jahre 1987 erreicht. Auch nachstehende Skizze verdeutlicht den Rückzug der Hauptschüler.

RÜCKZUG DER HAUPTSCHÜLER ³⁴

Der Anteil der Hauptschulabsolventen an der Zahl der Schulabsolventen und Auszubildenden ist in den siebziger Jahren stark zurückgegangen.



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesinstitut für Berufsbildung; Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft.

© 1982 Deutscher Fachschriften-Verlag
iwd

³⁴ In: iwd - Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft vom 2.12.1982.

8.5 Das Risiko der Arbeitslosigkeit

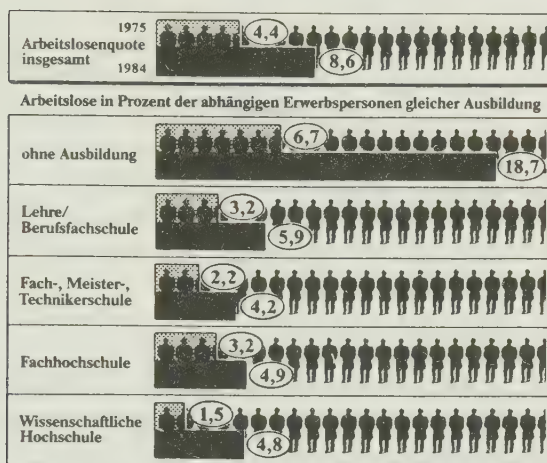
Dem Problem der Qualifikation folgt ein weiteres, nämlich das Risiko der Arbeitslosigkeit.

Wer in der Bundesrepublik Deutschland gut aus-
gebildet ist, d.h. eine Lehre oder ein Stu-
dium absolviert hat, t r ä g t e i n g e -
r i n g e r e s A r b e i t s p l a t z r i -
s i k o a l s d e r U n g e l e r n t e .

Eine Nahaufnahme der Arbeitslosigkeit durch
das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufs-
forschung ergibt: Ein Fünftel aller Erwerbs-
personen ohne jegliche Berufsausbildung ist
heute stellungslos. Damit liegt die sogenann-
te qualifikationsspezifische Arbeitslosen-
quote der Ungelernten einschließlich Angelernt-
ten um gut das Doppelte über dem allgemeinen
Durchschnitt von 8,6 Prozent (Stand: Septem-
ber 1984). Im Jahre 1975 betrug diese Quote
nur 6,7 Prozent.

Auf dem Arbeitsmarkt schneiden neben den Aka-
demikern (4,8 Prozent) vor allem die Absol-
venten von Fach-, Meister- und Technikerschu-
len am erfolgreichsten ab. Offenbar vermit-
teln diese Lehrgänge gerade solche Qualifika-
tionen, die zur Zeit stark gefragt sind
(s. nachstehende Skizze).

ARBEITSLOSIGKEIT UND QUALIFIKATION ³⁵



³⁵ In: iwd-Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, Jhrg.- Nr. 28, vom 11. Juli 1985.

8.6 Die Flucht aus der Hauptschule - Übergang von der Grund- und Hauptschule in weiterführende Schulen

Die Probleme der Hauptschüler, die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die oft recht geringen Aufstiegsaussichten eines Hauptschülers im Beruf veranlassen die Eltern, ihre Kinder in andere weiterführende Schulen, in Gymnasien, Real- und Wirtschaftsschulen zu schicken, in der Hoffnung auf ein gesichertes Fortkommen ihres Jugendlichen.

Der erste Schritt in das G y m n a s i u m erfolgt nach der vierten Jahrgangsstufe. Die Übertritte liegen in vielen Schulen, namentlich in solchen in der Nähe von Städten, bis über 50 %, im Landesdurchschnitt bis 30 % (s. Statistik des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1984).

Für die in der Hauptschule Verbleibenden beginnt dann in der sechsten Jahrgangsstufe ein zweites Ausleseverfahren. Wiederum wird der Lehrer, diesmal mit Blick auf die Realschule, die Wirtschaftsschule und das Gymnasium in Kurzform zur Förderung der Übertrittsschüler gedrängt, die nach der sechsten, spätestens nach der siebten Klasse in andere Schulen überwechseln.

Gezielte Hilfen sind deshalb für die richtige Schullaufbahnentscheidung für den Einzelnen und für die Gesellschaft besonders wichtig, um Schülerelend zu vermeiden. Dieser Begriff

bezieht sich auf jene große Zahl von Irregeleiteten, die eine falsche Schullaufbahn eingeschlagen haben. Nicht selten gehen jene Schulversager einen bitteren Weg: Zunächst Ermunterung und Hoffnung - dann herbe Erfahrung - und schließlich bittere Enttäuschung.

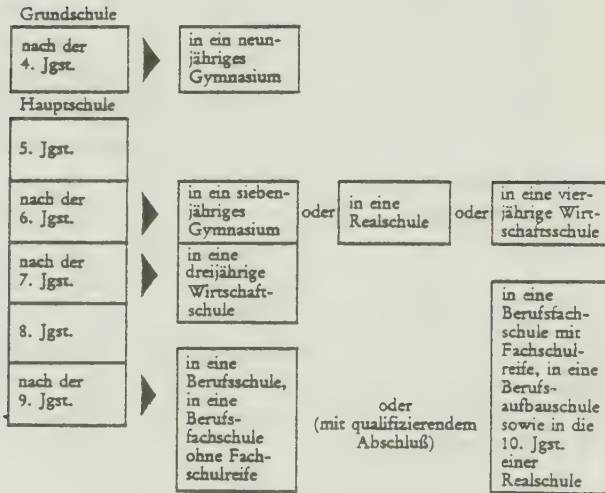
Eine sorgfältige Lenkung des Schülerstroms ist notwendig, soweit sich nach menschlichem Ermessen Personenstruktur und voraussichtliche Entwicklung des Einzelnen erfassen lassen.

Wir können uns heute diese hohe Zahl von Schülern mit falscher Berufslaufbahn nicht mehr leisten, weil die Fortschritte der Technik, der Automation, das Zeitalter des Computers, die hochindustrialisierte Gesellschaft mit ihren überzogenen Ansprüchen nach Gütern und sozialen Leistungen, einfach nach Spezialisten mit hohen Leistungen auf allen Gebieten des beruflichen Lebens verlangen.

Die Hauptschule kann gegenwärtig nicht viel versprechen, sie darf begabte Schüler von einem Schulwechsel nicht zurückhalten. Sie muß dringend nach einem Bildungsweg suchen, der ihrem Profil als einer praktisch gerichteten weiterführenden Schule entspricht, überzeugt und Eltern und Schüler zu einer gesicherten Lebensbewältigung verhilft.

Im Anschluß an den gemeinsamen Besuch der Grund- und Hauptschule erfolgen die Übergänge in andere weiterführende Schulen.

Übergänge von der Grundschule und Hauptschule ³⁶



Die Darstellung zeigt die normalen Übergänge, In zahlreichen Fällen sind Übergänge auch nach höheren Jahrgangsstufen der Volksschule möglich, als sie in dieser Übersicht dargestellt sind.

³⁶ Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Hrsg.): Der richtige Weg. Eine Information zur Schullaufbahnberatung. München 1976.

Das Bildungssystem in der Bundesrepublik Deutschland
gliedert sich in
allgemeinbildende Schulen und berufliche Schulen ³⁷

Schüler an allgemeinbildenden Schulen nach
Bildungsbereichen und Schularten - in Tausend

Jahr: Schüler an allgemeinbildenden Schulen

	insge- samt	davon						
		Primär- bereich	Sekundärbereich I			Sekundär- bereich II		
		Grund- schulen	Haupt- schulen	Real- schulen	Gymnasien I	II	Gesamt- schulen	Abendschulen und Kollegs
1960	6655,1	3096,9	2122,4	430,7	641,7	211,7	-	8,8
1970	8937,6	3977,3	2370,2	863,5	1062,2	317,4	-	25,1
1975	10066,0	3912,3	2512,8	1179,9	1394,8	468,7	165,8	37,8
1980	9127,2	2817,7	2226,5	1351,1	1543,8	574,2	220,6	39,4
1983	7989,9	2351,8	1894,9	1214,4	1289,1	671,7	224,7	41,4
Vorausberechnung der KMK (Dokumentation 85)								
1984	7724,6	2398,1	1770,0	1118,4	1208,7	711,3	189,2	39,9
1985	7410,3	2384,7	1665,6	1033,4	1115,9	708,1	186,5	40,0
1990	6827,2	2572,1	1483,1	847,3	935,3	507,5	180,0	39,2
1995	7201,3	2750,8	1594,4	901,3	996,3	452,1	188,2	38,2

³⁷ In: Der Bundesminister für Bildung und Wissen-
schaft. Bonn 1984: Grund- und Strukturdaten
1984/85.

Die vorstehende Tabelle zeigt, daß unter den allgemeinbildenden Schulen die Hauptschule bis in das Jahr 1995 die größte Schülerzahl ausweist. In dieser hohen Schülerzahl liegen Bedeutung, Verantwortung und Verpflichtung, der Hauptschule zu einem solchen Profil zu verhelfen, das sie als notwendig und gleichberechtigt in die Zahl der allgemeinbildenden Schulen einordnet.

8.7 Die Diskussion zur Problematik der Hauptschule im Lande Bayern, den Stadtstaaten und den Ländern der Bundesrepublik Deutschland

Staat und Gesellschaft drängen danach, die Schulen nach ihrer Auffassung zu entwickeln. Aus diesem Grunde besitzen die Stimmen der großen Lehrerverbände als Vertreter des Berufsstandes der Lehrer, die Stimmen der Wirtschaft und der Parteien als Träger der politischen Willensbildung großes Gewicht und müssen Gehör finden in ihrem Für und Wider zur Einrichtung eines 10. Schuljahres und damit bei der Suche nach einer neuen Struktur der Hauptschule.

Kompetente staatliche Stellen, politische Kräfte aller Parteien, Wirtschaftsverbände und Lehrerverbände haben die grundsätzliche Bedeutung und Eigenständigkeit der Hauptschule in ihrem Verhältnis zu anderen weiterführenden Schulen erkannt und sich um Reformen bemüht, die der Hauptschule zu dem ihr zustehenden Gewicht verhelfen sollen.

Der ehemalige Bayerische Kultusminister Hans Maier stellte schon 1973 vor der Landesdelegiertenversammlung bayerischer Lehrer in Erlangen fest: "Entscheidungen im Bereich der Hauptschule sind jetzt schon fällig. In ihrer Weiterentwicklung sehe ich eines der wichtigsten Probleme der nächsten Zeit.

Die Hauptschule muß der solide Sockel einer anspruchsvollen beruflichen Bildung werden, von der wir hoffen, daß sie bald gleichbedeutend neben den Einrichtungen der allgemeinen Bildung stehen wird".

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft sieht die Ursachen für die Problematik der Hauptschule in der Stellung der beruflichen Bildung innerhalb unseres Bildungssystems.

Er fordert: "Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung".

Der Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß führte in seiner Regierungserklärung vor dem Bayerischen Landtag am 03. Dezember 1980 zur Hauptschule folgendes aus: "Wichtig ist die innere Reform der Hauptschule mit dem Ziel ihrer Aufwertung. Die wachsende Zahl von Gastarbeiterkindern verschärft noch mehr die Probleme der Haupt-

schule. Die Hauptschule muß grundlegende Allgemeinbildung vermitteln, den Schüler zu einer sachlich begründeten Berufsentcheidung befähigen und ihn auf die Berufswelt vorbereiten".

Die Christlich-Soziale Union fordert in ihrer Korrespondenz vom 17. Dezember 1980 (München, Bayer. Landtag) folgendes: "Das Bekenntnis zur Weiterentwicklung und zum Ausbau der Hauptschule als weiterführende Schule setzt das Bekenntnis zur Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung voraus. Die Hauptschule muß ihr berufsbildendes Profil erweitern und ausbauen. Dabei ist dem Unterrichtsfach Arbeitslehre zentrale Bedeutung zuzumessen. Die Zusammenarbeit zwischen Hauptschule und Berufsschule muß verstärkt werden. Die zentrale bildungspolitische Aufgabe der Hauptschule liegt in ihr als der Schule für das vorwiegend praktisch begabte Kind".

Diese Gedankengänge bestätigt das Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands CDU, beschlossen vom 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen in der Zeit vom 23. bis 25. Oktober 1978. Dort lesen wir zum Problem Bildung und Beruf u.a.:

"Abschlüsse und Zertifikate für sich allein begründen keinen Anspruch auf einen bestimmten Beruf. Der Ausbildung zum praktischen Beruf kommt gleicher Wert zu wie stärker theoretisch angelegter Bildung.

Die berufliche Bildung, vor allem im dualen System, ist in gleicher Weise zu fördern wie der Ausbau des allgemeinbildenden Schulwesens. Die Lehrpläne sind stärker auf die Berufswelt hin auszurichten".

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Landtagsfraktion SPD, München) hat sich - wie die SPD bundesweit für die Gesamtschule entschieden.

Die SPD behauptet, daß das dreigliedrige Schulsystem das Bildungswissen eindeutig aufspaltet, und zwar so, daß sich die Grund- und Hauptschulen mit einfachem, elementarem Wissen zu begnügen hätten, die Realschulen darüber hinaus in technisch-praktische Wissensbereiche einführen würden und das Gymnasium auf wissenschaftlich-theoretische Bildung einseitig ausgerichtet sei.

Im Rahmen der Gesamtschule fordert die SPD in ihrem Grundsatzzprogramm vom 13.-15. November 1959 in Bad Godesberg auch nachdrücklich ein zehntes Schuljahr für die Hauptschule. Sie legt in ihrem Entwurf eines Gesetzes über das Schulwesen in Bayern (Bayrisches Schulgesetz - BaySchG) vom 23. September 1981 fest: "Die Hauptschule umfaßt die Schülerjahrgänge 7 mit 10. Sie führt bei erfolgreichem Besuch am Ende des 10. Schülerjahrganges zu einem Mittleren Abschluß".

Die Freie Demokratische Partei (FDP) bemühte sich stets um die "Offene Schule". Letztere ist eine Gesamtschule, d.h. es gibt keine vertikalen Grenzen in diesem System. Sie will die bisherigen Schulformen: Grundschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Berufsschule ablösen. Horizontal wird die "Offene Schule" in den Primarbereich (Eingangsstufe 2 Jahre, Grundschule 3 Jahre), den Sekundarbereich I (Mittelstufe ca. 6 Jahre) und den Sekundarbereich II (Oberstufe 2 oder 3 Jahre) eingeteilt. (Nach den Stuttgarter Leitlinien einer liberalen Bildungspolitik, beschlossen vom FDP-Bundesausschuß am 18. März 1972 in Stuttgart).

Der Bayerische Handwerkstag, die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Industrie- und Handelskammern und der Landesverband des bayerischen Einzelhandels betonen, daß die Profilierung der Hauptschule nicht allein durch ein zehntes Schuljahr erfolgen könne. Sie empfehlen eine intensivere Zusammenarbeit mit den Berufsschulen und eine Verstärkung der praxisorientierten Lerninhalte.³⁸

³⁸ Vgl. Gespräche und Aussagen des Bayer. Handwerkstages, der Industrie- und Handelskammer, März 1987.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und in ihm die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordern eindeutig die Einführung der Gesamtschule.³⁹

Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) legte sich seither nicht eindeutig fest.

Durch seine Integration in die größere Dachorganisation "Verband Bildung und Erziehung (VBE)", dem Interessenvertreter der Gesamtschule und des dreigliedrigen Schulsystems angehören, fordert der BLLV eine Verbesserung der Hauptschule schlechthin und bietet gleichzeitig Schulversuche an. In seinem Entwurf vom 16. Mai 1981 "Zur Weiterentwicklung der Hauptschule" an die Mitglieder seines Landesvorstandes hat er seine Vorstellungen zur Verbesserung der Hauptschulverhältnisse dargestellt. Dort lesen wir u.a.: "Die Hauptschule ist eine allgemeinbildende Schule mit berufsorientierenden Bezügen. Die Hauptschule umfaßt die Jahrgangsstufen 7 bis 9, dazu eine freiwillige 10. Jahrgangsstufe für Schüler, die einen mittleren Abschluß erwerben wollen ...".⁴⁰

³⁹ Vgl. Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zur Bildungspolitik, verabschiedet vom Bundesvorstand des DGB. Düsseldorf 7. März 1972.

⁴⁰ Vgl. Schulpolitische Hauptstelle des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes: "Leitantrag des Landesvorstandes zur Weiterentwicklung der Hauptschule. München 16. Mai 1981.

Rückblickend läßt sich feststellen, daß das Interesse an der Verbesserung der Hauptschulverhältnisse allgemein ist. Mit Ausnahme der Freien Demokraten, der Sozialdemokratischen Partei und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, welche ein 10. Vollzeitschuljahr bei der Hauptschule und die integrierte Gesamtschule anstreben, befürworten die übrigen für Bildung und Erziehung Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft die Ausrichtung einer neuen Hauptschule an der vorberuflichen Bildung und beruflichen Grundbildung.

Aufgrund dieses Erkenntnisstandes und der zunehmenden Schwierigkeiten der Hauptschule sahen sich die Stadtstaaten und Länder der Bundesrepublik genötigt, erste Maßnahmen zur Verbesserung der Hauptschulverhältnisse einzuleiten.

Sie errichteten 10. Jahrgangsstufen an der Hauptschule - mit Ausnahme des Landes Bayern - und führten Schulversuche durch, die nunmehr auf ihre Leistung zur Verbesserung der Hauptschulverhältnisse untersucht werden sollen.

III. SCHULVERSUCHE UND MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER HAUPTSCHULVERHÄLTNISSE

Die Länder und Stadtstaaten der Bundesrepublik Deutschland entwickeln Schulversuche in der Absicht, dem Fortschritt der Zeit und ihren Forderungen an die Bildungspolitik durch ständig neue Überlegungen, Korrekturen und die Verwirklichung neuer Ideen und Vorschläge entgegenzukommen.

Schulversuche sind heute ein anerkanntes Instrumentarium moderner Bildungspolitik. Sie sind als Teststrecken unerlässlich, ehe neue Planungen verwirklicht werden.

In der Reihe der folgenden Darstellungen werden vorwiegend solche Versuche angesprochen, welche in den Problemkreis der Hauptschule hineinreichen. Mit nachstehenden Schulversuchen wird das Feld der Hilfen für die Hauptschule abgetastet und ihre Leistung zur Verbesserung der Hauptschulverhältnisse untersucht.

Unter ihnen werden auch solche schulischen Einrichtungen aufgeführt, die inzwischen obligatorisch, durch Erlasse und Schulgesetze geregelt worden sind, z.B.:

Besondere 10. Realschulklassen (Bayern) für Hauptschüler mit qualifizierendem Abschluß.

Übertritt von Hauptschülern mit qualifizierendem Abschluß in höhere Jahrgangsklassen der Wirtschaftsschulen.

Einführung eines 10. Vollzeitschuljahres
an der Hauptschule (ohne Bayern).
Daneben gehört unser besonderes Interesse
den Schulversuchen,

der integrierten Hauptschule/Realschule
und nicht zuletzt

der Gesamtschule.

1. Besondere 10. Realschulklassen für Haupt-
schüler mit qualifizierendem Abschluß

Der Bayerische Landtag hat in seiner Sitzung
vom 15.6.1983 folgenden Beschluß gefaßt:

"Die Staatsregierung wird ersucht,

dafür Sorge zu tragen, daß Hauptschüler bzw,
deren Eltern verstärkt über die Möglichkei-
ten informiert werden, in einem freiwilli-
gen 10. Jahr an der Realschule den middle-
ren Abschluß zu erreichen und

die Zahl der Standorte von Realschulen mit
Besonderen 10. Klassen erhöht wird".⁴¹

Hier wird eine Maßnahme fortgeführt, die erst-
mals im Schuljahr 1970/71 als Schulversuch
eingeführt wurde. Seither wird diese besonde-
re Einrichtung an Realschulen mit Erfolg wei-
tergeführt. Das Bayerische Staatsministerium
für Unterricht und Kultus bestimmt jährlich
an welchen Realschulen solche Klassen zu er-

⁴¹ Vgl. Sitzungsprotokoll des Bayerischen Landtags
vom 15.6.1983.

richten sind. Dadurch wird bereits deutlich, daß der Zustrom zu diesen Klassen zwar bemerkenswert, jedoch nicht erheblich sein kann.

Realschulen nehmen Hauptschüler unter den Bedingungen der Allgemeinen Schulordnung für die Realschulen, Abschnitt II § 6, Ziff. 6.2.8 auf und zwar ohne Aufnahmeprüfung, wenn der Hauptschüler

den qualifizierenden Abschluß nachweist und an der Abschlußprüfung in Englisch teilgenommen hat,

mindestens die Zeugnisnote "gut" in den Prüfungsfächern Mathematik und Englisch,

mindestens die Zeugnisnote "ausreichend" in den übrigen Prüfungsfächern hat und

mindestens Notendurchschnitt 2,0 aus den Zeugnisnoten folgender Fächer erreicht: Religionslehre, Deutsch, Englisch, Geschichte, Erdkunde, Arbeitslehre, Mathematik, Sozialkunde, Physik/Chemie, Biologie (Bei der Ermittlung des Notendurchschnitts wird jedes Fach gleich gewertet).

Die Aufnahmeprüfung erstreckt sich

für Schüler, denen die Hauptschule die uneingeschränkte Eignung für den Realschulbesuch bescheinigt, auf alle Vorrückungsfächer der Realschule, in denen im Abschlußzeugnis der Hauptschule nicht mindestens gute Leistungen nachgewiesen werden, ferner auf das Fach Englisch, falls es

nicht Gegenstand der Prüfung über den qualifizierenden Abschluß war,

für Schüler, denen die uneingeschränkte Eignung für die Realschule nicht bestätigt werden kann, auf sämtliche Vorrückungsfächer der Realschule, soweit sie an der Hauptschule unterrichtet wurden.

Die Prüfung wird schriftlich und mündlich durchgeführt. Schriftliche Arbeiten sind aus den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik anzufertigen.

Diese Auslese ist im Hinblick auf das Ziel, das diese Besonderen 10. Realschulklassen stellen, unabdingbar.

Diese Klassen führen in gestraffter Form zum Ziel der Realschule. Hauptschüler dieser Besonderen 10. Realschulklassen unterziehen sich der gleichen Abschlußprüfung wie Realschüler. Ein Übertritt wird nach bisherigen Erfahrungen nur begabten und lernwilligen Hauptschülern mit qualifizierendem Hauptschulabschluß vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus empfohlen.

Die Übertrittsschüler aus der Hauptschule haben sich trotz mancher Schwierigkeiten in diesen Besonderen 10. Realschulklassen durchgesetzt.

Sie haben es seither geschafft, mit vollkommen unterschiedlichen Kenntnissen ein gleiches Ziel anzusteuern.

Das zeigt, daß sich in der 9. Jahrgangsstufe der Hauptschule noch Schüler befinden, die ihren Anlagen nach den Abschluß der Realschule, den mittleren Bildungsabschluß, durchaus erreichen können. Es läßt sich aber auch feststellen, daß diese begabten Hauptschüler zum Zwecke des mittleren Bildungsabschlusses einen steinigen (Um-)Weg gehen müssen, weil die Hauptschule bei ihrer geringeren Bildungsdauer, eine solche Qualifikation nicht zu vergeben vermag.

Besondere 10. Realschulklassen bieten Hauptschülern mit qualifizierendem Abschluß eine letzte Chance, an der Realschule den mittleren Abschluß zu erreichen.

Insgesamt zeigt diese Maßnahme, daß

sich in der Hauptschule noch leistungsfähige Schüler befinden, die unter erschwerten Bedingungen den mittleren Schulabschluß erreichen können,

das dreigliedrige Schulsystem eine gewisse Durchlässigkeit zeigt,

aber die neunjährige Hauptschule mit der niedrigsten Bildungsdauer unter den weiterführenden Schulen keine Qualifikation vergeben kann (mittleren Schulabschluß), die den Bildungsweg durch qualifizierte berufliche Schulen öffnen würde.

2. Übertritt von Hauptschülern mit qualifizierendem Hauptschulabschluß in höhere Jahrgangsstufen der Wirtschaftsschulen

Auch ein Übertritt von Hauptschülern mit qualifizierendem Abschluß in höhere Jahrgangsstufen der drei- und vierstufigen Wirtschaftsschulen ist möglich.

Bei der Aufnahme in die 10. Jahrgangsstufe müssen alle Schüler eine Aufnahmeprüfung in den Fächern Betriebswirtschaft, Buchführung (vom Schuljahr 1979/80 an auch im Fach Rechnungswesen) ablegen.

Besondere 10. Klassen (wie an Realschulen) werden an Wirtschaftsschulen nicht eingerichtet. Auch in Klassen, in die Hauptschüler übergetreten sind, ist eine entsprechende Änderung der Stundentafel nicht zulässig.

Die Wirtschaftsschule ist eine Berufsfachschule.

Die Lerninhalte der Abschlußklassen sind stärker berufsbezogen als die in der 10. Jahrgangsstufe der Realschule. "Wegen der konzentrierten Inhalte in den kaufmännischen sowie in den schreibtechnischen Fächern empfiehlt es sich, Schüler nach dem Besuch der 9. Jahrgangsstufe der Hauptschule nicht in die 10., sondern in die 9. Jahrgangsstufe der Wirtschaftsschule einzuschulen", schreibt das Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus in seinen Informationen zur Schulberatung (KM-Beibl. Nr. 17/1978).

Beim Übertritt in eine Wirtschaftsschule beschreitet der Hauptschüler einen Weg, für den er schon von den Fächern her nicht vorgebildet ist. Deshalb soll der Hauptschüler - nach Auffassung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus - in die 9. Jahrgangsstufe einer Wirtschaftsschule eintreten. Das bedeutet Verlust eines Schuljahres, weil die Lerninhalte beider Schularten nicht aufeinander abgestimmt sind. Hier zeigt sich, daß die Hauptschule für den kaufmännischen Bereich kaum angelegt ist.

Die Wirtschaftsschule ist eine Berufsfachschule, die ihre Schüler ab der 7. Jahrgangsstufe zielstrebig bis zur 10. Jahrgangsstufe (einschließlich) auf den kaufmännischen und verwaltenden Beruf vorbereitet. Die neunjährige Hauptschule ist eine allgemeinbildende Schule und bietet lediglich Hilfen zur Berufsfindung.

Hier wird die Diskrepanz zwischen den Schularten, der Allgemeinbildung, der vorberuflichen Bildung und der Berufsbildung deutlich. Der Hauptschüler muß im Verhältnis zum Realschüler und Wirtschaftsschüler ins Hintertreffen geraten.

3. Die Forderung nach einem zehnten Vollzeit-schuljahr in den Stadtstaaten und Ländern der Bundesrepublik Deutschland
(Stellungnahmen - Vorschläge - Maßnahmen staatlicher Einrichtungen - Lehrerverbände - Arbeitgeberverbände)

Seit der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs und Bildungswesen 1959 die Vorschläge zur Einführung der Hauptschule als eine weiterführende Schule unterbreitete, hält die bildungspolitische Diskussion über das 10. Schuljahr unvermindert an. Strittig ist dabei weniger die Frage, ob ein 10. Bildungsjahr eingeführt werden soll, als vielmehr die Überlegung nach seiner inhaltlichen Ausgestaltung und seiner Ansiedlung bei der Hauptschule oder Berufsschule.

Die einen vertreten die Auffassung, daß die Hauptschule in erster Linie zu einer Berufsausbildung führen soll, die anderen lehnen ein 10. Schuljahr als Berufsvorbereitung und Berufsgrundbildung ab. Letztere sind der Meinung, daß ein 10. Schuljahr in allgemeinbildender Form die innere Sicherheit der Hauptschüler erhöhen und letztlich der sozialen Gerechtigkeit dienen würde.

Zwischen diesem "Pro und Contra" bewegt sich gegenwärtig die Diskussion der staatlichen Stellen, der Parteien, der Lehrerverbände,

der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen innerhalb der Länder und besonders auch im Lande Bayern.

3.1 Der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen und seine Aussagen zum zehnten Vollzeitschuljahr

Während der Strukturplan der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates vom 13. Februar 1970 noch vermuten ließ, durch die Einführung eines 10. Pflichtschuljahres für alle 16-jährigen sei ein linearer Abschluß der allgemeinen Grundbildung mit einem Abitur I erreichbar, zeigten die Verhandlungen in den Ausschüssen der Bund-Länder-Kommission, daß die Bedürfnisse der Gesellschaft sehr viel komplexer sind, als angenommen worden war. Man hatte viel zu wenig bedacht, daß ein großer Teil der Jugend nach einer gewissen Zahl von Schuljahren in den Beruf drängt oder zumindest in die berufliche Ausbildung.

Ihr Ziel ist, sobald als möglich in den Beruf zu kommen, der sie voll in die Gesellschaft eingliedert. Der Bildungsgesamtplan hat deshalb die Möglichkeit, Berufsbildung bereits nach dem 9. Schuljahr zu beginnen, offen gelassen, und es sieht heute so aus, als machten die meisten Länder von solch früher Berufsbildung Gebrauch.

Der Bildungsgesamtplan spricht nicht mehr von einem Abitur I, sondern von einem Sekundarabschluß I, und dafür sind Profile vorgese-

hen, die viel unterschiedlicher sind, als es die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates in ihren Empfehlungen gewünscht und für möglich gehalten hatte.

3.2 Die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates zur Erweiterung der Bildungspflicht

Der Bericht der Bildungskommission von 1975 über die Entwicklungen im Bildungswesen stellt u.a. fest: "Vorgesehen ist der Ausbau der Berufsgrundbildung, die schulisch oder nach der Art des dualen Systems organisiert sein kann. Es erscheint jedoch aus pädagogischen und finanziellen Gründen *p r o b l e m a t i s c h*, daß die Bildungspflicht für die Jugendlichen, die keine Realschulen oder Gymnasien besuchen, grundsätzlich durch ein allgemeinbildendes Schuljahr im Anschluß an das 9. Schuljahr erweitert wird".

3.3 Die Ausschüsse der Bund-Länder-Kommission zur Verlängerung der Hauptschulpflichtzeit

Den Ländern wurde seither freie Hand gelassen. Ihre Entscheidungen reichten von der Errichtung eines 10. Schuljahres als Verlängerung der Hauptschulpflichtzeit bis hin zu den Bestrebungen, anstelle eines 10. Pflichtschuljahres ein Berufsgrundschuljahr als Eingangsstufe der Berufsschulpflichtzeit einzuführen. Zwischen diesen beiden Bestrebungen bewegt sich heute die Kontroverse um ein 10. Schuljahr. So heftig letztere aber auch geführt wird, die gegenwärtige finan-

zielle Rezession bewirkt Stagnation, die Antriebs durch Lösung dieser Problematik verlangt, einer Lösung, die den gegenwärtigen Schulaufbau nützt und zu einer überzeugenden, längst fälligen Entscheidung führt.

Die nachstehenden Ausführungen orientieren daher über den Stand der Meinungen und Forderungen der Verbände und über die Maßnahmen der Länder zur Verlängerung der Schulpflichtzeit um ein 10. Hauptschuljahr oder die Errichtung eines Berufsgrundschuljahres.

3.4 Die Lehrerverbände und ihre Stellungnahmen zum 10. Vollzeitschuljahr an der Hauptschule

Handelt es sich bei den Verbänden um mitgeteilte Meinungen und Forderungen, so finden wir bei den Ländern z.T. bereits Realisationen auf experimenteller oder legislativer Ebene, also Schulversuche bzw. Schulgesetze zur Durchführung eines 10. Schuljahres oder eines Berufsgrundbildungsjahres vor. An der Vielfalt der Meinungen und gesetzlichen Regelungen und aus dem "Für und Wider" läßt sich der Grad der Problematik und die ganze Unsicherheit, die auf diesem Sektor herrscht, ablesen.

In diesem Zusammenhang verdienen die Forderungen der beiden größten Lehrerverbände in der Bundesrepublik Deutschland,

des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) als Vertreter der Arbeitnehmer und Wortführer der ihm angeschlossenen Gewerkschaft (GEW) und

des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)
und des ihm angeschlossenen Bayerischen
Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV),

besondere Beachtung.

3.4.1 Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) als
Wortführer der Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft (GEW)

Der DGB und die GEW hatten in
einem Grundsatzprogramm schon 1963 ein all-
gemeinbildendes zehntes Pflichtschuljahr ge-
fordert. Diese Forderung wurde 1972 in den
"Forderungen des DGB zur beruflichen Bildung"
und im DGB-Aktionsprogramm wiederholt und
durch mehrere Kongreßbeschlüsse 1973 und 1975
ausdrücklich bekräftigt.

Am 11. Juni 1973 verabschiedete zuletzt der
geschäftsführende Bundesvorstand des DGB
"Leitsätze des DGB zur Gestaltung des zehnten
Schuljahres in der Hauptschule".

Heute ist nach Auffassung von DGB und GEW die
Einführung des zehnten allgemeinbildenden
Pflichtschuljahres überfällig und darf aus
sozialen, pädagogischen,
bildungs politischen, ar-
beitsmarktpolitischen
und arbeitsschutzrecht-
lichen Gründen nicht weiter
aufgeschoben werden.⁴²

⁴² Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand,
Abteilungen Bildung und berufliche Bildung
(Hrsg.): Leitsätze des Deutschen Gewerk-
schaftsbundes zur Studienreform. Düssel-
dorf 1979, S. 73 ff.

3.4.1.1 Soziale Gründe

Gesamtschülern, Realschülern und Gymnasiasten steht der Besuch eines zehnten Schuljahres, das bevorzugt Allgemeinbildung vermittelt, offen. A u s G r ü n d e n s o z i a - l e r G e r e c h t i g k e i t und der Gewährleistung gleicher Bildungschancen sollte generell auch Hauptschülern die Möglichkeit des Versuchs eines 10. Schuljahres eingeräumt werden. Ein solches böte die Chance zu besserer Entfaltung von Fähigkeiten und Begabungen, zu gründlicherer Vorbereitung auf die Berufswahl und damit zu einem gelungenen späteren Hineinwachsen in die Rolle des selbständigen, eigenverantwortlichen, mündigen Staatsbürgers.

3.4.1.2 Pädagogische Gründe

Neun Schuljahre reichen heute nicht mehr aus, die Fülle des Lehrstoffes zu bewältigen, um gesichert auf das Arbeitsleben vorzubereiten, ohne daß Lehrende und Lernende in Streßsituationen gedrängt werden.

S c h u l m ü d i g k e i t und S c h u l - v e r d r o s s e n h e i t sind zum großen Teil Folgen der gegenwärtigen Schulsituation. Eine Verlängerung der Pflichtschulzeit aber läßt sich nur mit n e u e n , die I n t e r e s s e n d e r S c h ü l e r t r e f f e n d e n I n h a l t e n und mit einer e n g e r e n V e r k n ü p - f u n g v o n S c h u l e und A r - b e i t s w e l t begründen. Daneben kann ein zehntes Schuljahr dazu beitragen, den

Hauptschülern - wie den Real- und Gymnasialschülern - nach den Spannungen des Reifungsprozesses, neue Orientierungs- und Bildungsmöglichkeiten anzubieten, die ihnen helfen, ihre eigenen Interessen zu erkennen, zu formulieren und zu vertreten und größere Sicherheit im Umgang mit den Gleichaltrigen und Erwachsenen zu gewinnen.

3.4.1.3 Bildungspolitische Gründe

Die Einführung des zehnten Schuljahres ist die Voraussetzung dafür, daß unterschiedslos a l l e S c h ü l e r einen g l e i c h - w e r t i g e n S e k u n d a r a b - s c h l u ß I erwerben, der grundsätzlich einen Übertritt in weiterführende Bildungsgänge der Sekundarstufe II ermöglicht. Damit sieht der DGB auch die Bedingung erfüllt, getrennte Schulformen in die integrierte Gesamtschule überführen zu können.

3.4.1.4 Arbeitsmarktpolitische Gründe

Durch die Einführung des zehnten allgemeinbildenden Schuljahres wird das Lebensarbeitsalter der Hauptschulabgänger um ein Jahr verkürzt. Dieser Entlastungseffekt wirkt sich auf dem Ausbildungsstellenmarkt allerdings nur einmalig aus. Der E n t z u g s e f - f e k t a u f d e m A r b e i t s - m a r k t ist jedoch von Dauer.

3.4.1.5 Arbeitsschutzrechtliche Gründe

Mit einem zehnten allgemeinbildenden Schuljahr wird der Arbeitsschutz ausgedehnt. Durch die Verlängerung der Vollzeitschulpflicht gelten alle Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren als Kinder im Sinne des Jugendarbeitsschutzgesetzes (§§ 2 und 3), für die entsprechende Beschäftigungsbeschränkungen gelten.

3.4.2 Kritische Stellungnahme zu den Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Zur Zeit werden in fast allen Ländern der Bundesrepublik Überlegungen zur Gestaltung und Organisation eines zehnten Schuljahres angestellt. Die von den Länderregierungen gewonnenen Vorstellungen sind jedoch von den Vorstellungen des DGB/GEW zum Teil weit entfernt. DGB/GEW sind der Auffassung, daß nur in einem integrierten Schulsystem das zehnte Schuljahr optimal wirksam und damit die jetzige Benachteiligung der Hauptschüler aufgehoben werden könne. Solange jedoch noch ein in Hauptschule, Realschule und Gymnasium gegliedertes Schulwesen existiert, fordert der DGB auch für die Hauptschule das zehnte Schuljahr. Auf die Dauer müssen die mit der Einführung des zehnten Schuljahres verbundenen Reformschritte jedoch zur integrierten Gesamtschule führen.

Wenn auch mit Nachdruck im 10. Schuljahr eine intensive Vorbereitung auf das Arbeitsleben gefordert wird, so bleibt ihr Bemühen doch stark der Allgemeinbildung im Sinne einer schulischen Ausrichtung ohne nachhaltigem Praxisbezug verhaftet. Beseitigung der Schulmüdigkeit bleibt frommes Wunschdenken. Gerade vom DGB hätte man für die Hauptschüler in ihrer Masse praktische berufliche Ausrichtung erwartet.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft lehnt jedoch ein zehntes Schuljahr als Berufsvorbereitungs- oder Berufsgrundbildungsjahr ab. Nach ihrer Auffassung sei die Berufsgrundbildung ein Teil der Berufsbildung und gehöre nicht in die Hauptschule, so daß ein Berufsgrundbildungsjahr anstelle eines allgemeinbildenden zehnten Schuljahres nicht in Frage komme.

- 3.5 Das zehnte Vollzeitschuljahr an der Hauptschule aus der Sicht des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) und des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV)

In eine ähnliche Richtung drängen der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV), ohne das Problem der integrierten Gesamtschule besonders anzusprechen. Der BLLV als Mitglied des VBE fordert ebenfalls die Einführung eines zehnten Schuljahres, allerdings vorerst auf freiwilliger Grundlage, jedoch mit der Möglichkeit eines mittleren Abschlus-

ses an der Hauptschule. Damit solle den Hauptschülern Motivation und Chance auf gleichlange Bildungszeit wie anderen Sekundarstufen I - Schülern eröffnet werden.

In seinem Entwurf vom 16.05.1981 zur Weiterentwicklung der Hauptschule schreibt der BLLV an die Mitglieder seines Landesvorstandes:

"Das gegliederte Schulwesen unserer Tage zeigt eine Reihe von problematischen Entwicklungen, von denen u.a. auch die Hauptschule besonders betroffen ist. Deshalb müssen Alternativen zu einem gegliederten Schulwesen unvoreingenommen entwickelt und erprobt werden. Das Weiterbestehen paralleler Schularten in der Sekundarstufe I kann der BLLV nur dann akzeptieren, wenn

die Hauptschule im Vergleich zu den parallelen Schularten personell und sachlich mindestens gleichwertig ausgestattet ist,

die Schülerverteilung auf parallele Schularten erst nach der 6. Jahrgangsstufe erfolgt,

für die Hauptschüler ungeschmälerzte Bildungschancen in der Sekundarstufe II, insbesondere im berufsbezogenen Bereich, bestehen".

3.5.1 Das Konzept des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnen Verbandes (BLLV) und seine Forderungen

"Der BLLV muß mit Sorgen feststellen, daß das Konzept der Hauptschule als weiterführende Schule in den vergangenen zehn Jahren keinen ausreichenden bildungspolitischen Rückhalt fand. Er hält trotz aller Schwierigkeiten, die sich diesem Konzept entgegenstellen, daran fest und kann nicht einer Hauptschule der Anspruchslosigkeit und der Gescheiterten zustimmen.

Die Hauptschule ist eine allgemeinbildende Schule mit berufssorientierenden Bezügen.

Sie ist eine Pflichtschule, die ihre Weiterführung in den Schulen der Sekundarstufe II erfährt.

Die Jahrgangsstufen 1 bis 6 sollen als gemeinsame Schule geführt werden. Die Hauptschule umfaßt die Jahrgangsstufen 7 bis 9, dazu eine freiwillige zehnte Jahrgangsstufe für Schüler, die einen mittleren Abschluß erwerben wollen. Die 7. Jahrgangsstufe dient der Konsolidierung neu gebildeter Klassen, sie betont das Gemeinsame und kennt keine inhaltlichen Schwerpunktsetzungen durch Fächerwahl. Diese erfolgt erst in den Jahrgangsstufen 8 und 9. Die zehnte Jahrgangsstufe führt zu einer Hauptschulform des mittleren Abschlusses.

Die Hauptschule bietet folgende

A b s c h l ü s s e :

M i t t l e r e r A b s c h l u ß
n a c h J a h r g a n g s s t u f e 10 .
Die Abschlußprüfung umfaßt die Fächer
Deutsch, Mathematik, Englisch und Arbeits-
lehre als unabdingbare Komponenten. Der
Mittlere Abschluß setzt den qualifizieren-
den Abschluß (mit Englisch) voraus.

Q u a l i f i z i e r e n d e r A b -
s c h l u ß n a c h J a h r g a n g s -
s t u f e 9 :

Er wird nur von der Hauptschule verliehen.
Die Zulassung zur Abschlußprüfung ist an
keine Bedingungen geknüpft. Abschlußrele-
vante Fächer sind Deutsch, Mathematik,
theoretische Arbeitslehre, zwei Fächer der
praktischen Arbeitslehre, Englisch oder
eines der Sachfächer oder der musischen
Fächer (einschl. Sport). Alle Fächer werden
gleichgewichtet. In allen Fächern können
auch Einzelqualifikationen erworben werden.

N o r m a l e r S c h u l a b s c h l u ß
n a c h B e e n d i g u n g d e r
P f l i c h t s c h u l z e i t :

Durch geeignete Förderungsmaßnahmen ist der
Anteil von Schülern ohne Schulabschluß zu
verringern.¹¹

Dem Drängen des BLLV hat das Bayerische
Staatsministerium für Unterricht und Kultus
jedoch nicht nachgegeben.

3.5.2 Der Verband Bildung und Erziehung (VBE)
in Hessen zum zehnten Schuljahr

Interessant sind in diesem Zusammenhang Stimmen des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) vom März 1983 aus Hessen.

Der VBE - Hessen ist seit Jahren bemüht, durch Gespräche mit dem Hessischen Kultusminister, mit den Kulturpolitikern der im Landtag vertretenen Fraktionen, mit Elternbeiräten auf verschiedenen Ebenen und mit Kommunalpolitikern auf die katastrophale Situation der hessischen Hauptschulen hinzuweisen. Nachstehend werden seine Forderungen als Konzept für einen Neuaufbau der Hauptschule im Sinne der ursprünglichen Absichten des Deutschen Ausschusses von 1964 dargelegt:

"Forderung 1: Es ist ein selbständiger Bildungsgang für die Hauptschulen zu entwickeln.

Forderung 2: Dieser Bildungsgang muß im 5./6. Schuljahr und im 7. bis einschließlich 10. Schuljahr eine Einheit bilden.

Forderung 3: Das 10. Schuljahr muß seinen krönenden Abschluß in einem dem Realschulabschluß zwar nicht gleichartigen, sehr wohl aber gleichwertigen Abschlußprofil haben.

Forderung 4: Hauptschulspezifische Pläne und eine eigene Stundentafel sind unerläßlich.

Forderung 5: Eine enge Zusammenarbeit zwischen Hauptschule, Berufsschule und Betrieben zur berufspraktischen Ausprägung des Bildungsschwerpunktes Arbeitslehre ist in dieses Konzept einzubauen."

Zusammenfassend wird festgestellt:

Die Forderungen des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) und die Forderungen des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) spiegeln die bildungspolitische Konzeption dieser Verbände wieder:

Die Entwicklung eines selbständigen Bildungsganges für die Hauptschule und

die Einführung eines 10. Vollzeitschuljahres an der Hauptschule (in Bayern zunächst freiwillig) als Abschluß der Hauptschule, der mit dem Realschulabschluß zwar nicht gleichartig, aber gleichwertig ist.

Beide Verbände erkennen die Notwendigkeit der Allgemeinbildung und den berufspraktischen Bezug der Hauptschule an.

3.5.3 Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und ihre Stellungnahme zum 10. Vollzeitschuljahr

Anders argumentiert die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Sie geht davon aus, daß die Hauptschule in erster Linie zu einer Berufsausbildung führen soll. Erst in zweiter Linie ist sie für eine weiterführende Schule, die theoretisch begabten Schülern nach Abschluß des 9. Schuljahres die Chance bieten soll, durch ein ergänzendes 10. Schuljahr einen mittleren Abschluß zu erreichen. Dabei sollen die Praxisorientierung und die Vorbereitung auf die Berufswelt im Vordergrund stehen.

Die Arbeitgeberverbände und mit ihr die Wirtschaft schlechthin sind der Auffassung, daß auch das herkömmliche dreigliedrige Schulsystem der Verbesserung und Weiterentwicklung bedarf. Die Erfahrungen der letzten Jahre hätten gezeigt, daß eine zu starke Ausrichtung des Unterrichts an wissenschaftsorientierten Inhalten die Gefahr kognitiver Überforderung in sich berge.

Zu hohe Anforderungen hinsichtlich eines theoretisch - abstrakten Lernens mindere auch die Motivation. Daher wäre eine mehr praxisbezogene Bildung anzustreben, die auch geeignet sei, den Schülern Hilfen in schwierigen Lebenssituationen zu bieten.

Darüber hinaus stelle die wirtschaftliche und berufswahlvorbereitende Bildung eine zentrale

Aufgabe dar, der als eigenständiges Fach bzw. als ein eigenständiger Lernbereich aller Schulstufen und aller Schulformen Geltung verschafft werden sollte.

Die Wirtschaft befürwortet bei der Einführung eines obligatorischen 10. Bildungsjahres ein, an der beruflichen Bildung orientiertes, differenziertes Angebot. Eine Schulpflichtzeitverlängerung der Hauptschule um ein weiteres Jahr wird dagegen abgelehnt. Von der Einführung eines obligatorischen 10. Hauptschuljahres würden vor allem die praktisch begabten Jugendlichen negativ betroffen. Bei Jugendlichen dieser Altersstufe, deren individuelle Begabungen und Neigungen in der Regel auf eine praktische berufliche Tätigkeit im weitesten Sinne gerichtet sind, seien häufig Theorieüberdruß und Schulmüdigkeit anzutreffen. Ein differenziertes Angebot eines an der beruflichen Bildung orientierten 10. Bildungsjahres könnte neben dem Berufsgrundbildungsjahr sowohl in kooperativer als auch in schulischer Form sowie dem Berufsvorbereitungsjahr als Sonderform das erste Ausbildungsjahr im dualen System sein (nach Bund Deutscher Industrie u.a. 1980, S. 14 ff.).

Ergänzend bemerken dazu die Arbeitgeberverbände, aufgrund vergleichender europäischer Untersuchungen über Leistungen der Hauptschüler im 9. und 10. Schuljahr, daß ein 10. Hauptschuljahr, das auf das neunte lediglich aufgefropft würde, die Jugendlichen kaum besser auf ihre berufliche Zukunft vorbereiten würde, als dies bisher schon geschähe. Vor

einer allgemeinen Einführung des 10. Schuljahres sollte daher erst über eine curriculare Neugestaltung des zusätzlichen Schulangebotes diskutiert werden.

Sie kommen ferner zu der Feststellung:

"Es kann dabei nicht Ziel der Hauptschule sein, den Inhalten und Methoden der Realschulen und des Gymnasiums nachzueifern. Vielmehr muß die Hauptschule, um sich eine gewisse Attraktivität zu sichern, ein dem Leistungsniveau ihrer Schüler angemessenes eigenes Profil entwickeln".

3.5.4 Der Bayerische Handwerkstag, die Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Industrie- und Handelskammern und der Bayerische Einzelhandel

Auch der Bayerische Handwerkstag, die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Industrie- und Handelskammern und der Landesverband des bayerischen Einzelhandels haben im Schreiben an den ehemaligen Staatsminister Prof. Hans Maier darauf hingewiesen, daß sie ebenfalls Reformmaßnahmen für die Hauptschule für notwendig erachten. Dabei betonen sie, daß die Profilierung der Hauptschule nicht durch ein zehntes (freiwilliges) Schuljahr erfolgen kann, sondern lediglich durch innere Reformen durchgeführt werden soll.

Diese Verbände sprechen sich weiter dafür aus, die Hauptschule insgesamt praxis- und berufsbezogen zu gestalten.

Eine solche Konzeption hätte nach ihrer Meinung den Vorteil, daß die Schüler besser auf die Berufs- und Arbeitswelt vorbereitet würden und ihre Berufswahl sachgerechter und sicherer treffen könnten. Die Verbände empfehlen deshalb eine intensivere Zusammenarbeit mit den Berufsschulen als auch eine Verstärkung der praxisorientierten Lerninhalte.

Die Verbände des Handwerks, des Handels und der Industrie empfehlen außerdem, die Lehrer der Hauptschule besser auf ihre Aufgaben vorzubereiten. Entscheidend sei, daß auch der Lehrer die Arbeitswelt persönlich erlebt hat. Sinnvoll ist es daher, bei der Aus- und Fortbildung der Lehrer, insbesondere für jene, welche Arbeitslehre unterrichten, auch Berufs- bzw. Betriebspraktika vorzusehen. Die Verbände erklärten gleichzeitig, daß die in ihrem Verband zusammengeschlossenen Betriebe bereit seien, entsprechende Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß diese Diskussionen zeigen, wie ernst die Problematik um die Bewältigung einer Bildungsdauer die Wirtschafts- und Lehrerverbände bewegen. Aus dieser Diskussion geht hervor, daß eine Verlängerung der Bildungsdauer für die Hauptschule um ein 10. Schuljahr angezeigt bzw. sogar dringend notwendig ist.

Die Arbeitgeberverbände der Wirtschaft fordern ein berufsbezogenes Bildungsangebot, das den Jugendlichen durch gezielte Praxisorientierung, verbunden mit ausgewogener Allgemeinbildung, in die Arbeitswelt führt.

Die Wirtschaftsverbände sprechen sich dafür aus, die Hauptschule insgesamt praxisbezogen auszurichten und empfehlen eine intensive Zusammenarbeit mit den Berufsschulen und eine Verstärkung der praxisorientierten Lerninhalte. Bemerkenswert ist ihre Stellungnahme zum Berufsgrundbildungsjahr und zum Berufsvorbereitungsjahr.

Nach ihrer Meinung können das Berufsgrundbildungsjahr als 10. Pflichtschuljahr für alle beschäftigungslosen Jugendlichen und das Berufsvorbereitungsjahr für Jugendliche, deren Leistungen im bisherigen Bildungsgang die erfolgreiche Teilnahme am Unterricht eines Berufsgrundbildungsjahres nicht erwarten lassen und die nicht in einem Berufsausbildungs- oder Arbeitsverhältnis stehen, in ihrer heutigen Form nur als Ansätze gelten. Beide verlangen, wenn sie die Qualifikation einer weiterführenden Bildungseinrichtung erlangen wollen, nach einer inneren und äußeren Reform ihrer Organisation, die Bildungserwartungen befriedigt und mehr ist als eine Wartestelle oder ein Parkhaus für stellensuchende Jugendliche.

Weiterhin verlangen die Wirtschaftsverbände eine gezieltere Vorbereitung auf berufspraktisch gerichtete Aufgaben der Hauptschule.

Aus der Meinungsvielfalt der Lehrerverbände und der Wirtschaftsverbände haben die Stadtstaaten und Länder Folgerungen gezogen und sich bemüht, die vielseitigen Anregungen nach ihrem Verständnis aufzunehmen, um sie in ihrer Schulgesetzgebung umzusetzen.

Die folgenden Darstellungen zeigen nunmehr die Maßnahmen, welche die Stadtstaaten und Länder der Bundesrepublik zum 10. Vollzeitschuljahr getroffen haben.

3.5.5 Stellungnahmen der Stadtstaaten und Länder

3.5.5.1 Der Stadtstaat Hamburg

Der Stadtstaat Hamburg hat in § 6 Abs. 2 des Schulgesetzes vom 07.12.1966 beschlossen:

"Das 10. Schuljahr können die Schüler entweder an der Hauptschule oder an der Berufsschule besuchen".

Den Hauptschulabschluß erreicht der Schüler nach dem erfolgreichen Besuch der Klasse 9.

Nach dem Abschluß der Hauptschule kann der Jugendliche mit der beruflichen Ausbildung im Betrieb und in der Berufsschule beginnen oder eine Berufsfachschule besuchen.

Die berufliche Ausbildung kann aber auch mit einem Berufsgrundbildungsjahr des entsprechenden Berufsfeldes begonnen werden.

Nach dem Hauptschulabschluß kann der Schüler freiwillig in eine 10. Hauptschulklasse übertreten. Die Arbeit in diesen Klassen ist auf eine Vertiefung und Erweiterung der allgemeinen Bildung und der Berufsorientierung angelegt.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der Modellversuch der Hansestadt Hamburg. Die integrierte Haupt- und Realschule als berufsbegleitender Bildungsgang, der gleichwertig neben dem studienbezogenen Gymnasium steht. Die integrierte Haupt- und Realschule soll allen Schülern, also auch den bisherigen Hauptschülern, den Besuch einer 10. Klasse ermöglichen.

Anstelle der drei bisherigen Abschlüsse der Sekundarstufe I (Hauptschulabschluß, Realschulabschluß und Versetzung in das Vorsemester des Gymnasiums) soll ein Abschlußzeugnis (Sekundarabschluß.I) das Leistungsprofil des Schülers in seiner Gesamtheit beschreiben und ihn nach Stärken und Schwächen für bestimmte Berufe, für bestimmte Fach-, Berufsfach- oder Fachoberschulen oder für den Übergang in ein Gymnasium qualifizieren.

Dieser Modellversuch, und das sei nachdrücklich vermerkt, läuft nur an zwei mehrzügigen Hamburger Schulen.

Der Modellversuch integrierte Haupt-/Realschule wird im Anschluß an die Ausführungen zum 10. Schuljahr näher beschrieben (siehe 4.).

3.5.5.2 Die Stadt Berlin

Auch die Stadt Berlin hat der Verlängerung der Vollzeitschulpflicht relativ früh stattgegeben. Nachdem die Ständige Konferenz der Kultusminister mit dem Hamburger Abkommen vom 26. Oktober (§2, Abs.2) beschlossen hat: "Die Vollzeitschulpflicht endet nach 9 Schuljahren. Die Ausdehnung auf ein 10. Schuljahr ist zulässig", formulierte Berlin in seinem Schulgesetz vom 13. September 1966, § 21b Abs. 2:

"Die Hauptschule umfaßt die Klassen 7 mit 9. Der freiwillige Besuch einer 10. Klasse ist möglich".

Seit 1.8.1979 ist ein zehntes allgemeinbildendes Vollzeitschuljahr für alle Schüler verpflichtend eingeführt. Besonders befähigte Schüler der 10. Klasse der Hauptschule, die in ihren Leistungen vor allem in den Fächern Deutsch, Fremdsprache und Mathematik sowie in ihrem allgemeinen Arbeits- und Sozialverhalten eindeutig über dem Durchschnitt stehen, erhalten zu ihrem Abschlußzeugnis eine Zusatzbescheinigung. Aufgrund eines beim Senator für Schulwesen durchgeführten Feststellungsverfahrens wird darin bestätigt, daß der Bildungsstand dieser Schüler dem eines Absolventen der Realschule entspricht.

Hier handelt es sich um die Möglichkeit, besonders qualifizierten Hauptschülern zu gehobenen Schulabschlüssen zu verhelfen.

Die Masse der Hauptschüler geht daneben den üblichen Weg über ein 10. Schuljahr an der Hauptschule in die Berufsausbildung.

3.5.5.3 Das Land Niedersachsen

Das Land Niedersachsen hat sich nach eingehender Erprobung in Schulversuchen (seit 1972) um ein 10. Vollzeitschuljahr besonders bemüht.

Nach der Verabschiedung des Schulgesetzes vom 30. Mai 1974 ist das 10. Schuljahr Bestandteil der Hauptschule geworden. Durch das Niedersächsische Schulgesetz hat das allgemeinbildende Schulwesen und mit ihm die Hauptschule in diesem Bundesland eine andere Ordnung bekommen. Danach gehört die Hauptschule nach §4 dem Sekundarbereich I an, § 8 regelt in Ziffer 2, daß Schüler nach Maßgabe ihrer Abschlüsse, "durch den erfolgreichen Besuch der 10. Jahrgangsstufe der Hauptschule die Berechtigung erwerben, auch andere berufsbildende Schulen oder jede allgemeinbildende Schule des Sekundarbereichs II zu besuchen". Damit ist ein bedeutsames Ziel gesetzlich verankert worden, nämlich, daß der Besuch dieser Schule in keiner Sackgasse mündet, keine Endstation bedeutet. Die Regelungen der §§ 4, 8 und 18 haben der 10. Klasse an Hauptschulen im Lande Niedersachsen einen sicheren Platz im Aufbau seines Schulwesens verschafft.

Zur Sicherung dieser 10. Klassen hat weiterhin beigetragen, daß der niedersächsische Minister des Inneren mit Runderlaß vom 26.2.1974 (Nieders. MBL. vom 8. März 1974) das Abschlußzeugnis der 10. Klasse der Hauptschule im Rahmen der Schulversuche mit Hauptschulen für sämtliche Laufbahnen des mittleren Dienstes als Einstellungsvoraussetzung zugelassen hat.

Ein mutiger Schritt! Verständnisvolle Vorgaben des Gesetzgebers! Trotzdem ist sicherlich auch dort noch viel zu tun, um den Anschluß oder den Ausgleich mit anderen Schularten im Bereich der mittleren Reife zu erreichen, damit tatsächlich Abschlußschüler der 10. Klasse gesicherte Voraussetzungen für den Weg durch die Sekundarstufe II finden.

Die innere Entwicklung der Hauptschule in Niedersachsen, d.h. die Lösung curricularer didaktischer und methodischer Fragen, wird auch dort noch auf lange Zeit gemeinsame Aufgabe von wissenschaftlicher Begleitung und Schule bleiben.

3.5.5.4 Das Land Hessen

Das Land Hessen hat durch das hessische Schulpflichtgesetz vom 1.12.1955 die Wahl seiner Schüler zur Ableistung der Vollzeitschulpflicht geregelt. Sie wird durch den Besuch der Hauptschule, der Realschule oder eines Gymnasiums erfüllt; nach achtjährigem Schulbesuch können Schüler der 8. Klasse

die Vollzeitschulpflicht auch durch den Besuch einer öffentlichen oder als Ersatzschule genehmigten zweijährigen Berufsschule erfüllen.

In Hessen beschloß der Gesetzgeber im März 1978, das Schulpflichtgesetz zu ändern. Paragraph 4 des Gesetzes wurde der folgende Absatz hinzugefügt:

"(4) Für Jugendliche, die nach der Erfüllung der Vollzeitschulpflicht weder eine weiterführende Schule besuchen noch in ein Ausbildungsverhältnis im Sinne des Berufsbildungsgesetzes eintreten, wird die Vollzeitschulpflicht um ein Jahr verlängert".

In § 5 wird weiter ausgeführt:

"(5) Die durch § 4 Abs. 4 verlängerte Vollzeitschulpflicht wird in der Regel durch den Besuch eines Berufsgrundbildungsjahres oder eines Berufsvorbereitungsjahres erfüllt; sie kann auch erfüllt werden durch den Besuch von weiterführenden Klassen an Gesamtschulen, Hauptschulen und Sonderschulen, die der Verbesserung der schulischen Qualifikation und der Berufsorientierung dienen. Das Nähere regelt der Kultusminister durch Rechtsverordnung (GVBl. I vom 16. August 1973).

In dieser Rechtsverordnung über die Erfüllung der verlängerten Vollzeitschulpflicht

(vom 16. August 1973) wurde darüber hinaus als Aufnahmebedingung in § 2 festgelegt:
"In eine weiterführende 10. Klasse an einer Gesamtschule oder einer Hauptschule kann aufgenommen werden, wer nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht den Hauptschulabschluß erreicht hat. Wer den Hauptschulabschluß nicht erreicht hat, kann aufgenommen werden, wenn die Klassenkonferenz feststellt, daß der Schüler in einer weiterführenden 10. Klasse besser gefördert wird, und er voraussichtlich erfolgreich an ihrem Unterricht teilnehmen kann".⁴³

Damit wurde die Zielgruppe für das "Bildungsangebot 10. Hauptschuljahr" eindeutig umrissen. Nach Auffassung des Gesetzgebers und des Kultusministeriums sollen diejenigen Schüler 10. Hauptschulklassen besuchen dürfen,

die in der Regel einen Hauptschulabschluß erreicht haben,

die ein Arbeitsverhältnis eingehen wollten, die es - aus welchen Gründen auch immer - vorziehen, eine 10. Hauptschulklasse zu besuchen, statt von dem breiten Angebot der beruflichen Schulen im Berufsgrundbildungsjahr oder im Berufsvorbereitungsjahr Gebrauch machen.

Einen weiteren Zulauf erhielten die 10. Hauptschulklassen durch die Entscheidung des Hessischen Kultusministers, hervorragenden Schülern durch eine Zusatzprüfung den Realschulabschluß zu ermöglichen.

⁴³ Hessisches Schulpflichtgesetz - Rechtsverordnung vom 16. August 1973.

Diese Schüler sehen im 10. Hauptschuljahr nicht nur einen Aufschub ihres Eintritts in das Berufsleben, sondern sie waren auch überzeugt, daß dieses 10. Hauptschuljahr ihnen bei der beruflichen Ausbildung helfen würde.

Die Lehrinhalte dieser 10. Hauptschulklassen bewegen sich zwischen Allgemeinbildung und berufsorientierender Hilfe und zwar in einem solchen Rahmen, daß besonders begabte Schüler den Realschulabschluß erreichen können.

Der Unterricht selbst muß notgedrungen auf das stark divergierende Leistungsvermögen Rücksicht nehmen. Letztlich sind diese 10. Klassen auch eine Hilfe, Schüler, die keine Lehrstelle gefunden haben, von der Straße wegzubringen.

3.5.5.5 Das Land Bayern

Das Land Bayern hat auf die Errichtung eines 10. Vollzeitschuljahres an der Hauptschule bis jetzt verzichtet.

Anstelle eines 10. Pflichtschuljahres an der Hauptschule ist in Bayern die Entscheidung für ein Berufsgrundbildungsjahr und ein Berufsvorbereitungsjahr als erste Stufe beruflicher Grundbildung an der Berufsschule gefallen. Diese Entscheidung geht zurück auf die Rahmenvereinbarungen über das Berufsgrundbildungsjahr vom 6. September 1973 und vom 19. Mai 1978 der Kultusministerkonferenz der Länder.

Nachstehende Tabelle verdeutlicht in ihrer Übersicht das 10. Bildungsjahr in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland.⁴⁴

Das 10. Bildungsjahr in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland.						
Bundesland	10jähr. Bildungs- pflicht	freiwill. 10. Bil- dungsjahr	alternativ			Berufs- grundbil- dungsjahr
			an Hauptsch.	an berufl. Schulen	duales System	
Baden-Württ.	—	×	×		—	×
			nur vier Standorte			
~~Bayern~~	~~—~~	~~×~~	~~—~~	~~—~~	~~—~~	~~×~~
Berlin	×	—	×	—	—	×
Bremen	—	×	×			×
Hamburg	—	×	×			×
Hessen	×	—	×	×	×	×
Niedersachsen	×	—	×	×	×	×
Nordrhein-W.	×	—	×	×	—	×
Rheinl.-Pfalz	—	×	×			×
			regional			
Saarland	—	1 Modell	×	×	×	×
Schlesw.-H.	—	×	—	×		×

⁴⁴ In: Zeitschrift des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) Heft 19 (1982)

3.5.6 Würdigung der Problematik über die Errichtung eines 10. Vollzeitschuljahres

Die Stellungnahmen, Vorschläge und Maßnahmen der staatlichen Einrichtungen, der Verbände, der Stadtstaaten und der Länder schwanken zwischen einer Anbindung des 10. Schuljahres an die Hauptschule oder seiner Ansiedlung im beruflichen Schulwesen.

Es gibt Stadtstaaten und Länder, die das Problem eines 10. Bildungsjahres bereits mutig und auf ihre Weise angepackt haben und es gibt solche, die diesem Problem zögernd, ja abwartend, gegenüberstehen.

Die vorstehende Erhebung über die Einführung eines 10. Schuljahres ist für vorliegende Arbeit deshalb von Vorteil, weil sich aus den kontroversen Meinungen der Stadtstaaten und der Länder Erfahrungen ablesen lassen, die bei der Neuordnung der Hauptschule (in Bayern) berücksichtigt oder vermieden werden können.

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß diese Stadtstaaten und Länder an Schüler des 10. Schuljahres Qualifikationen vergeben, die dem mittleren Schulabschluß entsprechen. Diese Maßnahmen erfolgen verständlicherweise nur zögernd, weil die Leistungen dieser Schüler an den Leistungen anderer Schüler aus weiterführenden Schulen (Realschulen, Gymnasien) gemessen oder zumindest mit ihnen verglichen werden, ohne dabei zu bedenken, daß die über-

wiegende Zahl dieser Schüler den Schwerpunkt ihrer Anlagen, Interessen und Leistungen im anschaulich - konkreten Denken und im praktischen Umgang mit den Dingen haben.

Dem 10. Pflichtschuljahr kann bei der angewachsenen Stofffülle nicht mehr ausgewichen werden. Der Fortschritt der Zeit, die Entwicklung der Technik, der Elektronik u.a. fordern gründliche Vorbereitungen auf die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Dazu zählen die Erhöhung der Bildungsdauer an der Hauptschule um ein 10. Pflichtschuljahr. Dabei erhebt sich immer wieder die Frage, wo ein 10. Pflichtschuljahr errichtet werden soll, an der Hauptschule oder an der Berufsschule, um jene jungen Menschen zu jenen Leistungen in Theorie und Praxis zu befähigen, wie sie von einer hochindustriellen Arbeitswelt und einer anspruchsvollen Gesellschaft gefordert werden.

Verlangt die Hauptschule vielleicht nicht nur ein 10. Pflichtschuljahr, sondern auch nach einer neuen, ganz anderen Struktur?

Im Anschluß an diese Ausführungen werden zwei Schulversuche dargestellt, welche das Problem der Hauptschule und seiner Schüler auf ihre Weise zu lösen versuchen,

das Modell einer integrierten Hauptschule/
Realschule im Stadtstaat Hamburg und
die Errichtung von Gesamtschulen.

4. Die integrierte Haupt-/Realschule in Hamburg

Das Modell einer integrierten Haupt- und Realschule in Hamburg versucht das Problem allgemeinbildend und berufsbildend auf seine Weise zu lösen. Es folgt einem Vorschlag Heinrich Roths (1963), die heutige Realschule nicht mehr als selbständige Form weiterzuführen, sondern als Schulzweig einer Hauptschule, deren Ziel die Mittlere Reife bzw. die Fachschulreife ist.

Seine Bedenken liefen schon damals darauf hinaus, daß die seinerzeit noch 8-jährige Volksschule zu einer Restschule verkümmern werde, wenn es nicht gelänge, sie zu einer "konkurrenzfähigen Jugendschule mit erhöhtem Anspruchsniveau und zu einer neuen Synthese allgemeinbildender und berufsbildender Aufgaben zu entwickeln".⁴⁵

4.1 Vorgeschichte und Gründe für die Errichtung einer integrierten Haupt-/Realschule in Hamburg

Die Forderung nach einer integrierten Haupt-/Realschule in Hamburg war das Ergebnis einer bereits über Jahre hinweggehenden Kooperation der Schularten des dreigliedrigen Schulsystems.

⁴⁵ Vgl. Roth, Heinrich: Die Zukunft der Volksschule.
In: Die Deutsche Schule 1963,
S. 553 - 567.

Haupt- und Realschule sind seit 1924 in denselben Schulgebäuden untergebracht. Ferner weist die Ausbildung der Lehrer bereits seit 1926 einen gemeinsamen Bildungsgang für Volks- und Realschullehrer aus.

Die bislang üblichen Aufnahmeverfahren in Realschule und Gymnasium nach dem 4. und 6. Jahrgang entfielen 1968 und bewirkten zugleich eine erhebliche Strukturveränderung in den drei Schulzweigen. Dies ist aus folgenden Zahlen ersichtlich:⁴⁶

	Hauptschule	Realschule	Gymnasium
1964/65	59,9 %	17,2 %	15,7 %
1978/79	22,2 %	32,5 %	34,1 %

Eine verstärkte Bildungswilligkeit führte zur Schwächung der Hauptschule.

Die zurückgebliebenen Hauptschüler zeigten verstärkt Verhaltensstörungen, die durch die R ü c k l ä u f e r aus Realschule und Gymnasium noch erhöht wurden.

Der Stadtstaat Hamburg kam, veranlaßt durch die unerfreuliche Entwicklung in seinem bestehenden Bildungssystem, zu folgender Erkenntnis:

⁴⁶ Anmerkung: Das Zahlenmaterial ist dem Bericht der Behörde für Schule und Berufsbildung über den Modellversuch der integrierten Haupt-/Realschule entnommen.

"Schwer handhabbare Schüler sollten an solche mit einem größeren Maß an Durchhaltevermögen und Konzentrationsfähigkeit herangebracht werden".

Durch die Mischung mit guten Schülern versprach man sich auch eine Verhaltensberuhigung.

Die Perspektive, durch einen qualifizierenden Abschluß und ein 10. Schuljahr Berufswünsche gezielter realisieren zu können, erschien erstrebenswert.

1970 erwähnt der Bildungsbericht des Hamburger Senats die enge Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Realschule.

Nach einem durchgeführten Anhörverfahren zur Situation der Hauptschule wurde nachdrücklich für eine Integration von Haupt- und Realschule votiert.

Die Genehmigung zu einem Modellversuch wurde im Mai 1974 vom Hamburger Landesschulrat erteilt.

4.2 Ziele der integrierten Haupt-/Realschule

Die Ziele des Modellversuchs beschreibt Peter Struck wie folgt:

"Durch diesen Versuch erwartet man, daß durch ihn

die Isolation der Hauptschüler und die damit verbundenen Verhaltensauffälligkeiten

durch motivierende Effekte in gemeinsamen Lerngruppen für Haupt- und Realschüler sich vermeiden lassen,

der Schullaufbahnwechsel (Rückläuferproblematik) zwischen Real- und Hauptschule verhindert wird, und damit verbunden

in stabileren Klassenverbänden eine kontinuierlichere pädagogische Arbeit sich verwirklichen läßt und schließlich, daß

die Schullaufbahnentscheidung im Hinblick auf den Erwerb des Hauptschul- bzw. Real- schulabschlusses später und damit für den einzelnen Schüler sich angemessener treffen läßt".⁴⁷

Der Modellversuch über eine integrierte Haupt-/Realschule als berufsbezogener Bildungsgang soll gleichwertig neben dem studienbezogenen Gymnasium stehen. Die Benachteiligung der Hauptschüler soll aufgehoben werden. Die für die Klassen 5 - 10 getroffene Konzeption ist für Haupt- und Realschüler angelegt, die weder ein Abitur noch ein Studium anstreben.

⁴⁷ Struck, Peter: Erfahrungen mit der integrierten Haupt-/Realschule in Hamburg. In: Zeitschrift - Die Deutsche Schule Heft 6. Hannover 1981, S. 370 ff.

4.3 Richtlinien, Lehrpläne und Lerninhalte der integrierten Haupt-/Realschule

In den Richtlinien für diese Schule wurde verankert, "daß zwischen den bisherigen Haupt- und Realschulen kein wesentlicher Unterschied besteht, der ihre Aufgliederung in zwei Schulformen rechtfertigt. Haupt- und Realschüler unterscheiden sich weniger in ihrer Begabung und Intelligenz als vielmehr in den Faktoren wie sozio-kulturelle Förderbedingungen, Sprachverhalten, Durchhaltevermögen, Konzentrationsfähigkeit, partielle Ausfälle wie Legasthenie und Lernbereitschaft, die nicht eine Schulformtrennung, sondern gezielte lernbehinderte bzw. verhaltensgestörtenpädagogische, kompensatorische Maßnahmen innerhalb einer Sekundarschule sowie verstärkt soziale Lernformen erforderlich machen".⁴⁸

Nachdem man davon ausgeht, daß die Mehrheit der Schüler dieser integrierten Haupt-/Realschule beruflichen Bildungsgängen zustrebt, müssen Arbeitslehre und Technik gleichwertig neben die herkömmlichen Fächer gesetzt werden.

Vier Säulen tragen den Bildungsgang einer integrierten Haupt-/Realschule:

⁴⁸ Struck, Peter: Erfahrungen mit der integrierten Haupt-/Realschule in Hamburg. In: Zeitschrift - Die Deutsche Schule Heft 6. Hannover 1981, S. 370 ff.

1	2	3	4
allgemein- bildender Fächer- kanon	berufsbe- zogene Akzentu- ierung	musisch und kör- perliche Bildung	fachge- glieder- ter Un- terricht
Deutsch, Englisch, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Geschichte, Erdkunde, Politik, Religion, Angebot einer 2. Fremd- sprache	Arbeits- lehre und Technik, Hauswirt- schaft	Musik, bildende Kunst, Darstel- lendes Spiel und Sport - in der Regel Wahl- pflicht- unter- richt	bis zu 6 Wochen im Schul- jahr durch Projekt- unter- richt unter- brochen

Lehrpläne, Lehr- und Lernmittel sollen sich vorrangig an denen der bestehenden Realschulen orientieren. Verstärkt sollen jedoch die Prinzipien der Anschauung und Handlungsorientierung werden. Dies geschieht durch die in der Hauptschule bereits bestehenden Einrichtungen der Berufserkundung, der Praktika, des Werkstatt- und Laborunterrichts sowie der Projektmethode.

Damit soll neben dem wissenschaftsorientierten Unterricht verstärkt die praktische berufsorientierte Ausbildung stehen.

Um bestehende Mängel und Schwächen der Hauptschüler abzubauen, werden besonders soziale Lernformen eingeführt sowie Fördermaßnahmen angeboten. Dadurch erhofft man sich einen gezielten Abbau des **berufsbezogenen Bildungsganges**.

Die Lehrpläne sehen auch besondere Maßnahmen für ausländische Schüler vor. Ausländischen Schülern soll Deutsch als 1. Fremdsprache anerkannt werden, Englisch wird angeboten.

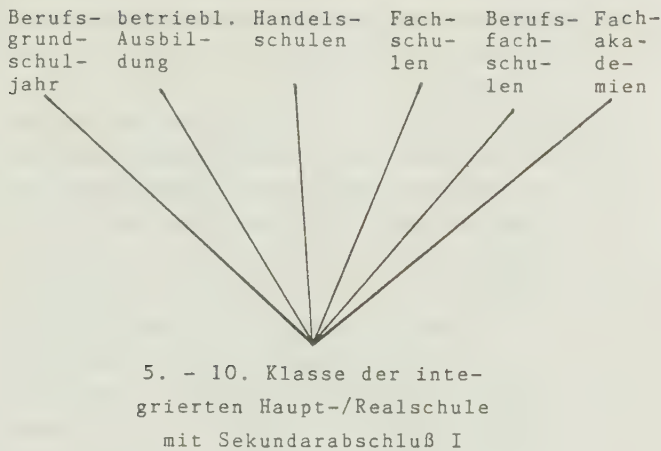
4.4 Übergänge und Abschlüsse

Das Hamburger Modell sieht vor, daß alle Schüler, die nach Auffassung der Lehrer und Eltern vorrangig für einen berufsbezogenen Bildungsweg geeignet scheinen, mit Klasse 5 der integrierten Haupt-/Realschule beginnen.

Über die Schullaufbahn des einzelnen nach den Klassen 4, 6 und 10 sollen Lehrerrat und Eltern im Einvernehmen entscheiden.

Ein Berufsbildungsjahr soll wie in Berlin mit der 11. Klasse beginnen. Dadurch ließe sich eine einheitliche Sekundarstufe II nach der 10. Klasse aufbauen.

An die 10. Klasse sollen sich folgende Übergangsmöglichkeiten anschließen:



4.5 Die Organisation der integrierten Haupt-/Realschule

4.5.1 Die äußeren Voraussetzungen

Die integrierte Haupt-/Realschule stellt hohe Anforderungen an die zu schaffenden äußeren Voraussetzungen. So sollen für Lehr- und Lernmittel Kosten ausgegeben werden, etwa in der Höhe wie sie bisher für Real- oder Gesamtschüler vorgesehen sind. Das setzt weiterhin voraus, daß auch die Lehrer wie Real- oder Stufenlehrer bezahlt werden und auch wie solche im Bezug auf die Stundenzahl eingesetzt werden.

Das Modell der integrierten Haupt-/Realschule schließt die 10. Jahrgangsstufe mit ein.

4.5.2 Die inneren Voraussetzungen und ihre Schwächen

Im Bereich der inneren Organisation, dem Unterrichtsbetrieb, müssen erhebliche Bedenken geltend gemacht werden. Die Verfechter des Modells stellten selbst fest, daß es sich bei der Hauptschule um eine *R e s t s c h u l e* handelt, in der sich Schüler mit geringerer Intelligenz , mit Milieuschäden, Milieubeeinträchtigungen, Ausfallerscheinungen, Behinderungen wie Legasthenie, Verhaltensauffälligkeiten, Ausländerkinder und Rückkehrer aus weiterführenden Schulen befinden. In dieser Vielfalt unterschiedlicher Leistung und Andersartigkeit liegen auch die unterrichtlichen Schwierigkeiten.

Leistungsstarke Schüler können nicht mehr so allseitig wie in einer eigenen Realschule gefördert werden. Somit müssen die kognitiven Lernziele ergänzt und durch soziale Lernziele vermehrt werden.

Ein Schwerpunkt liegt deshalb auf kompensatorischen Maßnahmen für schwache Schüler (soziale Lernformen wie Gruppenunterricht und Projektmethode).

Schwer ist auch die Unterrichtsorganisation zu bewältigen. Sie verlangt *M e i s t e r* , die durch Bildung von Leistungsgruppen, durch direkten und indirekten Unterricht imstande sind, das individuelle Leistungsvermögen der Schüler voll auszuschöpfen, um den Einzelnen, entsprechend seiner Begabung optimal zu fördern.

Immerhin geht es in diesen Klassen um unterschiedliche Abschlüsse, vom einfachen Hauptschulabschluß bis hin zum Realschulabschluß (Mittlere Reife).

Das Leistungsgefälle zwischen den Begabungen wird sich zur Mitte hin einpendeln. Leistungsstarke Schüler geraten wegen der Rücksichtnahme auf schwache Schüler in Nachteil. Es steht außer Zweifel, daß der Realschüler in einer integrierten Haupt-/Realschule nicht die Leistungen erbringen kann, die er in einer reinen Realschulklasse erreichen könnte. Letztlich geht es um anspruchsvollere kognitive Leistungen, vor allem dann, wenn auch Ziele der Fachoberschule oder später der Fachhochschule angestrebt werden sollen.

Um Schwächen der Hauptschüler abzubauen, werden besonders soziale Lernformen und Fördermaßnahmen angeboten. Der berufsbezogene Bildungsweg soll ausgebaut werden. Prinzipien der Anschauung und Handlungsorientierung sollen verstärkt werden. Neben dem wissenschaftsorientierten Unterricht soll die praktische berufsorientierte Ausbildung stehen.

4.6 Meinungen zur integrierten Haupt-/Realschule aus der Sicht der Öffentlichkeit, der Eltern, Schüler und Lehrer

Nach dem Bericht über den Modellversuch "Integrierte Haupt-/ und Realschulklassen" der

Behörde für Schule und Berufsbildung - Amt Schule der Freien und Hansestadt Hamburg vom 1.8.1978 bis 31.7.1982 lassen sich unterschiedliche Meinungen der Öffentlichkeit, der Eltern, Schüler und Lehrer feststellen.

Die Öffentlichkeit und die Schule reagieren unterschiedlich auf dieses Modell.

Die Eltern stehen dieser Integration teilweise noch skeptisch gegenüber.

"In den Gesprächen der Eltern mit Lehrern und Schulleitern der Versuchsschulen kamen folgende Befürchtungen zum Ausdruck:

1. Überforderung der 'eentlichen' Hauptschüler,
2. Unterforderung der 'eentlichen' Realschüler,
3. negative Sozialisation als Folge der Integration.

Die Befürchtungen sind denen der Eltern von nicht am Versuch beteiligten gleich.

Schwierigkeiten sehen die meisten Eltern auch darin, daß sie über einen relativ langen Zeitraum im Unklaren gelassen werden, ob das Kind Hauptschüler bleibt oder den Status des Realschülers erhält.

Aus diesen Tatsachen wird ersichtlich, daß Schülerleistungen an dem - wenn auch geminderten - Niveau der Realschule gemessen werden und letztlich

doch nach dem mittleren Abschluß der Realschule gestrebt wird.

Bei den Schülern entwickelte sich "aus der Beurteilung befreundeter Schüler anderer Schulen teilweise das Gefühl, kein 'echter Realschüler' zu sein. Bei den Schülern wächst der Eindruck, daß sie mehr leisten müssen, um mit anderen Schülern vergleichbar zu sein.

Nach Abschluß der Schulzeit waren die Schüler der Meinung, daß sie auch in einer Regelrealschule den Abschluß erreicht hätten. Sie betonten auch, mehr gearbeitet zu haben als die anderen Realschüler, jedoch erst in der 10. Klasse. Vorher sahen sie ihre Leistungen 'eindeutig auf Hauptschulniveau'. Schüler mit Hauptschulabschluß nach Klasse 10 kritisierten z.T. den 'Verlust' eines Jahres".

Die Lehrer stellten fest,

daß das soziale Lernen im Sinne von Unterstützen und Helfen und damit das Verständnis für den anderen verbessert wurde,

daß geringere Klassenstärken und stärkere Gruppenbildung sich positiv auswirken und

daß vor allem eine Leistungs differenzierung in Mathematik, Deutsch, Englisch, aber auch in den Naturwissenschaften, wegen der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der Schüler notwendig wurde. Hervorgehoben wurde, daß es keine Rückläufe aus der Realschule an die Hauptschule mehr gibt.

Noch deutlicher wird die Problematik dieses Modells in ihrer inneren Organisation, dem Unterrichtsbetrieb.

Die Verfechter dieses Modells stellten fest, daß es sich bei der Hauptschule um eine Restschule handelt, in der sich begabte Schüler, solche mit geringerer Intelligenz, mit Milieubenachteiligungen, Ausfallerscheinungen, Behinderungen wie Legasthenie, Verhaltensauffälligkeiten, Ausländerkinder und Rückkehrer aus weiterführenden Schulen befinden.

In dieser Vielfalt unterschiedlicher Leistung und Andersartigkeit liegen enorme unterrichtliche Schwierigkeiten. Die Hauptschule mit ihrer besonderen Eigenart wird an die Realschule gekoppelt, in der Absicht, über organisatorische und unterrichtliche Maßnahmen die Bildungschancen des Hauptschülers im Gefolge der Realschule zu erhöhen.

In ihrer Mischform ist die integrierte Haupt-/Realschule mit zu großen Schwierigkeiten behaftet, als daß sie als Regelschule durchsetzbar wäre. Auch hier bleibt die Hauptschule ein Sammelbecken, aus welchem die letzten guten Schüler für das Ziel der Mittleren Reife ausgelesen werden.

Mit dem Modell der integrierten Haupt-/Realschule wird der Versuch unternommen, zwei Schularten mit berufsvorbereitenden Funktionen aneinander zu koppeln. Es zeigt sich jedoch, daß der Hauptschüler in seiner Begabung, Neigung und in seinem Interesse anders veranlagt ist als der Realschüler.

Es wird deshalb versucht, die Hauptschule der Zukunft berufsvorbereitend und berufspraktisch unabhängig von der Realschule zu entwickeln.

4.7 Zusammenfassung und Würdigung des Modells der integrierten Haupt-/Realschule

Anzuerkennen ist das Verständnis von Politikern und Pädagogen für die Belange der Hauptschule und das Bemühen, der Begabungsvielfalt dieser Jugendlichen durch angemessene Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen gerecht zu werden.

Das Modell einer integrierten Haupt-/Realschule müht sich um eine Verknüpfung von handlungsorientierten, schülerzentrierten und wissenschaftsorientierten Prinzipien.

Es legt stärkeres Gewicht auf das Aufbereiten eines berufsbezogenen Bildungsweges.

Es versucht die Milieubenachteiligung auszugleichen.

Letztlich geht es bei dem Modellversuch nicht allein um die Rettung der Hauptschule, sondern vielmehr um eine Suche nach einer neuen Struktur der Hauptschule, deren Profil vor allem Eigenständigkeit, Leistungsstärke und Berufsbezogenheit aufweisen sollte.

Die integrierte Haupt-/Realschule versucht einen Ausgleich des unterschiedlichen Leistungsvermögens ihrer Schüler zu erreichen und erzielt dabei mehr oder weniger ein Mittelmaß an schulischer Leistung. Diese Bedenken erheben auch die Eltern, sowohl jene der Realschüler als auch die der Hauptschüler im

Sinne der Unter- bzw. der Überforderung. Es werden Hoffnungen geweckt, die sich nur teilweise erfüllen.

Insgesamt gesehen ist diese Schulform in ihrer Mischform mit großen Schwierigkeiten in ihrer äußeren und inneren Organisation behaftet und erfüllt nicht die gesetzten Hoffnungen. Das in Hamburg nicht schlecht funktionierende Modell einer integrierten Haupt-/Realschule auf bayerische Verhältnisse zu übertragen, zeigte sich im Widerstreit der Meinungen, daß auch dieses Modell für Bayern nicht das Richtige wäre, um die Misere der Hauptschule zu beenden. Es käme vielmehr ein weiterer neuer Schultyp zu den bereits vorhandenen, der trotzdem das Ziel eines allgemein- und berufsbildenden Weges der reinen Hauptschüler nicht befriedigend lösen könnte. Der Bayerische Ministerpräsident hat daher in seiner Regierungserklärung vom 14. November 1978 eine Verschmelzung von Haupt- und Realschule abgelehnt.

Das Konzept, das die Dreigliedrigkeit des Schulsystems in eine Zweigliedrigkeit verwandeln sollte (Gymnasium / integrierte Haupt-/Realschule), wurde, nachdem es vor 20 Jahren von Autoren wie Schelsky, Heinrich Roth, Günter Klink und Bernhard Linke ohne Erfolg vertreten wurde, wieder aus der "Mottenkiste" geholt. Das damalige Ziel, die "Volksschule zu einer 10-jährigen Hauptschule zu führen mit erhöhtem Anspruchsniveau und einer neuen Synthese allgemeinbildender und berufsbildender Aufgaben", konnte damals wie heute nicht erreicht werden.

5. Die Gesamtschule

Durch die wenig befriedigenden Versuche zur Verbesserung der Hauptschulverhältnisse und ein gewisses Mißtrauen gegenüber den Leistungen des dreigliedrigen Schulsystems, wurden viele Länder veranlaßt, in das System der Gesamtschule auszuweichen, in der Annahme, mit ihr als anzustrebende Regelschule aus dem Dilemma einer Benachteiligung der Hauptschüler herauszukommen.

Die Idee der Gesamtschule reicht zurück bis in die Zeit der Französischen Revolution und lebte im Zuge politischer Veränderungen zugunsten des (einfachen) Volkes immer wieder auf bis herauf in unsere Tage.

5.1 Zur Geschichte der Gesamtschule (von 1792 - 1959)

Die Idee einer einheitlichen Schule reicht zurück bis in die Zeit der Spätaufklärung. Im Jahre 1792 hat Condorcet, der führende Pädagoge der Französischen Revolution, im Namen des "Komitees für den öffentlichen Unterricht" der Nationalversammlung ein ausführliches Exposé über die Organisation des öffentlichen Schulwesens vorgelegt, in dem das System zum ersten Mal bis in alle Einzelheiten durchdacht war. Die Schule betrachteten Condorcet und seine politischen Freunde als die eigentliche Institution, in der Gleichheit erlebt werden kann; damit meinte er nicht nur formale Chancen-

gleichheit, sondern eine "égalité de fait", was man mit "tatsächlicher Gleichheit" übersetzen könnte.

Anklänge an diese Auffassung sind, wenn auch ohne dieselbe politische Motivierung, in der klassischen deutschen Bildungstheorie zu finden, begreiflicherweise jedoch mit ganz anderen praktischen Folgerungen. Im Grunde genommen war es bei den Klassikern zunächst nichts anderes als der Wunsch, allen Kindern ohne Rücksicht auf den Stand der Eltern eine ausreichende Schulbildung zukommen zu lassen; dazu kam Humboldts Vorstellung von der unteilbaren Bildung, in der allerdings die berufliche Ausbildung keinen Platz fand. Ihm ging es ausschließlich um eine solide Allgemeinbildung, um die Vermittlung eines Weltbildes, d.h. um eine Orientierung des Menschen über sich und die Welt um ihn.⁴⁹

Im 19. Jahrhundert lebte die Gesamtschule erneut auf und fand in der Reformpädagogik des 20. Jahrhunderts besondere Aufmerksamkeit.

Paul Oestreich (1878 -1959), führend im "Bund der entschiedenen Schulreformer", setzte sich für eine "Elastische Einheitsschule" ein, eine Konzeption, die er gleichzeitig mit dem Gedanken einer Produktionsschule mit handwerk-

⁴⁹ Vgl. Höhne, Ernst: Der Neuaufbau des Schulwesens nach dem Bildungsgesamtplan, Bamberg 1974.

licher Betätigung verband. Seine Vorschläge konnte er zwar nicht realisieren, doch können sie heute als Vorläufer der Gesamtschule gelten.

Inzwischen ist die Gesamtschule als Versuchs- und Regelschule auch in der Bundesrepublik Deutschland Realität geworden.

5.2 Die Gesamtschule in der Bundesrepublik Deutschland

Die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates hat in ihrer Sitzung am 30./31. Januar 1969 eine Empfehlung, integrierte und differenzierte Gesamtschulen als Versuchsschulen einzurichten, verabschiedet.

Die Bildungskommission vertrat dabei die Meinung, daß vergleichbare Industrienationen bereits über lange und intensive Erfahrungen mit dieser Schule verfügten, und es sich die Bundesrepublik Deutschland nicht leisten könne, auf Erkenntnisse mit dieser Schulart zu verzichten, da doch das bestehende Bildungssystem erhebliche Funktionsmängel aufweise. Offene Versuche mit Gesamtschulen sollten in allen Ländern eingeführt, kritisch beobachtet und ausgewertet werden.

Die Bundesregierung hat sich 1970 deutlich für die Entwicklung eines umfassenden integrierten und differenzierten Gesamtschulsystems als Versuch ausgesprochen.

Der wichtigste Grundsatz der Bildungsreform bestand für sie im Abbau einer privilegieren-

den Auslese im dreigliedrigen Schulsystem und in der Förderung der individuellen Begabung eines jeden Bildungswilligen, d.h. auch der Kinder aus sozial schwächeren Schichten.

Die Entstehungsgeschichte der Gesamtschule selbst ist am Hamburger Abkommen⁵⁰ zu messen, dem Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens vom 28.10.1964 - letzte Fassung vom 14.10.1971. In diesem, von den Ministerpräsidenten der Länder unterschriebenen Abkommen, werden nicht nur Beginn und Ende der Schulpflicht, der Beginn des Schuljahres, die Wortbedeutungen der Noten und die Dauer der Ferien einheitlich geregelt, sondern auch die Grundstrukturen des Schulwesens sowie die Beziehungen und Organisationsformen einvernehmlich festgelegt. Als Beispiel sei der § 4 genannt, in dem es heißt: "Die auf die Grundschule aufbauenden Schulen tragen die Bezeichnungen Hauptschule, Realschule oder Gymnasium".

Mit diesem Abkommen war ein Höchstmaß an Einheitlichkeit im deutschen Schulwesen vereinbart. Der Begriff Gesamtschule kommt in ihm nicht vor. Die Gesamtschule ist nach § 16 dieses Abkommens in Verbindung mit der einschlägigen Kul-

⁵⁰ Bund-Länder-Kommission, Hamburger Abkommen:
Hier Neufassung des Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland zur Vereinheitlichung des Schulwesens vom 28.10.1964 in der Fassung vom 14.10.1971, S. 69.

tusministerkonferenz-Vereinbarung vom 27.11.1969 nur als Schulversuch zulässig, weil "Pädagogische Versuche, die von der in diesem Abkommen vereinbarten Grundstruktur des Schulwesens abweichen, der vorherigen Empfehlung der Kultusministerkonferenz bedürfen".

Daraus folgt, daß ein Land, das die Gesamtschule als reguläre Schulform einführt, von der im Hamburger Abkommen vereinbarten Grundstruktur des Schulwesens abweicht und das Abkommen eigentlich kündigen müßte. Die Einführung der Gesamtschule als reguläre Schule in den Ländern Hamburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Hessen läuft daher den Bestrebungen zur Vereinheitlichung im Schulwesen zuwider. Daneben sind gewisse Tendenzen, Schulen des gegliederten Schulwesens zu verdrängen, feststellbar:

So heißt es beispielsweise im § 3 des Bremischen Schulgesetzes: "Das Bremische Schulwesen ist schrittweise zu einem integrierten, in Stufen gegliederten Schulsystem zu entwickeln".

Gesamtschulen bestehen als Regelschulen neben den anderen Schulformen z.B. in Berlin und Hessen. In Hamburg gewährt das Schulgesetz einen Rechtsanspruch auf Aufnahme in die Jahrgangsstufe 5 eines Gesamtschulversuchs. In den übrigen Ländern der Bundesrepublik werden Modellversuche mit Gesamtschulen durchgeführt.

5.3 Das Versuchsprogramm des Landes Bayern mit Gesamtschulen

Das Land Bayern hat in den Jahren 1969 - 1976 ein Versuchsprogramm mit Gesamtschulen aufgebaut, in dem die Formen der kooperativen und der integrierten Gesamtschule erprobt werden. Die Versuche sollen Entscheidungshilfen für den künftigen Aufbau des Schulwesens liefern. Dabei ist es Kernstück der wissenschaftlichen Begleituntersuchung, zu überprüfen, inwieweit allgemein anerkannte Ziele, insbesondere Chancengerechtigkeit, individuelle Förderung, Differenzierung und Durchlässigkeit im Vergleich mit dem gegliederten Schulwesen unter Berücksichtigung der notwendigen Kosten realisiert werden.⁵¹

5.4 Zum Begriff der Gesamtschule

Die Gesamtschule ist eine Schule, in der Schüler, Lehrer, Bildungsstoff, Organisation und schulische Anlagen verschiedener Schularten ein Ganzes bilden.

Sie ist fast ausschließlich ein Verbund von allgemeinbildenden Schulen: Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Sonderschule, wenngleich dieser Verbund nicht auf bestimmte Schularten ausgerichtet sein muß. Das Gesamtschulsystem bietet eine für alle, gemeinsame, aus öffentlichen Mitteln finanzierte Schulbildung für alle Kinder im schulpflichtigen

⁵¹ Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Gegliedertes Schulwesen statt integrierter Gesamtschule. München 1983.

Alter in einem bestimmten Einzugsbereich (so weit es sich nicht um Privatschulen handelt). Das bedeutet, alle Lehrplanangebote und -programme werden sozusagen unter einem Dach oder in derselben Schuleinheit zusammengefaßt.

Ein anderes Grundmerkmal der Gesamtschule ist, daß keine Differenzierungs- oder Gruppenpraktiken angewandt werden, die den späteren Bildungs- und Berufsgang des Schülers endgültig festlegen (keine frühzeitige Schullaufbahnbestimmung). Es wird für alle Kinder aus allen Lebensbereichen gesorgt.

5.5 Formen der Gesamtschule⁵²

Je nach Intensität der Einheit sind unterschiedliche Formen der Gesamtschule möglich.

5.5.1 Die additive, kooperative Gesamtschule

Sie stellt eine organisatorische und pädagogische Zusammenfassung von zumindest Hauptschule, Realschule und Gymnasium dar. Weitere Bildungseinrichtungen, z.B. berufliche Schulen, können in die Kooperation einbezogen werden. In ihr bleiben die Schularten weitgehend getrennt, entwickeln sich auch selbständig weiter, stehen aber in geistigem Austausch, nutzen gemeinsame Einrichtungen und vereinen sich zu gelegentlichen gemeinsamen Veran-

⁵² Vgl. Hitpaß, Josef - Laurin, Hanna - Renate - Mock, Richard: Dreigliedriges Schulsystem oder Gesamtschule. Bamberg o.J.

staltungen. Kooperative Gesamtschulen können eine einheitliche Leitung haben. Die Bildungsgänge der Schularten und ihre Abschlüsse bleiben in der kooperativen Gesamtschule erhalten. Dabei ist die Gesamtschule mehr als ein Schulzentrum, da auch eine inhaltliche Zusammenarbeit entwickelt wird.

5.5.2 Die integrierte Gesamtschule

Im Gegensatz zur kooperativen Gesamtschule ist die integrierte Gesamtschule eine völlig neue Schulform, in der sich die Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium nicht mehr jeder für sich darstellen. Das gesamte Bildungsangebot der Jahrgangsstufen 5 bis 10 wird in ein System von Kursen aufgelöst, dem das Prinzip der fachspezifischen Differenzierung bzw. der Wahlpflichtdifferenzierung zugrunde liegt. Am Ende der 9. und 10. Jahrgangsstufe werden den Leistungen entsprechend, jene Abschlüsse erworben, die auch die nach Schularten differenzierten Schulen des Sekundarbereichs I vergeben:

Der Hauptschulabschluß,

der qualifizierende Hauptschulabschluß,

der Realschulabschluß,

die Oberstufenreife.

5.5.3 Die teilintegrierte Gesamtschule

Sie stellt eine Mischform zwischen integrierter und kooperativer Gesamtschule dar. Es handelt sich hier um eine Schulgliederung, bei der auf eine integrierte Orientierungsstufe kooperativ geführte Züge der Jahrgangsstufen 7 mit 10 aufbauen.

5.5.4 Die Stufenschule als Endphase der Gesamtschule

In ihr finden wir nur noch die Grundstufe (6. - 10. Lebensjahr), die Mittelstufe (11. - 16. Lebensjahr) und die Oberstufe (17. - 19. Lebensjahr).

5.6 Kernbestand von Zielen der Gesamtschule⁵³

Allen integrierten und kooperativen Gesamtschulen sind in der Regel eine Mehrzahl miteinander in Zusammenhang stehender Ziele gemeinsam. Als wichtigste nennt die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates in ihrer Empfehlung "Zur Errichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen" die folgenden:

⁵³ Vgl. Verlautbarungen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Modellversuche mit Gesamtschulen; Auswertungsbericht der Projektgruppe Gesamtschule. Buhl/Baden 1982.

"Chancengleichheit für alle.

Förderung des einzelnen gemäß Neigung und Fähigkeit.

Vermeidung verfrühter Schullaufbahntrennungen und deren ständige Korrigierbarkeit.

Breites Fächerangebot entsprechend der Vielfalt der Begabungen und Erfordernisse der Gesellschaft".

Als weitere Ziele und unmittelbar pädagogische Motive für Schulversuche mit Gesamtschulen werden vom Bildungsrat aufgeführt:

Die Verwirklichung einer wissenschaftlichen Schule für alle und die Förderung der sozialen Erfahrung.

Auf Schulstruktur, Organisation und Unterrichtsinnhalte ausgerichtete Ziele zählen folgende:

Einführung eines flexiblen Systems von Kern- (Stammgruppen) und Leistungs- sowie Wahl- (pflicht)kursen mit erweiterten Möglichkeiten zu individuellen Schwerpunktbildungen und Schullaufbahnmöglichkeiten, Einführung neuer und Revision bestehender Lehrpläne im Hinblick auf notwendige Förder- und Differenzierungsmaßnahmen sowie auf die jeweiligen Schwerpunktziele von Gesamtschulen,

Ganztagsschulangebote,

Einrichtung eines 10. allgemeinbildenden
Schuljahres für alle Schüler,

Kompensatorische Erziehung, Orientierung
und Förderung im Eingangsbereich,

Einführung von Beratungsdiensten,

Einführung pädagogisch diagnostischer Ver-
fahren zur zuverlässigen individuellen
Diagnose des Lernerfolges.

A u f d e n E r f o l g d e s
S c h u l s y s t e m s a u s g e -
r i c h t e t e Z i e l e :

Generelle E r h ö h u n g der Zahl von
Jugendlichen mit qualifizierten Schulabschlüs-
sen, dabei insbesondere Erhöhung der Zahl von
Schülern aus Bevölkerungsgruppen, deren An-
teil an qualifizierten Schulabschlüssen bis-
lang aus sozialen und regionalen Gründen ge-
ring gegenüber ihrem Anteil an der Gesamtbe-
völkerung unterrepräsentiert war.

A u f b i l d u n g s ö k o n o m i s c h e
A s p e k t e a u s g e r i c h t e t e
Z i e l e :

Rationellere Mittelverwendungen, z.B. durch
größere Schuleinheiten bei höherem Nutzungs-
grad von Räumen, Lehr- und Lernmitteln.

Bessere Förderung hinsichtlich allgemeiner
beruflicher Qualifikationsvoraussetzungen,

insbesondere die Förderung der Lern- und Umstellungsfähigkeit, um hierdurch wiederum Weiterbildungsfähigkeit und berufliche Dispositionibilität des jungen Menschen für sein Leben und seine Selbstbehauptung in einer Gesellschaft mit zunehmender sozialer und beruflicher Mobilität zu fördern.

Bessere und über längere Zeiträume sich erstreckende Orientierung über Berufswahlmöglichkeiten und Berufschancen sowie größere Beweglichkeit des Schulsystems im Hinblick auf veränderte allgemeine Anforderungen der Arbeitswelt, strukturelle Änderungen des Beschäftigungssystems und des Arbeitsmarktes.

5.7 Vertikales und horizontales Schulsystem⁵⁴

Zur Durchführung ihrer Bildungsziele vertreten die Gesamtschulbefürworter die Meinung, daß das bisherige System der nebeneinander bestehenden Schularten durch ein System aufeinanderfolgender Schulstufen abgelöst werden muß.

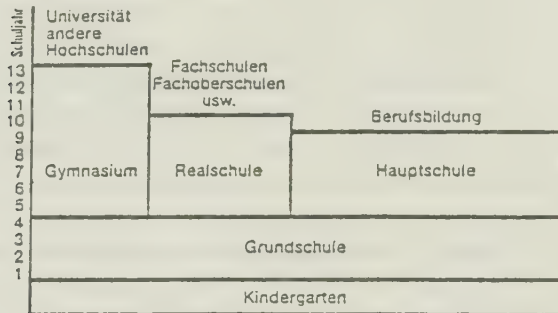
Das herkömmliche starre Schulsystem wird weder den individuellen Fähigkeiten und Neigungen der Schüler noch der Individualität des Lehrers gerecht. Letztlich liegt nach ihrer Auffassung die Ursache, daß der prozentuale Anteil von Arbeiterkindern in Real-

⁵⁴ Vgl. Schneider-Andrée, Rosmarie: ABC der Bildungsreform. Stuttgart 1974.

schule und Gymnasium im Verhältnis zur Sozialstruktur der Bevölkerung nicht gerechtfertigt ist, im vertikal gegliederten Schulsystem. Letzteres vertritt - nach ihrer Meinung - eine sozialkonservative Funktion, welche die soziale Schichtung bewahrt und verfestigt und so den Wandlungen der Sozialstruktur entgegenwirkt. Deshalb soll die vertikale Mehrgliedrigkeit und Trennung der verschiedenen Bildungswege einer horizontalen Gliederung des Bildungswesens weichen, in der alle Schüler die gleichen Bildungschancen haben. Gliederungsprinzip sind dann nicht mehr die einzelnen Institutionen, sondern die nachstehenden Bereiche des Bildungswesens (veranschaulicht in nachstehendem Schaubild):

Elementarbereich, Primarbereich, Sekundarbereich I, Sekundarbereich II, Tertiärer Bereich und die Weiterbildung:⁵⁵

Modell eines vertikal gegliederten Bildungssystems



Modell eines horizontal gegliederten Bildungssystems

Schuljahr	Weiterbildung	Alter
	Tertiärer Bereich	
13	Sekundarabschluß II	18
12	Sekundarbereich II	17
11		16
10	Sekundarabschluß I	15
9		14
8	Sekundarbereich I	13
7		12
6	Orientierungsstufe in Berlin, Bremen, Hamburg 6jähr. Grundschule	11
5		10
4	Primarbereich	9
3		8
2		7
1	Schuleingangsstufe	6
		5
	Elementarbereich	4
		3

⁵⁵ Schneider-Andrée, Rosemarie: ABC der Bildungsreform Seite 8. Stuttgart 1972.

5.8 Die innere Gestalt der Gesamtschule⁵⁶

5.8.1 Zur Unterrichtsorganisation

Die Gesamtschule ist von ihrer Struktur her zwar eine andere Schule und doch wieder keine andere Schule. Sie versucht das dreigliedrige vertikale Schulsystem durch ein solches horizontaler Gliederung zu überwinden.

In der integrierten Gesamtschule tritt an Stelle von Haupt-, Realschule und Gymnasium nach der 4. bzw. 6. Klasse eine andere Unterrichtsorganisation mit Kernunterricht (für alle Schüler), mit Fachleistungskursen, Wahlpflichtkursen und Unterrichtsveranstaltungen nach freier Wahl der Schüler. Sie versucht dem einzelnen Schüler durch ein Kurssystem größere Wahlmöglichkeiten einzuräumen, um seinen individuellen Interessen stärker gerecht zu werden, seine Lernfreude zu heben, seine Leistungen zu steigern und die an einem oder wenigen Fächern gewonnene Motivation auf andere Fächer zu übertragen.

56

Vgl. Grundlegungen der Bildungskommission für Bildungsplanung und Bildungsforschung; Modellversuche mit Gesamtschulen. Auswertungsbericht der Projektgruppe Gesamtschule. Buhl/Baden 1982.

5.8.2 Unterricht und Erziehung

Damit eine wissenschaftsorientierte Grundbildung für alle gesichert wird, erfolgt der Unterricht in der Gesamtschule zunehmend innerhalb fächerübergreifender Bereiche wie Gesellschaftslehre, Naturwissenschaften, Sprachen, ästhetische Bildung und Polytechnik.

Bei der Polytechnik soll es sich in der Mittelstufe nicht um eine Berufsgrundbildung handeln, sondern um eine zeitgemäße Allgemeinbildung, die auch die Bildungsinhalte der Technik, der Wirtschaft und des Sozialbereichs vermitteln muß. Zunächst muß die polytechnische Bildung in Fachbereichen und im Wahlpflichtfach erfolgen. Die ökonomisch, politischen und sozialen Aspekte werden in die Gesellschaftslehre einbezogen; die technologischen Aspekte werden dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich zugeordnet. Fachspezifische Inhalte der polytechnischen Bildung, die nicht sinnvoll in die beiden Bereiche einbezogen werden können, sollen entweder in einem eigenen Bereich oder im Wahlpflichtbereich als Alternative zur zweiten Fremdsprache angeboten werden.

Neben unterrichtlichen Erkenntnissen und Einsichten sollen die Schüler auch lernen, daß Verschiedenheit der Begabung und der sozialen Herkunft nicht den Wert eines Menschen, seine Fremd- und Selbsteinschätzung bestimmen dürfen.

Der Unterricht selbst weist als Besonderheit Niveaudifferenzierungen aus, die jeweils durch Umstufungen geregelt werden.

Diese Umstufungen werden durch Lehrer und nicht durch die Eltern veranlaßt.

Der frühere Bayerische Kultusminister Hans Maier sagte dazu:

"Wie durch ein Schüttelsieb rutschen die Schüler in bestimmte Schullaufbahnen, die zu unterschiedlichen Abschlüssen und Berechtigungen führen".

Unter Mitwirkung von Schulpsychologen und fachkundiger Kräfte wird an Gesamtschulen eine Schullaufberatung eingerichtet, um die Wegfindung des Schülers durch die Schule zu erleichtern.

In der Regel führt die integrierte Gesamtschule bis zur 10. Klasse. Einige Gesamtschulen haben eine eigene gymnasiale Oberstufe (bis Klasse 13).

Schüler aus integrierten Gesamtschulen ohne Oberstufe sind auf die Aufnahme in Gymnasien mit Oberstufe (11. mit 13. Jahrgangsstufe) angewiesen. Sie legen dort das Abitur ab; müssen den Schulwechsel in Kauf nehmen.

5.9 Unterschiedliche Entwicklung der Gesamtschulen in den Stadtstaaten und Ländern der Bundesrepublik Deutschland und der Versuch des Ausgleichs durch die Rahmenvereinbarung vom 25. Juni 1982 über die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen an integrierten Gesamtschulen

Schon in ihrer Sitzung vom 30. Januar 1969 legte die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates mit ihrer Forderung nach Errichtung von Gesamtschulen fest, daß die Versuche mit Gesamtschulen wissenschaftlich zu begleiten sind.

Inzwischen legte die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung einen Auswertungsbericht über 129 Modellversuche mit Gesamtschulen vor, die seit 1971 durch die Kommission für eine Förderung aus Bundesmitteln nach der Rahmenvereinbarung zur koordinierten Vorbereitung, Durchführung und wissenschaftlichen Begleitung von Modellversuchen im Bildungswesen vom 07. Mai 1971 empfohlen worden sind.

Die Projektgruppe zur Erstellung dieses Auswertungsberichtes teilte u.a. mit, daß es ihr trotz intensiver Bemühungen nicht immer möglich war, zu einer zusammenfassenden, von allen Mitgliedern verantworteten Bewertung zu kommen. Dies gilt beispielsweise für die Feststellung über

die zentralen Ziele von Gesamtschulen,

die Vielfalt ihrer innerschulischen Organisation,

die von ihnen angewendeten unterschiedlichen und von unterschiedlichen Leitgedanken abgeleiteten Differenzierungsmodelle und

die in ihnen entwickelten curricularen Konzepte.

Auch über andere Bereiche war keine gemeinsam getragene Bewertung zu erreichen, z.B. über

die baulichen Rahmenbedingungen der Gesamtschule, die Auswirkung baulicher Strukturen und den Bauaufwand,

die Personalausstattung und die Personalkosten der Gesamtschulen und

die Leistungen der Schüler im fachlichen Bereich.

Die Kommission weist in diesem Zusammenhang ferner darauf hin, daß die Kultusministerkonferenz am 27./28. Mai 1982 eine "Rahmenvereinbarung für die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen an integrierten Gesamtschulen" abgeschlossen habe und kommt anschließend zu der Auffassung, daß die Gesamtschule in einem föderativen Staatswesen weiterhin Gegenstand bildungspolitischer Diskussion bleiben wird.

Inzwischen hat der bildungspolitische Föderalismus Triumphe gefeiert. Gesamtschulen sind im Versuch und als Regelschulen neben dem gegliederten Schulwesen entstanden. Die Gefahr einer stetigen Auseinanderentwicklung der beiden Schulsysteme: Gegliedertes Schulwesen und Gesamtschule schien sich immer mehr abzuzeichnen. Die bis zum 24. Juni 1982 befristete bundesweite Regelung zur Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen war im Mai 1982 völlig offen. In den meisten Bundesländern entstanden zu diesem Zeitpunkt heftige Debatten über eine erneute Rahmenvereinbarung für die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen an Gesamtschulen. Eine neue Rahmenvereinbarung über die Anerkennung von Abschlüssen an integrierten Gesamtschulen sollte verhindern, daß künftig bildungspolitische Auseinandersetzungen auf dem Rücken der Kinder und Jugendlichen ausgetragen werden.

Der frühere Kultusminister Hans Maier appellierte in einer Sondersitzung des Bayerischen Landtages am 22. Juni 1982 für die Annahme des von der Kultusministerkonferenz (KMK) ausgehandelten Kompromisses über die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen an Gesamtschulen. Er warnte davor, ein Auseinanderfallen der Länder in sich bekämpfende Lager zu vermeiden. "Dies ist keine Schlacht für oder gegen die Gesamtschule", sagte er in einem Bericht vor dem kulturpolitischen Ausschuß des Bayerischen Landtages, "mehr als jetzt in dem Kompromiß steht, war bundesweit nicht durchsetzbar".

Zur Begründung über die Notwendigkeit der Annahme dieses Kompromisses sagte Staatsminister a.D. Hans Maier: "Der nun vorliegende Vereinbarungstext ist das Ergebnis zäher und langer Verhandlungen". Dem Anspruch der integrierten Gesamtschule, die "andere Schule" zu sein, die ganz andere Ziele verfolgt und ganz andere Inhalte vermittelt als das gegliederte Schulwesen, die eigentlich und deshalb auch damit nicht verglichen und am gegliederten Schulwesen nicht gemessen werden dürfe, stand die von Bayern mit Nachdruck vertretene Forderung entgegen, daß Gesamtschulen nur bestehen könnten, wenn gleiche Berechtigungen vergeben würden. Grundsatz hat zu sein:
G l e i c h e r P r e i s f ü r g l e i -
c h e L e i s t u n g .

Es konnten in den Verhandlungen im Detail sicher nicht alle Forderungen der Bayerischen

Staatsregierung durchgesetzt werden, immerhin ist aber erreicht worden, daß den Gesamtschulen Mindestbedingungen auferlegt wurden und zwar

hinsichtlich der einzuhaltenden Mindeststundenzahl in den Fächern Deutsch, 1. Fremdsprache, Mathematik sowie in den naturwissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern,

hinsichtlich des Mindestmaßes an äußerer Fachleistungsdifferenzierung und

hinsichtlich der zu besuchenden Kurse und der zu erreichenden Noten für das Erreichen der verschiedenen Abschlüsse.

Immerhin gelang es,

daß die Abschlüsse der integrierten Gesamtschulen grundsätzlich auf drei Anspruchsebenen vergeben werden,

daß die inhaltlichen Anforderungen dem gegliederten Schulwesens entsprechen müssen und

daß Bayern von Gesamtschulen mit einer Fachleistungsdifferenzierung in nur zwei Niveaus Übergangsberechtigungen in die gymnasiale Oberstufe nur nach dem Maßstab anerkennt, nach dem in Bayern Realschüler in die gymnasiale Oberstufe übertreten dürfen.

Mit dieser Regelung bietet die Rahmenvereinbarung die Chance, über Landesgrenzen hinweg Mindestanforderungen an das allgemeinbildende weiterführende Schulwesen der Bundesrepublik Deutschland festzusetzen. Das aber bedeutet: "Stabilisierung im Sinne eines leistungsorientierten Schulwesens und Absage an eine leistungsschwächere Einheitsschule".

5.10 Folgerungen aus der Diskussion um die Gesamtschule

Aus den vorstehenden Untersuchungen läßt sich ableiten, daß mit der Gesamtschule kein Schulsystem entstanden ist, das geeignet wäre, die Probleme der Hauptschule zu lösen oder das gegliederte Schulsystem zu überholen. Sicherlich ist die Entstehung der Gesamtschule eine Folge der Kritik am gegliederten Schulwesen. Sie versprach vor allem Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Aussage des schwedischen Kultusministers und seines Pressesprechers (1972): "Wir wollen nicht, daß einzelne Blumen hier und da emporragen, sondern alles soll eine wohlgenährte Rasenfläche sein".

Was wurde mit der Gesamtschule erreicht?

Es ist eine neue Schule entstanden, geeignet, Anstoß und Anregung zu geben für eine mobile Bildungsreform,

Erfahrungen im Für und Wider zu vermitteln;

eine Schule,

welche in System, Anforderung und Leistung
das gegliederte Schulwesen seither nicht
einholen konnte,

welche die Rettung der Hauptschule nach
ihrem System seither nicht bewerkstelligen
konnte und

nicht erkennen läßt, daß sie imstande ist,
bei fordernder Leistung Schulmüdigkeit und
Schulverdrossenheit in der Hauptschule ab-
zubauen.

Die Gesamtschule ist wie andere Schulen des
gegliederten Schulwesens eine Schule der
A l l g e m e i n b i l d u n g , welche
mit Hilfe der polytechnischen Bildung - im
Rahmen der Allgemeinbildung - den Schüler auf
das Arbeitsleben vorbereitet. Im übrigen hält
sie diese Allgemeinbildung bis zum Ende der
10. Jahrgangsstufe und weiter durch, ohne be-
sondere Elemente in Anspruch zu nehmen, im
Gegenteil, sie verweist solche betont in den
Bereich der beruflichen Bildung. Andererseits
hätte man gerade von ihr, die sich auf Chan-
cengleichheit und soziale Gerechtigkeit für
alle Schüler beruft, erwartet, daß sie sich
besonders der Kinder aus sogenannten unter-
privilegierten Schichten annehmen würde, Kin-
der, denen ein weiterer Bildungsweg nach der

10. Jahrgangsstufe - aus irgendwelchen Gründen auch immer - versagt bleibt und die einer gesicherten Hin- und Einführung in das Arbeitsleben und in das berufliche Schulwesen bedürfen. So bleibt sie durch die ständige Sorge um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit - "alles soll eine wohlgemähte Rasenfläche sein" - gegenüber dem gegliederten Schulwesen leistungsmäßig im Verzug und Nachteil.

Zusammenfassend läßt sich feststellen:

Die Gesamtschule bemüht sich, letzte qualifizierte Schüler aus der Hauptschule auszuwählen, um sie über den Weg der Realschule oder des Gymnasiums zu gehobeneren Bildungsabschlüssen im allgemeinbildenden Schulwesen zu führen. Denn letztlich geht es der integrierten Gesamtschule um eine Erhöhung der Zahl der Jugendlichen mit qualifizierenden Abschlüssen aus Bevölkerungsgruppen, die entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung unterrepräsentiert sind.

Durch diese verstärkte Auslese wird die Hauptschule wiederum zum Zubringer für andere weiterführende Schulen, verliert ihren Eigencharakter und wird letzten Endes zur Restschule.

Die Gesamtschule ist eine neue, eine andere Schule, beladen mit viel Erwartungen und Hoffnungen. Nach einer Welle der Zustimmung

bei Wissenschaftlern, Lehrern, Politikern und Verwaltungen scheint gegenwärtig eine Phase der Ernüchterung und Zurückhaltung eingetreten zu sein, obwohl das vorwiegend ideologisch ausgerichtete Schrifttum umfangreich geblieben ist.

Die Gesamtschule vermag bei kritischer Überprüfung dem gegliederten Schulwesen in seiner Vielfalt der Bildungswege für Kinder unterschiedlichster Veranlagung und Begabung kaum Stand zu halten.

Dem gegliederten Schulwesen ist deshalb aus den vielen angegebenen Gründen der Vorzug zu geben.

Wenn auch das gegliederte Schulwesen die Problematik der Hauptschule - und um diese geht es doch letzten Endes - bis jetzt noch nicht zu lösen vermochte, so finden sich doch in ihm durch seine Vielfalt geeignetere Möglichkeiten, den Schwierigkeiten der Hauptschule erfolgsversprechend zu begegnen.

5.11 Rückblick

Rückblickend läßt sich feststellen, daß seither eine Vielzahl von Maßnahmen und Versuchen zur Verbesserung der Hauptschulverhältnisse von den Stadtstaaten und Ländern unter Berücksichtigung ihres föderativen Rechts entwickelt und durchgeführt werden, die aber bei aller Nachsicht das Profil der Hauptschule nicht wesentlich verbessern konnten.

Die Diskrepanz liegt in der unterschiedlichen Auffassung der Bildungspolitiker dieser Staaten und Länder über Allgemeinbildung und Berufsbildung.

Die einen sehen das Glück des Schülers

in der vorberuflichen Bildung, in Besonderen 10. Realschulklassen, andere sehen Vorteile

in der Vorbereitung auf eine Berufstätigkeit (Berufsfachschule) durch Übertritt von Hauptschülern mit qualifizierendem Abschluß in höhere Jahrgangsklassen der Wirtschaftsschulen oder

in der Vermehrung allgemeinbildenden Wissens durch Einführung eines 10. Vollzeitschuljahres an der Hauptschule oder

in der Vermittlung vorberuflicher Bildung über einen Mittelweg, über die Integration von Hauptschule und Realschule, mit dem Ziel, auf diesem Weg, eine Zweigliedrigkeit Haupt-/Realschule und Gymnasium zu erreichen oder schließlich

in der Integration der Schularten des dreigliedrigen Schulsystems in eine integrierte Gesamtschule, um das dreigliedrige Schulsystem zu überwinden und die Bildungschancen der Kinder aus unterprivilegierten Kreisen durch Vermehrung des allgemeinbildenden Wissens zu erhöhen.

Die angeführten Maßnahmen und Schulversuche bemühen sich entweder um eine vorberufliche Bildung oder um die Vorbereitung auf eine Berufstätigkeit, die zu einem Berufsabschluß

führt oder vorwiegend um die Anhebung der Allgemeinbildung. Sämtliche Maßnahmen und Schulversuche bemühen sich, einen mittleren Schulabschluß zu erreichen - wenn auch unter erschwerenden Verhältnissen - die einen mehr im Sinne der *B e r u f s b i l d u n g*, die anderen unter Anhebung der *A l l g e m e i n b i l d u n g*. Es gilt "Sowohl" als "Auch". Dieser Erkenntnis entspricht das Profil der heutigen Hauptschule. Sie hat zwar berufsvorbereitende Funktionen wahrzunehmen, ist jedoch eine überwiegend allgemeinbildende Schule geblieben.

An der neunjährigen Hauptschule kann der Schüler zwar einen qualifizierenden Abschluß erreichen, aber keinen mittleren Schulabschluß. Um diesen Schulabschluß zu erreichen muß der Hauptschüler seine Schule verlassen und in andere weiterführende Schulen eintreten. Diese Schwierigkeit führte letztlich mit zur Entwicklung besonderer Maßnahmen und der Schulversuche.

IV. PERSPEKTIVEN EINER BERUFSPRAKTISCHEN BILDUNG UND DIE ZUKUNTSORIENTIERUNG EINER "NEUEN HAUPTSCHULE"

1. Vorbemerkungen:

In den folgenden Kapiteln wird versucht, die Probleme der Hauptschule zu lösen, ohne die Allgemeinbildung zu vernachlässigen. Sie folgt damit dem Art. 6 des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsge-

setzes vom 10. September 1982, der bestimmt, daß die Hauptschule nicht nur eine grundlegende Allgemeinbildung zu vermitteln, sondern auch in Verbindung mit dem beruflichen Schulwesen Bildungswege zu eröffnen hat, die zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung, zu weiteren beruflichen Qualifikationen und auch zu einer Hochschulreife führen können.

Auf dem Wege zu einer solchen berufspraktischen Bildung berücksichtigt (verwertet) diese Arbeit vorberufliche Elemente aus der Hauptschule und der Berufsschule. Die Leistungen der Arbeitslehre und mit ihr die Berufsorientierung und die berufliche Grundbildung des Berufsgrundbildungsjahres (Berufsvorbereitungsjahr) werden zu einer neuen Struktur der Hauptschule, ihrer berufspraktischen Bildung vereint, um über den Status einer differenzierten Berufsfachschule Grundlagen der Wirtschaft im gewerblich/technischen, im kaufmännischen, hauswirtschaftlich/sozialen und im landwirtschaftlichen Bereich zu erschließen.

Zu diesem Zwecke werden anschließend die Ziele der Arbeitslehre und der beruflichen Grundbildung untersucht (Kapitel IV 2), um aus elementaren Kenntnissen, die neue Struktur der Hauptschule zu planen (Kapitel V).

2. Über die Organisation einer N e u e n
H a u p t s c h u l e unter besonderer Be-
rücksichtigung ihres berufspraktischen
Aspekts

Die nachfolgenden Ausführungen entwickeln nun-
mehr das Profil einer N e u e n H a u p t -
s c h u l e , die berufspraktisch und zu-
kunftsorientiert als weiterführende Schule
gleichberechtigt neben anderen weiterführen-
den Schulen steht.

Dabei soll vorwiegend der berufspraktische
Aspekt der Hauptschule unter besonderer Be-
rücksichtigung bayerischer Schulverhältnisse
erarbeitet und hervorgehoben werden.

Fragestellungen, Inhalte, didaktische und or-
ganisatorische Maßnahmen des inneren und äu-
ßeren Schulbetriebs begegnen uns im Umgang
mit der Hauptschule und der Berufsschule.
Diese müssen wissenschaftlichen und rechtli-
chen Prüfungen standhalten, dort ihre Begrün-
dung erfahren und in der Praxis anwendbar
sein.

Die Entwicklung einer berufspraktisch orien-
tierten Hauptschule folgt dem Bildungsauftrag
für die Hauptschule wie ihn Art. 6 des Bayeri-
schen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes
(BayEUG) beschreibt und dem Bildungsauftrag
der Berufsschule, festgelegt im Art. 10 des
Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgeset-
zes vom 10. September 1982 (BayEUG).

Anstelle eines 10. Pflichtschuljahres an der Hauptschule ist in Bayern die Entscheidung für ein Berufsgrundbildungsjahr an der Berufsschule gefallen. Der Gesetzgeber bietet nach der 9. Hauptschulklasse eine Berufsgrundbildung (schulisch und kooperativ) an. Seine Entscheidung geht zurück auf die Darlegungen der Bildungskommission des deutschen Bildungsrates im Bericht '75 zum Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II (S. 186): 10. B i l d u n g s j a h r u n d B e r u f s g r u n d b i l d u n g s j a h r. Dort lesen wir im II. Abschnitt: "Die Entscheidung ist offen, ob das 10. vollzeitliche Bildungsjahr für alle in die Bildungspflicht einbezogen wird; offen ist ferner, ob das 10. vollzeitliche schulische Bildungsjahr für diejenigen Jugendlichen, die keine Realschulen oder Gymnasien besuchen, vornehmlich an Hauptschulen oder an Berufsschulen eingerichtet werden soll; schließlich ist offen, ob die Berufsgrundbildung im Regelfall den Mittleren Abschluß (Sekundarstufe I) erreichen lassen soll oder nur auf die Berufsausbildung angerechnet werden wird".

Mit dem s o w o h l a l s a u c h überläßt die Bildungskommission die Entscheidung dem Gesetzgeber, obwohl es sich bei der Hauptschule und Berufsschule um zwei unterschiedliche Schularten handelt, die eine dem allgemeinenbildenden, die andere dem berufsbildenden Schulwesen zugehörig. Die Bildungskommission muß demnach Möglichkeiten gesehen haben, die

Bildungsziele eines 10. vollzeitlichen Bildungsjahres s o w o h l in der Hauptschule a l s a u c h in der Berufsschule durchzusetzen.

Die Bildungskommission ließ nach ihren Aussagen die Entscheidung offen:

Ob das 10. vollzeitliche Bildungsjahr für alle Hauptschüler in die Bildungspflicht einbezogen wird,

ob das 10. vollzeitliche schulische Bildungsjahr für diejenigen Jugendlichen, die keine Realschulen oder Gymnasien besuchen, vornehmlich an Hauptschulen oder Berufsschulen eingerichtet werden soll und schließlich,

ob die Berufsgrundbildung im Regelfall den mittleren Abschluß (Sekundarstufe I) erreichen lassen oder nur auf die Berufsausbildung angerechnet wird.

Der Hauptschule könnte aus dieser Sicht gerechterweise ein 10. Pflichtschuljahr (berufsorientiert) zugesprochen werden, unter gleichzeitiger Verleihung der Berechtigung an die Hauptschule, befähigten Hauptschülern der Abschlußklasse 10 den mittleren Schulabschluß zu erteilen.

Nun haben die Kultusminister und Senatoren der Länder scheinbar einen Ausweg mit der Einführung des Berufsgrundbildungsjahres (1978) gefunden. Allerdings hat man dieser Einrichtung den G l a n z von vornherein genommen,

weil man ihr zunächst nur halbherzig folgte. Es diente vorwiegend der Aufnahme solcher Schüler, die im Beschäftigungssystem vorerst keine Stelle fanden, darunter waren viele leistungsschwache Schüler.

Daneben geht man die berufliche Grundbildung rechtsverbindlich nur sehr zögernd an. So ist beispielsweise das Berufsgrundbildungsjahr für Körperpflege (Friseure) flächendeckend erst für das Schuljahr 1988/89 vorgesehen. Für die zum Berufsfeld Ernährungs- und Hauswirtschaft zählenden gastgewerblichen Berufe folgt die Einführung beruflicher Grundbildung (Bayern) ebenfalls erst in den Schuljahren 1988/89 und 1989/90, zum gleichen Zeitpunkt auch im Haushaltsberuf Hauswirtschaft/Hauswirtschaftlerin.

Nach Mitteilung des Pressereferats (194/89) des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 10. September 1987 wurde zu Schuljahresbeginn 1987/88 an allen bayerischen Berufsschulen für Elektroberufe der Industrie und des Handwerks das Berufsgrundbildungsjahr (nur) in kooperativer Form eingeführt. Das heißt, daß das Berufsgrundschuljahr noch nicht für alle Fachrichtungen der Berufsschule rechtsverbindlich eingeführt ist.

Es wäre demnach noch Zeit, die Struktur der Hauptschule zukunftsorientiert und berufspraktisch als eine eigenständige Schulart zu entwickeln.

Gegenwärtig stehen sich die Hauptschule und die Berufsschule als berufsvorbereitende und berufsbildende Schulen gegenüber. Ihre Eckpfeiler sind die Arbeitslehre der Hauptschule und das Berufsgrundbildungsjahr der Berufsschule.

2.1 Die Hauptschule und das Fach Arbeitslehre mit ihren berufsorientierenden Maßnahmen

Zwischen den Jahren 1960 und 1964 entstanden im Zusammenhang mit der Entwicklung der Volksschuloberstufe zur Hauptschule Ansätze zur Idee und zum Begriff der Arbeitslehre.

Am 3. Juli 1969 beschloß die Kultusministerkonferenz die Empfehlungen zur Hauptschule mit der Feststellung, "daß die Hauptschule vor neue Aufgaben gestellt ist, die sie auf herkömmliche Weise nicht zu lösen vermag.

Vor allem benötigt die Hauptschule ein neues Angebot von Inhalten und Verfahren, damit sich die Schüler zur Bewältigung künftiger Aufgaben in Beruf und Gesellschaft die erforderlichen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten aneignen".⁵⁷

⁵⁷ Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister, Beschluß vom 3. Juli 1969 - Empfehlungen zur Hauptschule. In: Handbuch der Kultusministerkonferenz. Bonn 1977, S. 131.

Nach diesen Empfehlungen soll die Hauptschule den Schüler befähigen,

Zugang zum kulturellen Leben zu finden,

sich in das politische und soziale Leben einzugliedern und

sich seinen Kräften gemäß am Arbeitsleben beteiligen.

Diese Festlegungen enthalten Forderungen nach Allgemeinbildung und Berufsbildung. Sie werden durch die besonderen Empfehlungen zur Arbeitslehre verdeutlicht, und zwar durch die Benennung der Aufgaben, Bereiche und der Inhalte zur Arbeitslehre wie sie nachstehend aufgezeichnet werden.

2.1.1 Aufgaben der Arbeitslehre

"Die Arbeitslehre soll

- Einsichten, Kenntnisse und Fertigkeiten im technisch-wirtschaftlichen und gesellschaftlich-politischen Bereich vermitteln, die heute notwendige Bestandteile der Grundbildung jedes Bürgers sind,
- neue Impulse zur Mitarbeit geben,
- Hilfen für die Wahl eines Berufsfeldes bieten und auf die Berufswahl vorbereiten, jedoch noch keine

Berufsausbildung leisten".⁵⁸

2.1.2 Bereiche der Arbeitslehre

"Diese gliedern sich in die

allgemeine Orientierung über die
Wirtschafts- und Arbeitswelt,

Erziehung zum Arbeitsverhalten,
wie fundamentale Arbeitstugenden:
Konzentration, Genauigkeit, Fähig-
keit zur Zusammenarbeit und in die

Einführung zur Berufswahl: Orien-
tierung über Berufsfelder, Berufs-
gruppen und Berufe, in der Absicht,
Berufsentscheidungen zu ermöglichen.

Die vorstehenden Bereiche sind auf der
Grundlage praktischen Tuns und theo-
retischer Durchdringung zu erschließen
und zwar durch folgende Maßnahmen:

Umorientierung des bisherigen Werk-,
Hauswerk- und Textilunterrichts im
Sinne einer naturwissenschaftlich-
technologischen Ausrichtung;

Betriebserkundungen und Betriebs-
praktika".⁵⁹

⁵⁸ Beschluß der Kultusministerkonferenz
a.a.O., S. 132.

⁵⁹ Beschluß der Kultusministerkonferenz
a.a.O., S. 132.

2.1.3 Inhalte der Arbeitslehre

"Zur Arbeitslehre gehören alle weitgehend mit praktischer Tätigkeit verbundenen oder auf sie bezogenen Unterrichtsinhalte, die in spezifischer Weise dem Vorverständnis einer arbeitsteiligen Wirtschaftswelt dienen und die Berufswahl vorbereiten. Die exemplarisch ausgewählten Inhalte werden den

funktionalen Aspekt im Hinblick auf gemeinsame Leistungen und Arbeitsorganisationen,

den sozialen Aspekt - Kooperation und mögliche Konflikte

und den berufsorientierenden Aspekt, insbesondere im Hinblick auf eine individuelle gestufte Berufsentscheidung, zu berücksichtigen haben.

Die nachfolgenden Thesen charakterisieren die Tendenz und werden hier unverbindlich als Reihung aufgeführt:

Umgang mit Werkzeugen und Maschinen, Benutzung und Anfertigung von Tabellen, Zeichnungen und Karteien, Abfassen von Texten zu unterschiedlichen Zwecken, Unternehmensorganisation, Aufbau eines Betriebes, Automation u.a.m.,

Betriebshierarchie, Konkurrenz,
Interessenverbände, Rechtsfragen,
Arbeitszeit u.a.m.,

Kriterien für eine Berufswahl, Nei-
gungen und Fähigkeiten, Aufstieg,
Fortbildung u.a.m."⁶⁰

Diesen Empfehlungen zur Hauptschule
und zur Arbeitslehre, beschlossen in
der Kultusministerkonferenz am 03.Juli
1969, sind die Länder auf ihre Weise
gefolgt.

2.2 Die Arbeitslehre in den Stadtstaaten und Ländern der Bundesrepublik Deutschland und ihre Konzeption im Vergleich

Viele Stadtstaaten und Bundesländer sehen
in der Arbeitslehre einen Beitrag zur Profi-
lierung des Abschlusses der Sekundarstufe I
und zum natürlichen Übergang von der Haupt-
schule zur Berufsschule. Man erkannte dabei,
daß die Arbeitslehre nicht - wie andere
Schulfächer - nur eine Bezugswissenschaft
als Grundlage hat, sondern ihre Inhalte aus
mehreren Bereichen bezieht, der Arbeits- und
Ingenieurwissenschaft, der Volks- und Be-
triebswirtschaft und der Haushalts- und So-
zialwissenschaft.

⁶⁰ Beschluß der Kultusministerkonferenz a.a.O., S. 133.

Die Länder der Bundesrepublik haben der Arbeitslehre aufgrund der Vielfalt von Bezugswissenschaften z.T. eigene Bezeichnungen verliehen, um auszudrücken, wo für sie die Schwerpunkte der Arbeitslehre liegen. Für das Fach Arbeitslehre gibt es demnach keine bundeseinheitliche Regelung. Der Lernbereich Arbeitslehre beinhaltet je nach Bundesland unterschiedliche Lehr- und Lerninhalte (siehe nachstehende Übersicht).⁶¹

Bundesland	Bezeichnung (ggfs. Schulart)
Baden-Württemberg	Arbeit-Wirtschaft-Technik
Bayern	Arbeitslehre
Berlin	Arbeitslehre
Bremen	Arbeitslehre (Hauptschule) Arbeit-Technik-Wirtschaft (neuer Ansatz für Hauptschule, Realschule, Gymnasium) Technik/Wirtschaft und Gesellschaft/ Politik/Arbeitslehre (Gesamtschule)
Hamburg	Arbeitslehre (Gesamtschule) Arbeitslehre/Berufsorientierung (Hauptschule und Realschule)
Hessen	Polytechnik-Arbeitslehre
Niedersachsen	Arbeit-Wirtschaft-Technik
Nordrhein-Westfalen	Technik/Wirtschaft (Arbeitslehre) (Hauptschule) zusätzlich: Technik/ Wirtschaft/Hauswirtschaft (Gesamtschule)
Rheinland-Pfalz	Arbeitslehre
Saarland	Arbeitslehre
Schleswig-Holstein	Wirtschaft/Politik

⁶¹ In: Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Handbuch zur Berufswahlvorbereitung. Nürnberg 1984, S. 154.

Vergleicht man die Arbeitslehre-Konzeptionen der Bundesländer miteinander, so lassen sich folgende Übereinstimmungen feststellen:

Die Arbeitslehre ist jenes zentrale Fach, das sich mit der Arbeitswelt, der Berufsorientierung und der Berufswahl unmittelbar auseinandersetzt. Sie versucht die Industriegesellschaft in ihren Anforderungen und Bedürfnissen einigermaßen durchschaubar zu machen. Sie vermittelt grundlegende Einsichten und bedeutsame Bedingungen des Arbeitslebens durch Verdeutlichung wechselseitiger Zusammenhänge zwischen technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entscheidungen und bemüht sich vornehmlich um Berufsorientierung und Berufsfeldorientierung.

Lernbereiche aus den Gebieten der Technik, der Wirtschaft und des Haushalts bestimmen die Inhalte der Berufsorientierung der Arbeitslehre in den Ländern der Bundesrepublik.

Die in der nachfolgenden Übersicht dargestellten Lernziele werden - in etwa - von allen Bundesländern anerkannt und schaffen, trotz aller Unterschiedlichkeit im Fache Arbeitslehre eine gewisse Übereinstimmung.

Technik	T ₁	Beherrschung einiger grundlegender praktisch-technischer Fertigkeiten.
	T ₂	Fähigkeit, unterschiedliche Werkstoffe nach bewährten Regeln zu bearbeiten.
	T ₃	Kenntnis und Anwendungsmöglichkeiten elementarer technischer Problemlösungsstrategien.
	T ₄	Einfache Gegenstände mit Gebrauchswert aus verschiedenen Materialien planen, zeichnerisch darstellen, herstellen und beurteilen können.
	T ₅	Fähigkeit, einfache technische Gebilde aus der Umwelt zu analysieren.
	T ₆	Einsichten in die Notwendigkeit sachgerechten Arbeitsverhaltens wie Ordnung, Stetigkeit und Sicherheit.
	T ₇	Einsichten in die Bedeutung der Elektronik
Wirtschaft	W ₁	Fähigkeit, Grundtatsachen des Wirtschaftens zu erkennen und zu erklären.
	W ₂	Kenntnis wesentlicher Merkmale der Organisationsstruktur eines mittleren Betriebes
	W ₃	Kenntnis von Begriffen und Verfahrensregelungen des Geldverkehrs
	W ₄	Einsicht in einzel- und gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge von Arbeit, Beruf und Konsum
Haushalt	H ₁	Fähigkeit zur Planung, Analyse und Durchführung hauswirtschaftlicher Arbeitsprozesse (Lebensmittelverarbeitung, Textilverarbeitung, Wohngestaltung).
	H ₂	Grundlegende Einsichten in die Organisation und wirtschaftliche Führung eines privaten Haushalts
	H ₃	Kenntnis der Ver- und Entsorgungsprobleme des privaten Haushalts
	H ₄	Ernährungsphysiologisches Grundwissen.
Berufsorientierung	B ₁	Überblick über die Berufsfelder und die Möglichkeiten beruflicher Laufbahnen.
	B ₂	Kenntnis des Jugendarbeitsschutzgesetzes und einiger Bestimmungen des Arbeitsrechts
	B ₃	Kenntnis der Institutionen der Interessenvertretung und Mitbestimmung und Anbahnung einer entsprechenden Handlungsbereitschaft.
	B ₄	Einsichten in Formen und Notwendigkeiten beruflicher Mobilität.
	B ₅	Fähigkeit, eine entsprechend den Arbeitsmarktverhältnissen überlegte Berufswahlentscheidung zu treffen und dabei die Dienste der Berufsberatung zu nutzen
	B ₆	Fähigkeit zum Erkennen familiärer und schulischer Sozialisation als Faktoren der eigenen Berufswahl
	B ₇	Vergleich und Einschätzung individueller Voraussetzungen mit objektiven Anforderungen beruflicher Tätigkeiten
	B ₈	Einsichten in das Problem der Chancen und Risiken im Beschäftigungssystem – individuelle und gesellschaftliche Bedingungen und Konsequenzen
	B ₉	Bereitschaft zur Relativierung geschlechtsspezifischer Berufswahlentscheidungen

- 62 In: Kledzik, Ulrich J.: Arbeitslehre – Zielsetzung und Anforderungen zur Vorbereitung einer Rahmenvereinbarung für die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen im Sekundarbereich I; dargestellt im Handbuch zur Berufswahlvorbereitung der Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg 1984, S. 158.

Es ist unschwer zu erkennen, daß die Zusammenstellung vorstehender Lernziele auf die Aufgabe der Berufsorientierung abgestimmt ist in der Absicht, im Unterricht Lernbereiche aus Arbeit, Wirtschaft, Technik und Soziales grundlegend zu erschließen. Dabei ist der Begriff **g r u n d l e g e n d** allerdings einzuschränken, denn die Zusammenstellung der Lernziele aus dem gewerblich/technischen, dem kaufmännisch/verwaltenden, dem hauswirtschaftlich/pflegerischen und dem landwirtschaftlich/gartenbaulichen in Verbindung mit den sozialen Gegebenheiten ist keinesfalls lückenlos erfaßt. Der Autor U.J. Kledzig hat sich dabei auf jene Zahl von Lernzielen beschränkt, die bei der geringen Stundenzahl der Arbeitslehre bedeutsam und zu erschließen möglich sind: 7. Jahrgangsstufe 1 Stunde Arbeitslehre - Unterricht, 8. und 9. Jahrgangsstufe jeweils 2 Unterrichtsstunden (zu je 45 Minuten), wenn auch zugegeben werden muß, daß im Bereich der Wahlpflichtfächer weitere Unterrichtsstunden unterstützen die Hilfe leisten. Nicht zu übersehen sind die zeitaufwendigen Maßnahmen der Betriebserkundung, des Betriebspraktikums, der Zusammenarbeit zwischen Hauptschule und Berufsschule und der besonderen Leistungsfeststellungen für den Erwerb des qualifizierenden Hauptschulabschlusses.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die Stundenzahl für die Allgemeine und Praktische Arbeitslehre zu knapp bemessen ist, gestellte Lernziele mit der notwendigen Gründ-

lichkeit zu bearbeiten. Die Berufsorientierung der Arbeitslehre wird durch deren Anreicherung mit zunehmend neuen Aufgaben wie Informatik, Computertechnik mehr und mehr überlastet, so daß die Notwendigkeit besteht, die Berufsorientierung in ihrer Gesamtproblematik in Allgemeingültiges (ökonomische und sozialrechtliche Gegebenheiten) und Spezielles (differenzierte vorberufliche Bildung) zu entflechten, um so die Stofffülle zu reduzieren.

Diese Probleme stellen sich auch im bayerischen Lehrplan für das Fach Arbeitslehre.

2.2.1 Die Arbeitslehre im Lande Bayern

In Bayern beinhaltet die Arbeitslehre zwei wesentliche Ziele:

Sie erstrebt wirtschaftsbezogene Grundinformationen, unter ökonomischem, berufskundlichem und sozialem Aspekt unter erkennbarer, fundamentaler und exemplarischer Einführung in die Wirtschafts-, Arbeits- und Berufswelt und vermittelt Einsichten und Haltungen in die Bereiche der Arbeit und des Berufs, leistet Hilfe bei der Berufsentscheidung.

Die Arbeitslehre nimmt in diesem Bemühen um die vorberufliche Bildung des Hauptschülers den zentralen Platz ein. Dabei wird dieses Fach von einer Reihe didaktischer Maßnahmen unterstützt, die geeignet sind, Probleme vor-

beruflicher Bildung durchschaubarer zu machen. Dazu zählen:

Die Betriebserkundung,
das Betriebspraktikum,
die Zusammenarbeit zwischen Hauptschule
und Berufsschule und schließlich - in weiterem Sinne - auch die besondere Leistungsfeststellung zum Erwerb des qualifizierenden Hauptschulabschlusses.

Die Einführung des Faches Arbeitslehre erfolgte stufenweise vom 10. Juni 1966 mit den Richtlinien für die bayerischen Volksschulen bis zum 12. April 1976 und der Einführung curricularer Lehrpläne für die Jahrgangsstufen 7 mit 9.

Seit dem Jahre 1976 wurden laufend verbesserte Lehrpläne für die Hauptschule vorgelegt. Dabei handelte es sich beim Fach Arbeitslehre um inhaltliche Änderungen und um die Einführung unterstützender Maßnahmen wie der Betriebserkundung oder der Einführung des Betriebspraktikums im Schuljahr 1987/88 (verpflichtend), stets mit dem Ziel, die Inhalte der Arbeitslehre so zu wählen, daß deren Unterrichtsergebnisse den Anforderungen einer hochindustrialisierten Arbeitswelt entsprechen und junge Menschen in ihren unterschiedlichen Begabungen, Neigungen, Fähigkeiten und Interessen über die Arbeits- und Berufswelt treffend orientieren. Im Jahre 1985 wurde wiederum ein überarbeiteter Lehr-

plan vorgelegt, der auch wesentliche Änderungen für das Fach Arbeitslehre mit sich brachte. Es wurden zahlreiche bisherige wirtschaftsrelevante Ziele und Inhalte zurückgenommen mit der Begründung, daß der bisherige Lehrplan (1976/78) "in seinen Anforderungen nicht mehr den Prinzipien der Lebensbedeutung und Altersangemessenheit entspricht" ⁶³ und seine Stofffülle immer schwerer zu bewältigen war.

Die Bearbeiter des Faches Arbeitslehre im neuen Lehrplan, Friedrich Geiger und Herbert Kunder, nennen für die Rücknahme wirtschaftsrelevanter Ziele und Inhalte nachstehende Themen:

" Den privaten Haushalt als Basis wirtschaftlichen Handelns und der Produktion von Gütern,

den Markt, verschiedene Märkte, Marktformen, die gemeinsame Markterkundung mit der Hauswirtschaft, Preisbildungsfaktoren,

die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Boden, know-how,

das ökonomische Prinzip,

⁶³ Mahler, Gerhart / Selzle, Erich (Hrsg.): Lehrpläne für die Hauptschule in Bayern mit Erläuterungen und Handreichungen - ein Hand- und Studienbuch für die Hauptschule. Donauwörth 1986, S. 61.

den Zusammenhang grundlegender wirtschaftlicher Faktoren wie Preis, Geld, Werbung,

den einfachen Wirtschaftskreislauf,

die Betrachtung der Wirtschaftssysteme der Freien Marktwirtschaft, der Zentralverwaltungswirtschaft und die umfassende Betrachtung der Sozialen Marktwirtschaft und

die Schwerpunkte staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik".⁶⁴

Mit dieser Rücknahme wurde beabsichtigt, das Problem der Berufsorientierung schwerpunktmäßig zu verstärken.

So ging man im neuen Lehrplan 1985 für das Fach Arbeitslehre davon aus, daß das Element der B e r u f s o r i e n t i e r u n g als Praxis- und Handlungsorientierung eine schwerpunktmäßige V e r s t ä r k u n g erfahren müßte.⁶⁵

Diese Absicht ist aus der Gegenüberstellung der Lernbereiche zur Arbeitslehre, wie sie bis zum Schuljahr 1984/85 Gültigkeit hatten und ab Schuljahr 1985/86 nunmehr gelten, zu ersehen.

⁶⁴ Geiger, Friedrich und Kunder, Herbert; Mahler, Gerhart /Selzle, Erich (Hrsg.): Arbeitslehre. In: Lehrpläne für die Hauptschule in Bayern mit Erläuterungen und Handreichungen, Band 3. Donauwörth 1986, S. 61.

⁶⁵ Vgl. Geiger, Friedrich u.a.: a.a.O., S. 61.

2.2.1.1 Lernbereiche der Arbeitslehre

	bis zum Schuljahr 1984/85	ab Schuljahr 1985/86
7. Jahrgangsstufe	Bedürfnisse - Bedarf Grundzüge wirtschaftlichen Handelns Der Markt	Überblick über Ziele und Inhalte des Faches Bedeutung der Arbeit Güter und Dienstleistungen werden erarbeitet Betriebserkundung in der Urproduktion Entscheidungskriterien für die Berufswahl
8. Jahrgangsstufe	Produktion und Produktionsfaktoren Güterverteilung, Dienstleistung Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung	Betriebserkundung in einem Handwerksbetrieb Betriebserkundung in einem Industriebetrieb Betriebserkundung in einem Dienstleistungsbetrieb Wichtige Bereiche des Dienstleistungssektors Wandel in Arbeit, Technik und Beruf Betriebspraktikum oder praktisches Tätigwerden in der Berufsschule oder in einer überbetrieblichen Unterweisungsstätte der Kammern bzw. Innungen

Kennenlernen einer beruflichen Schule bzw. einer überbetrieblichen Unterweisungsstätte der Kammern bzw. Innungen (Tag der offenen Tür)

9. Jahrgangsstufe Die Stellung des Einzelnen in der Berufs- und Arbeitswelt

Wirtschaftssysteme

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Berufsbildungsgänge in Schule und Betrieb; Möglichkeiten beruflicher Fort- und Weiterbildung, regionale Wirtschafts- und Berufsstruktur

Die wichtigsten Inhalte des Berufsausbildungsvertrages

Freiwilliges Betriebspraktikum oder praktisches Tätigwerden in der Berufsschule oder in einer überbetrieblichen Unterweisungsstätte der Kammern bzw. Innungen

Betriebserkundung in einem Industriebetrieb oder im Dienstleistungsbereich

Lohn und Gehalt

Verantwortlicher Umgang mit Geld

Freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl und soziale Sicherung der Arbeitnehmer als Merkmale der sozialen Marktwirtschaft

Der Verbraucher
in der Markt-
wirtschaft

Erschließung eines
aktuellen Themas

Kennenlernen einer
beruflichen Schule
bzw. einer überbe-
trieblichen Unter-
weisungsstätte
der Kammern bzw.
Innungen (Tag der
offenen Tür)

2.2.1.2 Betriebserkundung und Betriebspraktikum

Hilfen für eine Verstärkung der Berufsorien-
tierung bilden die Betriebserkundung und das
Betriebspraktikum. Beide sind darauf ange-
legt, gesamtwirtschaftliche und betriebliche
Aufgabenfelder zur Verbesserung beruflicher
Chancen durchschaubarer zu machen.

Daneben unterstützen die Maßnahmen zur Zu-
sammenarbeit zwischen Hauptschule und Berufs-
schule und schließlich auch die besonderen
Leistungsfeststellungen für den qualifizie-
renden Hauptschulabschluß - wenn auch einge-
schränkt - die Berufsorientierung der Haupt-
schüler.

B e t r i e b s e r k u n d u n g e n
in den Wirtschaftsbereichen der Urproduktion
unter gleichzeitiger Suche nach den Entschei-
dungskriterien für die Berufswahl (Jahrgangs-
stufe 7), Handwerk (Jahrgangsstufe 8), Indu-
strie (Jahrgangsstufe 8/9), Dienstleistungen

Jahrgangsstufe 8/9), Handel/Banken (Jahrgangsstufe 9) unter Beachtung des Wandels in Arbeit, Technik und Beruf,

B e t r i e b s p r a k t i k u m oder praktisches Tätigwerden in der Berufsschule oder in einer überbetrieblichen Unterweisungsstätte der Kammern bzw. Innungen (Jahrgangsstufe 8/9),

Kennenlernen einer b e r u f l i c h e n S c h u l e (Jahrgangsstufe 8/9).

Die Durchführung solcher praxisorientierter Maßnahmen bleibt weitgehend der pädagogischen Verantwortung und freien Entscheidung des Arbeitslehrelehrers vorbehalten.

2.2.1.3 Die Betriebserkundung

Die Betriebserkundung als Unterrichtsverfahren im Dienste der Arbeitslehre verfolgt das Ziel

die betriebliche Wirklichkeit oder Teilbereiche des betrieblichen Geschehens unter bestimmten Fragestellungen in methodisch durchdachter Form zu erforschen und zu erkunden,

dem Jugendlichen zu helfen, die schwer durchschaubare Berufs- und Arbeitswelt zu erleben,

Berufe und berufstypische Tätigkeiten kennenzulernen,

die Begegnung mit Verantwortlichen im Betrieb und mit Beschäftigten herzustellen, um mit deren Hilfe an Erkundungsschwerpunkten den funktionalen Aspekt, den Einblick in den Betriebsaufbau, in Produktionsverfahren und in die Arbeitsteilung, den sozialen Aspekt, die Sozialordnung im Betrieb (Leiter, Meister, Facharbeiter u.a.) und schließlich den berufskundlichen Aspekt, Ausbildungsfagen, Berufsbilder und Berufsaussichten zu verdeutlichen.⁶⁶

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Betriebserkundung eine zweckdienliche Hilfe darstellt, die Praxis des schaffenden Menschen zu durchschauen, sich ins Bild zu setzen, um sich über die Berufsorientierung in ihrer Gesamtheit für einen Beruf zu entscheiden.

2.2.1.4 Das Betriebspraktikum⁶⁷

Das Betriebspraktikum wurde im Schuljahr 1984/85 auf freiwilliger Basis eingeführt und ab Schuljahr 1986/87 für verbindlich erklärt.

⁶⁶ Vgl. Darlegungen der Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.); In: Handbuch der Berufswahlvorbereitung. Nürnberg 1984, S. 157 ff.

⁶⁷ Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München, vom 06. August 1987 Nr. III/8 - 4/67 305: Betriebspraktikum für Hauptschüler.

Zur Durchführung hat das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus Richtlinien erarbeitet. Sie beinhalten u.a. folgendes:

"Das Betriebspraktikum ist eine schulische Veranstaltung, die in der Regel **e i n e W o c h e**, längstens **z w e i W o c h e n** dauert. Es kann in der zweiten Hälfte der 8. oder in der ersten Hälfte der 9. Jahrgangsstufe in jedem Wirtschaftsbereich durchgeführt werden. Es ist für Lehrer und Schüler grundsätzlich für die ganze Klasse und im gleichen Zeitraum durchzuführen.

Das Betriebspraktikum soll die Hinführung des Schülers zur Wirtschafts- und Arbeitswelt um Erfahrungen vor Ort erweitern und ihn bei seiner Berufswahl unterstützen. Er soll am Arbeitsplatz Anforderungen einzelner Berufe, gegebenenfalls im Rahmen des betreffenden Berufsfeldes, kennenlernen und nach Möglichkeit seine Vorstellungen und Voraussetzungen für die eigene Berufswahl an der Wirklichkeit überprüfen".⁶⁸

⁶⁸ Mahler, Gerhard / Selzle, Erich (Hrsg.): Arbeitslehre. In: Lehrpläne für die Hauptschule in Bayern mit Erläuterungen und Handreichungen, Band 3. Donauwörth 1986, S. 61.

2.2.1.5 Kritische Würdigung des Betriebspraktikums

Wenn auch die Absicht, dem Schüler bereits während seiner Schulzeit die unmittelbare Begegnung mit dem Berufsleben und den Menschen am Arbeitsplatz zu ermöglichen, zu bejahen ist, so steht doch das Ergebnis in keinem Verhältnis zum Arbeitsaufwand von Schule und Betrieb.

Die Vorbereitungen nehmen ein hohes Maß an Zeit in Anspruch. Für den zeitlichen Gesamteinsatz eines Schülerbetriebspraktikums müssen ca. 2 bis 3 Monate einkalkuliert werden (Praktikumsdauer 1 bis 2 Wochen). Die vielen Einschränkungen: Zustimmung der Betriebe, der Eltern, der Schulämter, Versicherungen, der Fahrkosten u.a. belasten solche Versuche von vorneherein. Der Betrieb soll in der Nähe des Schulortes liegen. Viele Zufälle spielen mit, z.B. Durchführung des Praktikums auf dem flachen Lande, in der Stadt, in der Großstadt. Wie wird dem Streben der Jungen und der Mädchen Rechnung getragen?

Können andere Aufgaben noch in das Praktikum eingebracht werden, z.B. die Begegnung mit den Dienstleistungsbetrieben Post, Bahn, Verwaltung oder gar mit der Problematik der Landwirtschaft? Wohin geht die Tendenz: Arbeiter, Handwerker, Bauern oder in die Verwaltung? Läßt sich das Feld korrekt im Sinne einer vielfältigen Orientierung überhaupt abstecken? Oder werden Schüler und Lehrer durch das Zufällige und Unbekannte überfordert? Der Schüler steht ohne direkte Nähe seines Lehrers vor Neuem. Beide, Lehrer und Schüler, sind

Lernende und dem guten Willen der Betriebe und seiner Ausbilder ausgeliefert. Der Schüler wird in eine Berufswirklichkeit versetzt, die ihn anspricht oder schreckt. Erziehliche und unterrichtliche Prinzipien werden freigegeben u.a.m.

Nach meiner persönlichen Erfahrung ergänzt das Betriebspraktikum nur bedingt die Ziele der Arbeitslehre, insbesondere im Bereich der 8. und 9. Jahrgangsstufe und das vor allem aus Mangel an Zeit mit Problemen der Organisation und der Zufälligkeit gewonnener Erkenntnisse, die letztlich in der Zufälligkeit der Lernorte für den Schüler liegen, wenngleich die gezielte Begegnung mit der Betriebspraxis auch nicht von der Hand zu weisen ist - allerdings in anderer Form und in enger Verzahnung mit der Betriebserkundung.

2.2.1.6 Meinungen von Bildungspolitikern zum Betriebspraktikum

Das Betriebspraktikum findet sich als spezifisches Verfahren der Arbeitslehre in nahezu allen Bundesländern.

Namhafte Bildungspolitiker ziehen den Wert des Betriebspraktikums allerdings in Zweifel. Sie sehen das Praktikum häufig als Verschnitt einer *P r o b e n l e h r e* mit einem betriebswirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und technologischen Überbau, das viel verspricht, aber wenig einlösen kann.⁶⁹

⁶⁹ Vgl. Beinke, Lorenz: Betriebspraktika - ein Instrument zur Berufswahlunterstützung durch Erfahrungserwerb. In: Bildung und Erziehung, 30. Jg. Heft 5 (1977), S. 402.

L. Beinke vertritt die Ansicht, daß einer Definition des Betriebspraktikums als Erkenntnishilfe für technische und ökonomische Zusammenhänge ebenfalls mit Skepsis zu begegnen ist, da zwar Tätigkeiten eines Berufes im Betrieb konkret erfaßbar sind, wenngleich auch nur ausschnitthaft, aber das, so Beinke, "was eben diesen Beruf heute ausmacht, ist eigentlich ein gedankliches Konstrukt, d.h. es ist so abstrakt, daß über die ausgeführten Tätigkeiten hinsichtlich der beruflichen Situation nichts erfahrbar ist außer Äußerlichkeiten".⁷⁰

Das Betriebspraktikum darf daher nicht nur als ein Verfahren der Arbeitslehre unter anderen gesehen werden, sondern muß in einem intentional strukturierten, inhaltlich geplanten und methodisch koordinierten Lernzusammenhang gewährleistet sein, vorbereitet, eingeordnet und eingeübt zur Verdeutlichung von Vorgängen eines Fachbereichs: gewerblich/technisch, kaufmännisch/verwaltend, hauswirtschaftlich/pflegerisch und landwirtschaftlich/gartenbaulich, aber auch so konstruiert sein, daß seine Hilfe auf alle Fachbereiche übertragbar ist, freilich jedoch mit unterschiedlicher Zielsetzung bei unterschiedlichen Lerninhalten, immer als Leistungsbeitrag in einem organisch verlaufenden Lernprozeß.

⁷⁰ Beinke, Lorenz: Berufsorientierung - Berufswahl - Berufsfindung im dualen System. In: Bildung und Erziehung, 30. Jg. Heft 5 (1977), S. 338.

An den bayerischen Hauptschulen ist ein Betriebspraktikum als Bestandteil des Faches Arbeitslehre nach der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 6. August 1987 Nr. III/8 - 4/67 305 durchzuführen.

Die vorliegende Arbeit berücksichtigt diese Weisung. Sie ordnet das Betriebspraktikum jedoch als nützliche Hilfe den Lernprozessen der einzelnen Fachbereiche zu.

Eine weitere didaktische Maßnahme zur Verstärkung der Berufsorientierung bildet die Zusammenarbeit zwischen Hauptschule und Berufsschule.

2.3 Die Zusammenarbeit zwischen Hauptschule und Berufsschule

Gemäß ministeriellem Schreiben vom 6. Juni 1978, Nr. III A/4 - 4/79 450 und der Bekanntmachung vom 28. März 1980 Nr. III A/4 - 13/43 510 führt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus eine weitere berufsvorbereitende Maßnahme mit der Bezeichnung durch:

Ü b e r g a n g v o n d e r H a u p t -
s c h u l e i n d i e B e r u f s s c h u -
l e .

Z i e l d i e s e r M a ß n a h m e i s t
eine Verbesserung des Überganges von der
Hauptschule in die Berufsschule und eine da-
mit verbundene Erprobung der Arbeitswelt.

Die Bekanntmachung vom 28. März 1980 enthält nachstehende Weisungen:

- "1. Erprobung und Abstimmung der Lehrpläne.
2. Erprobung von Formen unterrichtlicher Zusammenarbeit.
3. Kooperation der Lehrer beider Schularten.
4. Verstärkung der Berufsberatung".

Weiterhin bestimmt die Bekanntmachung :

"Die Staatlichen Schulämter führen mindestens einmal im Schuljahr und zwar ab dem Schuljahr 1980/81 verbindlich für alle Hauptschulen - eine halbtägige Fortbildungsveranstaltung für die Lehrer der Hauptschulen, insbesondere für jene, die das Fach Arbeitslehre unterrichten durch und laden dazu auch die Leiter und die Beratungslehrer der Berufsschulen ein. Letztere laden im Gegenzug den oben genannten Personenkreis mindestens einmal im Schuljahr zu einem Informationsnachmittag zum Erfahrungsaustausch in die Berufsschulen ein.

Den Schülern soll im Rahmen des Faches Arbeitslehre durch einen Besuch in der Berufsschule Einblick in die Gliederung, die Einrichtung und die spezifischen Arbeitsweisen der beruflichen Schulen vermittelt werden. Ferner sollen Hauptschüler, soweit das möglich ist, entsprechend ihren Neigungen im Unterricht der Berufsschule hospitieren. Solche Hospitationen oder B e r u f s - s c h u l t a g e für die Hauptschüler können in der 7. oder 8. Jahrgangsstufe die Be-

mühungen der Hauptschule um eine breitgefächerte Berufsorientierung, wesentlich unterstützen und in der 9. Jahrgangsstufe, in der die meisten Schüler die Berufswahl bereits getroffen haben, den Hauptschüler auf den Übergang in die Berufsschule vorbereiten".⁷¹

Daneben soll die Schullaufbahn- und Berufsberatung der Hauptschule verstärkt werden. Bei entsprechenden Informationsveranstaltungen für die Erziehungsberechtigten sind nach Möglichkeit die Beratungslehrer der Berufsschulen zu beteiligen (gemäß Bekanntmachung vom 3. Dezember 1979 KMB1 I S. 583).

Diese Zusammenarbeit zwischen Hauptschule und Berufsschule wird von Lehrern und Schülern beider Schularten als positiv gewertet. Hauptschule und Berufsschule gehen erstmals aufeinander zu.

Insgesamt gesehen sind diese Maßnahmen geeignet, nicht nur den Übergang von der Hauptschule in die Berufsschule zu verbessern, sondern auch den Eintritt in die Arbeitswelt sicherer zu gestalten, so daß es sich lohnt, auf diese Zusammenarbeit von Hauptschule und Berufsschule später noch einmal zurückzukommen.

Im Zusammenhang berufsorientierender Maßnahmen soll auch der qualifizierende Hauptschulabschluß und seine besonderen Leistungsfest-

⁷¹ Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München: Bekanntmachung vom 28. März 1980 / Nr. III A 4 - 13/43 510.

stellungen genannt werden. Diese Leistungsfeststellungen erstrecken sich über das Gesamt des Fächerspektrums der Hauptschule.

2.4 Der qualifizierende Hauptschulabschluß und seine besondere Leistungsfeststellung⁷²

Der Bayerische Landtag hatte im März 1969 die Einführung des neunten Schuljahres beschlossen. Die Jugendlichen sollten besser als bisher für den Eintritt in die Berufswelt vorbereitet werden.

Am Ende der neunten Jahrgangsstufe konnten sie das einfache Abschlußzeugnis oder dazu durch Teilnahme an einer für ganz Bayern einheitlichen Prüfung erstmals den qualifizierenden Abschluß erreichen. Die Verordnung über den qualifizierenden Abschluß stammt vom 16. August 1972 (GVBl S. 393, KMB1 S. 1258) und verfolgt den Zweck, den Bildungsgang der Hauptschule mit einer Prüfung, die eine besondere Qualifikation nachweist, abzuschliessen. Das Zeugnis über den qualifizierenden Abschluß berechtigt zum unmittelbaren Eintritt in die zur Fachschulreife führenden Berufsaufbauschulen und Berufsfachschulen sowie nach Maßgabe der hierzu erlassenen Bestimmungen in eine 10. Klasse der Realschule. Für die Zulassung zur Einstellungsprüfung für den mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst ist ebenfalls das Zeugnis über den qualifizierenden Abschluß Voraussetzung.

⁷² Vgl. Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 15. Januar 1986 Nr. III A 4 - 4/163 259 zum Erwerb des qualifizierenden Hauptschulabschlusses.

Allerdings ist die besondere Leistungsfeststellung keine Abschlußprüfung. Die besondere Leistungsfeststellung zum Erwerb des qualifizierenden Hauptschulabschlusses kann daher nicht mit anderen Prüfungen verglichen werden. Der Regelabschluß der Hauptschule bleibt der erfolgreiche Hauptschulabschluß (Art. 6, Abs. 6 Bayer. Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 10. September 1982).

Die Schüler können durch eine besondere Leistungsfeststellung den qualifizierenden Hauptschulabschluß erwerben. Anders als bei den anderen Schularten gibt es keine v e r - p f l i c h t e n d e Abschlußprüfung. Vielmehr sind bei einem Vergleich von Regelabschlüssen der einzelnen Schularten z.B. der erfolgreiche Abschluß der Hauptschule, die Prüfung zur Erlangung des Realschulabschlusses und das Abitur des Gymnasiums nebeneinanderzustellen.

Im Gegensatz zu den anderen Schularten verfügt die Hauptschule über einen zusätzlichen gehobenen Abschluß, den qualifizierenden Hauptschulabschluß, der durch die Teilnahme an einer besonderen Leistungsfeststellung erworben werden kann.

Hauptschüler der neunten Jahrgangsstufe, die sich der Abschlußprüfung mit Erfolg unterzogen haben, erhalten wie jene Hauptschüler, welche die neunte Jahrgangsstufe mit Erfolg besucht haben, ein Entlassungszeugnis, in dem auch die Beendigung der Volksschulpflicht bestätigt wird.

Alle Schüler der 9. Jahrgangsstufe können sich seit dem Schuljahr 1982/83 ohne Rücksicht auf ihre vorangegangenen schulischen Leistungen und ohne Zulassungsvoraussetzung zum Erwerb des qualifizierenden Abschlusses einer Leistungsfeststellung unterziehen. Diese Regelungen gründen sich auf die beiden Beschlüsse des Bayerischen Landtags vom 12. Mai und vom 21. November 1981 und auf die Bestimmungen für die besondere Leistungsfeststellung gem. der 8. Änd.V. vom 15. Juni 1982 (KMB1. I S. 246) an den bayerischen Hauptschulen.

Die Aufgaben der besonderen Leistungsfeststellung werden im Rahmen der Lehrpläne der Jahrgangsstufe 9, bei einstündigen Fächern des Sachunterrichts auch aus der Jahrgangsstufe 8 gestellt.

Die besondere Leistungsfeststellung für den qualifizierenden Hauptschulabschluß umfaßt für alle Teilnehmer die Fächer Deutsch, Mathematik und Arbeitslehre sowie nach Wahl des Teilnehmers

das Fach Englisch und ein praktisch/musisches Fach (Werken, Technisches Zeichnen, Textilarbeit, Hauswirtschaft, Maschinenschreiben, Kurzschrift, Musik, Kunsterziehung, Sport) oder

eines der Fächer Physik/Chemie, Biologie, Geschichte, Erdkunde, Erziehungskunde, Sozialkunde und zwei praktische/musische Fächer.

Anzumerken ist, daß die Fächer Erziehungskunde und Sozialkunde erst im 8. und 9. Schülerjahrgang ausgewiesen werden, und zwar jeweils mit nur einer Wochenstunde.

Das Fach Englisch kann in der 8. und 9. Jahrgangsstufe abgewählt werden. Nach vorübergehender Zustimmung der Eltern, Lehrer und Schüler zu dieser Möglichkeit wurde von ihnen sehr rasch erkannt, daß Aufstiegschancen in andere weiterführende Schulen - auch in andere vollzeitschulische Berufsschulen - sehr schwierig sind, da diese Schulen beinahe ausnahmslos das Fach Englisch fordern.

Die Teilnehmer haben im Zusammenhang mit ihrer Entscheidung für oder gegen Englisch nachstehende Wahlmöglichkeiten:

Pflicht	1 Fach zur Wahl	1 Fach zur Wahl	2 Fächer zur Wahl
Englisch	Techn. Werken	Physik/ Chemie	Techn. Werken
	Techn. Zeichnen	Biologie	Techn. Zeichnen
	Textilarbeit	Geschichte	Textilarbeit
	Hauswirtschaft	Erdkunde	Hauswirtschaft
	Maschinen-schreiben	Erziehungskunde	Maschinen-schreiben
	Kurzschrift	Sozialkunde	Kurz-schrift
	Musik		Musik
	Kunsterziehung		Kunsterziehung
	Sport		Sport

Dem Schüler stehen jetzt - soweit an der Schule angeboten - sämtliche Fächer der 8. und 9. Jahrgangsstufe der Hauptschule (ohne Religionslehre) zur Auswahl. Er kann verstärkt jene Fächer wählen, die seinen Neigungen und Interessen entsprechen, in denen er gute Noten erhalten hat und daher auch in der besonderen Leistungsfeststellung erwarten darf.

Die Prüfung besteht aus einem s c h r i f t-
l i c h e n T e i l in den Fächern
Deutsch, Mathematik, Arbeitslehre, Englisch,
Physik/Chemie, Biologie, Geschichte, Erdkunde,
Erziehungs- und Sozialkunde, Deutsch als
Zweitsprache, Muttersprache; zusätzlich aus
einem m ü n d l i c h e n T e i l in den
Fächern Englisch und Deutsch als Zweitsprache
(für Teilnehmer mit nichtdeutscher Mutter-
sprache) und aus einem p r a k t i s c h e n
T e i l in den praktischen/musischen
Fächern. In den Fächern Sport und Musik wer-
den auch mündliche, im Fach Hauswirtschaft
auch schriftliche Leistungen verlangt; in den
Fächern Kunsterziehung, Werken/Techn. Zeich-
nen und Textilarbeit können mündliche Fragen
gestellt werden.

Bei Nichterreichen der erforderlichen Gesamt-
bewertung können sich die Teilnehmer einer
zusätzlichen mündlichen Prüfung in den
Fächern Deutsch oder Mathematik oder auch
nur in einem oder mehreren der von ihnen

besuchten praktischen/musischen Fächer der Leistungsfeststellung unterziehen.

Über den Erwerb des qualifizierenden Hauptschulabschlusses erhält der Schüler zusätzlich zum Abschlußzeugnis ein besonderes Zeugnis. Dieses enthält die Gesamtbewertung und die Gesamtnoten in den Fächern der besonderen Leistungsfeststellung. Die Gesamtnoten werden gleichwertig aus den Jahresfortgangsnoten und den Noten der besonderen Leistungsfeststellung gebildet. Mit der Festlegung der Notengrenze von 3,0 wollte das Bayerische Staatsministerium die Qualität des qualifizierenden Hauptschulabschlusses gewährleisten.

Die Prüfungen für die besonderen Leistungsfeststellungen erfolgen aus einer Vielzahl von Fächern, die lediglich die Fächer Deutsch Mathematik und Arbeitslehre als Prüfungsfächer verbindlich vorschreiben und die übrigen Prüfungsfächer der Wahl des Teilnehmers überlassen. Die Prüfungsfächer insgesamt sind ausgerichtet auf allgemeines Wissen und Können. Sie verzichten auf Bündelungsvorschläge in Richtung einer späteren Berufswahl. Der Schüler muß selbstverantwortlich jene Fächer wählen, deren Erkenntnisse nach seiner Meinung seiner Berufswahl am besten dienen. Er steht dabei allerdings unter der Belastung des Erfolgs, so daß sich ihm die Frage stellt welches Wissen und Können brauche ich für meine berufliche Laufbahn tatsächlich und was weiß und kann ich besonders gut?

So ist den besonderen Leistungsfeststellungen eine gewisse Auslesefunktion für einen gehobeneren Hauptschulabschluß, dem qualifizierenden Hauptschulabschluß, zuzuschreiben, ein Abschluß, der leistungsstärkere Hauptschüler hervorhebt.

2.5 Weiterführende Überlegungen und Feststellungen zum Fach Arbeitslehre

Das Fach **A r b e i t s l e h r e** ist zum z e n t r a l e n B e s t a n d t e i l des Unterrichts in der Hauptschule geworden. Seine Ziele sind, wie schon unter Punkt 2.2 erwähnt, den jungen Menschen auf die moderne Arbeitswelt in einer rechts- und sozialstaatlichen Ordnung vorzubereiten, ihn mit ökonomischen und technischen Grundtatsachen und Zusammenhängen vertraut zu machen und ihm Anforderungen und Möglichkeiten einzelner Berufe näherzubringen. Exemplarische Berufsbilder, der Überblick über Berufsfelder tragen zur Berufsorientierung der Schüler bei.

Der Inhaltsbereich der Arbeitslehre baut auf Einsichten und Erkenntnisse der 7. Jahrgangsstufe auf und führt sie ständig verdichtend über die 8. und 9. Jahrgangsstufe weiter.

Aus der Vielfalt verbindlicher Lehrinhalte und Lernziele muß das Wesentliche für die Aufhellung wirtschaftlicher und beruflicher

Aspekte getroffen werden. Gewonnene Ergebnisse sind zu ordnen, zu vergleichen, zusammenzuschauen, zu werten, zu gewichten in Maß, Umfang und Bedeutung und festzuhalten für die Anbahnung der Berufswahl. Dabei soll sich die Anbahnung der Berufswahl nicht eng und ausschließlich auf den Beruf beschränken, sondern sich in das Feld naher und verwandter Berufe (Berufsfeld) hineinbewegen. Dadurch führt der Weg aus der Sicht eines Berufes in das weite Spektrum verwandter Berufe. Der junge Mensch gewinnt so Sicherheit durch Flexibilität innerhalb eines Berufsfeldes.

Betriebserkundungen in verschiedenen Wirtschaftszweigen, ergänzt durch ein freiwilliges Betriebspraktikum, vermitteln den beruflichen Alltag, die Anforderungen und Möglichkeiten verschiedener Berufe und Arbeitserfahrungen im Zusammenhang mit dem Wirtschaften im Betrieb.

"Der Schüler soll den Wert einer qualifizierten Berufsausbildung erkennen und lernen, wie sehr in einem Beruf fundamentale Arbeitstugenden, Verantwortungsbereitschaft, Zuverlässigkeit, Genauigkeit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit notwendig sind".⁷³

⁷³ Geiling, Heinrich (Hrsg.): Hauptschule - Lernziele, Lehrinhalte - Methodische Planung, Bd. 3 - Vorwort. München 1980.

Der Schüler soll begreifen, daß Mobilität und Weiterlernen über die Erstausbildung hinaus auch für seinen beruflichen Werdegang wichtig sind.

An den gewonnenen Erfahrungen soll der Schüler seine berufliche Eignung und Neigung überprüfen, um seine Berufswahl verantwortlich und sicher treffen zu können.

Die Schule soll dem jungen Menschen die Einordnung in die moderne Arbeitswelt erleichtern.

Sie soll ihn auch dahingehend orientieren, daß er nicht einem beruflichen Wunschdenken unterliegt, sondern einen Beruf wählt, der seinen Neigungen und Fähigkeiten entspricht und ihn später befähigt, ein hohes Maß an Leistung durch Können und Freude am Beruf zu erzielen.

Der junge Mensch soll ferner seine Rolle, seine Rechte und Pflichten im Arbeitsprozeß erkennen und sie auch in der Arbeitsgemeinschaft wahrnehmen.

Dieses Wissen um den Standort des einzelnen ist umso notwendiger, je rascher sich Technik und Automation fortentwickeln.

Die Empfehlungen zur
Hauptschule nach dem Beschluß
der Kultusministerkonferenz vom 03. Juli 1969

und die Lehrpläne der Arbeitslehre sind so weit und kompliziert gefaßt, daß es äußerst mühsam ist, ihr Anliegen mit Erfolg durchzusetzen. Es fehlt der Arbeitslehre vor allem die ordnende Kraft, der rote Faden, welche durch das Gebiet der Arbeitslehre helfend hindurchführen.

Um diese ordnende Kraft geht es in den nachstehenden Ausführungen, in ihrer Tendenz der vorberuflichen Bildung in der Hauptschule und der Hinführung zur beruflichen Bildung im dualen System zum Erfolg zu verhelfen, denn "die Hauptschule vermittelt nicht nur eine grundlegende Allgemeinbildung, sondern bietet auch Hilfen zur Berufsfindung und schafft Voraussetzungen für eine qualifizierte berufliche Bildung. Sie spricht Schüler an, die den Schwerpunkt ihrer Anlagen, Interessen und Leistungen im anschaulich-konkreten Denken und im praktischen Umgang mit den Dingen haben. Das breite Feld von unterschiedlichen Angaben, Interessen und Neigungen wird durch ein differenziertes Auswahlangebot neben den für alle Schüler verbindlichen Fächern berücksichtigt. Die Hauptschule eröffnet in Verbindung mit dem beruflichen Schulwesen Bildungswege, die zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung, zu weiteren beruflichen Qualifikationen und auch zu einer Hochschulreife führen können".⁷⁴

⁷⁴ Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG), München 1982, Art. 6, Abschnitt II.

Daraus wird ersichtlich, daß die Hauptschule vor allem berufsvorbereitende Funktionen ausweist, Funktionen, die dem Fach Arbeitslehre in Verflechtung mit den Pflichtfächern und Wahlpflichtfächern in deren zweckmäßiger Bündelung grundgelegt werden.

Das vom Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen 1964 vorgeschlagene Schulfach Arbeitslehre, ist ein Kernfach der Hauptschule geworden. Trotzdem ist die Grundlegung (Lehrplan) der Arbeitslehre "nach ihrer ideologischen Interpretation und ihrer Konzeption nach keinesfalls abgeschlossen".⁷⁵ So wurden z.B. im neuen Lehrplan (1985) zur Arbeitslehre zahlreiche wirtschaftsrelevante Ziele und Inhalte zurückgenommen, weil ihre Anforderungen nicht mehr der Lebensbedeutsamkeit und Altersangemessenheit entsprachen und die Stofffülle immer schwerer zu bewältigen war.

Weiterhin entsprach der bisherige Lehrplan (1976/78) nicht mehr "der Berufswahlsituation des Hauptschülers, der Notwendigkeit der vertieften Berufsorientierung aufgrund eines vielfältigen Problemhintergrundes, z.B. Prozeß der Höherqualifikation bzw. der Dequalifikation, Verengung der Berufswahlmöglichkeiten auf nur wenige Berufe, Ausscheren des

⁷⁵ Nicklis, Werner: Handwörterbuch der Schulpädagogik. Bad Heilbrunn 1975, S. 205.

Hauptschülers aus zahlreichen Berufen der Verwaltung, der Banken und technisch komplizierten Berufen".⁷⁶

Ferner hatten die Reformer erkannt, daß die vielseitigen Aufgaben der Arbeitslehre, insbesondere aus dem Bereich der Wirtschaftswelt, die Auffassungskraft des Hauptschülers überfordert und sie hielten es gleichzeitig für notwendig, den Hauptschüler mehr über die Arbeits- und Berufswelt zu orientieren.

Daneben ergaben sich weitere Einschränkungen. Obwohl schon in der 7./8. Jahrgangsstufe Neigungen, Fähigkeiten und Interesse des Hauptschülers für ein Berufsfeld festgestellt werden, geschieht die Berufsorientierung für sämtliche Knaben und Mädchen einer Klasse durch den gesamten Bereich der XIII Berufsfelder mit ihren 259 a n e r k a n n t e n A u s b i l d u n g s b e r u f e n .

Friedrich Geiger und Herbert Kunder schreiben, "daß bei ca. 430 Ausbildungsberufen eine Informationsweitergabe über jeden einzelnen Beruf nicht möglich und eine unterrichtliche Aufarbeitung gänzlich ausgeschlossen ist.

Nicht einmal auf alle Wunschberufe kann der Lehrer eingehen. So stellt sich die Frage, wie ein Schüler mit möglichst vielen Berufen

⁷⁶ Mahler, Gerhard und Selzle, Erich (Hrsg.):
Lehrpläne für die Hauptschule in Bayern
mit Erläuterungen und Handreichungen,
Band 3. Donauwörth 1986, S. 61.

auf zeitökonomischer Basis konfrontiert werden kann".⁷⁷

Hier wird e i n e S c h w i e r i g -
k e i t aufgedeckt, die seither nicht be-
seitigt werden konnte, und das bei sorgfäl-
tigster Planung von Lehrvorhaben zur Arbeits-
lehre.

Sämtliche Schüler und Schülerinnen und selbst
solche, die sich längst für einen Ausbil-
dungsberuf eines Berufsfeldes entschieden
haben, werden durch sämtliche Berufsfelder -
wenn auch exemplarisch und dadurch rein zu-
fällig - des gewerblich/technischen, des
kaufmännisch/verwaltenden, des hauswirt-
schaftlich/pflegerischen und landwirtschaft-
lich/gartenbaulichen Bereichs hindurchge-
schleust, und das mit mehr oder weniger Nut-
zen für den einzelnen Schüler oder die ein-
zelne Schülerin.

Selbst die Zusammenarbeit zwischen
H a u p t s c h u l e u n d B e r u f s -
s c h u l e geschieht seither nur allge-
mein, entsprechend den unverbindlichen Empfeh-
lungen im Lehrplan für das Fach Arbeitslehre
in der Hauptschule. "Den Schülern der Haupt-
schule soll durch einen Besuch in der Berufs-
schule Einblick in die Gliederung, die Ein-

⁷⁷ Geiger, Friedrich; Kunder, Herbert: Didaktisches
Strukturmodell zur Erarbeitung von Ausbil-
dungsberufen (Arbeitslehre). In: Lehrpläne
für die Hauptschule in Bayern mit Erläute-
rungen und Handreichungen, Band 3. Donau-
wörth 1986, S. 65.

richtung und die speziellen Arbeitsweisen der beruflichen Schulen vermittelt werden. Soweit dies möglich ist, sollen Hauptschüler entsprechend ihren Neigungen in Gruppen im Unterricht der Berufsschule hospitieren, unter Beachtung, den Unterrichtsbetrieb der Berufsschule nicht über ein zumutbares Maß hinaus zu stören".⁷⁸

Als Hauptaufgaben der Zusammenarbeit zwischen Hauptschule und Berufsschule nennt die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 28. März 1980 (wie schon unter Punkt 2.3 erwähnt)

die Erprobung und Abstimmung der Lehrpläne,

die Erprobung von Formen unterrichtlicher Zusammenarbeit,

die Kooperation der Lehrer beider Schularten und

die Verstärkung der Berufsberatung.

Zu dieser Weisung erheben sich die Fragen, in welcher Art der Berufsschulen diese Hauptaufgaben durchgeführt werden sollen, in der gewerblichen, der kaufmännischen, der hauswirt-

⁷⁸ Vgl.: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München: Bekanntmachung vom 28. März 1980 / Nr. III A 4 - 13/43510 Zusammenarbeit zwischen Hauptschule und Berufsschule.

schaftlichen oder der landwirtschaftlichen Berufsschule oder soll die Zusammenarbeit auf die vier Bereiche ausgedehnt werden und in welcher Zeit?

Bleibt die Wahl einer Berufsschule den Gegebenheiten und damit dem Zufall oder der freien Wahl des Lehrers überlassen?

Werden berufliche Interessen der Mädchen und Knaben entsprechend berücksichtigt?

Sicher ist, daß die Zeit für solche Maßnahmen, neben der Durchführung für Betriebserkundungen, Betriebspraktika u.a. knapp wird und deshalb auf die notwendige Vertiefung anstehender Probleme verzichtet werden muß.

Positiv ist die Zusammenführung von Hauptschule und Berufsschule zu vermerken, da letztere die weiterführende Schule der Hauptschule ist.

Auch der q u a l i f i z i e r e n d e Hauptschulabschluß steht nur im losen Zusammenhang zur vorberuflichen Bildung der Hauptschule. Darüber kann auch die Vielzahl der praktisch gerichteten Unterrichtsfächer nicht hinwegtäuschen. Die besondere Leistungsfeststellung erfolgt aus Pflichtfächern und praktisch gerichteten Unterrichtsfächern (siehe unter 2.4.1). Die praktischen Unterrichtsfächer

bilden Fertigkeiten aus, die den Schüler später im Beruf unterstützen oder auch nicht, weil er sie gar nicht anwenden kann. Der Schüler kann verstärkt auch solche Fächer wählen, in denen er gute Noten erwarten darf, ohne Rücksicht auf die spätere Anwendung der gewonnenen Kenntnisse im Beruf.

Damit bleibt der qualifizierende Hauptschulabschluß vorwiegend eine Leistungsfeststellung.

Zusammenfassend ist zu bemerken, daß die Berufsorientierung in eine Vielzahl von beruflichen Probleme hineinstößt, unterstützt von didaktischen Maßnahmen, die in ihrer Leistung zwar dienlich, aber infolge Zeitdruck nicht in der Lage sind, Unterrichtsergebnisse hinreichend zu vertiefen und damit zu sichern.

Die Berufsorientierung ist zeitaufwendig und von Zufällen begleitet. Sie stellt in ihrer gegenwärtigen Form eine Überforderung für Schüler und Lehrer dar.

Der Einfluß der Berufsorientierung auf das Berufswahlverhalten der Hauptschüler muß daher als gering angesetzt werden.⁷⁹

⁷⁹ Vgl. Bender-Szymanski, Dorothea: Das Verhalten von Jugendlichen bei der Berufsscheidung. Weinheim und Basel 1976.

Der berufsorientierende Unterricht erfordert besonders das Erlernen entscheidungsspezifischer Strategien und das in einem entscheidenden Umfeld mit genügend Zeit zur Erkenntnisgewinnung und deren Anwendung.

"Berufswahlmethoden und -strategien als Lernaufgaben sind aber bisher noch nicht entwickelt worden. Sie sind um so mehr gefordert, als die Berufswahl für die Mehrzahl der Berufstätigen zu einer mehr oder minder akuten Daueraufgabe geworden ist".⁸⁰

H. Ammon kommt im Schlußbericht zum Forschungsprojekt "Berufsorientierung im Unterricht der Hauptschule" zu folgenden Feststellungen:

"Die Bilanz der empirischen Untersuchungen über das Berufswahlverhalten von Hauptschülern ist negativ".⁸¹ Walter Jaide spricht von einer "Wahl ins Blaue", von einem "Griff in die Lostrommel".⁸²

Innerhalb der Schülerpopulation in den letzten Jahren vor der Schulentlassung ist für die Berufsberatung die Quote der in der Berufswahl Ratlosen bis zu 50% hoch.

⁸⁰ Scharmann, Theodor: Jugend in Arbeit und Beruf. München 1965, S. 307.

⁸¹ Ammon, Hermann: Berufsorientierung in der Schule München 1980, S. 31.

⁸² Jaide, Walter: Auffassungen über die Lage der Jugend. In: Zur Debatte, 1976, 7/8, S. 9/10.

Dazu kommt eine Untersuchung von Infratest Sozialforschung im Jahre 1973 zu demselben Ergebnis wie schon Theodor Scharmann im Jahre 1965, "daß nämlich die Unsicherheit im Berufswahlverhalten sowohl bei Jugendlichen als auch bei den Eltern allgemein und sehr groß ist".^{83/84}

"Die Bilanz zeigt, daß der seit vielen Jahren andauernde und für die gesamte Bundesrepublik gültige Zustand beruflichen Entscheidungsverhaltens von Hauptschülern defizitär ist. Die Jugendlichen sind offensichtlich nicht in der Lage, den Verlauf ihrer Berufswahl rational zu bestimmen und Entscheidungen bewußt zu vollziehen".⁸⁵

Noch deutlicher wird Horst Ruprecht mit seinen Ausführungen zur Arbeitslehre in der Hauptschule: "In der Bundesrepublik haben mehrere empirische Arbeiten nachgewiesen, daß geradezu katastrophale Kenntnisse von Berufen

⁸³ Scharmann, Theodor: Jugend in Arbeit und Beruf. München 1965, S. 306/307.

⁸⁴ Infratest Sozialforschung: Ausbildungs- und Berufswahl bei Hauptschülern in der Bundesrepublik und West-Berlin. München 1973, S. 16.

⁸⁵ Zitiert nach: Ammon, Hermann: Berufsorientierung in der Schule. München 1980, S. 31.

vorhanden sind. Eine rationale Berufswahl findet nur bei einem sehr kleinen Prozentsatz des Altersjahrgangs statt. Daraus resultieren zahlreiche Fehlentscheidungen, die sowohl volkswirtschaftlich als auch gesellschaftspolitisch höchst nachteilhaft wirken. Hier Abhilfe zu schaffen, gehört zu den vordringlichsten Aufgaben der gesamten Sekundarbildung. Diese Aufgabe läßt sich auch nicht an die Berufsschule delegieren, da sie die Jugendlichen ja erst nach vollzogener Berufswahl - jedenfalls überwiegend - übernehmen".⁸⁶

Auch das Land Bayern erkannte diese Schwierigkeiten und legte 1985 einen neuen Lehrplan zur Arbeitslehre vor, mit dem Hinweis, "daß das Element der Berufsorientierung als Praxis- und Handlungsorientierung eine schwerpunktmäßige Verstärkung erfahren müßte".⁸⁷

Nach diesen Überlegungen und Feststellungen zur Arbeitslehre und der Berufsorientierung ist nach neuen Wegen zu suchen.

Die Berufsorientierung und ihre didaktischen Hilfen bleiben nach wie vor bestimmend für die Hinführung der Hauptschüler zur Berufs-

⁸⁶ Ruprecht, Horst: Arbeitslehre in der Hauptschule. In: Nicklis, Werner: Hauptschule als Sekundarschule. Bad Heilbrunn 1970, S. 93.

⁸⁷ Geiger, Friedrich und Kunder, Herbert: Arbeitslehre. In: Lehrpläne für die Hauptschule in Bayern mit Erläuterungen und Handreichungen. Band 3, Donauwörth 1986, S. 61.

entscheidung, allerdings mit anderer Zielsetzung und in Verbindung mit dem Berufsgrundbildungsjahr, 'im Sinne gegenseitiger Ergänzung und Abstimmung berufsrelevanter Bedingungen. Erkenntnisse aus dem Bereich der Arbeitslehre und ihrer grundlegenden Berufsorientierung werden in einem organischen Lernprozeß ausgerichtet und eingebracht in die vorbereufliche Bildung, beginnend in der 7. Jahrgangsstufe bis einschließlich eines 10. Vollzeitschuljahres an der Hauptschule. Dadurch wird die Struktur der Hauptschule in eine 10-klassige, differenzierte neue Hauptschule geändert.

Auf diesem Wege dorthin sind in den nachfolgenden Ausführungen die bisherigen Verhältnisse des Berufsgrundbildungsjahres nach der Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz vom 19. Mai 1978 noch zu klären.

2.6 Das Berufsgrundbildungsjahr in seiner Begründung, Entwicklung, Zielsetzung und Durchführung

Schon am 10. Juli 1964 vertrat der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen in seinem Gutachten über das Berufliche Ausbildungs- und Schulwesen die Auffassung, "daß für die berufliche Ausbildung und Erziehung der Lehrlinge im Betrieb, trotz ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung, die pädagogische Verantwortung den Vorrang habe. Für jeden Lehrling wird nach berufseinheitlichen Richtlinien e i n e m i n d e s t e i n j ä h r i g e G r u n d b i l d u n g

g e f o r d e r t u n d g e w ä h r l e i -
s t e t".

Damit war der Anstoß gegeben für eine bedeut-
same Entwicklung, die zu einer Vielzahl von
Stellungnahmen zuständiger Stellen heraus-
forderte.

Besonderes Gewicht erhielt dabei die Aussage
der deutschen Wirtschaft mit ihren Verbänden,
dem Deutschen Industrie- und Handelstag, der
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber-
verbände und des Bundesverbandes der Deut-
schen Industrie vom Oktober 1965.

Die Wirtschaft hat die Bedeutung einer brei-
ten, q u a l i f i z i e r t e n G r u n d -
a u s b i l d u n g u n d d i e V e r l e -
g u n g d e s B e g i n n s d e r
S p e z i a l i s i e r u n g i n e i n e n
s p ä t e r e n A u s b i l d u n g s a b -
s c h n i t t i n v o l l e m U m f a n g e e r k a n n t u n d
durch die Zusammenlegung von Lehrberufen
einer breiteren Grundausbildung zugestimmt.

Auch das Berufsbildungsgesetz vom 14.8.1969
(BGB1. I S. 1112) spricht sich in § 26 für
eine erste Grundbildung aus. Dort heißt es:

"(1) Die Ausbildungsordnung kann sachlich
und zeitlich besonders geordnete, auf-
einander aufbauende Stufen der Berufs-
ausbildung festlegen. Nach einzelnen
Stufen soll sowohl ein Ausbildungsab-
schluß, der zu einer Berufstätigkeit

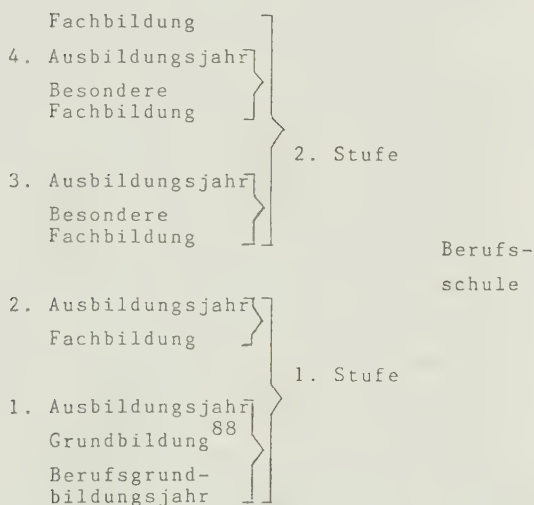
befähigt, die dem Ausbildungsstand entspricht, als auch die Fortsetzung der Berufsausbildung in weiteren Stufen möglich sein.

- (2) In einer ersten Stufe beruflicher Grundbildung sollen als breite Grundlage für die weiterführende berufliche Fachbildung und als Vorbereitung auf eine vielseitige berufliche Tätigkeit Grundfertigkeiten und Grundkenntnisse vermittelt sowie Verhaltensweisen geweckt werden, die einem möglichst großen Bereich von Tätigkeiten gemeinsam sind.
- (3) In einer darauf aufbauenden Stufe allgemeiner beruflicher Fachbildung soll die Berufsausbildung für möglichst mehrere Fachrichtungen gemeinsam fortgeführt werden. Dabei ist besonders das fachliche Verständnis zu vertiefen und die Fähigkeit des Auszubildenden zu fördern, sich schnell in neue Aufgaben und Tätigkeiten einzuarbeiten.
- (4) In weiteren Stufen der besonderen beruflichen Fachbildung sollen die zur Ausübung einer qualifizierten Berufstätigkeit erforderlichen praktischen und theoretischen Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden".

Diese Stufenbildung legt nicht fest, zu welchem Zeitpunkt eine solche Stufenausbildung begonnen werden darf.

In § 28 (2) wird lediglich festgelegt, daß in anderen als anerkannten Ausbildungsberufen Jugendliche unter 18 Jahren nicht ausgebildet werden dürfen.

Die Stufenausbildung beinhaltet Fortschritt von Stufe zu Stufe, deren zunehmende Erkenntnisse jeweils durch Prüfungen nachgewiesen werden und ermöglicht Fortsetzung der Ausbildung durch Fachbildung.



Arbeitslehre

Berufsorientierung aus dem Bereich gewerblich/technischen, kaufmännisch/verwaltenden, hauswirtschaftlich/pflegerischen, landwirtschaftlich/gartenbaulichen

Haupt-schule

88 Anmerkung: Der Gedanke einer möglichst breiten Grundbildung im Rahmen eines bestimmten Berufsfeldes soll bundesweit bei dem Ausbau eines Berufsgrundbildungsjahres verwirklicht werden - § 26 Berufsbildungsgesetz (BBiG).

Die Absicht, in einer ersten Stufe beruflicher Grundbildung Grundfertigkeiten und Grundkenntnisse, die einem möglichst großen Bereich von Tätigkeiten gemeinsam sind und die Grundlage für eine weiterführende berufliche Fachbildung abgeben, zu entwickeln, führte zur Errichtung des Berufsgrundbildungsjahres vom 6. September 1973.

2.6.1 Das Berufsgrundbildungsjahr vom 6. September 1973 und seine Erprobung in der Zeit von 1971 - 1976

In ihrer Konferenz vom 6. September 1973 stellten die Kultusminister der Länder fest, daß die Veränderungen in der Berufs- und Arbeitswelt, die sich aus der wissenschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Entwicklung ergeben, eine Neuordnung der beruflichen Bildung erforderlich machen.

Sie erachteten eine Gliederung nach berufsfeldorientierter Grundbildung und einer darauf aufbauenden Fachbildung für sinnvoll.

Als Ergebnis dieser Überlegungen kam die Rahmenvereinbarung über das Berufsgrundbildungsjahr (Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 6. September 1973) zustande, mit der die zukünftige notwendige Einheitlichkeit des Berufsgrundbildungsjahres in Vollzeitschulen gewährleistet werden sollte.

Dieses Berufsbildungsjahr ging zunächst in die Erprobung.

Für die Zeit von 1971 - 1976 bemühte sich die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung mit Hilfe einer eigenen Projektgruppe um eine zusammenfassende, überregionale Auswertung von Modellversuchen zum Berufsgrundbildungsjahr. Im Mittelpunkt dieser Auswertung standen die inhaltlichen und organisatorischen Fragen, die sich mit der Einführung des Berufsgrundbildungsjahres stellten und zu denen in den Modellversuchen Lösungen zu entwickeln waren.

Der Bericht der Projektgruppe wurde am 3. Oktober 1977 zur Veröffentlichung freigegeben. Er bezieht sich auf die Auswertung von 25 Modellversuchen.

Zwei Ergebnisse des Auswertungsberichts sind darin besonders aufschlußreich.

Das Berufsgrundbildungsjahr soll eine Gelenkfunktion zwischen den allgemeinbildenden Schulen und der beruflichen Fachbildung erfüllen und

es sind Konzepte zur curricularen und institutionellen Abstimmung sowohl mit der vorberuflichen Bildung als auch mit der beruflichen Fachbildung zu entwickeln.

Weiterhin stellt der Sachverständigenbericht fest, daß die Modellversuche auch weitgefächerte innovative Impulse ergeben haben, die sich auf strukturelle Überlegungen und curriculare Reformen für das berufliche Bildungswesen ausgewirkt haben und besonders bei den

Lehrkräften zu einem starken Engagement bei der Entwicklung von Curricula und didaktischen Maßnahmen geführt haben, insbesondere für das Berufsgrundbildungsjahr.

Diese Feststellungen und Überlegungen der Projektgruppe führen nunmehr zur **B e g r ü n - d u n g** gegenwärtiger und zukünftiger organisatorischer und curricularer Maßnahmen. Ihre Forderungen stützen sich auf die Stufen- ausbildung des § 26 des Berufsbildungsgesetzes vom 1. September 1969 - Grundbildung und Fachbildung - und der zu schaffenden Neuordnung von vorberuflicher Bildung der Hauptschule und beruflicher Grundbildung der Berufsschule, in welcher das Berufsgrundbildungsjahr die Gelenkfunktion zu übernehmen habe.

Trotz unterschiedlicher Entwicklung des Berufsgrundbildungsjahres in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland (1971 - 1976), hat sich die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres bundesweit als eine notwendige und richtige Maßnahme erwiesen, weil sie imstande ist, die geforderte Abstimmung zwischen der beruflichen Grundbildung und der beruflichen Fachbildung sicherzustellen.

Dabei spielt das Berufsgrundbildungsjahr eine Mittlerrolle zwischen der beruflichen Grundbildung der Berufsschule und der vorberuflichen Bildung der Hauptschule.

Während die Fortführung der beruflichen Grundbildung in der entsprechenden beruflichen

Fachbildung bereits gesichert ist, ist die Hinführung der vorberuflichen Bildung der Hauptschule zur beruflichen Grundbildung erst auf- und auszubauen, eine Aufgabe, die vorliegende Arbeit in ihrer Gesamtanlage zu lösen versucht.

2.6.2 Das Berufsgrundbildungsjahr nach dem Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 19. Mai 1978

Auf der Grundlage reicher Erfahrungen aus den Modellversuchen mit dem Berufsgrundschuljahr von 1971 - 1976 beschloß die Konferenz der Kultusminister der Länder, das Berufsgrundbildungsjahr durch die Rahmenvereinbarung vom 19. Mai 1978 einheitlich und endgültig zu regeln.

Die Rahmenvereinbarung bestimmte u.a.:

"Die berufliche Grundbildung ist die erste Stufe der Berufsbildung und wird

in vollzeitschulischer und

in kooperativer Form (duales System)

durchgeführt.

Diese Stufe wird als Berufsgrundbildungsjahr bezeichnet. Das Berufsgrundbildungsjahr ist nach Berufsfeldern gegliedert; innerhalb bestimmter Berufsfelder werden Schwerpunkte gebildet.

Das Berufsgrundbildungsjahr hat die A u f -
g a b e allgemeine (berufsfeldübergreifende)

und auf der Breite eines Berufsfeldes fachtheoretische und fachpraktische Lerninhalte als berufliche Grundbildung zu vermitteln. Es ist für Ausbildungsberufe, die jeweils dem Berufsfeld zugeordnet sind, erstes Ausbildungsjahr und damit die Grundlage folgender beruflicher Fachbildung".⁸⁹

Das Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form wird der Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung vom 17. Juli 1978 (BGB1. I S. 1061) gemäß auf die berufliche Ausbildung angerechnet.

2.6.2.1 Das Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form (BGJ/s)

"Das Berufsgrundbildungsjahr dauert 1 Jahr. Es hat die Aufgabe, allgemeine (berufsfeldübergreifende) und auf der Breite eines Berufsfeldes fachtheoretische und fachpraktische Lerninhalte als berufliche Grundbildung zu vermitteln. Es ist für Ausbildungsberufe, die dem Berufsfeld zugeordnet sind, erstes Ausbildungsjahr und damit Grundlage einer folgenden beruflichen Fachbildung".⁹⁰

⁸⁹ Rahmenvereinbarung über das Berufsgrundbildungsjahr - Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 19. Mai 1978, S. 183.

⁹⁰ Anmerkung: Das Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form wird in Bayern als Berufsgrundschuljahr bezeichnet.

Für die schulische Form des Berufsgrundbildungsjahres (BGJ/s) gilt folgende Regelung:⁹¹

Der Jugendliche schließt keinen Vertrag mit einem Betrieb ab, sondern besucht im 10. Bildungsjahr ein Berufsgrundbildungsjahr.

Die Ausbildung im Berufsgrundschuljahr findet praktisch und theoretisch ausschließlich in der Berufsschule statt.

Der Jugendliche ist nur Schüler.

Durch den erfolgreichen Besuch des Berufsgrundschuljahres kann der Hauptschulabschluß nachgeholt werden.

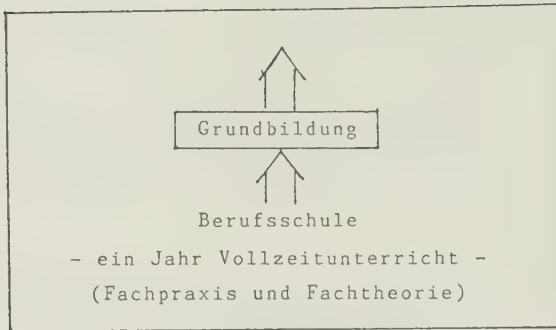
Der Lehrstoff erstreckt sich auf die Inhalte des Berufsfeldes.

Wer nach dem Besuch des Berufsgrundschuljahres kein Ausbildungsverhältnis eingeht, ist vom weiteren Besuch der Berufsschule befreit.

Wer nach dem Besuch des Berufsgrundschuljahres seine Ausbildung in dem gewählten Ausbildungsberuf fortsetzt, besucht die Berufsschule in der Fachstufe.

Im Berufsgrundschuljahr in vollzeitschulischer Form übernimmt die Berufsschule sowohl den fachtheoretischen als auch den fachpraktischen Teil der Ausbildung im ersten Jahr.

⁹¹ Vgl. Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 19. Mai 1978: Rahmenvereinbarung über das Berufsgrundbildungsjahr.



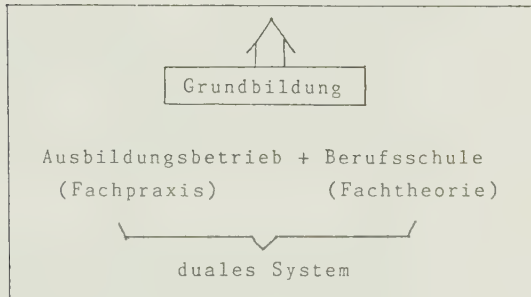
Das Berufsgrundschuljahr ist die
rein schulische Form des
Berufsgrundbildungsjahres

Das Berufsgrundschuljahr, die erste Stufe der Berufsbildung in vollzeitschulischer Form, ist eine Einrichtung des öffentlichen Bildungswesens und untersteht der Aufsicht der Kultusministerien der Länder. Das Berufsgrundschuljahr ist schulrechtlich gesehen eine Vollzeitform der Berufsschule und ersetzt das erste Jahr der betrieblichen Ausbildung und der Teilzeitberufsschule.

Im Berufsgrundschuljahr werden nicht nur die berufsfeldbezogenen fachtheoretischen und fachpraktischen Grundfertigkeiten, sondern daneben, im sogenannten berufsfeldübergreifenden Lernbereich, die allgemeine Bildung in den Fächern Deutsch, Sozialkunde, Sport und Religion weitergeführt.

2.6.2.2 Das Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form (BGJ/k)

Der Jugendliche schließt im ersten Lehrjahr (Arbeitsjahr) mit einem Betrieb einen Ausbildungsvertrag ab; er wird damit Auszubildender, bleibt aber Schüler der Berufsschule. Er erhält bereits im ersten Jahr Ausbildungsvergütung. Die Ausbildung beschränkt sich auf die Inhalte eines bestimmten, staatlich anerkannten Ausbildungsberufes.



Beim Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form vermittelt der Betrieb die fachpraktische Ausbildung (Praxis) und die Berufsschule den fachtheoretischen Unterricht (Theorie) - duales System (Zweiersystem).

Im Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form (BGJ/k) wirken Betrieb und Berufsschule zusammen (duales System).

Die Inhalte des Berufsgrundbildungsjahres sind wie jene des Berufsgrundschuljahres nicht ausbildungsbezogen, sondern berufsfeldorientiert.

Diese Form der Berufsgrundbildung stellt für das erste Jahr der Ausbildung eine neue Variante im dualen System dar. Das BGJ/k dauert ein Schul- bzw. Ausbildungsjahr. Nach Beendigung des BGJ/k erhalten die Auszubildenden ein Jahreszeugnis der Berufsschule und setzen ihre Ausbildung im begonnenen Beruf, in der Fachstufe fort.

Jugendliche, die das BGJ/k erfolgreich abgeschlossen haben und die Lehre nicht fortsetzen, erhalten ein Abschlußzeugnis. Sie sind vom weiteren Besuch der Berufsschule befreit.

Neben diesen beiden Arten des Berufsgrundbildungsjahres - vollzeitschulisch und kooperativ - haben die Kultusminister der Länder in der Rahmenvereinbarung über das Berufsgrundbildungsjahr vom 19. Mai 1978 einer weiteren Art der Berufsgrundbildung für Jugendliche, die in einem Berufsgrundbildungsjahr nicht ausreichend gefördert werden können, zugestimmt, dem Berufsvorbereitungsjahr (BVJ).

2.6.3 Das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)

Dieses Berufsvorbereitungsjahr ist für Jugendliche eingerichtet, die kein Berufsausbildungsverhältnis anstreben. Der fachliche Schwerpunkt liegt in einem Berufsfeld, ggf. noch in einem weiteren Berufsfeld.

Nach regelmäßigem und erfolgreichem Besuch dieses Berufsvorbereitungsjahres vermerkt die Berufsschule im Jahreszeugnis, daß durch die Ableistung dieses beruflichen Vorbereitungsjahres ein weiterer Besuch der Berufsschule entbehrlich wird, jedoch die Berufsschulpflicht wieder auflebt, wenn der (die) Absolvent(in) innerhalb von zwei Jahren nach Ausstellung des Zeugnisses ein Berufsverhältnis eingeht. Dieses Vorbereitungsjahr wird nach Erkenntnissen des Bayerischen Staatsinstituts für Schulpädagogik (München) von Hauptschülern mit Abschluß (zu ca. 2/3) und zu einem weiteren Drittel von Schülern mit Lernstörungen besucht.

Für ca. 68 % der Schüler ist der Besuch dieses Schuljahres mangels alternativer Bildungs- oder Arbeitsmöglichkeiten eine
N o t l ö s u n g.

Das Berufsvorbereitungsjahr ist in seiner gegenwärtigen Form mit vielen Problemen behaftet, und das in allen Länder der Bundesrepublik.

So ist es in Baden-Württemberg ein Angebot an jenen Kreis von Jugendlichen, die nach Beendigung der neunjährigen Schulpflicht weder andere Vollzeitschulen besuchen noch in ein Ausbildungsverhältnis eintreten., Dieses Angebot wird u.a. von Jugendlichen angenommen,

die kein Interesse an einem Ausbildungsverhältnis haben, die jedoch durch den Besuch des Berufsvorbereitungsjahres (rasch) ihrer Berufsschulpflicht genügen wollen und vor allem von solchen,

die aus eigenem Antrieb, auf Anraten der Eltern oder der Berufsberatung in das Berufsvorbereitungsjahr gehen, damit sie von der Straße sind.

Das Qualifikationsniveau, welches das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) den Schülern, die sich noch nicht für einen Beruf entschieden haben, noch nicht berufsreif sind oder keinen Arbeitsplatz erhalten haben, zu bieten hat, ist - das muß der Wahrheit halber gesagt werden - die Tätigkeit unterhalb der Facharbeitserebene.

Der Begriff berufsreif wird auch nicht genauer festgelegt, womit allerdings die Gefahr einhergeht, daß darunter

die Anpassung der persönlichen Voraussetzungen des Jugendlichen an die objektiven Anforderungen des Berufes subsumiert wird.

Diese wenigen Hinweise machen deutlich, wie notwendig es ist, daß gerade für diese Gruppe von Schülern besonders, aber auch für qualifizierte Hauptschüler ein Weg zu einem vernünftigen Übergang von der Hauptschule ins Berufsleben gesucht wird.

Zusammenfassung für das Berufsvorbereitungsjahr:

Ausbildungs- Auswahl eines Schwerpunktes
richtung: innerhalb eines Berufsfeldes

Art des Vollzeit - Unterricht
Unterrichts:

Dauer: 1 Jahr

Zugangsvor- Abschluß der Hauptschule
aussetzungen: oder ein gleichwertiger
Bildungsstand

Berechtigung: Beendigung des Besuches der
Berufsschule bei Nichtein-
gehen eines Ausbildungsver-
hältnisses

Vorbereitung auf einen
Ausbildungsberuf

Möglichkeit, den Hauptschul-
abschluß nachzuholen

2.6.3.1 Das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) - ein Weg in die Arbeitslosigkeit

Viele Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland klagen, freie Stellen nicht besetzen zu können, weil qualifiziertes Personal fehle. Offensichtlich paßt die Struktur der Arbeitslosen nicht zur Struktur der vorhandenen Arbeitsplätze. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Untersuchung über veränderte Arbeitsmarktstrukturen.⁹²

Nach dieser Untersuchung sind es vor allem vier Faktoren, die eine Wiedereingliederung der Arbeitslosen erschweren. Der Ausbildungsstand, das Alter, die Langzeitarbeitslosigkeit und der Gesundheitszustand. Gemessen an der Vermittlungsfähigkeit gehören heute 70 Prozent aller Arbeitslosen zu den Problemfällen. Für sie sind gezielte Maßnahmen erforderlich von der Motivierung über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) bis hin zur Qualifizierung.

⁹² Vgl. Hof, Bernd: Arbeitsmarktstrukturen im Handel. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Nr. 137. Köln 1985.

Eine Analyse der Berufsvorbereitungsjahr - Richtlinien der Bundesländer ergibt, daß das Berufsvorbereitungsjahr vor allem als Maßnahme gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu verstehen ist, nicht aber als eine verlässliche Hilfe bei der Berufseingliederung. Es ist lediglich ein zusätzliches Pflichtschuljahr für diejenigen Jugendlichen, die keine Ausbildungsstelle fanden, die Ausbildung vorzeitig abbrechen mußten oder gleich nach Abschluß der Regelschulzeit eine Arbeitsstelle suchten und nicht genommen wurden.

Die Schule ist ein "Lernort" und kein "Parkhaus", in dem die Gesellschaft einen großen Teil eines Altersjahrgangs gleichsam abstellt, schreibt Stratmann, Karl Wilhelm 1981 in seinen Darlegungen über das Berufsvorbereitungsjahr (Anspruch und Realität). Deshalb ist die Zeit voll zu nützen. Resignation mit den Jugendlichen ist fehl am Platz. Es zeigt sich mehr und mehr, daß im Bereich der unqualifizierten Tätigkeiten der Rückgang an angebotenen Arbeitsplätzen am größten ist und Arbeitslosigkeit droht.

Facharbeiter sind gefragt. Nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft e.V. Köln (IW) vom 03. Oktober 1985, konzentrierte sich die Ausweitung der Überstunden auf die Gruppe der hochqualifizierten Facharbeiter. Sie mußten zur Vermeidung von Auftragsausfällen im Monat April (letzstverfügbare Zahl) mit fast vier

Millionen Überstunden, beinahe zwei Drittel der insgesamt gut sechs Millionen Überstunden leisten. Demgegenüber entfielen auf die angelernten Arbeitnehmer mit speziellen Tätigkeiten nur ein Viertel und auf die Ungelernten nicht einmal ein Zehntel. Den Arbeitnehmerinnen wurden dabei so gut wie keine Überstunden abverlangt.

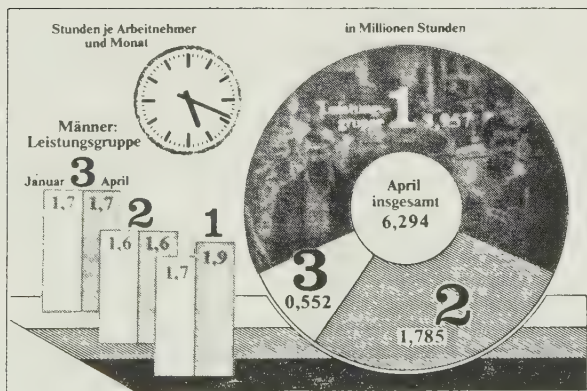
Diese Aussagen verweisen darauf, daß qualifiziertes Personal am Arbeitsmarkt kurzfristig nicht zu bekommen war. Die Ausweitung der Überstunden geht fast ausschließlich auf das Konto der Hochqualifizierten. Sie verrichteten im April 1985 417 000 Arbeitsstunden mehr als noch im Januar dieses Jahres (Vgl. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (iwd), Jahrgang 11, Nr. 40, vom 03.10.1985, Köln).

Mit diesen Tatsachen wird wieder einmal mehr die Forderung unterstrichen, dem Berufsvorbereitungsjahr **a b z u s c h w ö r e n**. Jugendliche sind entsprechend ihrem individuellen Leistungsvermögen auszubilden, und zwar vom hochqualifizierten Facharbeiter bis hinunter zum angelernten Arbeitnehmer mit **s p e z i e l l e n T ä t i g k e i t e n**. Das Potential der Ungelernten ist auf ein Minimum zu begrenzen und das nur bei Nachweis des persönlichen Unvermögens zu größerer Leistung.

Diese Forderungen werden durch die vorliegenden Arbeit dadurch berücksichtigt, daß das Berufsvorbereitungsjahr voll in die berufliche Grundbildung integriert wird.

Überstunden:⁹³

Das Qualifikationsprofil
Mehrarbeit 1985 in der Industrie



⁹³ In: Institut der deutschen Wirtschaft (iwd):
Statistisches Bundesamt IW - Berechnungen.

- 2.6.4 Der Unterricht im Berufsgrundbildungsjahr vollzeitschulisch (BGJ/s), im Berufsgrundbildungsjahr kooperativ (BGJ/k) und im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)

"Der Unterricht umfaßt einen berufsfeldübergreifenden und einen berufsfeldbezogenen - fachtheoretischen und fachpraktischen - Lernbereich.

Im berufsfeldübergreifenden Lernbereich werden die Lernziele und Lerninhalte auf die Arbeit der vorausgehenden Schule abgestimmt. Im berufsfeldbezogenen - fachtheoretischen und fachpraktischen - Lernbereich sind die Lernziele und Lerninhalte auf die berufliche Grundbildung auszurichten. Bei der Bestimmung der Lernziele ist die nachfolgende berufsqualifizierende Fachbildung zu beachten. Der fachtheoretische und fachpraktische Bereich sind aufeinander abzustimmen".⁹⁴

Der Unterricht bezieht sich fachtheoretisch und fachpraktisch auf die Anforderungen der einzelnen Berufsfelder. Letztere bilden den Kern des Berufsgrundbildungsjahres, vollzeitschulisch und kooperativ.

⁹⁴ Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 19. Mai 1978: Rahmenvereinbarung über das Berufsgrundbildungsjahr, S. 184 ff.

Z u s a m m e n f a s s e n d läßt sich
feststellen:

Das Berufsgrundbildungsjahr und das Berufsvorbereitungsjahr gewähren dem Jugendlichen Zeit und Chancen sich auf den richtigen, späteren Berufsweg einzustellen. Sie schaffen dem Jugendlichen die Möglichkeit, sich aus der Vielzahl der Berufsfelder zunächst ein für ihn geeignetes Berufsfeld herauszufiltern, um aus letzterem wiederum einen ihm geeigneten Schwerpunkt zu wählen.

Der z.T. unqualifizierte Wettlauf nach einem Ausbildungsplatz am Ende der Hauptschule wird gemäßigt durch die Frage nach dem richtigen Schwerpunkt in einem geeigneten Berufsfeld. Es bleibt dem Jugendlichen Zeit zur Besinnung, sich einzuordnen gemäß seiner Neigung und Fähigkeit, sich zu orientieren über Recht und Gesetz seiner beruflichen Einordnung und schließlich Zeit in verwaltungs- oder geschäftsmäßige Prozesse Einblick zu gewinnen, vor allem dann, wenn der Schüler mit der Praxis außerhalb der Schule in Verbindung bleibt.

2.7 Berufsfelder und Ausbildungsberufe

Die Rahmenvereinbarung vom 19.Mai 1978 über das Berufsgrundbildungsjahr sieht XIII Berufsfelder vor, die auf bestimmte Ausbildungsberufe hinzielen oder anders ausgedrückt: Die Ausbildungsberufe werden den einzelnen Berufs-

feldern zugeordnet durch die Berufsgrund-
bildungsjahr - Anrechnungsverordnung für
Ausbildungsberufe

der gewerblichen Wirtschaft vom 17. Juli
1978 (Bundesgesetzblatt I - BGBl. I -
Nr. 40, Seite 1061),

der Landwirtschaft vom 20. Juli 1979
(BGBl. I Nr. 44, Seite 1142),

des öffentlichen Dienstes vom 20. Juni 1980
(BGBl. I Nr. 31, Seite 738),

der Hauswirtschaft vom 02. Juli 1980
(BGBl. I Nr. 34, Seite 827).

2.7.1 Die XIII Berufsfelder und ihre Schwer-
punkte - geregelt durch Rechtsverordnung

Die XIII Berufsfelder bestimmen mit den ihnen
zugeordneten Ausbildungsberufen das Wesen des
Berufsgrundbildungsjahres.

Ein Berufsfeld ist eine didaktische Organi-
sationseinheit, die inhaltlich verwandte
Berufe im Hinblick auf die gemeinsame Ver-
mittlung einer beruflichen Grundeinheit zu-
sammenfaßt.

Die Berufsfeldeinteilung für die Berufsgrundbildung Stand: 01.07.1983			
Nr.	Berufsfeld	Schwerpunkte	Zahl der aner- kannten Ausbil- dungs- berufe
I.	Wirtschaft und Verwaltung	A. Absatzwirt- schaft und Kundenbe- ratung	19
		B. Bürowirtschaft und kaufmänni- sche Verwaltung	10
		C. Recht und öffentliche Verwaltung	3
II.	Metall- technik	A. Fertigungs- und planende Bearbeitungs- technik	50
		B. Installations- und Metall- bautechnik	23
		C. Kraftfahr- zeugtechnik	7
III.	Elektro- technik		21
IV.	Bautechnik		42
V.	Holztechnik		10
VI.	Textiltech- nik und Bekleidung		8
VII.	Chemie, Physik und Biologie	A. Laboratoriums- technik	10
		B. Produktions- technik	4

Nr.	Berufsfeld	Schwerpunkte	Zahl der anerkannten Ausbildungsberufe 95
VIII.	Druck- technik	A. Druckvor- lagen und Druckform- herstellung	11
		B. Drucktechnik und Druck- verarbeitung/ Buchbinderei	8
IX.	Farbtech- nik und Raumgestal- tung		9
X.	Gesundheit		-
XI.	Körper- pflege		1
XII.	Ernährung und Haus- wirtschaft	A. Gastgewerbe und Hauswirt- schaft	6
		B. Back- und Süßwarenher- stellung	6
		C. Fleischver- arbeitung	4
XIII.	Agrarwirt- schaft	A. Tierischer Bereich	5
		B. Pflanzlicher Bereich	4
In 13 Berufsfeldern mit 15 Schwer- punkten (261 - 2)			259

Ergänzend ist dazu zu bemerken:

Die bestehenden Ausbildungsberufe sind nicht vollständig, sondern nur zu 60 Prozent zugeordnet.

Die einzelnen Berufsfelder gliedern sich in unterschiedlicher Tiefe, das heißt, jedem Berufsfeld ist eine unterschiedliche Zahl von Ausbildungsberufen zugeteilt, gekennzeichnet nach den ihnen eigenen Kriterien der Verwandtschaft oder Ähnlichkeit. So ordnen sich beispielsweise das Berufsfeld Metalltechnik nach dem Umgang mit dem Werkstoff Metall und das Berufsfeld Elektronik nach dem Umgang mit dem elektrischen Strom als Energieträger.

Das Berufsfeld selbst ist demnach - wie bereits erwähnt - eine didaktische Organisationseinheit, die inhaltlich verwandte Ausbildungsberufe im Hinblick auf die gemeinsame Vermittlung einer beruflichen Grundbildung zusammenfaßt. Die Berufsfelder in ihrer Gesamtheit erhalten damit eine "Schlüsselposition für die inhaltliche Ausgestaltung der Berufsgrundbildung und die qualifikatorische Relation von Berufsgrundbildung und Fachbildung".⁹⁶

Die Berufsfelder sind im Rückgriff auf die anerkannten Ausbildungsberufe zugeschnitten. Sie bildeten sich in der Diskussion zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer heraus; die so-

⁹⁶ Münch, Joachim: Das berufliche Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1984, S. 144.

genannten Schwerpunkte richten sich nach der Anrechnungsverordnung vom 17. Juli 1978⁹⁷ und stellen lediglich einen Kompromiß dar. So umfaßt beispielsweise das Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung den Schwerpunkt Absatzwirtschaft und Kundenberatung mit 19 Ausbildungsberufen, den Schwerpunkt Bürowirtschaft und Kaufmännische Verwaltung mit 10 Ausbildungsberufen und den Schwerpunkt Recht und öffentliche Verwaltung mit 3 Ausbildungsberufen.

Das Berufsfeld Chemie, Physik und Biologie weist zwei Schwerpunkte aus:
Laboratoriumstechnik mit 10 Ausbildungsberufen und Produktionstechnik mit 4 Ausbildungsberufen.

Das Berufsfeld Metalltechnik benötigt zur Gliederung drei Schwerpunkte:
Fertigungs- und spanende Bearbeitungstechnik mit 50 Ausbildungsberufen, Installations- und Metallbautechnik mit 23 Ausbildungsberufen und Kraftfahrzeugtechnik mit 7 Ausbildungsberufen.

Weitere Schwerpunkte weisen die Berufsfelder: Drucktechnik (2), Ernährung und Hauswirtschaft (3), Agrarwirtschaft (2), während die Berufsfelder: Gesundheit, Elektrotechnik, Bautechnik, Holztechnik, Textiltechnik und Bekleidung,

⁹⁷Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung vom 17. Juli 1978 (BGBl. I S. 1061).

Farbtechnik und Raumgestaltung und das Berufsfeld Körperpflege eine Untergliederung nach Schwerpunkten nicht für notwendig erachten.

- 2.7.2 Die Struktur eines Berufsfeldes - veranschaulicht am Beispiel Metalltechnik - nach der Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung vom 17. Juli 1978 (BGBl. I S. 1061)

Das Berufsfeld: Metalltechnik und seine zugeordneten Ausbildungsberufe

Schwerpunkt: Fertigungs- und spanende Bearbeitungstechnik

1. Aufbereiter im Bergbau
2. Automaten einrichter/Automaten einrichterin
3. Bergmechaniker
4. Betriebsschlosser/Betriebsschlosserin
5. Bohrer/Bohrerin
6. Bohrwerk dreher/Bohrwerk dreherin
7. Büchsenmacher/Büchsenmacherin
8. Chirurgiemechaniker/Chirurgiemechanikerin (Industrie)
9. Chirurgiemechaniker/Chirurgiemechanikerin (Handwerk)
10. Drahtwarenmacher/Drahtwarenmacherin
11. Drahtzieher/Drahtzieherin
12. Dreher/Dreherin (Eisen und Stahl)
13. Dreher/Dreherin (Handwerk)
14. Federmacher/Federmacherin
15. Feinmechaniker/Feinmechanikerin (Industrie)

16. Feinmechaniker/Feinmechanikerin
(Handwerk)
17. Feinoptiker/Feinoptikerin
18. Flugtriebwerkmechaniker/Flugtrieb-
werkmechanikerin
19. Flugzeugmechaniker/Flugzeug-
mechanikerin
20. Fräser/Fräserin
21. Hobler/Hoblerin
22. Kunststoffschlosser/Kunststoff-
schlosserin
23. Maschinenbauer (Mühlenbauer)/
Maschinenbauerin (Mühlenbauerin)
24. Maschinenschlosser/Maschinen-
schlosserin
25. Mechaniker/Mechanikerin
(Industrie)
26. Mechaniker (Nähmaschinen- und
Zweiradmechaniker)/Mechanikerin
(Nähmaschinen- und Zweiradmecha-
nikerin)
27. Messerschmied/Messerschmiedin
28. Metallschleifer/Metallschleiferin
29. Modellschlosser/Modellschlosserin
30. Prägewalzengraveur/Prägewalzen-
graveurin
31. Revolverdreher/Revolverdreherin
32. Scherenmonteur/Scherenmonteurin
33. Schleifer/Schleiferin
34. Schloß- und Schlüsselmacher/
Schloß- und Schlüsselmacherin
35. Stahlformenbauer/Stahlformen-
bauerin
36. Stahlgraveur/Stahlgraveurin

37. Systemmacher (Gewehr)/
Systemmacherin (Gewehr)
38. Technischer Zeichner/
Technische Zeichnerin
39. Universalfräser/Universalfräserin
40. Universalhärter/Universalhärterin
41. Universalhobler/Universalhoblerin
42. Universalschleifer/Universal-
schleiferin
43. Verpackungsmittelmechaniker/
Verpackungsmittelmechanikerin
44. Walzendreher/Walzendreherin
45. Werkzeugmacher/Werkzeugmacherin
(Handwerk)
46. Werkzeugmacher/Werkzeugmacherin
(Industrie)

Schwerpunkt: Installations- und
Metallbautechnik

1. Bauschlosser/Bauschlosserin
2. Blehschlosser/Blehschlosserin
3. Feinblechner/Feinblechnerin
4. Gas- und Wasserinstallateur/
Gas- und Wasserinstallateurin
5. Hochdruckrohrschlosser/
Hochdruckrohrschlosserin
6. Hüttenfacharbeiter/Hütten-
facharbeiterin
7. Kälteanlagenbauer/ Kältean-
lagenbauerin
8. Kessel- und Behälterbauer/
Kessel- und Behälterbauerin

9. Klempner/Klempnerin (Kühler-
hersteller, Kühlerreparateure)
10. Kupferschmied/Kupferschmiedin
(Industrie)
11. Kupferschmied/Kupferschmiedin
(Handwerk)
12. Metallflugzeugbauer/Metallflug-
zeugbauerin
13. Rohrintallateur/Rohrintallateurin
14. Rolladen- und Jalousiebauer/
Rolladen- und Jalousiebauerin
15. Rohrnetzbauer/Rohrnetzbauerin
16. Schalenschmied (Kupferhammerschmied)/
Schmalenschmiedin (Kupferhammer-
schmiedin)
17. Schiffbauer/Schiffbauerin
(Industrie)
18. Schiffbauer/Schiffbauerin
(Handwerk)
19. Schlosser/Schlosserin
(Blitzableiterbauer)
20. Schmelzschweißer/Schmelz-
schweißerin
21. Schmied/Schmiedin (Industrie)
22. Schmied/Schmiedin (Handwerk)
23. Stahlbauschlosser/Stahlbau-
schlosserin
24. Zentralheizungs- und Lüftungs-
bauer/Zentralheizungs- und
Lüftungsbauerin

Schwerpunkt: Kraftfahrzeugtechnik

1. Karosseriebauer/Karosseriebauerin
2. Kraftfahrzeugelektriker/
Kraftfahrzeugelektrikerin
3. Kraftfahrzeugmechaniker/
Kraftfahrzeugmechanikerin
4. Kraftfahrzeugschlosser (Instand-
setzung) / Kraftfahrzeug-
schlosserin (Instandsetzung)
5. Landmaschinenmechaniker/
Landmaschinenmechanikerin
6. Mechaniker (Nähmaschinen-,
Zweiradmechaniker) /
Mechanikerin (Nähmaschinen-,
Zweiradmechanikerin)
7. Vulkaniseur/Vulkaniseurin

Aus der vorhergehenden Aufstellung wird ersichtlich, daß die Schwerpunkte der Berufsfelder gegenwärtig ein geeignetes Mittel sind, die Vielzahl der Ausbildungsberufe (Metalltechnik z.B. 77 Ausbildungsberufe) schwerpunktmäßig nach ihren bestimmenden Ausbildungsrichtungen zu ordnen. Schwerpunkte übernehmen u.a. eine Ordnungsfunktion zum Zwecke der besseren Übersicht über ein Berufsfeld.

Weiterhin wird ersichtlich, daß sämtliche Ausbildungsberufe des Berufsfeldes Metalltechnik (wie auch in allen anderen Berufs-

feldern) von weiblichen Jugendlichen angestrebt werden können.

Die Begegnung selbst mit der Mehrzahl der in den einzelnen Schwerpunkten angesiedelten Ausbildungsberufen ist äußerst schwierig. Es bedarf daher für den Jugendlichen einer langen Vorlaufzeit für den Umgang mit den einzelnen Berufsfeldern und ihrer Ordnung, um sich ins Bild zu setzen und aus der verwirrenden Vielzahl den Ausbildungsberuf zu finden.

Von den 432 Ausbildungsberufen verzeichnen die XIII Berufsfelder nur 259 Berufe. Der Zuschnitt dieser XIII Berufsfelder und ihrer Ausbildungsberufe geht auf eine Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zurück.

Die Beruf s g r u n d b i l -
d u n g s - A n r e c h n u n g s -
V e r o r d n u n g vom 17. Juli 1978,
BGBl. I S. 1061, eine Verordnung des Bundes-
ministers für Wirtschaft, hat diese XIII
Berufsfelder festgelegt. Sie bestimmen, ob
die erworbene Grundbildung auf die Ausbildung
in einem anerkannten Ausbildungsberuf ange-
rechnet wird. Diese Anrechnungsverordnung
fordert ferner, daß die jeweilige Berufs-
grundbildung a u f d i e a n -
s c h l i e ß e n d e F a c h b i l d u n g
a u s g e r i c h t e t s e i n m u ß .

Sie gilt nur für Ausbildungsberufe der gewerblichen Wirtschaft und ausschließlich für das Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form.

Beim Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form steht der Jugendliche bereits in einem Ausbildungsverhältnis innerhalb eines Betriebes.

Die Berufsgrundbildungs-Anrechnungs-Verordnung (vom 17. Juli 1978) bestimmt in § 2, Abs. 4: "Der Beruf, auf dessen Ausbildungszeit der Besuch des schulischen Berufsgrundbildungsjahres anzurechnen ist, ist nach Anlage 2 dem Berufsfeld zugeordnet, in dem das schulische Berufsgrundbildungsjahr durchgeführt worden ist". Das heißt:

Wer im Berufsfeld **W i r t s c h a f t**
u n d V e r w a l t u n g mit dem Schwerpunkt **A b s a t z w i r t s c h a f t**
u n d K u n d e n b e r a t u n g eine Berufsgrundbildung hinter sich gebracht hat und im Anschluß daran seine weitere Ausbildung als **B a n k k a u f m a n n** (Fachbildung) fortsetzt, erhält die **B e r u f s -**
g r u n d b i l d u n g v o l l a u f
s e i n e A u s b i l d u n g a n g e -
r e c h n e t, weil der Beruf des Bankkaufmanns dem Schwerpunkt **A b s a t z w i r t -**
s c h a f t u n d K u n d e n b e r a -
t u n g zugeordnet ist. Die Ausbildungsdauer zum Bankkaufmann vermindert sich um ein Jahr.

Weiter bestimmt der § 2 Ziff.4, Abs. 3, "daß der erfolgreiche Besuch eines schulischen Berufsgrundbildungsjahres dann mit mindestens einem halben Jahr auf die Ausbildungszeit anzurechnen ist, wenn der gewählte Ausbildungsberuf einem anderen Schwerpunkt des gleichen Berufsfeldes zugeordnet ist, in dem das schulische Berufsgrundbildungsjahr durchgeführt worden ist".

Wer demnach im Berufsfeld M e t a l l - t e c h n i k seine Berufsgrundbildung im S c h w e r p u n k t F e r t i g u n g s - u n d s p a n e n d e B e a r b e i - t u n g s t e c h n i k abgelegt und anschließend den Beruf des K r a f t f a h r - z e u g e l e k t r i k e r s erlernt, erhält nur e i n h a l b e s J a h r auf seine Ausbildungszeit angerechnet, weil der Beruf des Kraftfahrzeugelektrikers einem anderen Schwerpunkt, nämlich der K r a f t - f a h r z e u g t e c h n i k im gleichen Berufsfeld zugehört. Die Ausbildungszeit dauert demnach noch 2 1/2 Jahre.

Wer die Bedingungen des § 2 des schulischen Berufsgrundbildungsjahres nicht erfüllt, kann keine Anrechnungszeit erwarten.

Wer demnach im Berufsfeld E l e k t r o - t e c h n i k seine Berufsgrundbildung erhalten hat und anschließend seine Ausbildungszeit im Beruf des S c h r i f t - s e t z e r s (Berufsfeld D r u c k - t e c h n i k) fortsetzt, erhält k e i n e

A n r e c h n u n g s z e i t , weil bei einer Berufsgrundbildung im Berufsfeld Elektrotechnik keine für den Beruf des Schriftsetzers verwertbaren Grundlagen vermittelt werden.

Die Berufsgrundbildungs-Anrechnungs-Verordnung verlangt bestimmte Voraussetzungen für die Ermöglichung einer Anrechnung. Diese hängt mit der schul- und lernorganisatorischen Umsetzung der Berufsgrundbildung im Berufsgrundschuljahr zusammen und geht zurück auf die Rahmenvereinbarung über das Berufsgrundbildungsjahr vom 19.Mai 1978. Diese befaßt sich mit der "Stundenverteilung im schulischen Berufsgrundbildungsjahr nach den berufsfeldbezogenen Rahmenlehrplänen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland".

Diese Rahmenvereinbarung vom 19.Mai 1979 regelt unter anderem die Zahl der Unterrichtsstunden, und zwar für jedes Berufsfeld und die entsprechenden Schwerpunkte gesondert, in Fachtheorie und Fachpraxis, dem sogenannten berufsfeldbezogenen Lernbereich. "Die Gesamtdauer des Unterrichts im berufsfeldbezogenen Lernbereich beträgt in der Regel 26 Unterrichtsstunden in der Woche, mindestens jedoch 24 Unterrichtsstunden".

Die Einhaltung dieser Stundenverteilung ist eine weitere wesentliche Voraussetzung für die Anrechnung des Berufsgrundbildungsjahres auf die sich anschließende Berufsausbildung.

Die Anrechnungs-Verordnung arbeitet insgesamt gezielt auf den Ausbau einer berufsfeldgemäßen Grundbildung als erste Stufe der anschließenden Fachbildung (Berufsbildung) hin. Fachtheoretischer und fachpraktischer Unterricht vermitteln dem Jugendlichen Grundwissen eines Berufsfeldes und des Schwerpunktes. Dieses Wissen wird in seiner Leistung für die Fachbildung gemessen und entweder, auch unter Berücksichtigung der Zahl der für den Unterricht aufgewandten Stunden voll, nur zum Teil oder überhaupt nicht auf die Ausbildungszeit angerechnet. Ein Jugendlicher sollte deshalb Berufsfeld und Schwerpunkt nur unter bestimmten Umständen wechseln.

Ähnlich wie im Berufsgrundbildungsjahr liegen die Verhältnisse im Berufsvorbereitungsjahr.

Als Beispiel für einen berufsfeldbezogenen und berufsfeldübergreifenden Rahmenlehrplan wird das Berufsfeld Chemie, Physik und Biologie herangezogen.

Dieses Beispiel verdeutlicht die beiden Schwerpunkte des Berufsfeldes und die ihnen zugeordneten Ausbildungsberufe, nennt die Lernziele dieses Berufsfeldes und das Stundenmaß, das zur Erschließung dieser Lernziele erforderlich ist, verteilt auf den berufsfeldbezogenen und berufsfeldübergreifenden Lernbereich.

2.7.3 Das Berufsfeld Chemie, Physik und Biologie,
seine Schwerpunkte und zugeordneten Ausbildungs-
berufe, seine Lernziele und Stundenverteilung⁹⁸

2.7.3.1 Das Berufsfeld und seine Schwerpunkte

	1. Biologielaborant/ Biologielaborantin
	2. Chemielaborant/ Chemielaborantin
	3. Chemielaborjungwerker/ Chemielaborjungwerkerin
	4. Edelmetallprüfer/ Edelmetallprüferin
Schwerpunkt:	5. Lacklaborant /in
Laborato-	6. Physiklaborant/ Physiklaborantin
riums-	7. Textillaborant/ Textillaborantin (chemisch/technisch)
technik	8. Werkstoffprüfer (Physik) Werkstoffprüferin (Physik)
Berufsfeld	9. Milchwirtschaftlicher Laborant Milchwirtschaftliche Laborantin
Chemie,	
Physik und	10. Landwirtschaftlich/ technischer Laborant Landwirtschaftlich/ technische Laborantin
Biologie	11. Landwirtschaftlicher Laborant Landwirtschaftliche Laborantin
	12. Veterinärmedizinischer Laborant Veterinärmedizinische Laborantin

⁹⁸ Der Bundesminister für Bildung und Wis-
senschaft: Das Berufsgrundbildungsjahr.
Bonn 1983, S. 50.

Berufsfeld	1. Chemiebetriebsjung-
Chemie,	werker/
Physik und	Chemiebetriebsjung-
Biologie	werkerin
	2. Chemiefacharbeiter/
	Chemiefacharbeiterin
Schwerpunkt:	3. Galvaniseur/
	Galvaniseurin
Produktions-	4. Stoffprüfer (Chemie)
technik	(Glas-, Keramische
	Industrie sowie Steine
	und Erden)
	Stoffprüferin (Chemie)
	(Glas-, Keramische
	Industrie sowie Steine
	und Erden)

2.7.3.2 Das Berufsfeld und seine Lernziele

Das Berufsfeld Chemie, Physik und Biologie fordert folgende Lernziele:

"Die Schüler sollen

mit Hilfe naturwissenschaftlicher Denkweisen und Arbeitsverfahren Einblicke in die Bereiche der Naturwissenschaften erhalten,

einen Überblick über Zusammenhänge naturwissenschaftlicher Phänomene gewinnen,

erkennen, welche Untersuchungen und Verfahren typisch für die einzelnen Disziplinen sind und befähigt werden, diese Erkenntnisse bei der Wahl des Schwerpunktes einzubeziehen,

an Beispielen Wechselbeziehungen zwischen diesen Berufen und der Umwelt aufzuzeigen,

die Fähigkeit erwerben, nach Anweisung Arbeitseinheiten vorzubereiten, durchzuführen, auszuwerten und dabei auf ergebnisverändernde Faktoren zu achten,

mit den verwendeten Geräten sachgerecht umzugehen und diese zu pflegen und zu

lernen, den Arbeitsablauf entsprechend vollständig und auswertbar zu protokollieren einschließlich tabellarischer und graphischer Darstellung von Ergebnissen".⁹⁹

Diese Lernziele gelten für sämtliche Ausbildungsberufe des Berufsfeldes und sind deshalb sehr allgemein gehalten. Es ist jedoch unschwer zu erkennen, daß die Begriffe der Ausbildungsberufe auf Lernziele praktischer Art verweisen.

Die Schüler werden im 1. Halbjahr nach einem gemeinsamen Lehrplan unterrichtet. Im 2. Halbjahr erhalten sie besonders im Bereich der Fachpraxis eine schwerpunktmäßig ausgerichtete Ausbildung, die im 2. Ausbildungsjahr in die entsprechende Fachbildung mündet.

⁹⁹ Bundesminister für Bildung und Wissenschaft:
Das Berufsgrundbildungsjahr, Bonn 1983, S. 50/51.

Diesen Lernzielen aus dem berufsfeldbezogenen, fachtheoretischen und fachpraktischen und dem berufsfeldübergreifenden Lernbereich wurden jeweils eine bestimmte Stundenzahl zugerechnet. Diese Stundenzahl wurde ebenfalls in der Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung vom 17. Juli 1978 § 2 Nr. 3 auch für das Berufsfeld Chemie, Physik und Biologie festgelegt.¹⁰⁰

2.7.3.3 Stundenverteilung

Fachtheorie	wöchent- lich	jähr- lich	Unterrichts- stunden
Mathematik	3	= 120 U'Std.	
Chemie	3	= 120 U'Std.	440
Physik	3	= 120 U'Std.	U'Std.
Biologie	2	= 80 U'Std.	
Fachpraxis			
1. Halbjahr auf Berufsfeld- breite		300 U'Std.	
2. Halbjahr im Schwerpunkt Laboratoriums- technik oder Produktions- technik		300 U'Std.	600 U'Std.
Summe der Unterrichts- stunden			1.040 U'Std.

¹⁰⁰ Vgl. Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung vom 17. Juni 1978, BGBl. I S. 1061.

Berufsfeldübergreifende Lernbereiche

Fach	wöchentl.	jährlich	insgesamt U'Std.
Deutsch	2 (x40)	80	
Sozial- kunde	2 "	80	
Fremd- sprache	2 "	80	400 U'Std.
Sport	2 "	80	
Religion (nach landes- rechtl. Bestim- mungen)	2 "	80	
Summe der Unter- richtsstunden			400 U'Std.

2.7.3.4 Die Stundentafeln für die XIII Berufsfelder des Berufsgrundbildungsjahres

Für die restlichen XII Berufsfelder des Berufsgrundbildungsjahres gelten für Lehrpläne und Unterricht die gleichen Bestimmungen. Sie wurden in der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 1. August 1978 Nr. III B 2 - 13/113 954 festgeschrieben. Dort finden wir u.a.:
"Das Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form (Bayern: Berufsgrundschuljahr) wird in seinen übrigen Berufsfeldern ebenfalls entsprechend der Rahmenvereinbarung der Länder

über das Berufsgrundbildungsjahr - Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 19. Mai 1978 - und der Verordnung über die Anrechnung auf die Ausbildungszeit in Ausbildungsberufen der gewerblichen Wirtschaft - Anrechnung des Besuchs eines schulischen Berufsgrundbildungsjahres (Berufsgrundschuljahr) - Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung vom 17. Juli 1978 (BGBl. I S. 1061) durchgeführt".

Allerdings besteht zwischen der Stundenverteilung nach der Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung vom 17. Juli 1978 (BGBl. I S. 1061) und der Weisung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 01. August 1978 eine geringfügige Differenz in der Stundenverteilung.

Die nachfolgenden Ausführungen folgen der Stundenverteilung nach § 2 Abs. 1 Ziff. 3 vom 17. Juli 1978.

Die Begründung für diese Festlegung besteht darin, daß dieses Stundenmaß für die Anrechnung eines Ausbildungsjahres in einem Berufsfeld erforderlich ist.

Die nachfolgenden Stundentafeln gelten für das Berufsgrundschuljahr. Für das Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form sind sie nur für den berufsfeldübergreifenden (allgemeinen) Lernbereich und für den fachtheoretischen Bereich verbindlich.

Der berufsfeldübergreifende Lernbereich ist für sämtliche Berufsfelder gleich. Er beschränkt sich im Pflichtfachbereich auf:

Religionslehre/ Ethik	40	
Deutsch	80	Unterrichts- stunden
Sozialkunde	80	im Jahr: 280 Stunden
Sport	80	

Für die einzelnen Berufsfelder ist jeweils eine eigene Stundenverteilung für Fachtheorie und Fachpraxis festgelegt.

I. Berufsfeld:

Wirtschaft und Verwaltung

Stundenverteilung (Fachtheorie/Fachpraxis)

Unterrichts-
stunden im
Jahr

Schwerpunkt 2:
Bürowirtschaft
und kaufmännische
Verwaltung 240

Wirtschaftsrecht 80
Bürowirtschaft 80
Maschinenschreiben 80

oder

Schwerpunkt 3:
Recht und öffent-
liche Verwaltung 240

Recht 120
Verwaltung 120

Summe der Unter-
richtsstunden 1.040

Berufsfeldbreiter
Bereich 800

Betriebswirt-
schaft 240

Volkswirtschaft 120

Grundlagen des
Rechnungswesens 200

- Buchführung 80

- Mathematik 120

einschl. Sta-
tistik

Informationsver-
arbeitung 160

- Textverarbeitung 120

- Datenverarbeitung 40

Maschinenschreiben 80

Schwerpunkt 1:
Absatzwirtschaft
und Kundenberatung 240

Wirtschaftsrecht 80

Marketing 80

Werbung 80

oder

II. Berufsfeld:
Metalltechnik

Stundenverteilung (Fachtheorie/Fachpraxis)

	Unterrichts- stunden im Jahr
Fachtheorie	320
Anteile	
Technologie der Metalltechnik	120
Mathematik	80
Physik/Chemie	40
Fachzeichnen	80
Fachpraxis	720
Summe der Unter- richtsstunden	1.040

III. Berufsfeld:
Elektrotechnik

Stundenverteilung (Fachtheorie/Fachpraxis)

	Unterrichts- stunden im Jahr	Industrie	Handwerk
Fachtheorie	320	520	
Mathematik (mit fachbezogen. Rechnen)	80	140	
Physik/Chemie	40	70	
Grundlagen der Elektrotech- nik	100	200	
Werkstoffe der Elektrotechnik	20	30	
Fachzeichnen	80	80	
Fachpraxis	720	520	
Bearbeiten von Werkstoffen und Verbindungs- technik	300	160	
Schalten und Messen	420	360	
Summe der Unter- richtsstunden	1.040	1.040	1.040

IV. Berufsfeld:
Bautechnik

Stundenverteilung (Fachtheorie/Fachpraxis)

Unterrichts-
stunden im
Jahr

Fachtheorie 320

Mathematik 80
Physik 40
Chemie 40
Technologie der
Bautechnik 80
Fachzeichnen 80

Fachpraxis 800

Allgemeine Bautechnik 40
Tief- und Straßenbau 80
Steinbau und Platten-
bau 200
Beton und Mörtel 200
Holzbau 200
Metallbau 40
Kunststoffe, bitumi-
nöse Stoffe 40

Summe der Unter-
richtsstunden 1.120

V. Berufsfeld:
Holztechnik

Stundenverteilung (Fachtheorie/Fachpraxis)

Unterrichts-
stunden im
Jahr

Fachtheorie 320

Holz, Holzwerkstoffe
und ihre Bearbeitung 40
Holzverbindungen und
Verbindungsmittel 40
Kunststoffe, Kleb-
stoffe und ihre
Verarbeitung 40
Glas, Metalle und ihre
Verwendung 40
Mathematik 80
Fachzeichnen 80

Fachpraxis 720

Holz, Holzwerkstoffe
und ihre Bearbeitung 180
Holzverbindungen und
Verbindungsmittel 180
Kunststoffe, Kleb-
stoffe und ihre
Verarbeitung 180
Glas, Metalle und ihre
Verarbeitung 180

Summe der Unter-
richtsstunden 1.040

VI. Berufsfeld:

Textiltechnik und Bekleidung

Stundenverteilung (Fachtheorie/Fachpraxis)

Unterrichts-
stunden im
Jahr

Fachtheorie	320
Mathematik	80
Werkstoffe/ Faserstoffe	60
Fertigungs- technik	140.
Fachzeichnen	40

Fachpraxis	720
Bekleidungsher- stellung	720

Summe der Unter- richtsstunden	1.040
-----------------------------------	-------

VII. Berufsfeld:

Chemie, Physik und Biologie

Stundenverteilung (Fachtheorie/Fachpraxis)

Unterrichts-
stunden im
Jahr

Fachtheorie	440
Mathematik	120
Chemie	120
Physik	120
Biologie	80

Fachpraxis	600
------------	-----

1. Halbjahr auf Be-
rufsfeldbreite

300

2. Halbjahr im Schwer-
punkt Labortechnik

300

oder

Produktionstechnik

Summe der Unter- richtsstunden	1.040
-----------------------------------	-------

VIII. Berufsfeld:
Drucktechnik

Stundenverteilung (Fachtheorie/Fachpraxis)

	Unterrichts- stunden im Jahr	Fachpraxis im Schwerpunkt	Unterrichts- stunden im Jahr
Fachtheorie			240
Mathematik	80	1. Druckvorlagen- und Druckform- herstellung	
Physik/Chemie	40	- Satz	100
Technologie	160	- Druckvorlagen- und Druckform- herstellung	140
- Satz		oder	
- Druckvorlagen-, - Druckformher- stellung		2. Druck und Druck- verarbeitung/ Buchbinderei +)	
- Druck		- Druck	200 40+)
- Druckverarbeitung/ Buchbinderei		- Druckverar- beitung/ Buchbinderei	40 200+)
Fachzeichnen	80		
Fachpraxis und Berufsfeldbreite			
Satz	100		
Druckvorlagen-, Druckformherstellung	120		
Druck	160		
Druckverarbeitung/ Buchbinderei	60		
		Summe der Unter- richtsstunden	1.040

+) Alternative, um die Erfordernisse der an
das BG/S anschließenden Fachbildung
im Ausbildungsberuf "Buchbinder" zu be-
rücksichtigen

IX. Berufsfeld:

Farbtechnik und Raumgestaltung

Stundenverteilung (Fachtheorie/Fachpraxis)

Unterrichts-
stunden im
Jahr

Fachtheorie	400
Physik	40
Chemie	40
Werkstoffe	40
Arbeitsverfahren	40
Mathematik	80
Gestaltung	160

Fachpraxis	640
Arbeitsplatz	
Untergründe vorbereiten und beschichten	
Grundfertigkeiten der Werkstoffbearbeitung	
Schrift	

Summe der Unterrichtsstunden 1.040

X. Berufsfeld:

Gesundheit

Stundenverteilung (Fachtheorie/Fachpraxis)

Unterrichts-
stunden im
Jahr

Fachtheorie	480
Anatomie/Physiologie	80
Hygiene	80
Naturwissenschaftliche Grundkenntnisse	120
Mathematik	80
Wirtschaftliche Grundlagen	80
Rechtliche Grundlagen	40

Fachpraxis	520
Arbeitsfelder im Gesundheitswesen	80
Umgang mit Gesunden und Kranken	80
Naturwissenschaftliche Übungen	120
Büropraktische Übungen	80
Rechnungswesen in Praxis und Apotheke	40
Maschinenschreiben	120

Summe der Unterrichtsstunden 1.000

XI. Berufsfeld:
Körperpflege

Stundenverteilung (Fachtheorie/Fachpraxis)

Unterrichts-
stunden im
Jahr

320

Fachtheorie

Biologie/Hygiene

80

Chemie

80

Theorie der Ar-
beitsverfahren
mit Warenkunde

80

Mathematik

80

Fachpraxis

720

Haarreinigung und

120

Haarpflege einschließ-
lich Umgang mit Kun-
den

Frisurengestaltung

320

und Harschneiden

Dauerwelle

80

Kosmetik und Nagel-
pflege

80

Haararbeiten

40

Gestalten mit Formen
und Farben

80

Summe der Unter-
richtsstunden

1.040

XII. Berufsfeld:

Ernährung und Hauswirtschaft

Stundenverteilung (Fachtheorie/Fachpraxis)

Unterrichts-
stunden im
Jahr

320

Fachtheorie

80

Mathematik

80

Physik/Chemie/
Biologie

25

- Physikalische
Grundlagen

40

- Chemische
Grundlagen

15

- Biologische
Grundlagen

80

Ernährungslehre

35

- Nährstofflehre

25

- Ernährungs-
physiologie

20

- Werterhaltung
der Nahrungs-
mittel

40

Betriebswirtschafts-
lehre

40

Arbeitsgestaltung

40

360

Fachpraxis auf Be-
rufsfeldbreite

40

- Verfahren der Vor-
bereitung und
Zerkleinerung von
Nahrungsmitteln

Stundenverteilung (Fachtheorie/Fachpraxis)

- Methoden der Verarbeitung
- Garverfahren und Veränderung des Gendwertes
- Zusammenstellung von Gerichten
- Verfahren der Präsentation
- Verfahren der Lagerung
- Fachpraxis im Schwerpunkt
- Gastgewerbe und Hauswirtschaft
- Back- und Süßwarenherstellung
- Fleischverarbeitung

360

punkt

480

Fachpraxis auf Berufsfeldbreite

40

Kaufmännische Grundtätigkeiten

40

Boden, Düngung

160

Metallische und nichtmetallische Werkstoffe, Motoren, elektrische Anlagen, kraftübertragende Maschinenelemente

240

Fachpraxis im Schwerpunkt

- tierischer Bereich oder

- pflanzlicher Bereich

Summe der Unterrichtsstunden 1.040

1.040

Summe der Unterrichtsstunden

Im Zuge der Neuordnung der Hauptschule werden diese Stundentafeln in ihrer berufsfeldbezogenen Gliederung für das 10. Vollzeitschuljahr an der Hauptschule, also für jenes Schuljahr, das die berufliche Grundbildung vorwiegend tragen soll, übernommen.

Die Jahrgangsstufen 8 und 9 arbeiten nach erfolgter Einweisung in die einzelnen Berufsfelder am Ende der 7. Jahrgangsstufe, im allgemeinbildenden und besonders im fachpraktischen und fachtheoretischen Bereich der für ihr Berufsfeld bestimmenden beruflichen Grundbildung zu. Damit ergibt sich für die Stundentafeln der Jahrgangsstufen 7, 8 und 9 die Ausrichtung ihres Unterrichts auf die Grundbildung der Jahrgangsstufe 10. Das 10. Vollzeitschuljahr ist andererseits mit seinen Lehr- und Lerninhalten auf die Fachbildung der entsprechenden Fachrichtung der Berufsschule bezogen.

Die Zusammenstellung entsprechender Stundentafeln für die Jahrgangsstufen 7, 8 und 9 für die Lernbereiche der Allgemeinbildung, der fachtheoretischen und der fachpraktischen Bildung ist für die einzelnen Berufsfelder nach Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlfächern auszulegen.

Für diese Aufgabe ist die Stundenverteilung der einzelnen Berufsfelder maßgebend.

2.7.4 Das Problem der Unterrichtsfächer zwischen den Berufsfeldern des Berufsgrundbildungsjahres (Berufsvorbereitungsjahres) und der Hauptschule

Die Stundenverteilung von Fachtheorie/Fachpraxis zeigt, welche Fächer für die grundlegenden Kenntnisse der einzelnen Berufsfelder nötig sind.

Die Rahmenvereinbarung über das Berufsgrundbildungsjahr vom 19. Mai 1978 verweist in ihrer Anlage nur einmal darauf, daß im berufsfeldübergreifenden Lernbereich die Lernziele und Lerninhalte auf die Arbeit der vorausgehenden Schule abzustimmen sind.

Lediglich im berufsfeldbezogenen Lernbereich wird darauf verwiesen, daß bei der Bestimmung der Lernziele die nachfolgende berufsqualifizierende Fachbildung zu beachten sei. Der Grund für diese Tatsache dürfte im Zugang von Schülern aus Schulen mit unterschiedlichen Bildungstendenzen liegen. Unter ihnen befinden sich Realschüler, die als einzige auf Berufsrichtungen hin vorgebildet sind.

Fachtheorie und Fachpraxis eines Berufsfeldes beziehen sich auf Unterrichtsfächer, die in der Hauptschule - wenn überhaupt - nur z.T. angelegt sind (z.B. Betriebswirtschaftslehre).

Die Vorarbeit der Hauptschule im Sinne einer vorberuflichen Bildung fällt kaum ins Gewicht. In diesem Zusammenhang wird an die Meinung namhafter Bildungspolitiker erinnert, daß die Berufsorientierung der Hauptschule nur geringe Leistung für die Arbeit in den einzelnen Berufsfeldern erbringe, wenngleich das Fach Arbeitslehre mit seiner grundlegenden Berufsorientierung und die Gesamtheit der Unterrichtsfächer der Hauptschule nicht gering geachtet werden dürften, weil sie die Grundlage für die Fortführung der vorberuflichen Bildung in der Grundbildung der Berufsfelder gewährleisteten.

Aus diesen Hinweisen ergibt sich wiederum die Notwendigkeit nach Wegen zu suchen, die geeignet sind, die vorberufliche Bildung der Hauptschule und die berufliche Grundbildung des Berufsgrundbildungsjahres durch Vorleistung und Fortführung zweckdienlich und zwingend aufeinander abzustimmen.

Z u s a m m e n f a s s e n d läßt sich feststellen:

Das Berufsgrundbildungsjahr und das Berufsvorbereitungsjahr verfolgen die Absicht, eine möglichst breite berufliche Grundbildung zu vermitteln und zugleich die allgemeinen Fächer und die Berufskunde der Sekundarstufe I fortzuführen. Die berufliche Grundbildung umfaßt Kenntnisse und Fertigkeiten, die für die Ausübung mehrerer Ausbildungsberufe eines Berufsfeldes in Frage kommen.

Bei der Festlegung der Ziele und Inhalte des Berufsgrundbildungsjahres und des Berufsvorbereitungsjahres ist der didaktische Zusammenhang mit der vorberuflichen Bildung, insbesondere mit der Arbeitslehre und der nachfolgenden beruflichen Fachbildung zu gewährleisten.

Die XIII Berufsfelder in ihrer spezifischen Gliederung bestimmen die zukünftige Struktur einer neuen, differenzierten Hauptschule, gegliedert nach Fachbereichen im Sinne von Ausbildungsrichtungen, die ihr den Charakter einer Berufsfachschule verleihen.

Die folgenden Darlegungen entwickeln schrittweise die Organisation dieser neuen, differenzierten Hauptschule durch Übernahme der Inhalte des Berufsgrundbildungsjahres (Berufsvorbereitungsjahres), die berufliche Grundbildung als Aufgabe der Hauptschule.

2.8 Einordnung des Berufsgrundbildungsjahres und des Berufsvorbereitungsjahres in das System der allgemeinen und beruflichen Bildung

Das Berufsgrundbildungsjahr und das Berufsvorbereitungsjahr sind durch ihre Berufsfelder jeweils in bestimmten Zweigen der Berufsschule angesiedelt, in der

gewerblich - technischen,

kaufmännisch - verwaltenden,
hauswirtschaftlich - pflegerischen und der
landwirtschaftlichen Berufsschule.

Diese Berufsschulen bereiten wiederum für
bestimmte Ausbildungsrichtungen vor, und
zwar für die Gebiete

Technik und Gewerbe,

Wirtschaft,

Hauswirtschaft und Sozialpflege und die

Landwirtschaft,

die wiederum Zugangsvoraussetzungen für
Berufe des

einfachen,

mittleren,

gehobenen und

höheren Dienstes schaffen.

Auf diese Ordnungsstruktur hat sich die
vorberufliche Bildung der Hauptschule ein-
zustellen.

2.9 Zuordnung der vorberuflichen Bildung der Hauptschule zur Ordnungsstruktur des beruflichen Schulwesens durch Einführung des neuen Begriffs des F a c h b e - r e i c h s in der Hauptschule

Den einzelnen Fachrichtungen der Berufsschule wird als entsprechende Ordnungshilfe aus der Hauptschule der Begriff des Fachbereichs zugeordnet. Die Übernahme dieses Begriffes durch das Fach Arbeitslehre der Hauptschule zur Förderung der Berufswahlreife könnte solche Voraussetzungen schaffen, daß nach Abschluß der Hauptschule ein (beinahe) nahtloser Übergang von der Berufsorientierung der Hauptschule an Berufsfeldern in das System der Fachrichtungen an der Berufsschule und damit des Berufsgrundbildungsjahres und des Berufsvorbereitungsjahres erfolgen könnte. Demnach:

Hauptschule	→	Berufsschule
Fachbereich	→	Fachrichtung
gewerblich/technisch	→	gewerblich/technisch
kaufmännisch/verwaltend	→	kaufmännisch/verwaltend
hauswirtschaftlich/ pflegerisch	→	hauswirtschaftlich/ pflegerisch
landwirtschaftlich/ gartenbaulich	→	landwirtschaftlich/ gartenbaulich

Die ähnlichen und doch verschiedenen Synonyme Fachbereich und Fachrichtung in ihrer Zielsetzung sollen nicht nur unterscheiden, sondern auch darauf verweisen, daß der Fachbereich der Hauptschule eine berufsvorbereitende Aufgabe verfolgt, während die Fachrichtung der Berufsschule die berufliche Grundbildung vertritt (bisher).

Fachbereiche und Fachrichtungen orientieren sich an den gleichen Berufsfeldern und ihren Ausbildungsberufen. Die Berufsfelder wurden durch Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 19. Mai 1978, der Rahmenvereinbarung über das Berufsgrundbildungsjahr, festgelegt. Zum Zwecke der notwendigen Korrespondenz zwischen Fachbereich und Fachrichtung werden ihnen die einzelnen Berufsfelder wie folgt zugeordnet:

2.10 Zuordnung der Berufsfelder zum Fachbereich der Hauptschule und die Zuordnung der didaktischen Hilfen

Fachbereich

gewerblich/technisch	Metalltechnik
	Elektrotechnik
	Textiltechnik und Bekleidung
	Chemie/Physik und Biologie
	Drucktechnik
	Farbtechnik und Raumgestaltung
	Bautechnik

Fachbereich

kaufmännisch/ver-
waltend

Wirtschaft und
Verwaltung

hauswirtschaftlich/
pflegerisch

Ernährung und
Hauswirtschaft
Gesundheit
Körperpflege

landwirtschaftlich/
gartenbaulich

Agrarwirtschaft

Diesen Fachbereichen werden als didaktische Hilfen die Betriebserkundung, das Betriebspraktikum und die Zusammenarbeit zwischen Hauptschule und Berufsschule zugeordnet. Selbst der qualifizierende Hauptschulabschluß erhält eine neue zweckdienliche Aufgabe.

gewerblich/ technisch	kaufmännisch/ verwaltend	hauswirt- schaftl./ pflegerisch	landwirt- schaftl./ gartenbaul.
Betriebser- kundung	Betriebser- kundung	Betriebs- erkundung	Betriebs- erkundung
Betriebs- praktikum	Betriebs- praktikum	Betriebs- praktikum	Betriebs- praktikum
Zusammen- arbeit von Hauptschu- le und Berufs- schule	Zusammen- arbeit von Hauptschu- le und Berufs- schule	Zusammen- arbeit von Hauptschu- le und Berufs- schule	Zusammen- arbeit von Hauptschu- le und Berufs- schule
Qualifizie- render Hauptschul- abschluß	Qualifizie- render Hauptschul- abschluß	Qualifizie- render Hauptschul- abschluß	Qualifizie- render Hauptschul- abschluß

Mit dieser Zuteilung zu den einzelnen Fachbereichen erhalten diese didaktischen Hilfen eine eigene Qualität. Sie erstrecken sich nicht mehr (allgemein) quer durch alle Fachbereiche mit der Vielzahl ihrer Berufsfelder, sondern beschränken sich auf bestimmte Berufsfelder, die nur einem Fachbereich jeweils angehören.

Die Aufgaben werden für Hauptschüler, die hinter diesen Fachbereichen stehen, wesentlich vereinfacht, die Stofffülle wird beschränkt, der Unterricht wird gründlicher.

- 2.11 Die Berufsfelder aus der Sicht der Berufsschule und die Zuordnung der Berufsfelder und Berufsfeldschwerpunkte zu den Fachrichtungen der Berufsschule

Die Berufsfelder der Fachbereiche und der Fachrichtungen sind zwar in ihrer Grundlegung gleich gerichtet, unterscheiden sich jedoch durch fortschreitende Zielsetzungen voneinander, daß das Berufsgrundschuljahr auf Ergebnisse der Arbeitslehre der Hauptschule aufbauen kann.

Der Unterricht im Berufsgrundbildungsjahr der Grundstufe wird für Berufe auf Berufsfelder und auf die zugeordneten Ausbildungsberufe

bezogen. Zum Zwecke der Übersicht über die Vielzahl der Ausbildungsberufe werden auf Berufsfeldbreite Berufsfeldschwerpunkte gebildet, die bundesrechtlich vorgegeben sind.

Fachrichtung	Berufsfeld(er)	Schwerpunkte
gewerblich/ technisch	Metalltechnik	Fertigungs- und spanende Bearbeitungs- technik Installations- und Metallbau- technik Kraftfahrzeug- technik
	Elektro- technik	-
	Bautechnik	-
	Holztechnik	-
	Textiltechnik und Bekleidung	-
	Chemie, Physik und	Laboratoriums- technik
	Biologie	Produktions- technik
	Drucktechnik	Druckvorlagen Druckformen- herstellung Druck- und Druckverar- beitung/ Buchbinderei
	Farbtechnik u. Raumgestaltung	-

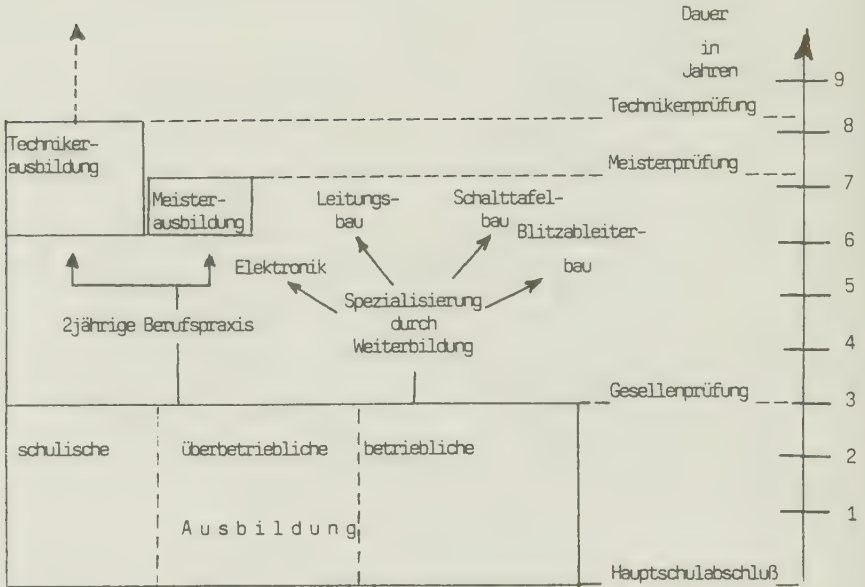
Fachrichtung	Berufsfeld(er)	Schwerpunkte
kaufmännisch/verwaltend	Wirtschaft und Verwaltung	Absatzwirtschaft und Kundenberatung Bürowirtschaft und kaufmännische Verwaltung Recht und öffentliche Verwaltung
hauswirtschaftlich/pflegerisch	Ernährung und Hauswirtschaft	Gastgewerbe und Hauswirtschaft Back- und Süßwarenherstellung Fleischverarbeitung
	Gesundheit	-
	Körperpflege	-
landwirtschaftlich/gartenbaulich	Agrarwirtschaft	Tierischer Bereich pflanzlicher Bereich

2.12 Zusammenwirken von Fachbereich und Fachrichtung

Ein Beispiel aus dem Berufsfeld "Elektrotechnik" veranschaulicht am Ausbildungsberuf des Elektroinstallateurs

Die Hauptschule vermittelt Einsichten und Kenntnisse über einen Ausbildungsberuf z.B. aus dem Berufsfeld "Elektrotechnik". Nach vorausgegangenen Aussagen über die Zuordnung der vorberuflichen Bildung der Hauptschule zur Ordnungsstruktur der Berufsschule, ist das Berufsfeld "Elektrotechnik" im gewerblich/technischen Fachbereich der Hauptschule und in der gewerblich/technischen Fachrichtung der Berufsschule angesiedelt, allerdings mit unterschiedlicher Gewichtung wie nachstehende Beispiele zeigen.

2.12.1 Der Ausbildungsberuf des Elektroinstallateurs aus der Sicht der Hauptschule¹⁰¹



Tätigkeitsmerkmale	Anforderungen
- häufiger Arbeitsplatzwechsel	- Vielseitigkeit
- Lesen von Schaltplänen	- gutes Vorstellungsvermögen
- Installation von elektrischen Anlagen in großer Höhe	- Schwindelfreiheit
- Unterscheidung verschiedener Farbkennzeichnung	- Farbsicherheit und Sehschärfe
- Überprüfung der Betriebssicherheit von elektrischen Anlagen	- Kenntnis der Sicherheitsvorschriften, schnelles Umlernen bei Änderungen
.....	

¹⁰¹ Geiling, Heinrich (Hrsg.): Hauptschule - Lernziele - Lehrinhalte - Methodische Planung, Arbeitslehre, Band 3. München 1980.

Die Schüler sollen erkennen,

daß die Berufsschule als Pflichtschule die betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung ergänzt,

daß die Berufsschulzeit in der Regel 3 - 3 1/2 Schuljahre dauert und mit der Gesellenprüfung endet, die nach weiterer Berufspraxis zur Meisterprüfung und Technikerprüfung führen kann,

daß ein Beruf aus der Elektroindustrie bestimmte Tätigkeiten verlangt und spezielle Anforderungen stellt.

Im Gedankenaustausch mit dem Lehrer oder vor Ort erfahren die Schüler näheres über den Tätigkeitsbereich des Elektroinstallateurs: Auf Baustellen und in Betriebswerkstätten montieren, warten und reparieren von Licht- und Kraftanlagen, einschließlich der dazugehörigen Schalt- und Verteilereinrichtungen nach Anweisungen, Plänen u.a.

Die Schüler sollen in diesem Zusammenhang wiederum die Bedeutung der Fächer, der Pflichtfächer, Wahlpflichtfächer und Wahlfächer in ihrer einzelnen und gebündelten Wirkung begreifen.

Die Schüler sollen erfahren, daß einzelne Berufe Grundkenntnisse bestimmter Fächer voraussetzen, in diesem Fall der Physik, der Mathematik, der Chemie (Elektrolyse), des Technischen Zeichnens und des Technischen Werkens.

Die Schüler der Hauptschule erkunden die Grundzüge der Elektrizität und erforschen die gegenseitige Bezogenheit von

Energie, Arbeit und Leistung
Grundgrößen der Mechanik
Magnetisches Feld
Elektrisches Feld
Spannungserzeugung

Für den Bereich der Fachpraxis:

Werkstoffe
Bearbeitungsmethoden
Verbindungstechniken
Bauteile der Elektronik
Elektrische Messungen
Schaltungstechnik

Dazu Fachzeichnen:

Norm- und fertigungsgerechte Zeichnungen
Normgerechte Schaltpläne.¹⁰²

2.12.2 Der Ausbildungsberuf des Elektroinstallateurs aus der Sicht der Berufsschule

Der Ausbildungsberuf des Elektroinstallateurs erfolgt über das Prinzip der Stufenausbildung. Diese zerlegt die Berufsausbildung in eine Grundausbildung, "die mehrere verwandte Ausbildungsberufe zusammenfaßt, und in eine gestufte Abfolge spezieller werdender Ausbildungsabschnitte mit einer Abschlußmöglichkeit

¹⁰² Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Lehrpläne für das Berufsgrundschuljahr; Berufsfeld Elektrotechnik. München 1983, S. 5.

auf jeder Stufe (Gesetzliche Grundlagen der Berufsausbildung) anordnet".¹⁰³

Neuordnung der industriellen Elektroberufe:
"Mit Wirkung vom 1. August 1987 wurden die Ausbildungsberufe in der Elektroindustrie neu geordnet. Die Berufe haben neben neuen Bezeichnungen auch andere Ausbildungsinhalte und eine veränderte Ausbildungsstruktur. Anstelle der bisherigen Stufenausbildung (s. Schaubild 1) werden vier neue Ausbildungsberufe (Elektromaschinenmonteur/ -in, Energieelektroniker/ -in, Industrieelektroniker/ -in und Kommunikationselektroniker/ -in, entwickelt.

Drei dieser vier Berufe sind zusätzlich in insgesamt sieben Fachrichtungen gegliedert, die auch Qualifikationen genannt werden".¹⁰⁴

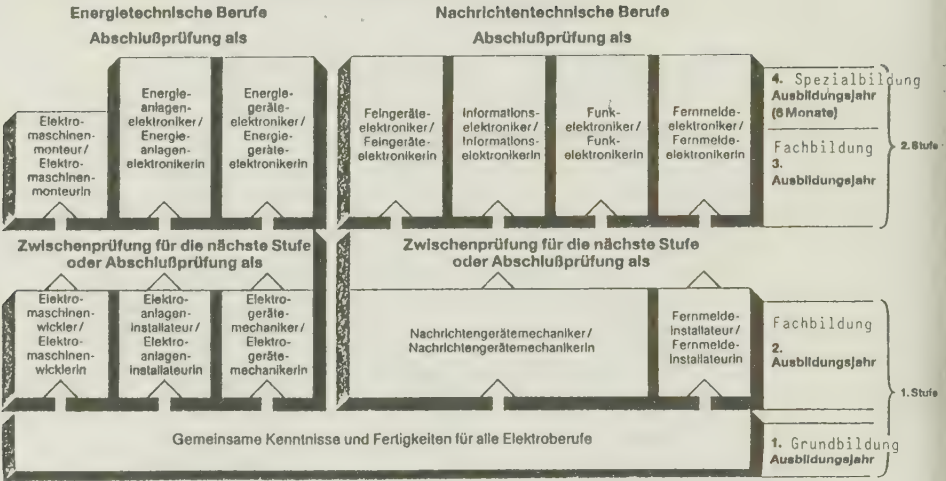
Aus diesen vorstehenden Hinweisen wird ersichtlich, daß Berufsfelder nicht statisch sind, sondern durch neue Erkenntnisse einer gewissen Flexibilität zur Neuordnung unterliegen um den neuen Gegebenheiten dieser Technik gerecht zu werden.

Die beiden nachstehenden Beispiele zeigen
die auslaufende Stufenausbildung in der Elektroindustrie und
die Neuordnung der industriellen Elektroberufe.

¹⁰³ Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg: Handbuch zur Berufswahlvorbereitung 1984, S. 216.

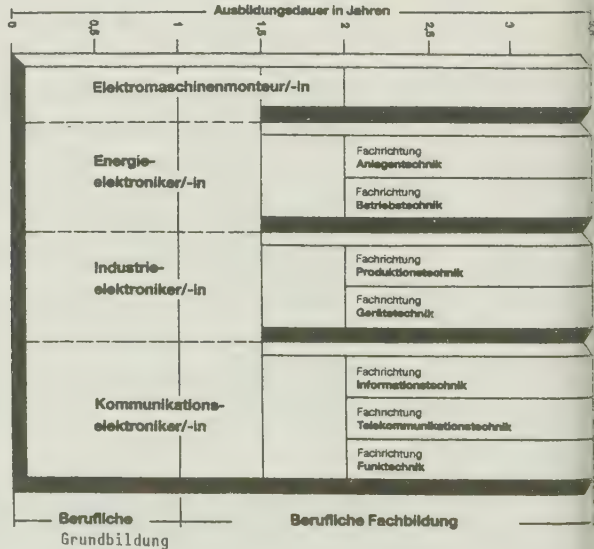
¹⁰⁴ Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg: Beruf Aktuell 1987/88, S. 87 und 88.

Auslaufende Stufenausbildung in der Elektroindustrie



Neuordnung der
industriellen
Elektroberufe

(Arbeitsamt Bayreuth:
Beruf Aktuell 1987/88,
S. 88 und S. 90)



Die vorstehenden Schaubilder zeigen,

daß das 1. Ausbildungsjahr gemeinsame Kenntnisse und Fertigkeiten für alle Elektrobefuge durch die betriebliche Ausbildung und den Unterricht der Berufsschule im berufsfeldbezogenen, fachtheoretischen und fachpraktischen Lernbereich entwickelt (Grundbildung),

daß das 2. Ausbildungsjahr die berufliche Grundbildung zur Fachbildung fortsetzt, die

im 3. Ausbildungsjahr schließlich zur Spezialausbildung führt.

Die Schüler lernen die berufliche Grundbildung, die Fachbildung und die Spezialbildung als fortschreitende, aufeinander aufbauende Stufen eines Ausbildungsberufes kennen.

Die Schüler erfahren, daß auf Berufsfeldbreite eine große Zahl von Spezialberufen gewählt werden kann, d.h. aber erst dann, wenn der Schüler sich für ein Berufsfeld entschieden hat, das ihn später einem Fachbereich und danach einer Fachrichtung zuordnet.

In diesem Zusammenhang lernt der Schüler die Notwendigkeit einer Berufsfeldentscheidung kennen als Ergebnis einer sorgfältig abwägenden Berufswahl.

2.13 Über die Berufswahl zur Berufsentscheidung des Hauptschülers

Die Schüler vergleichen ihre Erwartungen:
Arbeiten im Freien, am Schreibtisch, im Be-
trieb, Wunsch nach körperlicher Betätigung,
nach sauberer Arbeit, Umgang mit Maschinen
(Technik) u.a. mit den Anforderungen, die ein
Beruf an die körperlichen, geistigen und
sozialen Fähigkeiten stellt.

Die Schüler prüfen

die verschiedenen Tätigkeiten, die zur
Erfüllung der beruflichen Aufgaben notwen-
dig sind,

die Art der Arbeitsstätte, an der ein Beruf
ausgeübt wird (Arbeitsplatzbedingungen),

die weiteren Ausübungsformen, die sich bie-
ten, wenn die Berufsausbildung mit Erfolg
abgeschlossen ist,

die Aufstiegsformen, die innerhalb eines
Berufes durchlaufen werden können,

die Ausbildungsvoraussetzungen,

allgemeine Ausbildungsvoraussetzungen,
z.B. Schulbildung, Mindestalter,

besondere Ausbildungsvoraussetzungen,
z.B. Verständnis für technische Abläufe -
dazu körperliche und geistige Anlagen,

den Ausbildungsgang mit Dauer und Anforde-
rungen,

die Weiterbildungsmöglichkeiten,

die Verdienstmöglichkeiten,

die Berufsaussichten.¹⁰⁵

Der Schüler lernt, daß jeder Beruf eigene Anforderungen an Wissen, Können, Erkennen und Werten stellt,

daß der Beruf ein Komplex von Tätigkeiten ist, die, aufeinander bezogen und sich gegenseitig ergänzend, eine bestimmte Aufgabe erfüllen,

daß Aufgabe und Tätigkeiten den Beruf und seine Struktur bestimmen,

daß jeder Beruf über eigene Gesetze, Grenzen, Möglichkeiten und Chancen verfügt, die Ausbildung, Weiterbildung und Aufstieg begründen.

Der Schüler muß lernen sich selbst einzuschätzen, um nach Abwägung aller Gegebenheiten zu einer befriedigenden Berufsentscheidung zu kommen.

Die Vielzahl unterschiedlicher Fähigkeiten bestimmen in ihrer Bündelung von Begabung, Talent, Neigung und begleitenden Umständen außerschulischer Art wie Elternhaus, Umweltbedingungen die Berufswahl des Jugendlichen. Eine sorgfältige Berufswahl führt zu einer befriedigenden Berufsentscheidung und letztere

¹⁰⁵ Vgl. Angaben des Arbeitsamtes Bayreuth nach einer Anfrage 1987.

zu einem Beruf in Zufriedenheit. Ein solcher Beruf sichert die Zukunft in Zeiten großer Arbeitslosigkeit.

2.14 Z u s a m m e n s c h a u

Rückblickend läßt sich feststellen, daß nach den Lerninhalten eines Berufsfeldes eine enge Verbindung zwischen Hauptschule und Berufsgrundbildung besteht.

Der Ausbildungsberuf aus dem Berufsfeld Elektrotechnik zeigt, daß Fachbereich und Fachrichtung aufeinander abzustimmen sind und zwar so, daß das Berufsfeld des Berufsgrundbildungsjahres auf die Vorleistungen der Hauptschule aufbauen kann. Der Unterricht in den Fachrichtungen des Berufsgrundbildungsjahres muß mit der Zuleistung der Fachbereiche der Hauptschule rechnen können.

Das bedeutet, daß die Hauptschule gehalten ist, auf die unterschiedlichen Anforderungen der vier Fachrichtungen vorzubereiten. Insofern bedeutet die Rückwirkung der Berufsschule auf die Hauptschule nichts anderes als die notwendige Zusammenarbeit, in der die eine auf die andere angewiesen ist.

Mit diesen Ordnungsstrukturen stellt sich wiederum die Frage nach der Bündelung der Fächer,

der Pflichtfächer, der Wahlpflichtfächer und der Wahlfächer und damit die Abstimmung zwischen Fachbereichen und Fachrichtungen unter dem Aspekt der Allgemeinbildung und Berufsbildung, ohne zu versäumen, darüber nachzudenken, daß beide in einer realistischen Allgemeinbildung grundgelegt sind.

- 2.15 Abstimmung der Ordnungsstrukturen zwischen Hauptschule und Berufsschule, zwischen Fachbereich und Fachrichtung durch zweckdienliche Bündelung der Unterrichtsfächer (siehe 2.7.3.4).

So liegt beispielsweise für den gewerblich-technischen Fachbereich der Hauptschule der Schwerpunkt im mathematisch-naturwissenschaftlichen-technischen Bereich mit den Fächern Mathematik, Physik/Chemie, Technisches Zeichnen und Technisches Werken besonders für Schüler, die über die gewerbliche Fachrichtung der Berufsschule technischen Berufen zustreben.

Im kaufmännisch-verwaltenden Fachbereich sind Voraussetzungen für Vorgänge aus Wirtschaft und Verwaltung notwendig. Es sind Grundkenntnisse des Rechnungswesens, der Mathematik, der Buchführung, der Informationsverarbeitung, Textverarbeitung, Datenverarbeitung, Kurzschrift und des Maschinenschreibens und der Englischen Sprache erforderlich, besonders für Schüler, die über die kaufmännisch-verwaltende Fachrichtung der Berufsschule sich einen Beruf aus Wirtschaft oder Verwaltung wählen.

Der Fachbereich Hauswirtschaft / sozialer Bereich erfordert Kenntnisse aus der Mathematik, Physik/Chemie, Biologie, physikalische, chemische und biologische Einsichten, Einblick in Vorgänge der Ernährungslehre; Entwicklung der Fähigkeiten mit Menschen verständnisvoll umzugehen, um bei notwendiger Betreuung sachkundige Hilfe leisten zu können. Der Weg führt vom Fachbereich der Hauptschule über die hauswirtschaftlich/pflegerische Fachrichtung der Berufsschule in Berufe der Hauswirtschaft, der Ernährung, der Pflege und Betreuung.

Der landwirtschaftlich / gartenbauliche Fachbereich erfordert Kenntnisse der Mathematik, Physik/Chemie, der Betriebslehre, der Bodenkunde, der Pflanzenernährung, der Biologie (Pflanze und Tier) und für den gartenbaulichen Bereich Anleitungen für Nutzgärten und die Gartengestaltung und das für Schüler, die über die Fachrichtung Landwirtschaft und Gartenbau, Berufen in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, im Gartenbau und des Umweltschutzes zustreben.

2.16 Überlegungen zur Neuordnung des kaufmännisch/verwaltenden Fachbereiches der Hauptschule

Im Zusammenhang mit dem kaufmännisch/verwaltenden Fachbereich läßt sich feststellen, daß für diese Berufsrichtung geringe Voraussetzungen im Unterricht der Hauptschule grundgelegt werden. Diese Tatsache wird auch da-

durch bestätigt, daß immer weniger Hauptschüler die Fächer Maschinenschreiben, Kurzschrift und Englische Sprache wählen, weil sie für später keine Anwendung dieser Fertigkeiten erkennen. Die Schwerpunkte des Berufsfeldes Wirtschaft und Verwaltung - Absatzwirtschaft und Kundenbetreuung, Bürowirtschaft und kaufmännische Verwaltung und der Schwerpunkt Recht und öffentliche Verwaltung finden in der Hauptschule nur geringe Grundlegung.

Auch Eltern sind der Meinung, daß die Hauptschule für den kaufmännisch/verwaltenden Fachbereich nur geringe Vorarbeit leistet. Sie entscheiden sich daher für andere weiterführende Schulen, die Wirtschaftsschule oder die Realschule.

Hier ist eine Neubesinnung notwendig, wenn die Hauptschule auch im kaufmännischen Fachbereich leistungsfähig werden soll.

Einen Ausweg könnte die engere Kooperation zwischen Hauptschule und Wirtschaftsschule bilden.

Vermutlich verdankt die Wirtschaftsschule dem fehlenden Ausbau des kaufmännischen Fachbereichs an der Hauptschule ihre heutige Existenz. Es erhebt sich daher die Frage, ob diese Tatsache durch Rücknahme der Wirtschaftsschule an die Hauptschule nicht zu bereinigen wäre. Die Wirtschaftsschule könnte zum dominanten Teil im kaufmännischen Fachbereich der Hauptschule werden, unter Beibehaltung ihrer Berechtigung, des Mittleren Bildungsabschlus-

ses und ihres Vorteils, den erfolgreichen Besuch der Wirtschaftsschule mit einem Jahr auf ein betriebliches Ausbildungsverhältnis in kaufmännischen oder verwaltenden Berufen anzurechnen. Die Hauptschule würde an Gewicht gewinnen und der Wirtschaftsschule ginge nichts verloren. Das Potential der Lehrer würde erweitert. Aus der Wirtschaftsschule stünden Lehrer für wirtschaftskundliche Fächer zur Verfügung, während Lehrer der Hauptschule neben allgemeinbildenden Fächern Unterricht in Mathematik, Physik und Chemie übernehmen könnten.

Hier handelte es sich um eine echte Reform, geeignet das weite Feld der Hauptschule zu ergänzen, Schüler zum Verbleib in der Hauptschule zu veranlassen und die Schullandschaft um zunächst eine Schulart zu vereinfachen.

Mit dieser Möglichkeit einer Kooperation zwischen der 9-jährigen Hauptschule und der 10-klassigen Wirtschaftsschule stellt sich die Frage nach dem Ausbau der Hauptschule zu einer 10-klassigen Schule eigener Art.

V. DIE NEUORDNUNG DER H A U P T S C H U L E

1. Planung einer neuen Struktur der Hauptschule

Ein 10. Vollzeitschuljahr an der Hauptschule

Der Hauptschule wird im Rahmen der Stufen-
ausbildung der Ausbildungsordnung nach
§ 26 des Berufsbildungsgesetzes von 1982¹⁰⁶
die berufliche Grundbildung in einem
10. Vollzeitschuljahr zugewiesen. Diese
Stufe beruflicher Grundbildung gilt als
breite Grundlage für die weiterführende
Fachbildung und als Vorbereitung auf eine
vielseitige berufliche Tätigkeit. Sie soll
Grundfertigkeiten und Grundkenntnisse ver-
mitteln sowie Verhaltensweisen wecken, die
einem möglichst großen Bereich von Tätig-
keiten gemeinsam sind.

Die berufliche Grundbildung übernimmt die
Forderungen des Berufsgrundbildungsjahres
und des Berufsvorbereitungsjahres in sei-
ner inhaltlichen und rechtlichen Festle-
gung. Die Berufsfelder dienen als Mittler
zwischen beruflicher Grundbildung (Haupt-
schule) und beruflicher Ausbildung (Be-
rufsschule).

¹⁰⁶ Vgl. Knopp, Anton und Kraegeloh, Wolfgang:
Berufsbildungsgesetz § 26, Bonn 1982.

Die Lehrinhalte der Fachbereiche (Hauptschule) und der Fachrichtungen (Berufsschule) sind abgestimmt auf die Ausbildungsrichtungen

Technik und Gewerbe

Wirtschaft

Hauswirtschaft und Sozialpflege und

Landwirtschaft

Zur Durchführung der vorstehenden Absicht benötigt die Hauptschule unbedingbar ein 10. Vollzeitschuljahr, da sie mit einer Neuordnung zukünftig wesentlich höhere Anforderungen für eine neue berufspraktische Bildung zu bewältigen hat.

Auch die Neufassung des Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland zur Vereinheitlichung des Schulwesens vom 26. Oktober 1964 (Hamburger Abkommen) befindet in § 2 (2), daß die Ausdehnung der Vollzeitschulpflicht auf ein zehntes Schuljahr zulässig ist.

2. Fachbereiche der Hauptschule und Fachrichtungen der Berufsschule in ihrer gegenseitigen Verflechtung

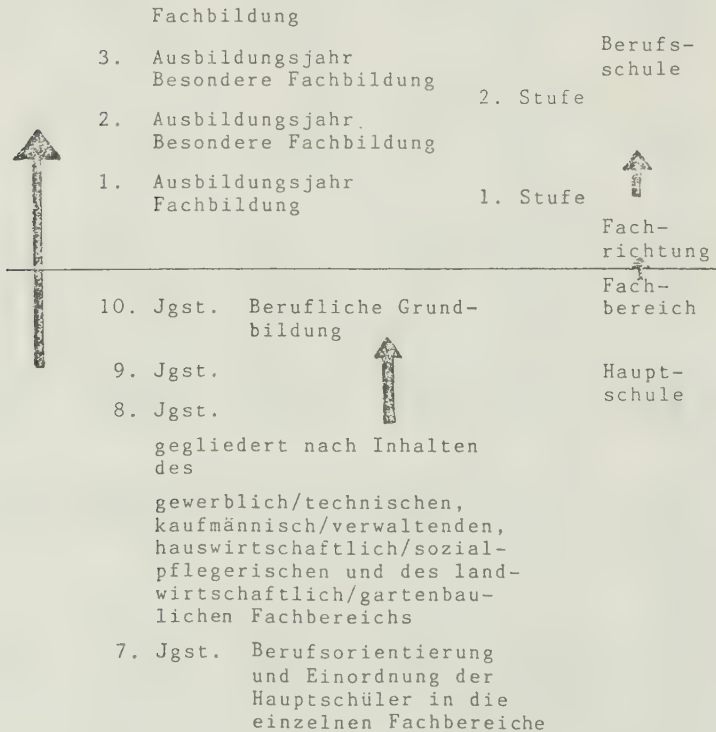
	Technik	Wirtschaft	Hauswirtschaft/ Sozialpflege	Landwirtschaft	
Berufsschule 13. Schuljahr	gewerblich/ technisch	kaufm./ verwaltend	hauswirtschaftl./ sozialpfleg.	landwirtschaftl./ gartenbaul.	Fachrichtung
Berufsschule 12. Schuljahr	gewerblich/ technisch	kaufm./ verwaltend	hauswirtschaftl./ sozialpfleg.	landwirtschaftl./ gartenbaul.	Fachrichtung
Berufsschule 11. Schuljahr	gewerblich/ technisch	kaufm./ verwaltend	hauswirtschaftl./ sozialpfleg.	landwirtschaftl./ gartenbaul.	Fachrichtung
Hauptschule 10. Schuljahr	gewerblich/ technisch	kaufm./ verwaltend	hauswirtschaftl./ sozialpfleg.	landwirtschaftl./ gartenbaul.	Fachbereich
Hauptschule 9. Schuljahr	gewerblich/ technisch	kaufm./ verwaltend	hauswirtschaftl./ sozialpfleg.	landwirtschaftl./ gartenbaul.	Fachbereich
Hauptschule 8. Schuljahr	gewerblich/ technisch	kaufm./ verwaltend	hauswirtschaftl./ sozialpfleg.	landwirtschaftl./ gartenbaul.	Fachbereich
Hauptschule 7. Schuljahr	gewerblich/ technisch	kaufm./ verwaltend	hauswirtschaftl./ sozialpfleg.	landwirtschaftl./ gartenbaul.	Fachbereich

+) Soweit erforderlich - auch Weiterbildung

3. Berufliche Grundbildung der Hauptschule und berufliche Fachbildung der Berufsschule

Auf die berufliche Grundbildung folgt das 1. Jahr der beruflichen Ausbildung an der Berufsschule, als Fachbildung bezeichnet. Diese Fachbildung setzt sich fort bis hin zum 3. Ausbildungsjahr, der Spezialbildung.

Die Stufenausbildung beinhaltet Fortschritt von Stufe zu Stufe, deren zunehmende Erkenntnisse am Ende eines Ausbildungsabschnittes durch Prüfungen nachgewiesen werden.



Aus dieser Planung geht hervor, daß das 10. Vollzeitschuljahr an der Hauptschule keine Verlängerung der Schulzeit bedeutet, sondern aus der Struktur der neuen Hauptschule als notwendig hervorgeht.

Gleichzeitig wird gewährleistet, daß die Zusammenarbeit zwischen der Hauptschule als einer berufspraktisch gerichteten Schule und der darauf aufbauenden Berufsschule unabdingbar wird.

Die Struktur der neuen Hauptschule benötigt (zusätzlich) neue Lerninhalte, welche die Allgemeinbildung (Pflichtfächer und Wahlfächer) und die berufliche Grundbildung in den einzelnen Fachbereichen (Wahlpflichtfächer) neu bestimmen.

Dazu sind L e h r e r erforderlich, welche die Fachbereiche in ihrer besonderen Eigenart und in ihren Zielen abdecken,

Lehrer, welche die Fächer in ihrer Grundlegung und Erschließung für die Gebiete der Fachtheorie und Fachpraxis unterrichten,

Lehrer, welche die Fächer Physik, Chemie, Mathematik, Fachzeichnen, Werken u.a. besonders für den gewerblich/technischen Bereich erschließen,

Lehrer, welche für den kaufmännisch/verwaltenden Bereich Unterricht im Rechnungswesen, der Buchführung, des Wirtschaftsrechts, der Bürowirtschaft, der Verwaltung,

des Maschinenschreibens, der Stenographie
u.a. erteilen und schließlich

Lehrer, welche notwendige Qualifikationen
für den Unterricht im Bereich der Hauswirt-
schaft und der Sozialpflege oder der Land-
wirtschaft erbringen.

So gesehen, ergeben sich für die Hauptschule
Fächer- und Lehrergruppierungen, die auf Be-
rufsrichtungen bezogen sind. Die Hauptschule
kommt damit den Neigungen und Fähigkeiten
ihrer Schüler entgegen, ohne sie auf einen
bestimmten Ausbildungsberuf vorzeitig fest-
zulegen.

Daraus ergeben sich für die Hauptschule die
vier Fachbereiche, die im folgenden als Zwei-
ge der Hauptschule bezeichnet werden und zwar
als

Hauptschule mit gewerblich/technischem Zweig,

Hauptschule mit kaufmännisch/verwaltendem
Zweig,

Hauptschule mit hauswirtschaftlich/pflege-
rischem Zweig und

Hauptschule mit landwirtschaftlich/garten-
baulichem Zweig.

Mit dieser Einteilung folgt die Hauptschule
dem Programmsatz des Art. 128 Bayerische Ver-
fassung: "Die Ausbildung soll nach den Fähig-
keiten und der inneren Berufung der Schüler
gestaltet werden".

"Die Aufgabenstellung der Hauptschule setzt folgerichtig bestimmte Schwerpunkte, und zwar die Berücksichtigung anschaulich - konkreten Denkens und den praktischen Umgang mit den Dingen. Der Gesetzgeber verpflichtet die Exekutive darüber hinaus, e i n d i f - f e r e n z i e r t e s F ä c h e r a n - g e b o t n e b e n d e n P f l i c h t - f ä c h e r n anzubieten. Dies muß an den praktischen Berufen und an den hauptsächlichen Berufsausbildungszielen orientiert sein" (Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz, Art. 6, Vorbemerkungen Ziffer 7) , ohne dabei den Fortschritt der Zeit und ihre Erfordernisse zu übersehen.

4. Die N e u e H a u p t s c h u l e wird zur Berufsfachschule

Die n e u e H a u p t s c h u l e vermittelt eine a l l g e m e i n e B i l d u n g und eine b e r u f l i c h e G r u n d - b i l d u n g in den Berufsfeldern der vier Fachbereiche und bereitet auf eine entsprechende berufliche Tätigkeit vor.

Die H a u p t s c h u l e wird ab der 7 . J a h r g a n g s s t u f e als B e r u f s f a c h s c h u l e geführt. Sie u m f a ß t die J a h r g a n g s s t u f e n 7 mit 10 und baut auf die J a h r g a n g s - s t u f e 6 der H a u p t s c h u l e auf. Sie v e r l e i h t n a c h

b e s t a n d e n e r A b s c h l u ß p r ü -
f u n g d e n m i t t l e r e n S c h u l -
a b s c h l u ß u n d d e n H a u p t -
s c h u l a b s c h l u ß .

An der Hauptschule werden ab Jahrgangsstufe 8
folgende Ausbildungsrichtungen eingerichtet:

1. Ausbildungsrichtung I mit Schwerpunkt im
gewerblich/technischen Bereich,
auf der Grundlage der Berufsfel-
der Metalltechnik, Elektrotechnik,
Bautechnik, Holztechnik, Textil-
technik und Bekleidung, Chemie,
Physik und Biologie, Drucktech-
nik, Farbtechnik und Raumgestal-
tung
2. Ausbildungsrichtung II mit Schwerpunkt im
kaufmännischen Bereich, auf der
Grundlage der Berufsfelder Wirt-
schaft und Verwaltung
3. Ausbildungsrichtung III mit Schwerpunkt im
hauswirtschaftlich ./pflegeri-
schen Bereich, auf der Grundlage
der Berufsfelder Ernährung und
Hauswirtschaft, Gesundheit und
Körperpflege
4. Ausbildungsrichtung IV mit Schwerpunkt im
landwirtschaftlich/gartenbauili-
chen Bereich, auf der Grundlage
des Berufsfeldes Agrarwirtschaft.

Die Hauptschule unterscheidet sich von der Realschule durch die berufliche Grundbildung für Berufe aus den vier Fachbereichen. Sie vermittelt neben der beruflichen Grundbildung allgemeine Bildung. Daneben wird die berufliche Grundbildung und die damit erreichte Vorbereitung für berufliche Tätigkeiten aus den vier Fachbereichen als erstes Jahr der Berufsausbildung angerechnet.

Der Eintritt in die einzelnen Fachbereiche erfolgt nach dem erfolgreichen Besuch der 6. Jahrgangsstufe der Hauptschule.

Nach abgelegter Abschlußprüfung erfolgt die Fortsetzung des Bildungsweges in den Beruf, in die Fachbildung oder nach Verleihung des mittleren Bildungsabschlusses in Berufsfachschulen gewerblicher, kaufmännischer, hauswirtschaftlicher/sozialpflegerischer und landwirtschaftlich/gartenbaulicher Art oder in die Fachoberschule.

"Damit eröffnet die Hauptschule in Verbindung mit dem beruflichen Schulwesen Bildungswege, die zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung, zu weiteren beruflichen Qualifikationen und auch zu einer Hochschulreife führen können".¹⁰⁷

¹⁰⁷ Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG) vom 10. September 1982, Art. 6, Satz 5,

4.1 Eingliederung der Hauptschüler in die einzelnen Fachbereiche

Mit der 7. Jahrgangsstufe beginnt die Hauptschule berufspraktischer Art.

Die 7. Jahrgangsstufe berücksichtigt Fähigkeiten, Neigungen, Fertigkeiten und Leistungen des Schülers und empfiehlt ihm, in Zusammenarbeit mit dem Berufsberater, sich in einen der vier Fachbereiche einzuordnen. Die Schüler werden ab 8. Jahrgangsstufe verstärkt über die in ihrem Fachbereich liegenden Berufsfelder bis zum Ende der 10. Jahrgangsstufe orientiert.

Diesen Weg gehen sämtliche Hauptschüler. Das Berufsvorbereitungsjahr entfällt. Seine Schüler werden in die Fachbereiche über vier Schuljahre durch vorberufliche Grundbildung auf einen Beruf hin vorgebildet. Die Gefahr der Arbeitslosigkeit könnte vermindert werden. Nach der jüngsten Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit hatten die Ende September 1987 gemeldeten Arbeitslosen - 51 Prozent - keine abgeschlossene Berufsausbildung.

4.2 Der Unterricht

Der Unterricht in der Hauptschule weist, wie in allen Schularten, die allgemeinbildenden Fächer aus, wendet sich jedoch verstärkt den für die einzelnen Fachbereiche spezifischen Fächern zu, z.B. für den kaufmännischen Fach-

bereich den Fächern Wirtschaftslehre, Rechnungswesen, Organisation/Datenverarbeitung u.a. und für den gewerblich/technischen Bereich den Fächern Technologie der Mathematik, Mathematik, Physik/Chemie, Fachzeichnen u.a. Diese fachtheoretische Ausrichtung wird begleitet von fachpraktischen Tätigkeiten, gemessen an den Forderungen der einzelnen Berufsfelder (siehe 2.7.3.4).

4.3 Das Praktikum

Um den Bezug zur Berufspraxis zu sichern, ist der Unterricht in der 8., 9. und 10. Jahrgangsstufe jeweils durch ein mehrwöchiges Praktikum zu begleiten.

4.4 Besonderheiten zur Organisation des Unterrichts

Der Unterricht in der 10. Jahrgangsstufe kümmert sich verstärkt um die berufliche Grundbildung, wie sie das Berufsgrundbildungsjahr nach Inhalt und Stundenverteilung (Fachtheorie und Fachpraxis) gegenwärtig praktiziert. (siehe 2.7.3.4)

Der Unterricht erfolgt an drei Tagen in der Woche im Klassenverband und an 2 Tagen in Fachgruppen der Fachbereiche (Vorschlag).

4.5 Die Lehrer

Die neue Hauptschule erfordert Lehrer der Allgemeinbildung und solche, welche Fachtheorie und Fachpraxis der einzelnen Berufs-

felder vertreten.

Die Vielzahl arbeitsloser, allgemeinbildender Lehrer könnte durch weiterbildende Maßnahmen eine neue Bestimmung erfahren, ganz abgesehen von einer Neuordnung der Lehrerbildung hin zum Lehrer für die einzelnen Fachbereiche.

Die neue Lehrerbildung würde entsprechende Impulse erfahren. Für eine Übergangszeit könnten Berufsschullehrer Dienst in der Hauptschule verrichten, die zu einer engeren Verzahnung von Hauptschule und Berufsschule führen könnte.

4.6 Zur Ausstattung der Hauptschule

Für den kaufmännisch/verwaltenden, den hauswirtschaftlich/pflegerischen und den landwirtschaftlich/gartenbaulichen Bereich ist die Ausstattung an notwendigen Geräten im wesentlichen vorhanden, lediglich für den gewerblich/technischen Bereich ist eine Erweiterung vorhandener Werkräume notwendig.

4.7 Die Finanzierung

Die Finanzierung solcher Hauptschulen würde sich unerheblich erhöhen unter gleichzeitiger Verbesserung der Qualität der Hauptschule.

4.8 Über die Einführung einer berufspraktisch gerichteten Hauptschule

Bayern ist das einzige Land, in welchem die Bildungsdauer mit der 9. Jahrgangsstufe endet. Bayerische Bildungspolitikern waren seit jeher der Meinung, daß bei Einführung eines 10. Vollzeitschuljahres, dieses berufspraktisch gerichtet sein muß.

4.8.1 Ein 10. Vollzeitschuljahr in der "Neuen Hauptschule"

Der Verzug der Hauptschule unter den weiterführenden Schulen konnte seither nicht beseitigt werden. Die unterschiedliche Bildungsdauer zwischen den Schularten wird mit einem 10. Vollzeitschuljahr an der Hauptschule nunmehr ausgeglichen.

Ein 10. Vollzeitschuljahr an der Hauptschule könnte die Allgemeinbildung und berufliche Grundbildung so anreichern, daß gute Leistungen der Hauptschüler mit einem Mittleren Bildungsabschluß ausgezeichnet werden könnten. Die Hauptschule als berufspraktische Schule stünde notwendig und ebenbürtig neben Realschule und Wirtschaftsschule.

4.8.2 Ausgleich der unterschiedlichen Bildungsdauer zwischen den Schularten durch Einführung eines 10. Pflichtschuljahres

Mit der Einführung eines 10. Pflichtschuljahres wäre auch die unterschiedliche Bildungsdauer zwischen den allgemeinbildenden Schulen - gerechterweise - ausgeglichen.

G e g e n w ä r t i g e Bildungsdauer

Schuljahr		Schuljahr
13		----- 13
12		----- 12
11		----- 11
10		----- 10
	Real- schule	Gymna- sium
9	-----	
	Haupt- schule	
8		
7		
6		
5		
4	-----	
	Grundschule	

Bildungsdauer - n a c h E i n -
f ü h r u n g eines 10. Pflicht-
schuljahres

Schuljahr

13	-----	13
12	-----	12
11	-----	11
10		10

	Haupt- schule	Real- schule	Gymna- sium	
9				9
8				8
7				7
6				6
5				5
4	-----	-----	-----	4

Grundschule

4.8.3 Übertritt der Hauptschüler in die Be-
rufsschule nach neun und nach zehn Bil-
dungsjahren

Der Weg von der Hauptschule in gehobe-
ne Berufsschularten führt seither nur
über mittlere Schulabschlüsse allge-
meinbildender Schulen.

Mit der Gewährung des mittleren Bil-
dungsabschlusses müßte der Hauptschü-
ler nicht mehr den Weg über die Real-
schule oder das Gymnasium beschreiten,

um über deren mittleren Abschluß, den Weg in das qualifizierte berufliche Schulwesen antreten zu können.

H i e r l i e g t d e r S c h l ü s s e l
f ü r d i e N o t w e n d i g k e i t
d e s m i t t l e r e n B i l d u n g s -
a b s c h l u s s e s a n d e r H a u p t -
s c h u l e .

- 4.8.4 Hauptschüler und Bildungsabschlüsse und die Ergebnisse der besonderen Leistungsfeststellung zum Erwerb des qualifizierenden Hauptschulabschlusses 1986.

Nun ist dem Verfasser durchaus bewußt, daß sich die Zahl der Hauptschüler in leistungsstarke und leistungsschwächere unterscheidet.

Den leistungsstärkeren Hauptschülern steht der Weg durch das qualifizierte berufliche Schulwesen (Fachoberschule u.a.) offen, weniger leistungsfähige Schüler führt der Weg in die Berufsschule und den Beruf.

In diesem Zusammenhang kommt auch der qualifizierende Hauptschulabschluß mit ins Spiel.¹⁰⁸

108 Anmerkung:

Mit der Einführung eines 10. Vollzeitschuljahres an der Hauptschule wäre der Begriff des qualifizierenden Hauptschulabschlusses in qualifizierende Hauptschulprüfung umzubenennen.

Verhältnismäßig niedrig angesetzt, erreichen seither bis zu 50 % (und mehr) der Hauptschüler den qualifizierenden Hauptschulabschluß. Diese Zahl dürfte auch jener Schülerzahl entsprechen, welche den Mittleren Bildungsabschluß erreichen könnte. (Siehe 4.8.4.1)

Die übrigen Hauptschüler setzen ihren Weg durch die Berufsschule fort oder können nach eigenem Entschluß den "Berufsqualifizierenden Bildungsabschluß" nach Maßgabe des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus anstreben oder sich nur dem Beruf verschreiben.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ergebnisse der besonderen Leistungsfeststellung zum Erwerb des qualifizierenden Hauptschulabschlusses 1986.

Regierung von O B E R F R A N K E N

Ergebnisse der besonderen Leistungsfeststellung

zum Erwerb des qualifizierenden Hauptschulabschlusses 1986

1. Schüler der Hauptschule (deutsche und ausländische Schüler)

1.1 Teilnehmer und Notenverteilung

Schuljahr 1985/86	Schüler in Jahrgangs- stufe 9 (Hauptschule)	Teilnehmer an der besonderen Leistungsfest- stellung	qualifizierender Hauptschulabschluß		Verteilung der Gesamtpunktzahlen beim Erreichen qual. Hauptschulabschlusses		
			erreicht 3	nicht erreicht 4	Note 1	Note 2	Note 3
Spalte	1	2			5		
absolute Zahlen	60708	51453	37761	13692	1281	18659	17823
	6454	5499	3907	1592	144	1899	1864
Angaben in %	-	84,75	73,39	26,61	3,39	49,42	47,19
	-	85,20	71,05	28,95	3,69	48,60	47,71
In Bezug auf			62,20	Gesamt- durchschnitts note	2,44		
Spalte 1			60,53		2,44		

Diese Feststellungen wecken Hoffnungen, daß nunmehr auch der Hauptschüler mit dem mittleren Abschluß höherwertige Qualifikationen erreichen kann, sei es über den Weg der Fachoberschule zur Fachhochschule oder nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung über die Berufsoberschule und die fachgebundene Hochschulreife zur Hochschule oder für andere Hauptschüler (ohne qualifizierende Hauptschulprüfung und mittleren Abschluß) über den Weg, der im Abschluß an eine Berufsausbildung offensteht, den Beruf des Meisters, Technikers u.a. zu erreichen, ganz abgesehen davon, daß an Technikerschulen der Erwerb der Fachschulreife möglich ist, die wiederum Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Prüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife zuläßt.

4.9 Rechtsetzung

Diese Neuordnung der Hauptschule ist rechtlich möglich. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 19. Februar 1976 - Staatsanzeiger Nr. 10, KMB1. S. 59 "Weiterentwicklung der Volksschulorganisation" befindet u.a.:

"Ziffer 1.2 Ziel der Weiterentwicklung der Volksschulorganisation ist die optimale schulische Versorgung aller Schüler.

Hinter diesen pädagogischen Erfordernissen haben andere Überlegungen zurückzustehen. Aus diesem Grunde stellen weder die Grenzen der Gemeinden, Landkreise und Regierungsbezirke Hindernisse dar, noch sind Gebietsverände-

rungen Anlaß zu automatischen schulorganisations-
torischen Änderungen ..."

4.10 Beseitigung des Bedeutungsverlustes der Hauptschule

Der Deutsche Ausschuß stellt u.a. fest, daß die gegenwärtige Schülerzusammensetzung der Hauptschule vorwiegend durch Auslese zustandekommt und nicht aufgrund einer besonderen Art der Begabung.

In der Hauptschule befinden sich Schüler, die nicht in Realschulen oder Gymnasien übergetreten sind oder von dort wieder zurückkehren und aus den wenigen, welche in der Hauptschule von vorneherein verblieben. Unter ihnen ist ein hoher Anteil an Ausländerkindern.

Daraus resultiert der Bedeutungsverlust der Hauptschule. "Je stärker der Bedeutungsverlust der Hauptschulqualifikation, desto gravierender die soziale Abwertung der Hauptschule, je schlimmer die Abwertung, desto geringer die Schülerpopulation, je weniger Schüler, desto homogener der Rest, je stärker dieser Minderheitscharakter, desto höher der Bedeutungsverlust ...".¹⁰⁹

¹⁰⁹ Gudjons, H.: Hauptschule - wohin? In Westermanns Pädagogische Beiträge.
Braunschweig, Heft 2 (1982), S. 47.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsache wird daher vorgeschlagen, daß jede Schulart für die von ihr aus der Hauptschule aufgenommenen Schüler zukünftig selbst verantwortlich ist, d.h. jede Schulart ist verantwortlich für die Bildung ihrer Schüler bis zu deren Eintritt in das Berufsleben und damit in die Berufsschule. Von einer Rücküberweisung ihrer leistungsschwachen Schüler in die Hauptschule ist nunmehr Abstand zu nehmen.

Damit wird der Begriff Hauptschule als Restschule zukünftig als ad absurdum geführt.

Dagegen wird gegen den Übertritt von Schülern der Grund- und Hauptschule in andere weiterführende Schulen kein Einwand erhoben.

4.11 Die neue zukunftsorientierte Hauptschule in Übersicht und Erläuterung

Nachstehende Übersicht und die dazugehörige Erläuterung fassen die bisherigen Aussagen über die berufspraktischen Bildungswege einer neuen zukunftsorientierten Hauptschule noch einmal zusammen.

Nach der 6. Jahrgangsstufe erfolgt der Eintritt in die 7. Jahrgangsstufe der differenzierten Hauptschule.

In der 7. Jahrgangsstufe erfolgt die allgemeine Berufsorientierung durch Schule und Berufsberatung und die Einweisung in einen der vier Fachbereiche gewerblich/technisch, kaufmännisch/verwaltend, hauswirtschaftlich/pflegerisch und landwirtschaftlich/gartenbaulich.

Die 8. Jahrgangsstufe vermittelt Einblick in den jeweiligen Fachbereich und seine Berufsfelder im Sinne erster berufsvorbereitender Maßnahmen.

Der Unterricht umfaßt einen allgemeinbildenden (berufsfeldübergreifenden) und einen berufsfeldbezogenen - fachtheoretischen und fachpraktischen - Lernbereich.

Im allgemeinbildenden Lernbereich werden die Lernziele und Lerninhalte der vorausgehenden Jahrgangsstufe fortgeführt. Im berufsfeldbezogenen - fachtheoretischen und fachpraktischen - Lernbereich sind erste Lernziele und Lerninhalte auf die entsprechende Grundbildung des Fachbereichs auszurichten. Bei der Bestimmung der Lernziele ist die Fortführung der allgemeinbildenden, der fachtheoretischen und fachpraktischen Bildung zu berücksichtigen.

Es besteht die Möglichkeit in einen anderen Fachbereich zu wechseln.

Die 9. Jahrgangsstufe setzt den Unterricht der 8. Jahrgangsstufe fort.

Der Schüler entscheidet sich für ein Berufsfeld und einen in ihm verzeichneten anerkannten Ausbildungsberuf.

Der Unterricht erfüllt die Stundenverteilung nach den berufsfeldbezogenen Rahmenlehrplänen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland wie sie für die einzelnen Berufsfelder (bisher) vorgeschrieben ist.¹¹⁰ Der Wechsel in einen anderen Fachbereich ist möglich. Der Unterricht widmet sich verstärkt der beruflichen Grundbildung. (Siehe auch 2.7.3.4)

Die 9. Jahrgangsstufe bereitet auf die qualifizierende Hauptschulprüfung vor, die allgemeinbildende und auf den Fachbereich bezogene fachpraktische Fächer neben berufspraktischen Leistungen prüft. Die Teilnahme an dieser Prüfung ist freiwillig. Es besteht die Möglichkeit, die qualifizierende Hauptschulprüfung im 10. Bildungsjahr nachzuholen.

Diese qualifizierende Hauptschulprüfung ist eine Vorstufe für den mittleren Bildungsabschluß der 10. Jahrgangsstufe.

¹¹⁰ Vgl. Berufsgrundbildungs-Anrechnungs-Verordnung vom 17. Juli 1978 (BGBl. I S. 1061).

Die 10. Jahrgangsstufe setzt den Unterricht der 9. Jahrgangsstufe fort.

Die Schüler haben sich für einen anerkannten Ausbildungsberuf entschieden. Sie werden zum Zwecke der beruflichen Grundbildung eines Fachbereichs in eigene Fachklassen zusammengefaßt. Das 10. Bildungsjahr bereitet mit seinen Lernzielen auf die nachfolgende Fachbildung vor.

Die 10. Jahrgangsstufe endet mit einer Abschlußprüfung und vergibt den berufspraktischen Hauptschulabschluß und den berufspraktischen mittleren Abschluß in einem Fachbereich.

Der Hauptschulabschluß in einem der vier Fachbereiche wird mit einem Jahr auf eine Berufsausbildung angerechnet.

Anzumerken ist, daß in der 8. und 9. Jahrgangsstufe ein Wechsel von einem Fachbereich in einen anderen aus Gründen später erkannter Neigungen und Interessen oder Fähigkeiten und Fertigkeiten oder anderen einsichtigen Gründen möglich ist.

4.12 Übertritt in das berufliche Schulwesen nach Abschluß der 10. Jahrgangsstufe

Hauptschüler setzen ihren Bildungsweg durch das berufliche Schulwesen fort und zwar in der

Gewerblichen Berufsschule
Kaufmännischen Berufsschule
Hauswirtschaftlichen Berufsschule
Landwirtschaftlichen Berufsschule oder in
Berufsfachschulen.

Diese Berufsschulen ergänzen die betriebliche Ausbildung.

Die Berufsschule als Grundtyp ist eine Pflichtschule, d.h. die Kenntnisse aus einem Fachbereich der Hauptschule werden in der entsprechenden Fachrichtung der Berufsschule fortgeführt. Die Ausbildung erfolgt in allen Ausbildungsjahren im Dualen System, gebunden an zwei Lernorte, den Betrieb und die Berufsschule.

Daneben tritt die schulische Berufsausbildung, d.h. für Berufe, die nur in berufsbildenden Schulen gelernt werden können, z.B. Kinderpflegerinnen, Pharmazeutisch-Technische Assistentinnen u.a. Hier handelt es sich vorwiegend um Berufsfachschulen der gewerblichen, kaufmännischen, hauswirtschaftlich/pflegerischen und der landwirtschaftlichen Fachrichtung. In diesen Bereich fällt auch die Wirtschaftsschule.

Die Berufsfachschulen setzen unterschiedliche Bildungsabschlüsse voraus, den Hauptschulabschluß, die qualifizierende Hauptschulprüfung oder den mittleren Bildungsabschluß. (Siehe: Bayerisches Erziehung- und Unterrichtsgesetz vom 10. September 1982, Art. 12, Vorbemerkungen, Ziff. 2).

Hauptschüler, die bereits den mittleren Bildungsabschluß erreicht haben, können in die Fachoberschule ihrer Ausbildungsrichtung überwechseln.

Die Fachoberschule ist eine zweijährige Vollzeitschule, mit den Jahrgangsklassen 11 und 12. Sie soll eine allgemeinbildende Schule sein, die fachtheoretische und fachpraktische Lerninhalte der jeweiligen Ausbildungsrichtung vermittelt, der Technik, der Agrarwirtschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Rechtspflege, Sozialwesen, Gestaltung. Sie gehört in das Berufsschulwesen. Der Eintritt in die Fachoberschule war bisher nur über den Realschulabschluß, die Oberstufenreife eines Gymnasiums, nach Abschluß einer mindestens dreijährigen Wirtschaftsschule oder mit der Fachschulreife nach abgeschlossener Berufsausbildung in Verbindung mit dem mittleren Schulabschluß möglich, das bedeutet, daß der Eintritt in die Fachoberschule für einen Hauptschüler ohne vorherige Berufsausbildung nur über den Umweg über andere weiterführende Schulen mit mittlerem Bildungsabschluß möglich war. Der Hauptschüler war gezwungen, die Hauptschule für einen qualifizierten beruflichen Werdegang zu verlassen. Nach der Neuen Hauptschule kann der Hauptschüler nunmehr fachtheoretisch und fachpraktisch vorgebildet, direkt in die Fachoberschule überwechseln. Gleichzeitig beugt diese Möglichkeit einer Überlastung der Gymnasien und Realschulen vor, mit Hauptschülern, deren Interessen vorwiegend berufspraktisch gerichtet sind.

Die Fachoberschule ist die eigentliche Ausgangsbasis für den Besuch der Fachhochschule mit der Möglichkeit - nach entsprechenden Voraussetzungen - das Studium an einer allgemeinen Hochschule fortzusetzen.

Daneben ermöglicht der mittlere Bildungsabschluß den Übertritt in entsprechende Übergangsklassen und Anschlußklassen bestimmter Gymnasien (Sozialwissenschaftliche, Wirtschaftswissenschaftliche Gymnasien u.ä.).

Damit käme der Gesetzgeber seiner eigenen im Art. 6 Satz 5 des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes vom 10. September 1982 ausgesprochenen Festlegung nach, "daß die Hauptschule in Verbindung mit dem beruflichen Schulwesen Bildungswege eröffnet, die zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung, zu weiteren beruflichen Qualifikationen und auch zu einer Hochschulreife führen können".

Auch die nachstehenden Bildungswege eröffnen ähnliche Möglichkeiten - nach erfolgter (vorheriger) Berufsausbildung.

Unter ihnen nimmt der Besuch der Berufsaufbauschule eine Mittelstellung ein.

"Die Berufsaufbauschule vermittelt eine über das Ziel der Berufsschule hinausgehende allgemeine und fachtheoretische Bildung; zusammen mit einer einschlägigen abgeschlossenen Berufsausbildung wird nach bestandener Abschluß-

prüfung die F a c h s c h u l r e i f e verliehen. Ihr Besuch setzt den qualifizierenden Abschluß (neu: Qualifizierende Hauptschulprüfung) der Hauptschule oder eine überdurchschnittliche berufliche Qualifikation (Durchschnitt besser als 2,5) voraus".¹¹¹

"Die Fachschulreife berechtigt zum Besuch der Fachoberschule (Art. 15), der Berufsoberschule (Art. 16), der Fachakademie (Art. 17) und des Kollegs (Art. 18); die Fachschulreife ist ein mittlerer Schulabschluß".¹¹²

Berufsaufbauschulen sind entweder an einschlägigen Berufsschulen oder mindestens zweijährigen Berufsfachschulen angegliedert.

Die Berufsaufbauschule ist eine Grundlage für den beruflichen Aufstieg.

Der fachliche Bezug der Berufsaufbauschulen zur Berufsausbildung bedingt eine Untergliederung in Fachrichtungen:

Allgemein - gewerbliche Fachrichtung
gewerblich - technische Fachrichtung
kaufmännische Fachrichtung
hauswirtschaftlich - pflegerische und
sozialpädagogische Fachrichtung
landwirtschaftliche Fachrichtung,

¹¹¹ Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz vom 10. September 1982, Art. 11, Ziff. 1.
Die Berufsaufbauschule.

¹¹² a.a.O.: Art. 19, Vorbemerkungen, Ziff. 1.

Die Fachbereiche der neuen Hauptschule haben für diese Fachrichtungen bereits gute Vorarbeit geleistet.

In diesem Organisationsbereich sind auch die neuen Planungen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus von 1987 angesiedelt. Danach sind "die Hauptschule und das darauf aufbauende berufliche Schulwesen als eine einheitliche, in sich schlüssige Schullaufbahn zu sehen, die gleichwertig neben den anderen Schullaufbahnen steht und qualifizierten Hauptschülern die Erlangung eines mittleren Bildungsabschlusses ermöglicht, den qualifizierten beruflichen Bildungsabschluß".¹¹³

Diese Regelung betrifft nach den Planungen der neuen Hauptschule vorwiegend jene Schüler, welche am Ende der Hauptschulzeit den mittleren Schulabschluß nicht nachweisen, jedoch nach vorheriger Berufsausbildung mit Hilfe der Fachschulreife ihren Bildungsweg durch das qualifizierte berufliche Schulwesen fortsetzen wollen.

¹¹³ Zehetmair, Hans: Rede des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus anläßlich der Landesversammlung des Bayerischen Schulräteverbandes am 23. Oktober 1987 in Passau, S. 5.

Diese Forderungen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus sind insofern zu bejahen, als die Anforderungen im Beruf sich ständig erhöhen und die Konkurrenz im Arbeitsleben, mit Schülern aus Realschule und Gymnasium sich zusehends verschärft, ganz abgesehen von Maßnahmen, die laufend auf die Hauptschule zukommen, wie z.B. gegenwärtig die Einführung des Informatikunterrichts u.a.,

Die Hauptschule eröffnet damit mehrere Möglichkeiten, den Bildungsweg im beruflichen Schulwesen fortzusetzen:

Über den Weg des mittleren Bildungsabschlusses,

über den Weg des qualifizierten beruflichen Bildungsabschlusses und

schließlich über den normalen Bildungsweg Hauptschule, Berufsschule und Betrieb.

Anmerkung:

Ergänzend ist allerdings festzustellen, daß dieser qualifizierte berufliche Bildungsabschluß im Bereich der Berufsschule angesiedelt ist. Er ändert an der Struktur der Hauptschule nicht das geringste. Er gilt sowohl für Hauptschüler als auch für Schüler aus anderen weiterführenden Schulen, den Realschulen, Gymnasien und Berufsschulen. Dieser qualifizierte berufliche Bildungsabschluß gilt für Berufsschüler generell. Der Hauptschüler mit neun Schulbesuchsjahren muß derzeit in Wettbewerb mit beruflich vorbereiteten Schü-

lern der zehnklassigen Realschule, mit Gymnasien bis zum Abitur treten. Die Konkurrenz ist groß. Die Anforderungen des qualifizierten beruflichen Bildungsabschlusses sind erheblich. Er wird Schülern zuerkannt, die das Zeugnis einer abgeschlossenen, mindestens zweijährigen Berufsausbildung mit einer Durchschnittsnote von mindestens 2,5 und entweder den qualifizierenden Hauptschulabschluß oder den erfolgreichen Berufsschulabschluß mit einer Durchschnittsnote von mindestens 2,5 erworben haben.

Dem Hauptschüler verbleibt lediglich die Chance, einer aus der Vielzahl der Berufsschüler zu sein, der dieses Angebot erreichen kann.

4.13 Vorteile der neuen Hauptschule

Die Neuordnung der Hauptschule, berufspraktisch und zukunftsorientiert gerichtet, löst viele anstehende Probleme der herkömmlichen Hauptschule.

Die neue Hauptschule wird durch Erweiterung um ein zehntes Schuljahr und ihre zukünftige Differenzierung vom Stoffdruck befreit. Die Aufgaben der Berufsorientierung verteilen sich auf vier Fachbereiche auf die Dauer von vier Jahrgangsstufen (7., 8., 9. und 10. Jahrgangsstufe). Durch den Gewinn eines zehnten Schuljahres verbleibt der Allgemeinbildung und der vorberuflichen Bildung mehr Zeit für eine gründlichere Durchdringung anstehender

Probleme, deren Lösung, Vertiefung und Sicherung ihrer Arbeitsergebnisse. Daneben bleibt Zeit für die Bewältigung neuer Aufgaben, z.B. des Informatikunterrichts, der mit Vehemenz auf die Schule zukommt. Bildungswege des Hauptschülers werden vereinfacht. Umwege durch andere weiterführende Schulen für den Übergang in das qualifizierte berufliche Schulwesen sind zwar weiterhin möglich, erübrigen sich jedoch mehr und mehr. Jugendliche sind zukünftig nicht mehr auf die Wahl von zufälligen Ausbildungsberufen angewiesen, sondern können jene Ausbildungsberufe wählen, auf die sie über vier Jahre in den einzelnen Hauptschulzweigen orientiert und vorbereitet worden sind.

Die Neuordnung der Hauptschule berücksichtigt die Forderung von Bildungspolitikern, von Staat und Gesellschaft nach berufspraktischer Bildung des Hauptschülers. Sie erfüllt Aufgaben, die den Anforderungen einer hochindustrialisierten Gesellschaft und deren Verantwortung entsprechen und weit in das nächste Jahrtausend hineingreifen. Die neue Hauptschule wird durch berufspraktische Bildung eine Schule der Zukunft.

Die neue Hauptschule ist eine Schule, die praktische Leistungen entwickelt und Wege zu qualifizierten beruflichen Einrichtungen öffnet.

Sie gewinnt an Bedeutung und mit ihr die Organisation des dreigliedrigen Schulwesens.

4.14 Schlußbemerkungen

Durch die neue Hauptschule erübrigen sich Schulversuche wie sie bisher zur Verbesserung der Hauptschulverhältnisse eingebracht werden,

- wie Besondere 10. Klassen an Realschulen,
- ein 10. Vollzeitschuljahr an Hauptschulen, aufgestockt auf ein 9. Schuljahr der herkömmlichen Hauptschule,
- die Integrierte Hauptschule/Realschule,
- die Gesamtschule und
- die Wirtschaftsschule.

Selbst das Berufsgrundbildungsjahr schulisch und kooperativ und das Berufsvorbereitungsjahr würde in die vorberufliche Grundbildung der Hauptschule eingehen. Schüler, selbst solche von Ausländern, würden neu motiviert. Eltern gewannen wieder Vertrauen in die Hauptschule als einer neuen Schule der berufspraktischen Bildung.

Lehrer erhielten neue überschaubare Aufgaben, solche - wie bisher - der Allgemeinbildung als auch solche einer notwendigen vorberuflichen Bildung, ausgerichtet auf Fachbereiche und Fachrichtungen.

Die Lehrerbildung erhielt für eine zweckdienliche Ausbildung neue Impulse.

Die Entscheidung der Bildungskommission vom 13. Januar 1975, S. 187 ließe sich neu beantworten: Das 10. vollzeitliche Bildungsjahr ist für diejenigen Jugendlichen, die keine Realschulen und Gymnasien besuchen, an Hauptschulen einzurichten. Weiterhin hat die Berufsgrundbildung einen mittleren Schulabschluß erreichen zu lassen und ist für alle auf die Berufsausbildung anzurechnen. Denn, " d i e H a u p t s c h u l e soll nach dem Bericht der Bildungskommission vom 13. Januar 1975 - neben den anderen weiterführenden Schulen a l s e i n e a n d e r s a r t i g e aber g l e i c h w e r t i g e S c h u l - f o r m geführt werden".

Die Wirtschaft erhielte gründlicher vorbereitete junge Menschen, die in der Lage sind, Vorgänge der Wirtschaft und der Technik besser zu durchschauen und zu handhaben.

D i e G e s e l l s c h a f t v e r l a n g t von der Hauptschule Jugendliche, die allgemein und berufspraktisch gebildet und auf die Zukunft hin orientiert sind. Nur so läßt sich das Dilemma der Hauptschule beseitigen und sie zu einer gleichwertigen Schulart neben den anderen weiterführenden Schulen werden.

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

I. Abkommen, Gesetze, Vereinbarungen, u. a. von Bund und Ländern.

1. Bund
2. Länder

1. Bund

Bund - Länder - Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung:

Neufassung des Abkommens zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens (vom 28. Oktober 1964) - "Hamburger Abkommen" - mit Ergänzungsabkommen (vom 31. Oktober 1968) und Änderungsabkommen (vom 14. Oktober 1971).

- : Gemeinsames Ergebnisprotokoll betreffend das Verfahren bei der Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen im Bereich der beruflichen Bildung zwischen der Bundesregierung und den Kultusministern (-senatoren) der Länder vom 30 Mai 1972.
- : Bildungsgesamtplan Band I vom 15. Juni 1973.
- : Berufsgrundbildungsjahr. Bericht über eine Auswertung von Modellversuchen. Stuttgart 1979.
- : Modellversuche mit Gesamtschulen - Auswertungsbericht der Projektgruppe Gesamtschulen. Bonn 1982.

Bundesregierung Bonn:

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949.

- : Bildungsbericht '70. Die bildungspolitische Konzeption der Bundesregierung. Bonn 1970.
- : Bericht über die strukturellen Probleme des föderativen Systems vom 28. Januar 1978.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn:

Die anerkannten Ausbildungsberufe mit Verzeichnis der zuständigen Stellen nach dem Berufsbildungsgesetz. Bielefeld 1973.

--: Anrechnungsverordnung für Ausbildungsberufe

BGBI. I 40 vom 17. Juli 1978

BGBI. I 44 vom 20. Juli 1979

BGBI. I 31 vom 20. Juli 1980

BGBI. I 34 vom 02. Juli 1980.

--: Bericht der Bundesregierung über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems. Bonn 1978.

--: Rahmenvereinbarung über die Zahl der Unterrichtsstunden (BGBI. I vom 17. Juli 1978).

--: Verordnung über die Anrechnung auf die Ausbildungszeit in Ausbildungsberufen der gewerblichen Wirtschaft und Anrechnung des Besuchs eines schulischen Berufsgrundbildungsjahres und einer einjährigen Berufsfachschule. Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungsverordnung vom 17. Juli 1978 (BGBI. I S. 1061).

--: Das Berufsgrundbildungsjahr. Bonn 1983.

Deutscher Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen:

Folge 3: Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden Schulwesens. Stuttgart 1959.

--: Folge 5: Zur Diskussion des Rahmenplans. Kritik und Antwort. Stuttgart 1960.

--: Folge 7/8: Empfehlungen zum Aufbau der Hauptschule. Gutachten über das berufliche Ausbildungs- und Schulwesen. Stuttgart 1968.

Deutscher Bildungsrat. Empfehlungen der Bildungskommission:

Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen. Verabschiedet auf der 19. Sitzung der Bildungskommission am 30./31. Januar 1969.

--: Zur Neugestaltung der Abschlüsse im Sekundarschulwesen. Verabschiedet auf der 20. Sitzung der Bildungskommission am 7./8. Februar 1969.

Deutscher Bildungsrat. Empfehlungen der Bildungskommission:

Gutachten und Studien der Bildungskommission - Band 2.
Die Gliederung des Deutschen Schulwesens. Stuttgart
1968.

- : Gutachten und Studien der Bildungskommission - Band 3.
Differenzierung im Sekundarschulwesen. Stuttgart 1969.
- : Gutachten und Studien der Bildungskommission - Band 12.
Lernziele der Gesamtschule. Stuttgart 1969.
- : Die bildungspolitische Konzeption der Bundesregierung
(Bildungsbericht 1970).

Deutscher Bildungsrat. Empfehlungen der Bildungskommission
1967 bis 1969. Stuttgart 1970.

- : Strukturplan für das Bildungswesen. Verabschiedet auf
der 27. Sitzung der Bildungskommission am 13. Februar
1970. Stuttgart 1970.
- : Zur Neuordnung der Sekundarstufe II. Konzept für eine
Verbindung von allgemeinem und beruflichem Lernen. Ver-
abschiedet auf der 38. Sitzung der Bildungskommission
am 13./14. Februar 1974 in Bonn.
- : Empfehlungen der Bildungskommission zur Förderung
praxisnaher Curriculumentwicklung. Stuttgart 1974.
- : Bericht '75 - Entwicklungen im Bildungswesen. Ver-
abschiedet auf der 48. Sitzung der Bildungskommission
am 13. Juni 1975. Bonn 1975.
- : Bericht '75 - Entwicklungen im Bildungswesen. Kurz-
fassung: Daten, Veränderungen, Vorschläge. Verab-
schiedet auf der 48. Sitzung der Bildungskommission
am 13. Juni 1975. Stuttgart 1975.

Deutscher Bundestag, Bonn:

Bericht der Bundesregierung über die strukturellen
Probleme des föderalistischen Bildungssystems.
8. Wahlperiode, Drucksache 8/1551 vom 23. Februar
1978.

- : Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes, 9. Wahl-
periode, Drucksache 9/2012 vom 21. Oktober 1982.

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK). Empfehlungen und Vereinbarungen, Bonn:

2. Rahmenvereinbarung über die Berufsaufbauschule.
(Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 04.
Februar 1965).

- : Übergänge von einer Schulart in die andere. (Beschluß der Kultusministerkonferenz i. d. F. vom 23. März 1966).
- : Vereinbarung über die Höheren Wirtschaftsschulen. (Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 14./15. Juni 1966).
- : Rahmenvereinbarung über die Fachoberschule. (Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 06. Februar 1969).
- : Empfehlungen zur Hauptschule. (Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 03. Juli 1969).
- : Fragen der Lehrerbildung (Erklärung der Kultusministerkonferenz vom 10./11. Dezember 1970).
- : Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung vom 05. Februar 1971 - mit Übereinkommen zwischen der Bundesanstalt für Arbeit und der Kultusministerkonferenz vom 12. Februar 1971.
- : Rahmenvereinbarung zur koordinierten Vorbereitung, Durchführung und wissenschaftlichen Begleitung von Modellversuchen im Bildungswesen vom 07. Mai 1971.
- : Gegenseitige Anerkennung der an integrierten Gesamtschulen erworbenen Zeugnisse. (Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 11. Oktober 1972).
dazu: Ergänzung der Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung der an Gesamtschulen erworbenen Zeugnisse. (Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 24. Juni 1977).
- : Rahmenvereinbarung über das Berufsgrundbildungsjahr. (Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 06. September 1973).
- : Vereinbarung über die Orientierungsstufe (Klasse 5 und 6). (Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 28. Februar 1974).
- : Bezeichnungen zur Gliederung des beruflichen Schulwesens. (Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 03. Dezember 1975).

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK). Empfehlungen und Vereinbarungen, Bonn:

Gleichwertigkeit mit den Zeugnissen der Fachhochschulreife. (Beschluß der Kultusministerkonferenz, vom 04. November 1976).

- : Empfehlung zur Ausgestaltung der beruflichen Grundbildung in Berufsfachschulen. (Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 14. Oktober 1977).
- : Rahmenvereinbarung über das Berufs-Grundbildungsjahr. (Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 19. Mai 1978).

2. Länder

Bayern:

Verfassung des Freistaates Bayern vom 26. Oktober 1946.

Bayerischer Landtag: Drucksache 9/9511 vom 23. September 1981, 9. Wahlperiode.

Entwurf eines Gesetzes über das Schulwesen in Bayern. (Bayerisches Schulgesetz - BaySchG).

- : Plenarprotokoll 9/116 vom 03. März 1982. Antwort des ehemaligen Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus, Professor Hans Maier auf die Interpellation der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag zum Schulwesen in Bayern in der Sitzungswoche vom 02. März bis 05. März 1982.
- : Schriftreihe der CSU-Fraktion, Band XI. Das Schulwesen in Bayern - Fragen und Antworten. München 1982.

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München:

Allgemeine Schulordnung (ASCHO) mit den ergänzenden Bestimmungen für die Realschulen vom 02. Oktober 1973 in der Fassung der Verordnung vom 05. April 1978. (GVBl. S. 178).

- : Allgemeine Schulordnung (ASCHO) vom 02. Oktober 1973 in der Fassung der Verordnung vom 17. Juli 1976. (GVBl. S. 311).

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus,
München:

Bayerisches Gesetz über das berufliche Schul-
wesen vom 15. Juni 1972. (GVBl. S. 189).

- : Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und
Unterrichtswesen (BayEUG) vom 10. September
1982. München (GVBl. S. 743).
- : Bayerisches Gesetz über die Organisation der
Volksschulen (Schulorganisationsgesetz SCHOG)
vom 08. August 1958 in der Fassung vom 26. Januar
1961 (GVBl. S. 35/1961).
- : Bayerisches Gesetz über die Schulverwaltung,
Schulverbände und die Gastschulverhältnisse an
Volksschulen vom 26. Januar 1961 (GVBl. S. 35/1961).
- : Bayerisches Schulpflichtgesetz vom 15. April 1969
(GVBl. 1969, S. 97) geändert durch Gesetz vom
30. Juli 1970, vom 27. Juli 1971, vom 24. Juli
1977 und vom 13. Juni 1978.
- : Bayerisches Volksschulgesetz (VoSchG) vom 01. Januar
1967, geändert mit Wirkung vom 01. Mai 1969 in der
Fassung der Bekanntmachung vom 02. Mai 1977 (GVBl.
1977, S. 239) und vom 25. April 1978 (GVBl. 1978,
S. 498).
- : Bayerisches Volksschulgesetz in der Fassung der
Bekanntmachung vom 02. Mai 1977. Kommentar: Müller,
Ludwig, Hrsg.
- : Bekanntmachung über die Aufnahme von Hauptschülern
mit qualifizierendem Abschluß in die Realschule
vom 29. April 1970 (KMBI. I 1970, S. 247).
- : Bekanntmachung über das Berufsgrundbildungsjahr in
vollzeitlicher Form (Berufsvorbereitungsjahr) vom
01. August 1978, Nr. III B 2 - 13/113 954.
- : Bekanntmachung über die Besondere 10. Realschul-
klasse vom 18. Oktober 1982 (KMBI. I 1982, S. 459)
- : Bekanntmachung über die Einführung des Betriebs-
praktikums für Hauptschüler vom 06. August 1987,
Nr. III/8 - 4/67 305.
- : Bekanntmachung über die Zusammenarbeit zwischen
Hauptschule und Berufsschule vom 28. März 1980,
Nr. III A 4 - 13/43 510.

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus,
München:

Besondere Bestimmungen für die Leistungsfeststellung
des qualifizierenden Hauptschulabschlusses (8. Änderungs-
verordnung vom 15. Juli 1982, KMBL I 1982,
S 246).

- : Bildung und Wissenschaft in Zahlen 1982, Bildungs-
statistik, Reihe A, Heft 13. München, Oktober 1982.
- : Der richtige Weg für mich. München 1976, 1980 und
1984/85.
- : Gegliedertes Schulwesen - statt integrierte Gesamt-
schule. In: Stichwort Nr. 4, München 1982.
- : Jedem eine Chance, Informationen über Schulwesen
und Ausbildungsförderung in Bayern. München 1970.
- : Lehrpläne für das Berufsgrundbildungsjahr, Berufs-
feld Elektrotechnik. München, September 1977.
- : Pressereferat: Information über die Besondere
10. Klasse der Realschule - Beweis für die Durch-
lässigkeit des gegliederten Schulwesens vom
19. Januar 1983.
- : Pressereferat: Information zur Schulberatung (KMBL.
Nr. 7/1978). Übertritt von Hauptschülern mit quali-
fizierendem Hauptschulabschluß in höhere Jahrgangs-
stufen der Wirtschaftsschulen.
- : Schulreform in Bayern, Band I Lehrpläne für die
Grundschule, Orientierungsstufe und Hauptschule.
München 1970.
- : Schulversuche zur Erprobung der Orientierungsstufe
(KMBek. vom 06. Dezember 1973, KMBL 1974, S. 240).
- : Übertritt von Hauptschülern mit qualifizierendem
Hauptschulabschluß in höhere Jahrgangsstufen von
Wirtschaftsschulen. In: Schulberatung KM-Beiblatt
Nr. 17, 1978.
- : Verordnung über die Anrechnung von Ausbildungs-
zeiten in den Ausbildungsberufen der gewerblichen
Wirtschaft und Anrechnung des Besuches ähnlicher
Schulen im Berufsgrundbildungsjahr (GVBl. I vom
28. September 1978).

Hessen:

Hessischer Kultusminister:

Bildungswege in Hessen - Mittelstufe - Gesamtschule. Schriftenreihe H 4 (1973).

- : Hessisches Schulpflichtgesetz vom 01. Dezember 1965.
- : Hessisches Schulverwaltungsgesetz. Gesetz über die Unterhaltung und Verwaltung der öffentlichen Schulen und die Schulaufsicht in der Fassung vom 04. April 1978 (GVBl. I, S. 232).

Niedersachsen:

Niedersächsischer Kultusminister Hannover:

Schulfachliche Überprüfung der integrierten Gesamtschulen in Niedersachsen, Gesamtbericht. Hannover 1980.

Schleswig-Holstein:

Kultusministerium Schleswig-Holstein, Kiel:

Gesamtschulversuche in Schleswig-Holstein. Modellversuche im Bildungswesen, Heft 19. Kiel 1981.

II. Verbände

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV):

Denkmodell integrierter Haupt-/Realschule. In: Bayerische Schule, H 5, 1981.

- : Entwurf eines Konzeptes zur Weiterentwicklung der Hauptschule vom 06. Mai 1981.

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Bundesvorstand,
Abteilungen Bildung und berufliche Bildung (Hrsg.):

Leitsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur
Studienreform. Wiesbaden 1976.

Deutscher Industrie- und Handelstag, Bonn:

Modell Berufsgrundschuljahr, Veröffentlichung
vom August 1969.

Institut der Deutschen Wirtschaft (iwd):

Informationsdienst Jhrg. 7 (1981) und
Jhrg. 42 (1983).

Zentralverband des deutschen Handwerks:

Gesetz zur Ordnung des Handwerks und ergänzende
gesetzliche Vorschriften. Bergisch Gladbach 1983.

III. Fachliteratur

Abel, Heinrich: Pädagogisch-didaktische Probleme bei ver-
längerter Schulpflicht. In: Berufspädago-
gische Beiträge Heft 7 (1958).

Achtenhagen, Frank (Hrsg.): Curriculumrevision, Möglich-
keiten und Grenzen. München 1971.

Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen:
Akademiebericht 74 (1981). Übergang von
der Hauptschule zur Berufsschule.

Ammon, Herrmann: Berufsorientierung in der Schule.
München 1980.

Arnold, Wilhelm, Eysenck, Hans Jürgen und Meili, Richard:
Lexikon der Psychologie Band I, II und III.
Freiburg im Breisgau 1971, 1980.

Beinke, Lothar: Berufsorientierung - Berufswahl - Berufs-
findung im dualen System. In: Bildung und
Erziehung, 30. Jhrg. 1977.

- Beinke, Lothar: Das Betriebspraktikum. Darstellung und Kritik eines pädagogischen Konzepts zur Berufswahlhilfe. Bad Heilbrunn, 1978.
- : Betriebspraktika - ein Instrument zur Berufswahlunterstützung durch Erfahrungserwerb. In: Bildung und Erziehung, 30. Jhrg. 1977.
- Bender - Szymanski, Dorothea: Das Verhalten von Jugendlichen bei der Berufsentscheidung. Weinheim und Basel, 1976.
- Blankertz, Herwig: Bildung im Zeitalter der großen Industrie, Studienausgabe 1970. Hannover 1970.
- Bolte, Karl: Zum Verhältnis von Mensch, Arbeit und Gesellschaft. In: Beruf und Gesellschaft in Deutschland 1970. Leverkusen 1970.
- Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg: Zur Entstehung des Berufsgrundbildungsjahres. Nürnberg 1979.
- : Handbuch zur Berufswahlvorbereitung. Nürnberg 1979 und 1984.
- : Berufe aktuell für Schulabgänger. Nürnberg 1984, 1987, 1988.
- Bungardt, Karl: Der "Bremer Plan" im Streit der Meinungen, zusammengestellt im Auftrag des Vorstandes der AGDL. Frankfurt 1962.
- Comenius-Institut (Hrsg.): Berufliche Bildung und bildungspolitische Mitverantwortung der Kirche, EKD Reihe, Band 5. Münster 1978.
- Corell, Werner: Unterrichtsdifferenzierung und Schulorganisation. Hannover 1969.
- Daheim, Hansjürgen: Der Beruf in der modernen Gesellschaft. Versuch einer soziologischen Theorie beruflichen Handelns. Köln und Berlin 1970.
- Dahmer Ilse und Klafki, Wolfgang (Hrsg.): Die Geisteswissenschaftliche Pädagogik am Ausgang ihrer Epoche. Weinheim 1968.
- Dahrendorf, Ralf: Arbeiterkinder an deutschen Universitäten. Tübingen 1965.
- : Bildung ist Bürgerrecht, Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Osnabrück 1965.

Dauenhauer, Erich: Berufsbildungspolitik, Berlin 1981.

Derbolav, Josef: Erziehung im Zeitalter der Automation.
In: Röhrs, Hermann (Hrsg.): Die Bildungs-
frage in der modernen Arbeitswelt. Wies-
baden 1971.

-: Pestalozzis systematisches Vermächtnis.
In: Pädagogische Rundschau Heft 31 (1977).

-: Wesen und Werden der Realschule. Bonn 1971.

Dietrich, Theo: Geschichte der Pädagogik (18. - 20. Jahrhun-
dert). Bad Heilbrunn 1975.

Dietrich, Theo und Klink, Job-Günter (Hrsg.): Zur Geschichte
der Volksschule, Band I. Bad Heilbrunn 1972.

Dohmen, Günther: Bildung und Schule, Band 1 und 2. Weinheim
1964 und 1965.

Dolch, Josef (Hrsg.): Kerschensteiner Georg - Grundfragen
der Schulorganisation. München 1954.

Ebert, Joachim und Herter Jürgen: Neue Allgemeinbildung.
Grundzüge eines demokratischen Bildungsver-
ständnisses. Frankfurt/Main 1978.

Feldmann, Klaus und Achinger, Gertrud (Hrsg.): Schulver-
suche und Schulreform. Berichte - Analysen -
Ergebnisse. Einstellungen von Eltern zur Ge-
samtschule. Darmstadt 1974.

Fintelman, Klaus J.: Die Hiberniaschule - als Modell einer
Gesamtschule des beruflichen Bildungsweges.
Stuttgart 1968.

Fischer, Aloys: Die Problematik der Berufserziehung in
unserer Zeit. In: Zeitschrift für Berufs-
und Fachschulwesen, Heft 41 (1926).

Franz, Johannes und Meya, Heinrich: Arbeitslehre im Unter-
richt der Hauptschule. Bochum 1971.

Führ, Christoph: Das Bildungswesen in der Bundesrepublik
Deutschland - ein Überblick. München 1979.

Geiger, Friedrich: Arbeitslehre. In: Lehrpläne für die
Hauptschule in Bayern mit Erläuterungen und
Handreichungen, Band 3. Donauwörth 1986.

Geiling, Heinrich (Hrsg.): Hauptschule - Lernziele - Lern-
inhalte - Methodische Planung, Band 3.
München 1980.

- Geiss, Jakob: Gesamtschule in England. Wandel, Probleme, Tendenzen im englischen Schulwesen. Darmstadt 1970.
- Geißler, Erich: Fördern und Auslesen. Frankfurt 1969.
- Greinert, Wolf: Schule als Instrument sozialer Kontrolle und Objekt privater Interessen. Bochum 1975.
- Grunder, Gustav: Die Berufsschule im ausgehenden 20. Jahrhundert. Bielefeld 1984.
- Gudjons, H.: Hauptschule - wohin? In: Westermanns pädagogische Beiträge, Heft 2 (1987). Braunschweig 1987..
- Hegelheimer, Armin: Die Realschule im Bildungs- und Beschäftigungssystem. Paderborn 1980.
- Heimerer, Leo und Selzam, Johann: Berufliche Bildung im Wandel. Bad Homburg vor der Höhe 1983.
- Heitkämper, Peter und Huschke-Rheni, Rolf (Hrsg.): Allgemeinbildung im Atomzeitalter. Weinheim, Basel 1986.
- Hitpaß, Josef: Deutschlands Bildungswesen. Die Folgen der Reform. Köln 1981.
- Hitpaß, Josef, Laurin, Hanna Rerate und Mock, Richard: Dreigliedriges Schulsystem oder Gesamtschule. Bamberg o. J.
- Hof, Bernd: Arbeitsmarktstrukturen im Wandel. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik Nr. 137. Köln 1985.
- Höhne, Ernst: Der Neubau des Schulwesens nach dem Bildungsgesamtplan. Bamberg 1972.
- Hopf, Diether: Übergangsauslese und Leistungsdifferenzierungen. Frankfurt o. J.
- Husén, Torsten: Begabung und Bildungspolitik. Hannover 1974.
- : Bildungsforschung und Schulreform in Schweden. Stuttgart 1968.
- Jaide, Walter: Auffassung über die Lage der Jugend. In: Zur Debatte 1976.
- : Die Berufswahl. Frankfurt 1961.

- Kaiser, Franz Josef: Arbeitslehre. Materialien zu einer didaktischen Theorie der vorberuflichen Erziehung. Bad Heilbrunn 1974.
- Kaiser, Karl Klaus und Mahler, Gerhard: Hauptschulabschlüsse in Bayern. München 1988.
- Kerschensteiner, Georg: Begriff der Arbeitsschule. München 1958.
- : Berufserziehung im Jugendalter. In: Röhrs, Hermann (Hrsg.): Die Bildungsfrage in der sozialen Arbeitswelt. Frankfurt 1967.
- Klafki, Wolfgang: Das pädagogische Problem des Elementaren und der kategoralen Bildung. Weinheim 1963.
- : Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Weinheim 1975.
- Kledzik, Ulrich J.: Arbeitslehre - Zielsetzungen und Anforderungen zur Vorbereitung einer Rahmenvereinbarung. Hannover 1972.
- : Arbeitslehre als Fach. Hannover 1972.
- Klemm, Klaus, Rolff, Hans Günther und Tillmann, Klaus Jürgen: Bildung für das Jahr 2000. Bilanz der Reform, Zukunft der Schule. Reinbeck 1985.
- Knopp, Anton und Kraegeloh, Wolfgang: Das Berufsbildungsgesetz. Bonn 1982.
- Kreitmeir, Karl (Hrsg.): Aloys Fischer - Leben und Werk Band 1 bis 7. Bad Heilbrunn 1957.
- Lamla, Ernst: Die preußische Reform im Überblick seit 1918. In: Wesen und Wege der Schulreform. Berlin 1930.
- Lenhardt, Gero: Berufliche Weiterbildung und Arbeitsteilung in der Industrieproduktion. Frankfurt 1974.
- Lichtenstein, Ernst: Der Bildungsauftrag der Schule und die Bildungsbedürfnisse der Gesellschaft. In: Röhrs, Hermann (Hrsg.): Die Bildungsfrage in der modernen Arbeitswelt. Frankfurt 1967.
- Litt, Theodor: Berufsbildung, Fachbildung, Menschenbildung. In: Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst, Heft 35. Bonn 1958.

- Litt, Theodor: Das Bildungsideal der deutschen Klassik und die moderne Arbeitswelt. Bonn 1955.
- : Die politische Verantwortung der Erziehung in der demokratischen Massengesellschaft des technischen Zeitalters. In: Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst, Heft 33. Bonn 1958.
- : Naturwissenschaft und Menschenbildung. Heidelberg 1954.
- Lohmann, Joachim: Überlegungen zur Gesamtschulstrategie. In: Bildung und Politik, Heft 9 (1978). Bad Godesberg 1978.
- Ludwig, Harald: Gesamtschule in der Diskussion. Bad Heilbrunn 1981.
- Lutz, Burkhard: Vorläufige Notizen zur gesellschaftlichen und politischen Funktion des Berufs. In: Berufsausbildung - Reformpolitik in der Sackgasse. Frankfurt 1974.
- Mahler, Gerhard und Selzer, Erich (Hrsg.): Lehrpläne für die Hauptschule in Bayern mit Erläuterungen und Handreichungen, Band 2 und 3. Donauwörth 1986.
- Mann, Friedrich: Johann Heinrich Pestalozzis ausgewählte Werke. Langensalza 1884.
- Menze, Clemens: Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts. Hannover 1975.
- : Bildung. In: Speck, Josef (Hrsg.): Handbuch, pädagogischer Grundbegriffe. München 1970.
- Mühlmeier, Hans: Humboldt und Kerschensteiner im Lichte des gegenwärtigen Bildungsgeschehens. Köln 1956.
- Müller, Karl: Johann Heinrich Pestalozzi. Eine Einführung in seine Gedanken. Darmstadt 1967.
- Münch, Joachim: Arbeitswelt und berufliche Schulen im Umbruch. In: Die Deutsche Berufs- und Fachschule. 62. Jg.. 1966.
- : Berufsbildung und Berufsbildungsreform in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld 1971.
- : Das berufliche Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1982.

- Münch, Joachim: Arbeitswelt und berufliche Schulen im Umbruch. In: Die Deutsche Berufs- und Fachschule. 62. Jg.. 1966.
- : Das Duale System - Lehrlingsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1979.
- : Pluralität der Lernorte - Vorüberlegungen zu einer Theorie. In: Deutsche Berufs- und Fachschule 1976.
- Muth, Josef: Die Aufgabe der Volksschule in der modernen Arbeitswelt. Essen 1964.
- Nicklis, Werner S.: Handwörterbuch der Schulpädagogik. Bad Heilbrunn 1975.
- : Hauptschule als Sekundarschule. Bad Heilbrunn 1970.
- Nolte, Herbert und Röhrs, Hermann: Das Berufsbildungsgesetz. Bad Heilbrunn 1979.
- Odenbach, Karl: Lexikon der Schulpädagogik. Braunschweig 1974.
- Oestreich, Paul: Die elastische Einheitsschule. Berlin 1921.
- Offe, Klaus: Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik. Frankfurt 1978.
- Offergeld, Rüdiger: Berufsgrundschuljahr J, Bayerns Schule für Hilfsarbeiter. In: Die Deutsche Schule, Heft 6 (1975).
- Pettinger, Rudolf: Arbeiterkinder und weiterführende Schule. Weinheim 1970.
- Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Freiburg 1964.
- Plöchl, Walter: Lernziele, Lernerfahrungen, Leistungsmessung. Donauwörth 1972.
- Pütterich, Eduard: Übergang von der Volksschule in die Eingangsklassen des Gymnasiums, der Realschule und der Wirtschaftsschule in Bayern. München 1960.
- Rang, Adalbert und Schulz, Wolfgang (Hrsg.): Die Differenzierte Gesamtschule. Zur Diskussion einer neuen Schulform. München 1969.
- Raschert, Jürgen: Gesamtschule, ein gesellschaftliches Experiment. Stuttgart 1974.

- Regenbrecht, Aloysius: Schulversuch Gesamtschule zwischen Wissenschaft und Politik. In: Schule heute. 16. Jhrg. April 1976.
- Regierung von Oberfranken: Schlußbericht zum Forschungsprojekt - Berufsorientierung im Unterricht der Hauptschule. Bayreuth 1978.
- Reuter, Ernst: Die Fachoberschule in der Diskussion. In: Deutsche Schule, Heft 5, 1969.
- Ritter, Raimund: Welche schulorganisatorischen Auswirkungen hätte die Einführung von Gesamtschulen. München 1982.
- Robinsohn, Saul B. und Thomas, Helga: Differenzierung im Sekundarschulwesen. Stuttgart 1968.
- Rochow, Friedrich Eberhard von: Vom Nationalcharakter der Volksschulen. In: Dietrich, Theo (Hrsg.): Geschichte der Pädagogik des 18. bis 20. Jahrhunderts. Bad Heilbrunn 1975.
- Rolff, Hans-G. (Hrsg.): Strategisches Lernen in der Gesamtschule. Reinbeck 1974.
- Roth, Heinrich: Die Zukunft der Volksschule. In: Die Deutsche Schule 1963.
- Royl, Wolfgang: Modellversuche im Bildungswesen, Band 15. Kiel 1978.
- Röhrs, Hermann (Hrsg.): Die Berufsschule in der industriellen Gesellschaft. Frankfurt 1968.
- : Die Bildungsfrage in der modernen Arbeitswelt. Frankfurt 1967.
- : Die Schule und ihre Reform in der gegenwärtigen Gesellschaft. Heidelberg 1966.
- : Theorie der Schule. Versuche einer Grundlegung. Frankfurt 1968.
- Ruprecht, Horst: Arbeitslehre in der Hauptschule. In: Nicklis, Werner S. - Hauptschule als Sekundarschule. Bad Heilbrunn 1970.
- Schannewitzky, Gerhard: Gesamtschule und berufliches Schulwesen. Köln 1970.
- : Entwicklungstendenzen im Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1968.

- Scharmann, Theodor: Jugend in Arbeit und Beruf. München 1965.
- Scheibe, Wolfgang (Hrsg.): Zur Geschichte der Volksschule, Band I. Bad Heilbrunn 1974.
- Schelsky, Helmut: Die Bedeutung des Berufes in der modernen Gesellschaft. In: Luckmann, Thomas (Hrsg.). Meisenheim 1972.
- Scheuerl, Hans: Die Gliederung des deutschen Schulwesens. Analytische Darstellung und Gesichtspunkte zu einer weiteren Entwicklung. Stuttgart 1968. (Deutscher Bildungsrat. Gutachten und Studien der Bildungskommission. Band 2).
- Schneider-Andrée, Rosemarie: ABC der Bildungsreform. Stuttgart 1974.
- Schultze, Walter und Führ, Christoph: Das Schulwesen in der Bundesrepublik Deutschland. Weinheim 1966.
- Schulz, Wolfgang: Warum Arbeitslehre in das Zentrum der Lehrpläne der achtziger Jahre gehört? In: Groth, Georg und Kledzik, Ulrich J. (Hrsg.): Arbeitslehre 5 bis 10. Weinheim und Basel 1983.
- Schwartz, Paul: Die Gelehrtenschulen Preußens unter dem Oberschulkollegium 1787 bis 1806 und das Abitur-examen, I. Band = Monumenta Germaniae Paedagogica, Band 46. Berlin 1910.
- Schweikert, Klaus: Fehlstart ins Berufsleben. Berlin 1974.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD): Grundsatzprogramm vom 13. bis 15. November 1959. Bad Godesberg 1959.
- Speck, Josef (Hrsg.): Modell einer Gesamtschule. Münster 1968.
- Spranger, Eduard: Allgemeinbildung und Berufsschule. In: Die Deutsche Fortbildungsschule, 29. Jg. 1920.
- : Berufsbildung und Allgemeinbildung. In: Röhrs, Hermann (Hrsg.): Bildungsfrage der modernen Arbeitswelt. Frankfurt 1967.
- Staatsinstitut für Bildungsforschung und Bildungsplanung München: Schulversuche mit Gesamtschulen in Bayern II. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung 1978 bis 1982. München 1983.
- Stöcker, Karl: Die Hauptschule. Entwurf und Gestaltung. München 1968.

- Stratmann, Karl Wilhelm: Berufspädagogik - Ansätze zu ihrer Grundlegung und Differenzierung. Meisenheim 1975.
- : Das Berufsvorbereitungsjahr - Anspruch und Realität. Hannover 1981.
- : Quellen zur Geschichte der Berufserziehung. Meisenheim 1969.
- Struck, Peter: Erfahrungen mit der integrierten Haupt- und Realschule in Hamburg. In: Die Deutsche Schule, Heft 6 (1981). Hannover 1981.
- : Zur Situation der Hauptschule und Perspektiven zu ihrer Überwindung durch die Integration mit der Realschule. Hamburg 1982.
- Tollkötter, Bernhard: Hauptschule und berufliches Bildungswesen in der Diskussion. Weinheim 1967.
- Wagner, Otto: Das 9. Schuljahr - Brücke zur Berufs- und Arbeitswelt. Berlin 1956.
- Wehle, Gerhard: Georg Kerschensteiner. Texte zum pädagogischen Begriff der Arbeit und zur Arbeitsschule - Ausgewählte pädagogische Schriften. Band II. Paderborn 1968.
- Westphalen, Klaus: Praxisnahe Curriculumentwicklung. Donauwörth 1973.
- Wilhelm, Theodor: Theorie der Schule. Hauptschule und Gymnasium im Zeitalter der Wissenschaften. Stuttgart 1969.
- Winkel, Rainer: Pädagogische Psychiatrie für Eltern, Lehrer und Erzieher. München 1977.
- Wollenweber, Horst: Das gegliederte Schulwesen in der Bundesrepublik Deutschland. Paderborn 1980.
- : (Hrsg.): Die Realschule Band 1. Begründung und Gestaltung. Paderborn 1979.
- : (Hrsg.): die Realschule Band 2. Unterricht und Bildungsgänge. Paderborn 1979.
- Wöppel, Julius: Arbeitslehre - Die Konzeption der Länder. In: Handbuch zur Berufswahlvorbereitung. Nürnberg 1979.

Zedler, Reinhard: Berufsbildung in der Bundesrepublik
Deutschland. Köln 1982.

Zentralverband des Deutschen Handwerks (Hrsg.): Gesetz
zur Ordnung des Handwerks. Bergisch-
Gladbach 1985.

L E B E N S L A U F

Heinrich Geilling

geb. am 22.07.1914 in Hof an der Saale

18.03.1936	I. Lehramtsprüfung
01.04.1936	Eintritt in den Volksschuldienst
01.10.1936 - 01.06.1945	Wehrmacht
29.08.1941	Lehrer auf Lebenszeit
1946 und 1947	Studium der Theologie und Philosophie an der Universität Erlangen
19.10.1948	II. Lehramtsprüfung
01.10.1956	Seminarleiter zusätzlich
01.04.1957	Ausbildungslehrer für Studenten der Pädagogischen Hochschule in Bayreuth
01.11.1960	Schulrat im Schulaufsichtsbezirk Münchenberg
01.06.1966	Oberregierungsschulrat - gleichzeitig Versetzung aus dienstlichen Gründen an die Regierung von Schwaben als Sachgebietsleiter und Stellvertreter des Leiters der Schulabteilung
01.04.1969	Leiter der Abteilung Schul- und Bildungswesen an der Regierung von Oberfranken
01.10.1969	Regierungsschuldirektor
01.11.1970	Oberregierungsschuldirektor
01.04.1972	Abteilungsdirektor
31.07.1979	Versetzung in den Ruhestand
1981 - 1988	Studium der Schulpädagogik, Theologie und Geschichte an den Universitäten Eichstätt und Bamberg

